

## **Südafrika reicht vor dem internationalen Gerichtshof Klage gegen Israel ein**

Nach drei Monaten Krieg und mehr als 22.000 Toten im Gazastreifen muss sich Israel vor dem Internationalen Gerichtshof mit Sitz in Den Haag für den Militäreinsatz verantworten. Der Vorwurf lautet auf Völkermord. Südafrika hat sich in seiner Klage vom 29. Dezember auf die Völkermordkonvention berufen. Israel und Südafrika haben diese Konvention unterzeichnet. Die UN-Richter sollen im Eilverfahren ein Ende der Gewalt gegen Palästinenser anordnen, um deren Rechte zu schützen.

Der 84-seitige Antrag Südafrikas dokumentiert und belegt auf eindrucksvolle Weise, warum es sich bei den Handlungen Israels nicht nur um Kriegsverbrechen, sondern um Völkermord handelt. Er ist umfassend und gut geschrieben, ausgezeichnet recherchiert und alle Behauptungen werden durch eine Fülle von Beweisen und eine stringente, lückenlose und stichhaltige Argumentation untermauert. Jede Aussage ist (teilweise mehrfach) belegt (in der Übersetzung durch Ziffern in eckigen Klammern gekennzeichnet und im Anhang aufgelistet). Alle Quellen sind transparent und öffentlich zugänglich.

Wir stellen hier eine deutsche Übersetzung dieses beachtlichen Dokumentes zur Verfügung und möchten jede und jeden eindringlich bitten und dazu auffordern, den Text zu lesen und zu helfen, die darin beschriebenen Erkenntnisse zu verbreiten und einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, um so dazu beizutragen, dass der Völkermord in Gaza so schnell wie möglich beendet wird.

Die Originalfassung ist hier abrufbar:

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20231228-app-01-00-en.pdf>

# **ANTRAG AUF EINLEITUNG DES VERFAHRENS**

Der von der Regierung der Republik Südafrika ordnungsgemäß bevollmächtigte Unterzeichnete erklärt gegenüber dem Kanzler des Internationalen Gerichtshofs folgendes: Gemäß Artikel 36 (1) und 40 der Satzung des Gerichtshofs und Artikel 38 der Verfahrensordnung beehre ich mich, diese Klageschrift im Namen der Republik Südafrika ("Südafrika") gegen den Staat Israel ("Israel") einzureichen. Gemäß Artikel 41 der Satzung enthält die Klage einen Antrag an den Gerichtshof, einstweilige Maßnahmen anzuordnen, um die hierin geltend gemachten Rechte vor einem drohenden und nicht wieder gutzumachenden Verlust zu schützen.

## **I. EINLEITUNG**

1. Dieser Antrag bezieht sich auf Handlungen, die von der Regierung und dem Militär des Staates Israel gegen das palästinensische Volk, eine eigenständige nationale, rassische und ethnische Gruppe, angedroht, beschlossen, geduldet, unternommen und unternommen werden, im Anschluss an die Angriffe in Israel am 7. Oktober 2023. Südafrika verurteilt unmissverständlich alle Verstöße gegen das Völkerrecht durch alle Parteien, einschließlich der direkten Angriffe auf israelische Zivilisten und andere Staatsangehörige sowie der Geiselnahmen durch die Hamas und andere

bewaffnete palästinensische Gruppen. Kein bewaffneter Angriff auf das Hoheitsgebiet eines Staates, wie schwerwiegend er auch sein mag - selbst ein Angriff, der Gräueltaten beinhaltet -, kann jedoch eine mögliche Rechtfertigung oder Verteidigung für Verstöße gegen das Übereinkommen von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes ("Völkermordkonvention" oder "Konvention") [1] bieten, sei es aus rechtlichen oder moralischen Gründen. Die von Südafrika beanstandeten Handlungen und Unterlassungen Israels haben völkermörderischen Charakter, weil sie darauf gerichtet sind, einen wesentlichen Teil der nationalen, rassischen und ethnischen Gruppe der Palästinenser, nämlich den Teil der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen (im Folgenden: Palästinenser im Gazastreifen"), zu vernichten. Die fraglichen Handlungen umfassen die Tötung von Palästinensern im Gazastreifen, die Verursachung schwerer körperlicher und seelischer Schäden und die Auferlegung von Lebensbedingungen, die auf ihre physische Vernichtung abzielen. Diese Handlungen sind alle Israel zuzuschreiben, das es versäumt hat, Völkermord zu verhindern und unter offenkundiger Verletzung der Völkermordkonvention Völkermord begeht, und das auch gegen seine anderen grundlegenden Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention verstoßen hat und weiterhin verstößt, einschließlich des Versäumnisses, die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord durch hochrangige israelische Beamten und andere zu verhindern oder zu bestrafen.

2. Bei der Vorbereitung dieses Antrags hat Südafrika den Bestimmungen der Völkermordkonvention, ihrer Auslegung und ihrer Anwendung in den Jahren nach ihrem Inkrafttreten am 12. Januar 1951 sowie der Rechtsprechung dieses Gerichtshofs und anderer internationaler Gerichtshöfe, einschließlich des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda und des Internationalen Strafgerichtshofs, große Aufmerksamkeit geschenkt. Südafrika ist sich der Tatsache bewusst, dass Völkermord sich von anderen Verstößen gegen das Völkerrecht unterscheidet, die von der israelischen Regierung und dem israelischen Militär im Gazastreifen sanktioniert oder begangen wurden - einschließlich gezielter Angriffe auf die Zivilbevölkerung, auf zivile Objekte und Gebäude, die der Religion, der Bildung, der Kunst, der Wissenschaft, historischen Denkmälern, Krankenhäusern und Sammelstellen für Kranke und Verwundete gewidmet sind, Folter, das Aushungern von Zivilisten als Methode der Kriegsführung und andere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit -, auch wenn oft ein enger Zusammenhang zwischen all diesen Handlungen besteht. Südafrika ist sich auch bewusst, dass Völkermord unweigerlich Teil eines Kontinuums ist - wie Raphael Lemkin, der den Begriff "Völkermord" geprägt hat, selbst erkannt hat.[2] Aus diesem Grund ist es wichtig, die Akte des Völkermords in den breiteren Kontext des Verhaltens Israels gegenüber den Palästinensern während seiner 75-jährigen Apartheid, seiner 56-jährigen kriegerischen Besetzung palästinensischer Gebiete und seiner 16-jährigen Blockade des Gazastreifens zu stellen, einschließlich der damit verbundenen schwerwiegenden und andauernden Verletzungen des Völkerrechts, einschließlich schwerer Verstöße gegen die Vierte Genfer Konvention,[3] und anderer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wenn jedoch in diesem Antrag auf Handlungen und Unterlassungen Israels Bezug genommen wird, die auf andere Verletzungen des Völkerrechts hinauslaufen können, vertritt Südafrika den Standpunkt, dass diese Handlungen und Unterlassungen völkermörderischen Charakter haben, da sie mit der erforderlichen spezifischen Absicht (*dolus specialis*) begangen werden, die Palästinenser in Gaza als Teil der breiteren palästinensischen nationalen, rassischen und ethnischen Gruppe zu vernichten.

3. Südafrika ist sich der besonderen Verantwortung bewusst, die mit der Einleitung eines Verfahrens gegen Israel wegen Verstößen gegen die Völkermordkonvention verbunden ist. Südafrika ist sich jedoch auch seiner eigenen Verpflichtung - als Vertragsstaat der Völkermordkonvention - bewusst, Völkermord zu verhindern. Israels Handlungen und Unterlassungen in Bezug auf die Palästinenser verstoßen gegen die Völkermordkonvention. Dies ist auch die Ansicht zahlreicher anderer

Vertragsstaaten der Konvention, einschließlich des Staates Palästina selbst, der die "Führer der Welt" aufgefordert hat, "Verantwortung zu übernehmen ... um den Völkermord an unserem Volk zu stoppen". [4] Experten der Vereinten Nationen haben seit über zehn Wochen wiederholt "Alarm geschlagen", dass "angesichts der Erklärungen der politischen Führer Israels und ihrer Verbündeten, begleitet von Militäraktionen im Gazastreifen und einer Eskalation der Verhaftungen und Tötungen im Westjordanland" die "Gefahr eines Völkermords am palästinensischen Volk" besteht.[5] Experten der Vereinten Nationen haben ebenfalls ihre "tiefe Besorgnis" über das "Versagen des internationalen Systems bei der Mobilisierung zur Verhinderung eines Völkermordes" an den Palästinensern, zum Ausdruck gebracht und die "internationale Gemeinschaft" aufgefordert, "alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Gefahr eines Völkermords am palästinensischen Volk sofort zu beenden".[6] Der Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD) hat im Rahmen seines "Frühwarn- und Dringlichkeitsverfahrens" ebenfalls "alle Vertragsstaaten" der Völkermordkonvention aufgefordert, ihrer "Verpflichtung zur Verhinderung von Völkermord"[7] in vollem Umfang nachzukommen.

Dieser Antrag Südafrikas und sein Ersuchen um Erlass vorläufiger Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang und im Lichte dieser Aufforderungen zu prüfen. Er wird vor dem Hintergrund des außenpolitischen Ziels Südafrikas gestellt, einen dauerhaften Frieden zwischen Israel und dem Staat Palästina zu erreichen, in dem zwei Staaten innerhalb international anerkannter Grenzen nebeneinander bestehen, die auf den am 4. Juni 1967 vor Ausbruch des arabisch-israelischen Krieges von 1967 bestehenden Grenzen beruhen und mit allen einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht im Einklang stehen.

4. Die Tatsachen, auf die sich Südafrika in diesem Antrag beruft und die in diesem Verfahren weiter ausgeführt werden sollen, belegen, dass Israel - vor dem Hintergrund von Apartheid, Vertreibung, ethnischer Säuberung, Annexion, Besatzung, Diskriminierung und der fortwährenden Verweigerung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung - insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 versäumt hat, Völkermord zu verhindern und die direkte und öffentliche Anstiftung zum Völkermord zu verfolgen. Noch schwerwiegender ist, dass Israel Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen verübt hat, verübt und weiterhin zu verüben droht. Zu diesen Handlungen gehören die Tötung der Palästinenser, die Verursachung schwerer psychischer und körperlicher Schäden und die vorsätzliche Verhängung von Lebensbedingungen, die auf die physische Zerstörung der Gruppe abzielen. Wiederholte Äußerungen von Vertretern des israelischen Staates, auch auf höchster Ebene, durch den israelischen Präsidenten, den Premierminister und den Verteidigungsminister, bringen die Absicht des Völkermords zum Ausdruck. Diese Absicht ist auch aus der Art und der Durchführung der israelischen Militäroperation im Gazastreifen abzuleiten, u. a. in Anbetracht der Tatsache, dass Israel es versäumt hat, dem belagerten und blockierten palästinensischen Volk lebenswichtige Nahrungsmittel, Wasser, Medikamente, Treibstoff, Unterkünfte und andere humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen oder zu gewährleisten, was es an den Rand einer Hungersnot getrieben hat. Dies geht auch aus der Art, dem Umfang und dem Ausmaß der israelischen Militärangriffe auf den Gazastreifen hervor, bei denen seit mehr als 11 Wochen eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt bombardiert wird, wodurch 1,9 Millionen Menschen oder 85 % der Bevölkerung des Gazastreifens aus ihren Häusern evakuiert und in immer kleinere Gebiete ohne angemessene Unterkünfte getrieben werden, in denen sie weiterhin angegriffen, getötet und geschädigt werden. Israel hat inzwischen mehr als 21.110 namentlich genannte Palästinenser getötet, darunter mehr als 7.729 Kinder - mehr als 7.780 weitere werden vermisst und liegen vermutlich tot unter den Trümmern - und hat mehr als 55.243 weitere Palästinenser verletzt und ihnen schwere körperliche und geistige Schäden zugefügt. Darüber hinaus hat Israel weite Teile des Gazastreifens verwüstet, darunter ganze Stadtviertel, und mehr als 355.000

palästinensische Häuser beschädigt oder zerstört, dazu weite Teile landwirtschaftlicher Nutzflächen, Bäckereien, Schulen, Universitäten, Unternehmen, Gotteshäuser, Friedhöfe, kulturelle und archäologische Stätten, städtische und gerichtliche Gebäude sowie wichtige Infrastrukturen wie Wasser- und Abwasseranlagen und Stromnetze, während es gleichzeitig einen unerbittlichen Angriff auf das palästinensische medizinische und Gesundheitssystem unternahm. Israel hat den Gazastreifen in Schutt und Asche gelegt, seine Bevölkerung getötet, geschädigt und zerstört und Lebensbedingungen geschaffen, die auf ihre physische Zerstörung als Gruppe abzielen.

5. Südafrika, eingedenk des jus cogens-Charakters des Verbots von Völkermord und des erga omnes- und erga omnes partes-Charakters der von den Staaten unter der Völkermordkonvention geschuldeten Verpflichtungen, stellt den vorliegenden Antrag, um die Verantwortung Israels für Verletzungen der Völkermordkonvention festzustellen; um es nach internationalem Recht für diese Verletzungen in vollem Umfang zur Rechenschaft zu ziehen; und - am unmittelbarsten - um diesen Gerichtshof anzurufen, um den dringenden und größtmöglichen Schutz für die Palästinenser im Gazastreifen zu gewährleisten, die nach wie vor einer ernststen und unmittelbaren Gefahr fortgesetzter und weiterer Akte von Völkermord ausgesetzt sind.

6. In Anbetracht der außerordentlichen Dringlichkeit der Situation beantragt Südafrika eine beschleunigte Anhörung für seinen Antrag auf Erlass vorläufiger Maßnahmen. Darüber hinaus ersucht Südafrika den Präsidenten des Gerichtshofs gemäß Artikel 74(4) der Verfahrensordnung, die palästinensische Bevölkerung in Gaza zu schützen, indem er Israel auffordert, alle militärischen Angriffe, die einen Verstoß gegen die Völkermordkonvention darstellen oder zu einem solchen führen, unverzüglich einzustellen, bis eine solche Anhörung stattgefunden hat, damit eine etwaige Anordnung des Gerichtshofs über den Antrag auf Verhängung einstweiliger Maßnahmen die entsprechenden Auswirkungen haben kann. Zu diesem Zweck sollte der Gerichtshof Israel anweisen, die Tötung und die schwere seelische und körperliche Schädigung der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen einzustellen, die vorsätzliche Zufügung von Lebensbedingungen, die auf die physische Vernichtung dieser Gruppe abzielen, zu beenden, die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord zu verhindern und zu bestrafen und die damit zusammenhängenden Maßnahmen und Praktiken, einschließlich der Beschränkung der Hilfe und der Erteilung von Evakuierungsanweisungen, aufzuheben.

7. In Anbetracht der wichtigen Rolle des Gerichtshofs und der Wahrnehmung seiner schweren Verantwortung unter Umständen, in denen die völkermörderischen Handlungen, die Südafrika beklagt, erst vor kurzem stattgefunden haben und noch andauern - und nicht anderweitig Gegenstand einer gerichtlichen Feststellung oder detaillierten Tatsachenermittlung waren -, enthalten der Antrag Südafrikas und sein Ersuchen um vorläufige Maßnahmen eine detailliertere Darstellung des Sachverhalts, als es sonst üblich wäre. Diese Darstellung stützt sich in erheblichem Maße auf Erklärungen und Berichte von Leitern und Gremien der Vereinten Nationen und von Nichtregierungsorganisationen (NRO) sowie auf Augenzeugenberichte aus dem Gazastreifen - auch von palästinensischen Journalisten vor Ort -, und zwar unter Umständen, unter denen Israel den Zugang internationaler Journalisten, Ermittler und Untersuchungsteams zum Gazastreifen weiterhin beschränkt. Weder der Antrag noch der Antrag auf Erlass einstweiliger Maßnahmen hängen jedoch von einer Entscheidung des Gerichtshofs über jeden einzelnen Vorfall oder jede einzelne Beschwerde ab, auf die hier Bezug genommen wird. Wie aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs hervorgeht, muss der Gerichtshof bei der Anordnung vorläufiger Maßnahmen feststellen, ob zumindest einige der vorgebrachten Handlungen unter die Bestimmungen der Konvention fallen können.[8] Zumindest einige der von Südafrika vorgebrachten Handlungen können eindeutig unter diese Bestimmungen fallen.



## II. ZUSTÄNDIGKEIT DES GERICHTS

8. Südafrika und Israel sind beide Mitglieder der Vereinten Nationen und daher an das Statut des Gerichtshofs gebunden, einschließlich Artikel 36 (1), der vorsieht, dass die Zuständigkeit des Gerichtshofs "die ... alle Angelegenheiten, die in den geltenden Verträgen und Übereinkünften besonders vorgesehen sind".

9. Südafrika und Israel sind ebenfalls Vertragsparteien der Völkermordkonvention. Israel unterzeichnete die Völkermordkonvention am 17. August 1949 und hinterlegte seine Ratifizierungsurkunde am 9. März 1950. Damit wurde es Vertragspartei, als die Völkermordkonvention am 12. Januar 1951 in Kraft trat. Südafrika hat seine Beitrittsurkunde am 10. Dezember 1998 hinterlegt. Gemäß Artikel XIII der Konvention wurde sie am neunzigsten Tag nach ihrem Inkrafttreten zwischen den Parteien anwendbar.

10. Artikel IX der Völkermordkonvention sieht vor: "Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung, Anwendung oder Erfüllung dieser Konvention, einschließlich solcher über die Verantwortlichkeit eines Staates für Völkermord oder für eine der anderen in Artikel III aufgezählten Handlungen, werden auf Antrag einer der Streitparteien dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet."

11. Weder Südafrika noch Israel haben einen Vorbehalt zu Artikel IX eingelegt.

12. Südafrika hat wiederholt und nachdrücklich seine Besorgnis und Verurteilung in Bezug auf Israels Handlungen und Unterlassungen zum Ausdruck gebracht, die die Grundlage für diesen Antrag bilden. Südafrika und andere Vertragsstaaten der Völkermordkonvention haben insbesondere deutlich gemacht, dass die Handlungen Israels in Gaza einen Völkermord am palästinensischen Volk darstellen. So haben z. B. die Präsidenten von Algerien,[9] Bolivien,[10] Brasilien,[11] Kolumbien,[12] Kuba,[13] Iran,[14] Türkei,[15] und Venezuela<sup>16</sup> ebenso wie der palästinensische Präsident das Vorgehen Israels als Völkermord bezeichnet.[17] Staatsbeamte und Vertreter aus Bangladesch,[18] Ägypten,[19] Honduras,[20] Irak,[21] Jordanien,[22] Libyen,[23] Malaysia,[24] Namibia,[25] Pakistan,[26] Syrien,[27] und Tunesien,[28] haben ebenfalls auf einen Völkermord oder die Gefahr eines solchen im Gazastreifen hingewiesen; ebenso Staatsoberhäupter und Staatsbeamte von Nichtvertragsstaaten der Völkermordkonvention, darunter Katar[29] und Mauretanien.[30]

Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen am 8. Dezember 2023, vor der Abstimmung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über einen Waffenstillstand, erklärte der Vertreter Ägyptens, dass die "[zivilen] Todesopfer [in Gaza] die Lüge entlarven, dass der Krieg gegen eine bewaffnete Gruppe gerichtet ist. Vielmehr handelt es sich um eine kollektive Bestrafung und einen Völkermord am palästinensischen Volk [...] Unter Berufung auf "die weitgehende Zerstörung der zivilen Infrastruktur und die gezielte Tötung von Mitarbeitern der Vereinten Nationen" erklärte er, dass "die gewaltsame Vertreibung von 85 Prozent der Bevölkerung des Gazastreifens, die unter katastrophalen Bedingungen leben, einen Versuch darstellt, das palästinensische Volk zu eliminieren"[31].

13. In Anbetracht der Tatsache, dass das Verbot des Völkermordes den Charakter einer zwingenden Norm hat und dass die Verpflichtungen aus der Konvention erga omnes und erga omnes partes geschuldet sind,[32] ist sich Israel der schwerwiegenden Besorgnis der internationalen Gemeinschaft, der Vertragsstaaten der Völkermordkonvention und insbesondere Südafrikas über Israels Versäumnis, die Begehung von Völkermord zu unterbinden, zu verhindern und zu bestrafen,

voll bewusst geworden. Die Besorgnis Südafrikas wurde unter anderem wie folgt zum Ausdruck gebracht:

- Am 30. Oktober 2023 gab das **südafrikanische Ministerium für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit** eine Erklärung ab, in der es die internationale Gemeinschaft aufforderte, Israel für Verstöße gegen das Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen. Die Erklärung warnte davor, dass "das Verbrechen des Völkermords in Gaza traurigerweise sehr groß ist" und erinnerte daran, dass "der brasilianische Präsident Lula da Silva die Angriffe auf Gaza als Völkermord bezeichnet hat" und dass die südafrikanische Ministerin für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit, Naledi Pandor, in ihrer Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 24. Oktober 2023 "die internationale Gemeinschaft daran erinnert hat, nicht untätig zu bleiben, während sich ein weiterer Völkermord ereignet".[33]

- Am 7. November warnte der **südafrikanische Minister für internationale Beziehungen** vor der südafrikanischen Nationalversammlung, dass "das Verbrechen des Völkermords in der gegenwärtigen Situation im Gazastreifen leider eine große Rolle spielt". Er erinnerte daran, dass "1994 auf dem afrikanischen Kontinent ein Völkermord stattfand, bei dem ein Großteil der Welt zusah, wie unschuldige Menschen massakriert wurden", und betonte, dass Südafrika nicht tatenlos zusehen könne, wie sich so etwas wiederholen könne [34].

- Am 10. November 2023 führte der Generaldirektor des **südafrikanischen Ministeriums für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit ("DIRCO")** eine förmliche diplomatische Demarche beim Botschafter des Staates Israel in Südafrika durch und teilte ihm mit, dass Südafrika zwar "die Angriffe der Hamas auf Zivilisten verurteilt" habe, die "wegen Kriegsverbrechen untersucht werden sollten", dass aber "die Reaktion Israels rechtswidrig" gewesen sei und dass Südafrika "möchte, dass der Internationale Strafgerichtshof gegen die Führung Israels" wegen Verbrechen, einschließlich Völkermord, ermittelt.[35]

- Am 13. November 2023 forderte der **südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa** bei einem Treffen in der Residenz des Präsidenten mit der Führung des South African Jewish Board of Deputies u. a. die Wiedereröffnung der südafrikanischen Botschaft in Israel "verurteilte den Völkermord, der dem palästinensischen Volk, einschließlich Frauen und Kindern, durch die kollektive Bestrafung und die anhaltende Bombardierung des Gazastreifens zugefügt wird"[36].

- Am 17. November 2023 kündigte der **südafrikanische Präsident** im Rahmen eines Staatsbesuchs in Katar an, dass Südafrika den Internationalen Strafgerichtshof mit der Situation im Staat Palästina befassen werde, und brachte seine Abscheu darüber zum Ausdruck, "was derzeit in Gaza geschieht, das sich in ein Konzentrationslager verwandelt hat, in dem ein Völkermord stattfindet"[37].

- Später, am 17. November 2023, hat die **südafrikanische Botschaft in Den Haag** im Namen Südafrikas gemeinsam mit drei anderen Vertragsstaaten der Völkermordkonvention - nämlich Bangladesch, Bolivien und den Komoren - sowie Dschibuti die Lage im Staat Palästina an die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs verwiesen, mit dem Ersuchen, dass der Ankläger Verbrechen, die in den Zuständigkeitsbereich des Gerichtshofs fallen, einschließlich des Verbrechens des Völkermords, wie in Artikel 6 Buchstaben a, b und

c des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs ("Römisches Statut") vorgesehen, energisch untersucht.[38]

- Am 21. November 2023 erklärte der **südafrikanische Präsident** auf der außerordentlichen gemeinsamen Tagung der Staats- und Regierungschefs der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und der Staats- und Regierungschefs der eingeladenen BRICS-Mitglieder zur Lage im Nahen Osten, dass "die absichtliche Verweigerung von Medikamenten, Treibstoff, Lebensmitteln und Wasser für die Bewohner des Gazastreifens einem Völkermord gleichkommt"[39].

- Am 12. Dezember 2023 erklärte die **südafrikanische Botschafterin bei den Vereinten Nationen** auf der 10. Dringlichkeitssondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen - auf der Israel vertreten war -, dass "die Ereignisse der letzten sechs Wochen in Gaza gezeigt haben, dass Israel gegen seine Verpflichtungen im Sinne der Völkermordkonvention verstößt". Sie betonte, dass "als UN-Mitgliedstaat und aufgrund der schmerzlichen Erfahrungen Südafrikas mit dem System der Apartheid in der Vergangenheit drängt uns dies als Mitgliedstaaten dazu, Maßnahmen im Einklang mit dem Völkerrecht zu ergreifen"[40].

- Am 21. Dezember 2023 übermittelte **Südafrika** der israelischen Botschaft in Südafrika **eine Verbalnote**, in der es seine Besorgnis über "glaubwürdige Berichte, dass im Rahmen des Konflikts in Gaza Handlungen begangen wurden und möglicherweise noch begangen werden, die den Tatbestand des Völkermordes oder damit zusammenhängender Verbrechen im Sinne der Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes erfüllen", zum Ausdruck brachte. In der Verbalnote wurde daran erinnert, dass Südafrika als Vertragsstaat der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vertraglich verpflichtet ist, Völkermord zu verhindern, und daher Israel, das ebenfalls Vertragsstaat der Konvention ist, auffordert, die Feindseligkeiten im Gazastreifen unverzüglich einzustellen und von Handlungen abzusehen, die eine Verletzung seiner Verpflichtungen aus der Konvention darstellen oder diese nicht verhindern". Südafrika, das "von der Rhetorik israelischer Beamter und anderer Personen alarmiert" wurde, forderte Israel ebenfalls auf, "die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord zu verhindern und zu bestrafen". Dies diene dazu, die Forderungen Südafrikas bezüglich der Erfüllung seiner eigenen Verpflichtungen unter der Völkermordkonvention und der Verstöße Israels gegen seine Verpflichtungen unter der Völkermordkonvention und deren Einzelheiten direkt an Israel zu übermitteln.[41]

14. Israel hat nicht direkt auf die Verbalnote Südafrikas vom 21. Dezember 2023 geantwortet. Israel hat jedoch öffentlich jede Andeutung zurückgewiesen, dass es bei seiner Militäraktion in Gaza gegen internationales Recht verstoßen hat. Insbesondere hat Israel die Behauptung, Israels militärische Angriffe auf den Gazastreifen entsprächen "der rechtlichen Definition von Völkermord" und zielten "nicht nur auf die einfache Tötung unschuldiger Menschen und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen, sondern auf eine systematische Anstrengung, den Gazastreifen von seiner Bevölkerung zu leeren", als "empörend und falsch" zurückgewiesen.[42] Israel bestreitet, dass sein Verhalten in Gaza gegen seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention verstößt und behauptet, dass "der Vorwurf des Völkermordes gegen Israel nicht nur faktisch und rechtlich völlig unbegründet, sondern auch moralisch verwerflich" und "antisemitisch" sei.[43] Darüber hinaus hat Israel Handlungen und Unterlassungen gegen das palästinensische Volk in Gaza vorgenommen und tut dies auch weiterhin, die als Völkermord bezeichnet werden, und hat durch seine Haltung und



sein Verhalten jede Andeutung zurückgewiesen, dass seine Handlungen in Gaza durch seine Verpflichtungen unter der Völkermordkonvention eingeschränkt sind. Tatsächlich erklärte der israelische Premierminister am 26. Dezember 2023: "Wir werden nicht aufhören. Wir kämpfen weiter, und wir werden die Kämpfe in den kommenden Tagen noch verstärken, und es wird ein langer Kampf sein, der noch lange nicht vorbei ist." [44] Israels eigenes Verhalten unterstreicht daher die Uneinigkeit der Parteien. Südafrika ist nicht von seinem eigenen Standpunkt abgerückt, dass es als Vertragsstaat der Völkermordkonvention dafür verantwortlich ist, Maßnahmen zu ergreifen, um einen Völkermord oder die Gefahr eines solchen in Gaza zu verhindern.

15. Nach ständiger Rechtsprechung des Gerichtshofs ist ein Rechtsstreit "eine Meinungsverschiedenheit in einem rechtlichen oder tatsächlichen Punkt, ein Konflikt zwischen Rechtsauffassungen oder Interessen" zwischen den Parteien, [45] eine solche Meinungsverschiedenheit oder "eine positive Ablehnung des Anspruchs einer Partei durch die andere muss nicht unbedingt *expressis verbis* zum Ausdruck gebracht werden ... der Standpunkt oder die Haltung einer Partei kann durch Schlussfolgerung festgestellt werden, unabhängig von der erklärten Ansicht dieser Partei" [46].

16. Es besteht eindeutig ein Streit zwischen Israel und Südafrika über die Auslegung und Anwendung der Völkermordkonvention, der sich sowohl auf die Einhaltung der eigenen Verpflichtung Südafrikas bezieht, Völkermord zu verhindern, als auch auf die Einhaltung der Verpflichtungen Israels, keinen Völkermord zu begehen, Völkermord zu verhindern und zu bestrafen - einschließlich der direkten und öffentlichen Aufstachelung zum Völkermord - und den Opfern Wiedergutmachung zu leisten sowie Zusicherungen und Garantien für die Nichtwiederholung zu geben. Da die Klage Südafrikas seine eigenen Verpflichtungen als Vertragsstaat der Völkermordkonvention betrifft, zur Verhinderung von Völkermord zu handeln - zu dem Israels Handlungen und Unterlassungen Anlass geben - ist Südafrika in Bezug auf diese Konvention eindeutig klagebefugt. Da darüber hinaus "jeder Vertragsstaat der Völkermordkonvention, und nicht nur ein besonders betroffener Staat, die Verantwortung eines anderen Vertragsstaates geltend machen kann, um die angebliche Nichterfüllung seiner Verpflichtungen *erga omnes partes* festzustellen und diese Nichterfüllung zu beenden", ist Südafrika auch "prima facie klagebefugt", um dem Gerichtshof seine Streitigkeit mit Israel "auf der Grundlage angeblicher Verletzungen von Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention" vorzulegen. [47]

17. Daher ist der Gerichtshof gemäß Artikel 36 (1) des Statuts des Gerichtshofs und Artikel IX der Völkermordkonvention für die in der vorliegenden Klage Südafrikas gegen Israel erhobenen Ansprüche zuständig.

### III. DIE FAKTEN

#### A. Einleitung

18. Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel den Gazastreifen ("Gaza"), einen schmalen Landstreifen von etwa 365 Quadratkilometern - einen der am dichtesten besiedelten Orte der Welt -, zu Lande, zu Wasser und in der Luft in großem Umfang militärisch angegriffen. [48] Der Gazastreifen, in dem etwa 2,3 Millionen Menschen leben, davon fast die Hälfte Kinder, wurde von Israel einer der "schwersten konventionellen Bombenkampagnen" in der Geschichte der modernen Kriegsführung ausgesetzt. [49] Allein bis zum 29. Oktober 2023 wurden schätzungsweise 6.000 Bomben pro Woche auf die winzige Enklave abgeworfen. 50] In nur etwas mehr als zwei Monaten haben Israels militärische

Angriffe "mehr Zerstörung angerichtet als die Zerstörung des syrischen Aleppo zwischen 2012 und 2016, des ukrainischen Mariupol oder im Verhältnis dazu die Bombardierung Deutschlands durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg"[51] Die von Israel angerichtete Zerstörung ist so extrem, dass "der Gazastreifen aus dem Weltraum eine andere Farbe hat. Es ist eine andere Textur."[52] Wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen in einem Schreiben vom 6. Dezember 2023 an den Präsidenten des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen feststellte,[53] von dem die Generalversammlung der Vereinten Nationen in der Resolution ESIO/22 vom 12. Dezember 2023 über den Schutz der Zivilbevölkerung und die Einhaltung rechtlicher und humanitärer Verpflichtungen ausdrücklich "Kenntnis" nahm:[54]

"Die Zivilbevölkerung im gesamten Gazastreifen ist in großer Gefahr. Seit Beginn der israelischen Militäroperation sind Berichten zufolge mehr als 15.000 Menschen getötet worden, über 40 Prozent davon waren Kinder. Tausende von anderen wurden verletzt. Mehr als die Hälfte aller Häuser wurde zerstört. Etwa 80 % der 2,2 Millionen Einwohner wurden zwangsumgesiedelt, und zwar in immer kleinere Gebiete. Mehr als 1,1 Millionen Menschen haben in UNRWA-Einrichtungen im gesamten Gazastreifen Zuflucht gesucht, was zu überfüllten, unwürdigen und unhygienischen Bedingungen führt. Andere können nirgendwo unterkommen und finden sich auf der Straße wieder. Explosive Überreste des Krieges machen die Gebiete unbewohnbar. Es gibt keinen wirksamen Schutz für die Zivilbevölkerung.

Das Gesundheitssystem in Gaza bricht zusammen. Die Krankenhäuser haben sich in Schlachtfelder verwandelt. Nur 14 von 36 Krankenhäusern sind auch nur teilweise funktionsfähig. Die beiden großen Krankenhäuser im Süden des Gazastreifens sind mit dem Dreifachen ihrer Bettenkapazität ausgelastet, und ihnen gehen die Grundversorgung und der Treibstoff aus. Außerdem beherbergen sie Tausende von Vertriebenen. Unter diesen Umständen werden in den kommenden Tagen und Wochen noch mehr Menschen unbehandelt sterben.

In Gaza ist man nirgendwo sicher.

Angesichts des ständigen Bombardements durch die israelischen Streitkräfte und der Tatsache, dass es weder Unterkünfte noch das Nötigste zum Überleben gibt, rechne ich damit, dass die öffentliche Ordnung aufgrund der verzweifelten Lage bald völlig zusammenbrechen wird, so dass selbst begrenzte humanitäre Hilfe unmöglich ist. Die Situation könnte sich sogar noch verschlimmern, einschließlich epidemischer Krankheiten und eines verstärkten Drucks zur Massenvertreibung in die Nachbarländer.

Die Lieferungen von Hilfsgütern über Rafah gehen zwar weiter, aber die Mengen sind unzureichend und haben seit dem Ende der Pause abgenommen. Wir sind einfach nicht in der Lage, die Bedürftigen im Gazastreifen zu erreichen. . . Es besteht die große Gefahr, dass das humanitäre System zusammenbricht. Die Situation verschlimmert sich schnell zu einer Katastrophe mit möglicherweise irreversiblen Folgen für die Palästinenser insgesamt und für Frieden und Sicherheit in der Region. Ein solches Ergebnis muss um jeden Preis vermieden werden."[55]

19. Seit dieser Brief geschrieben wurde, sind die Zahlen noch drastischer gestiegen: Mindestens 21 110 Palästinenser im Gazastreifen wurden getötet und über 55 243 weitere Palästinenser wurden verwundet, viele davon schwer. 56 Die Zahl der Todesopfer umfasst über 7.729 Kinder,[57] nicht eingerechnet die 4.700 Frauen und Kinder, die noch immer vermisst werden und vermutlich unter den Trümmern gestorben sind.[58] Ganze Mehrgenerationenfamilien wurden vollständig

ausgelöscht. Über 355.000 Häuser, das sind mehr als 60 Prozent des Wohnungsbestands im Gazastreifen, wurden beschädigt oder zerstört.[59] 1,9 Millionen Palästinenser - etwa 85 Prozent der Gesamtbevölkerung - wurden innerhalb des Landes vertrieben.[Viele sind auf israelischen Befehl aus dem Norden des Gebiets in den Süden geflohen, nur um im Süden erneut bombardiert zu werden und erneut in den Süden oder Südwesten fliehen zu müssen, wo sie in behelfsmäßigen Zelten in Lagern ohne Wasser, sanitäre Anlagen oder andere Einrichtungen leben müssen.[61] Israel hat die Krankenhäuser des Gazastreifens bombardiert, beschossen und belagert, so dass nur 13 von 36 Krankenhäusern teilweise funktionsfähig sind und im Norden des Gazastreifens kein einziges voll funktionsfähiges Krankenhaus mehr existiert.[62]

Das Gesundheitssystem im Gazastreifen ist nahezu zusammengebrochen, und es gibt Berichte über Operationen, darunter Amputationen und Kaiserschnitte, die ohne Betäubung durchgeführt wurden. [63] Ein großer Teil der Verwundeten und Kranken hat keinen Zugang zu einer angemessenen Versorgung.[64] Ansteckende und epidemische Krankheiten sind unter der vertriebenen palästinensischen Bevölkerung weit verbreitet, und Experten warnen vor der Gefahr von Meningitis, Cholera und anderen Ausbrüchen.[65] Die gesamte Bevölkerung im Gazastreifen ist unmittelbar von einer Hungersnot bedroht, und der Anteil der Haushalte, die von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen sind, ist nach der Integrierten Klassifizierung der Ernährungssicherheitsphasen (IPC) so hoch wie nie zuvor. 66] Experten warnen, dass der stille, langsame Tod durch Hunger und Durst die gewaltsamen Todesfälle durch israelische Bomben und Raketen noch zu übertreffen droht. 67]

20. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat "große Besorgnis über die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen und das Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung" geäußert, [68] wobei der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen insbesondere "die unverhältnismäßigen Auswirkungen auf Kinder" festgestellt hat.[69] In ihrer Resolution ES10/22 vom 12. Dezember 2023 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen auch ausdrücklich ein Schreiben des Generalkommissars des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) vom 7. Dezember 2023 zur Kenntnis, das an den Präsidenten der Generalversammlung gerichtet war. In diesem beispiellosen Schreiben sagt der Generalkommissar "den Zusammenbruch des Mandats [des UNRWA] . . den Zusammenbruch des Mandats, das er zu erfüllen hat" und fordert "ein Ende der Dezimierung des Gazastreifens und seiner Bevölkerung"[70].

## **B. Hintergrund**

### *1. Der Gaza-Streifen ("Gaza")*

21. Der Gazastreifen ist ein schmaler Landstreifen, der im Westen an das Mittelmeer, im Süden an Ägypten und im Norden und Osten an Israel grenzt. Zusammen mit dem Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, ist er eines der beiden konstituierenden Gebiete des 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiets und des Staates Palästina, der am 15. Februar 1995 von Südafrika anerkannt wurde und am 29. November 2012 den Status eines Nichtmitgliedstaats mit Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen erhielt.[71]

22. Die Bevölkerung des Gazastreifens besteht aus etwa 2,3 Millionen Menschen, von denen mehr als die Hälfte Kinder sind. 80 Prozent der Palästinenser im Gazastreifen sind Flüchtlinge - und deren Nachkommen - aus Städten und Dörfern im heutigen Staat Israel,[72] die während der

Massenvertreibung von über 750 000 Palästinensern oder "Nakba" während der Gründung des Staates Israel vertrieben oder zur Flucht gezwungen wurden.[73] Die Nakba und die damit verbundene Massenvertreibung spielen daher in der Geschichte und im Bewusstsein der Palästinenser im Gazastreifen eine wichtige Rolle, ebenso wie für das gesamte palästinensische Volk. Die Palästinenser in Gaza bilden einen wesentlichen Teil der palästinensischen nationalen, rassischen und ethnischen Gruppe: Sie sind ein prominenter Teil der Gruppe und stellen die Bevölkerung eines der beiden konstituierenden Gebiete des Staates Palästina. Sie sind auch ein quantitativ wesentlicher Teil der palästinensischen Bevölkerung des Staates Palästina unter der Besatzung, die etwa 5,48 Millionen Menschen zählt.[74]



Karte des Gazastreifens[75]

23. Der Gazastreifen umfasst fünf Gouvernorate. Die Gouvernements Gaza-Nord und Gaza-Gouvernement, die den "Norden" bilden, erstrecken sich vom Norden des Wadi Gaza bis zur Erez-Kreuzung, einem Fußgängerübergang nach Israel (auch bekannt als "Beit Hanoun-Kreuzung"). Im "Norden" leben normalerweise etwa 1,1 Millionen Palästinenser,[76] viele davon in Gaza-Stadt (etwa 713 488 Einwohner),[77] sowie in Beit Lahia und Beit Hanoun und in den Flüchtlingslagern Beach und Jabalia. Hier befinden sich auch das größte Krankenhaus des Gazastreifens, das Al Shifa Medical Hospital, sowie das Kamal Adwan Hospital. Das Gouvernement Deir al Balah (das "Mittlere Gebiet") zählt normalerweise 302.507 Einwohner,[78] hauptsächlich in Deir al Balah City sowie in den Flüchtlingslagern Al Maghazi, An Nuseirat, Al Bureij und Deir al Balah; hier befindet sich das

einziges Kraftwerk des Gazastreifens. Die Gouvernements Khan Yunis und Rafah ("der Süden") liegen unterhalb des Gouvernements Deir al Balah und erstrecken sich bis zum Grenzübergang Rafah mit Ägypten. Die wichtigsten Bevölkerungszentren im Süden sind Khan Yunis und Rafah sowie die Flüchtlingslager von Khan Yunis und Rafah. Der Grenzübergang Karem Shalom (auch bekannt als "Karem Abu Salem Crossing") befindet sich vier Kilometer westlich von Rafah. Im Süden befindet sich das Nasser-Krankenhaus.[79] Die Bevölkerung des Südens betrug vor Oktober 2023 etwa 673.844 Einwohner.[80] Die Middle Area und der Süden beherbergen derzeit mehr als 1.2 Millionen Binnenvertriebene in 98 UNRWA-Einrichtungen[81] und Zehntausende in behelfsmäßigen Zelten im Gebiet Al-Mawasi - einer palästinensischen Beduinenstadt in einem schmalen, größtenteils un bebauten Sandstreifen an der Mittelmeerküste des Gazastreifens -82, das von Israel bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in der ersten Dezemberwoche 2023 als angeblich "sichere Zone" ausgewiesen wurde.[83] Man geht davon aus, dass etwa 160 000 weitere vertriebene Palästinenser in UNRWA-Einrichtungen im Norden des Landes untergebracht sind,[84] sowie weitere, die an anderen Orten Schutz suchen.

24. Bis 2005 war der Gazastreifen - wie heute das Westjordanland - von israelischen Streitkräften vor Ort besetzt. Im Jahr 2005 zog sich Israel jedoch einseitig aus dem Gazastreifen zurück, baute seine Militärstützpunkte ab und siedelte israelische Siedler aus den Siedlungen im Gazastreifen zurück nach Israel und in das besetzte Westjordanland um [85].

Ungeachtet des "Rückzugs" übt Israel weiterhin die Kontrolle über den Luftraum, die Hoheitsgewässer, die Landübergänge, das Wasser, die Elektrizität, die elektromagnetische Sphäre und die zivile Infrastruktur im Gazastreifen aus[86] sowie über wichtige Regierungsfunktionen, wie die Verwaltung des palästinensischen Bevölkerungsregisters für den Gazastreifen.[87] Angesichts dieser anhaltenden effektiven Kontrolle Israels über das Gebiet wird der Gazastreifen von der internationalen Gemeinschaft immer noch als von Israel kriegerisch besetzt betrachtet. 88] Die nahezu vollständige Kontrolle Israels über den Zugang zum Gazastreifen und über die Versorgung mit Wasser, Treibstoff, Strom und Lebensmitteln wird seit dem 7. Oktober 2023 deutlich demonstriert.

25. Die Ein- und Ausreise auf dem Luft- und Seeweg in den Gazastreifen war seit Anfang der 1990er Jahre verboten, und Israel unterhielt nur zwei Grenzübergänge - Erez (Fußgänger) und Kerem Shalom (Güter) -, über die Palästinenser im Gazastreifen ins Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, gelangen konnten, um dort Geschäfte, Handel, medizinische Versorgung sowie soziale und familiäre Angelegenheiten zu erledigen.[89] Nach dem Wahlsieg der Hamas im Jahr 2006, auf den innerpalästinensische Gewalt folgte, verhängte Israel jedoch eine strenge Blockade des Gazastreifens und erklärte das gesamte Gebiet zu einem "feindlichen Gebiet".[90] Die bestehenden Beschränkungen der Freizügigkeit wurden erheblich verschärft, so dass die meisten Palästinenser im Gazastreifen keine Reisegenehmigung erhalten konnten, was für viele palästinensische Familien zu einer langen, unbestimmten Trennung führte. 91] Die wenigen, die reisen durften, erhielten nicht unbedingt eine Genehmigung und stießen fast immer auf Verzögerungen und Schwierigkeiten bei dem Verfahren".[92] Zwischen 2008 und 2021 starben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 839 Palästinenser aus dem Gazastreifen, während sie auf eine medizinische Genehmigung warteten, um den Gazastreifen für eine dringende medizinische Behandlung zu verlassen. 93] Die meisten Genehmigungen waren für Tagelöhner und Landwirtschaftshändler bestimmt, die in erster Linie gering qualifizierte Arbeiten in Israel und in israelischen Siedlungen im Westjordanland verrichten sollten.[94] Zwischen 2007 und 2010 regelte Israel die Einfuhr von Lebensmitteln in den Gazastreifen nach Maßgabe des Kalorienverbrauchs pro Person, um die Lebensmitteltransfers auf ein "humanitäres Minimum" zu beschränken, ohne Hunger

oder Unterernährung zu verursachen. 95] Danach wandte Israel bei der Einfuhr von Gütern in den Gazastreifen ein System der doppelten Verwendung an, das die Einfuhr von Gütern stark einschränkte, indem es Güter verbot, die für eine doppelte zivile/militärische Verwendung in Frage kamen. [96]

26. Israels parallele Einrichtung einer breiten Pufferzone innerhalb des östlichen Grenzzauns des Gazastreifens (die Schätzungen zufolge den Zugang zu etwa 24 Prozent des Gazastreifens einschränkt) hat schwerwiegende Auswirkungen auf die interne Lebensmittelversorgung, da die wichtigsten landwirtschaftlichen Flächen für die Landwirtschaft reduziert werden.[97] Israel hat auch die Fischerei für die Palästinenser extrem gefährlich gemacht, da sie keinen vollen Zugang zu der Fischereizone von 20 Seemeilen hatten, die in den Osloer Verträgen - Interimsabkommen zwischen der PLO und Israel in den frühen 1990er Jahren - festgelegt wurde. Die Seeblockade, die von den israelischen Streitkräften mit Gewalt, Verhaftungen und der Beschlagnahmung von Fischereigeräten durchgesetzt wird, hat das Einzugsgebiet für die Fischer des Gazastreifens auf verschmutzte Gewässer unmittelbar vor der Küste reduziert, was zu einer Überfischung führt, die sich auf die Nachhaltigkeit auswirkt.[98] Bereits 2015 warnte die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), dass die von Israel verhängten restriktiven Maßnahmen das Risiko bergen, dass der Gazastreifen bis 2020 unbewohnbar wird.[99] Im Jahr 2020 beschrieb der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten die Auswirkungen der israelischen Blockade auf den Gazastreifen als eine Entwicklung, die den Gazastreifen "von einer Gesellschaft mit niedrigem Einkommen und bescheidenen, aber wachsenden Exportbeziehungen zur regionalen und internationalen Wirtschaft in ein verarmtes Ghetto mit einer dezimierten Wirtschaft und einem zusammenbrechenden Sozialsystem"[100] verwandelt hat. 2022 beschrieb er die Situation wie folgt:

"Im Gazastreifen besteht Israels offensichtliche Strategie darin, eine unerwünschte Bevölkerung von zwei Millionen Palästinensern auf unbestimmte Zeit einzulagern, die es durch seine umfassende, 15 Jahre alte Luft-, Land- und Seeblockade auf einen schmalen Landstreifen beschränkt hat (mit weiteren Einschränkungen durch Ägypten an der Südgrenze des Gazastreifens). Ban Ki-moon hat diese politische Quarantäne der Bevölkerung als "kollektive Bestrafung" bezeichnet, die einen schweren Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt. Die Weltbank berichtete im Jahr 2021, dass der Gazastreifen einen jahrzehntelangen Prozess der Rückentwicklung und Deindustrialisierung durchlaufen hat, der zu einer Arbeitslosenquote von 45 Prozent und einer Armutsquote von 60 Prozent geführt hat. 80 Prozent der Bevölkerung sind auf irgendeine Form der internationalen Hilfe angewiesen, was zum großen Teil auf die hermetische Abriegelung des Zugangs des Gazastreifens zur Außenwelt zurückzuführen ist. Die Grundwasserleiter an der Küste, die einzige natürliche Trinkwasserquelle im Gazastreifen, ist aufgrund der Verunreinigung durch Meerwasser und Abwässer verschmutzt und für den menschlichen Konsum ungeeignet, was die Wasserkosten für die ohnehin mittellose Bevölkerung erheblich in die Höhe treibt. Der Gazastreifen ist in Bezug auf die Stromversorgung in hohem Maße von externen Quellen - Israel und Ägypten - abhängig, und die Palästinenser leben mit ständigen Stromausfällen von 12 bis 20 Stunden täglich, was das tägliche Leben und die Wirtschaft stark beeinträchtigt. Die Ein- und Ausfuhr von Waren wird von Israel streng kontrolliert, wodurch die lokale Wirtschaft abgewürgt wurde. Das Gesundheitssystem im Gazastreifen liegt am Boden, es gibt einen gravierenden Mangel an medizinischem Fachpersonal, unzureichende Behandlungsgeräte und eine geringe Versorgung mit Medikamenten.

Die Palästinenser in Gaza können nur selten außerhalb des Gazastreifens reisen, was eine Verweigerung ihres Grundrechts auf Freizügigkeit darstellt. Vor allem aber haben sie in den letzten 13 Jahren vier höchst asymmetrische Kriege mit Israel erlebt, die enorme Verluste an zivilen Opfern und eine enorme Zerstörung von Eigentum zur Folge hatten. Das Leid wurde von Antonio Guterres im Mai 2021 anerkannt, als er erklärte: "Wenn es eine Hölle auf Erden gibt, dann ist es das Leben der Kinder in Gaza"[101].

27. Zwischen dem 29. September 2000 und dem 7. Oktober 2023 wurden etwa 7.569 Palästinenser, [102] darunter 1.699 Kinder,[103] in diesen "vier hochgradig asymmetrischen Kriegen" sowie bei anderen kleineren militärischen Angriffen getötet und Zehntausende von Menschen verletzt. Weitere 214 Palästinenser, darunter 46 Kinder, wurden während des "Großen Marsches der Rückkehr" getötet,[104] einem groß angelegten friedlichen Protest entlang des Trennungsauns zwischen dem Gazastreifen und Israel, an dem Tausende von Palästinensern über 18 Monate lang jeden Freitag teilnahmen und die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens und die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Häuser und Dörfer in Israel forderten.[105] Allein an einem besonders tödlichen Tag tötete Israel 60 palästinensische Demonstranten,[106] wie die unabhängige Untersuchungskommission zu den Protesten in den besetzten palästinensischen Gebieten ("Kommission") feststellte:

"Während dieser wöchentlichen Demonstrationen töteten und verletzten die israelischen Sicherheitskräfte (ISF) Zivilisten, die weder direkt an den Feindseligkeiten beteiligt waren noch eine unmittelbare Bedrohung für ihr Leben darstellten, schwer. Unter den Erschossenen waren Kinder, Sanitäter, Journalisten und Menschen mit Behinderungen."[107]

28. Unter den von israelischen Soldaten, die hinter dem Trennungsaun schossen, getöteten Personen befanden sich drei Sanitäter und zwei Journalisten. Insgesamt wurden mehr als 36.100 Palästinenser, darunter fast 8.800 Kinder,[108] von Israel verletzt, darunter 4.903 Menschen, denen in die unteren Gliedmaßen geschossen wurde, "viele von ihnen standen Hunderte von Metern von den Scharfschützen entfernt und waren unbewaffnet"[109]. 156 von ihnen musste mindestens eine Gliedmaße amputiert werden,[110] und über 1.200 benötigten eine spezielle Behandlung zur Wiederherstellung der Gliedmaßen.[111] Die Kommission stellte fest, dass die Verstümmelungen nicht zufällig waren: Die von Israel angenommenen Einsatzregeln erlaubten es den Scharfschützen, auf die Beine der "Hauptaufwiegler" zu schießen. [112] Ein israelischer Soldat gab zu, dass er "42 Knie an einem Tag" erschossen habe. [113]

29. Die Kommission stellte fest, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gab, dass israelische Scharfschützen "absichtlich" auf Kinder schossen, weil sie wussten, dass es sich um Kinder handelte, [114] und dass sie auch "absichtlich" auf medizinisches Personal und Journalisten schossen, "obwohl sie deutlich als solche gekennzeichnet waren",[115] und dass israelische Scharfschützen "absichtlich auf behinderte Demonstranten schossen, obwohl sie sichtbare Behinderungen hatten" und keine unmittelbare Bedrohung darstellten,[116] und dass es "hinreichende Gründe für die Annahme" gab.

30. In anderen Berichten von Gremien und Mandaten der Vereinten Nationen wurde wiederholt festgestellt, dass Israel bei seinen früheren militärischen Angriffen auf den Gazastreifen in schwerwiegender Weise gegen das Völkerrecht verstoßen hat. Ein Beispiel hierfür:

**- Bericht der gemäß der EntschlieÙung S-5/1 der Kommission vom 19. Oktober 2000 eingesetzten Untersuchungskommission für Menschenrechte (16. März 2001):[117]**

"50. ... die IDF hat, offenbar mit der Begründung militärischer Notwendigkeit, Häuser zerstört und eine beträchtliche Menge landwirtschaftlicher Nutzfläche verwüstet, insbesondere in Gaza, wo ohnehin schon Landmangel herrscht. Statistiken zeigen, dass in Gaza 94 Häuser zerstört und 7.024 Dunum landwirtschaftliche Nutzfläche mit Bulldozern zerstört wurden. Der Schaden an Privathäusern wird auf 9,5 Millionen US-Dollar und der Schaden an landwirtschaftlichen Flächen auf etwa 27 Millionen US-Dollar geschätzt... . Die Häuser auf diesem Land wurden zerstört und die Familien waren gezwungen, in Zelten zu leben. Auch die Wasserbrunnen in der Umgebung wurden vollständig zerstört. Der Kommission fiel es schwer zu glauben, dass diese Zerstörungen, die im Allgemeinen mitten in der Nacht und ohne Vorwarnung durchgeführt wurden, mit militärischen Notwendigkeiten gerechtfertigt werden konnten. Die Kommission hatte den Eindruck, dass die Zerstörung von Eigentum auf eine einschüchternde Art und Weise erfolgte, die nichts mit der Sicherheit zu tun hatte, das Wohlergehen der Zivilbevölkerung missachtete und weit über die Erfordernisse der militärischen Notwendigkeit hinausging. Die Beweise deuten darauf hin, dass die Zerstörung von Eigentum und der Abriss von Häusern in anderen Teilen des Westjordanlands und des Gazastreifens wiederholt wurden. Palästinenser hängen, wie andere Menschen auch, sehr an ihren Häusern und landwirtschaftlichen Flächen. Der Abriss von Häusern und die Zerstörung von Oliven- und Zitrusbäumen, die von Landwirten über viele Jahre hinweg gepflegt wurden, hat unsägliches menschliches Leid über Personen gebracht, die nichts mit der gegenwärtigen Gewalt zu tun haben.

51. Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass die IDF exzessive Gewaltanwendung auf Kosten von Leben und Eigentum in Palästina betrieben hat".

**- Bericht der hochrangigen Erkundungsmission in Beit Hanoun gemäß Ratsresolution S-3/1 (1. September 2008, Erzbischof Desmond Tutu und Professor Christine Chinkin): 118**

"72. Die Mission drückt allen Opfern des Beschusses von Beit Hanoun am 8. November 2006 ihr Mitgefühl aus. Der Angriff forderte Menschenleben, fügte schreckliche körperliche und seelische Verletzungen zu, riss Familien auseinander, zerstörte Häuser, nahm die Lebensgrundlage und traumatisierte die Bevölkerung. Die Folgen des Angriffs haben diese Übel noch verschlimmert....

75. . . . In Ermangelung einer begründeten Erklärung des israelischen Militärs (das allein im Besitz der relevanten Fakten ist) muss die Mission zu dem Schluss kommen, dass die Möglichkeit besteht, dass der Beschuss von Beit Hanoun ein Kriegsverbrechen im Sinne des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs darstellt. . . .

76. Ein Opfer des Beschusses von Beit Hanoun war die Rechtsstaatlichkeit. Für eine Tat, bei der 19 Menschen getötet und viele weitere verletzt wurden, wurde keine Rechenschaft abgelegt. . . .



**- Bericht der gemäß der Resolution S-9/1 des Menschenrechtsrates vom 12. Januar 2009 eingerichteten Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zum Gaza-Konflikt (25. September 2009):[119]**

"36. . . . Die Mission fand keine Beweise für die Behauptung, dass Krankenhauseinrichtungen von den Behörden des Gazastreifens oder von bewaffneten palästinensischen Gruppen als Schutz für militärische Aktivitäten genutzt wurden oder dass Krankenwagen zum Transport von Kämpfern oder für andere militärische Zwecke verwendet wurden. Auf der Grundlage ihrer eigenen Untersuchungen und der Erklärungen von Beamten der Vereinten Nationen schließt die Mission aus, dass bewaffnete palästinensische Gruppen von Einrichtungen der Vereinten Nationen aus, die während der Militäroperationen als Schutzräume genutzt wurden, an Kampfhandlungen beteiligt waren ...

55. Die Mission untersuchte vier Vorfälle, bei denen die israelischen Streitkräfte palästinensische Zivilisten mit vorgehaltener Waffe dazu zwangen, an Hausdurchsuchungen während der Militäroperationen teilzunehmen... Die Mission kommt zu dem Schluss, dass diese Praxis auf den Einsatz palästinensischer Zivilisten als menschliche Schutzschilde hinausläuft und daher nach dem humanitären Völkerrecht verboten ist.

. . . Die als menschliche Schutzschilde eingesetzten palästinensischen Männer wurden unter Androhung von Tod oder Verletzung verhört, um Informationen über die Hamas, palästinensische Kämpfer und Tunnel zu erhalten. Dies stellt einen weiteren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht dar...

60. Neben der willkürlichen Freiheitsberaubung und der Verletzung der Rechte auf ein ordnungsgemäßes Verfahren zeigen die Fälle der inhaftierten palästinensischen Zivilisten eine Gemeinsamkeit in der Interaktion zwischen israelischen Soldaten und palästinensischen Zivilisten auf, die auch in vielen Fällen, die an anderer Stelle im Bericht erörtert werden, deutlich zutage tritt: kontinuierliche und systematische Misshandlung, Verletzung der persönlichen Würde, erniedrigende und entwürdigende Behandlung, die gegen die Grundprinzipien des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte verstößt. Die Mission kommt zu dem Schluss, dass diese Behandlung die Verhängung einer Kollektivstrafe gegen diese Zivilisten darstellt und auf Maßnahmen der Einschüchterung und des Terrors hinausläuft...

382. Bei der Bewertung der israelischen Angriffe auf das Gebäude des Legislativrats und das Hauptgefängnis stellt der Ständige interministerieller Ausschuss zunächst fest, dass die Hamas eine Organisation mit unterschiedlichen politischen, militärischen und sozialpolitischen Komponenten ist...

391. Die Mission weist die Analyse gegenwärtiger und ehemaliger hochrangiger israelischer Beamter zurück, wonach aufgrund des angeblichen Charakters der Hamas-Regierung in Gaza die Unterscheidung zwischen zivilen und militärischen Teilen der Regierungsinfrastruktur in Bezug auf den Konflikt Israels mit der Hamas nicht mehr relevant sei ...

392. Der Ständige interministerieller Ausschuss ist der Ansicht, dass dies ein gefährliches Argument ist, das energisch zurückgewiesen werden sollte, da es mit dem Kardinalprinzip der Unterscheidung unvereinbar ist.

Das humanitäre Völkerrecht verbietet Angriffe auf Ziele, die keinen wirksamen Beitrag zu einer militärischen Aktion leisten. Angriffe, die sich nicht gegen militärische Ziele (oder Ziele mit doppeltem Verwendungszweck) richten, sind Verstöße gegen das Kriegsrecht, unabhängig davon, wie vielversprechend der Angreifer sie aus strategischer oder politischer Sicht betrachtet ...

522. Die Warnung, sich in die Stadtzentren zu begeben, erfolgte zu Beginn der Bodeninvasion. Nach Ansicht der Mission war es unter den gegebenen Umständen unvernünftig, davon auszugehen, dass Zivilisten tatsächlich ihre Häuser verlassen würden. Infolgedessen war die Schlussfolgerung, die angeblich Teil der Logik der Soldaten am Boden war, dass diejenigen, die an Ort und Stelle geblieben waren, Kämpfer sein mussten, völlig ungerechtfertigt ...

629. In Anbetracht der eingesetzten Waffen und insbesondere des Einsatzes von weißem Phosphor in und um ein Krankenhaus, von dem die israelischen Streitkräfte wussten, dass es nicht nur zahlreiche Verletzte und Verwundete versorgte, sondern auch mehreren hundert Zivilisten Unterschlupf gewährte, stellt die Mission auf der Grundlage aller ihr zur Verfügung stehenden Informationen fest, dass die israelischen Streitkräfte mit dem direkten Angriff auf das Krankenhaus und das Ambulanzdepot unter diesen Umständen gegen Artikel 18 der Vierten Genfer Konvention und gegen das Völkergewohnheitsrecht in Bezug auf die Verhältnismäßigkeit verstoßen haben ...

1027. Die Mission ... stellte fest, dass die systematische Zerstörung der Lebensmittel-, Produktions-, Wasserversorgungs- und Bauindustrie mit der allgemeinen Politik der unverhältnismäßigen Zerstörung eines bedeutenden Teils der Infrastruktur des Gazastreifens zusammenhing.

1214. Mit ihrer übermäßig weit gefassten Definition der "unterstützenden Infrastruktur" haben die israelischen Streitkräfte versucht, einen Rahmen für ihre Aktivitäten zu schaffen, der nach Ansicht der Mission unweigerlich schlimme Folgen für die Nichtkombattanten in Gaza haben sollte ...

1215. Erklärungen von politischen und militärischen Führern vor und während der Militäroperationen in Gaza lassen kaum Zweifel daran, dass unverhältnismäßige Zerstörung und Gewalt gegen Zivilisten Teil einer bewussten Politik waren ...

1883. Die Militäroperationen im Gazastreifen wurden nach Angaben der israelischen Regierung gründlich und umfassend geplant. Während die israelische Regierung versucht hat, ihre Operationen im Wesentlichen als Reaktion auf Raketenangriffe in Ausübung ihres Rechts auf Selbstverteidigung darzustellen, ist die Mission der Ansicht, dass der Plan zumindest teilweise auf ein anderes Ziel gerichtet war: die Bevölkerung des Gazastreifens als Ganzes ...

1888. Der Ständige interministerieller Ausschuss erkennt uneingeschränkt an, dass die israelischen Streitkräfte, wie jede Armee, die versucht, innerhalb der Parameter des Völkerrechts zu handeln, es vermeiden müssen, das Leben ihrer Soldaten in unangemessener Weise zu riskieren, aber sie dürfen dieses Risiko auch nicht auf das Leben ziviler Männer, Frauen und Kinder übertragen. Die Grundprinzipien der Unterscheidung und der Verhältnismäßigkeit gelten auf dem Schlachtfeld,

unabhängig davon, ob es sich bei diesem Schlachtfeld um ein bebautes Stadtgebiet oder um ein offenes Feld handelt.

1889. Das wiederholte Versäumnis, zwischen Kombattanten und Zivilisten zu unterscheiden, scheint dem Ausschuss das Ergebnis einer bewussten Anleitung der Soldaten gewesen zu sein, wie sie von einigen von ihnen beschrieben wurde, und nicht das Ergebnis gelegentlicher Fehlritte ...

1891. Aus den von der Mission gesammelten Beweisen geht eindeutig hervor, dass die Zerstörung von Lebensmittelversorgungseinrichtungen, Wasseraufbereitungsanlagen, Betonfabriken und Wohnhäusern das Ergebnis einer bewussten und systematischen Politik der israelischen Streitkräfte war. Sie wurde nicht durchgeführt, weil diese Objekte eine militärische Bedrohung oder Chance darstellten, sondern um der Zivilbevölkerung das tägliche Leben und ein Leben in Würde zu erschweren ...

1892. Neben der systematischen Zerstörung der wirtschaftlichen Kapazitäten des Gazastreifens scheint es auch zu einem Angriff auf die Würde der Bevölkerung gekommen zu sein. Dies zeigte sich nicht nur durch den Einsatz menschlicher Schutzschilder und unrechtmäßige Inhaftierungen unter teilweise unzumutbaren Bedingungen, sondern auch durch die Zerstörung von Häusern, wenn diese besetzt waren, und die Art und Weise, wie die Menschen behandelt wurden, wenn ihre Häuser betreten wurden. Die Graffiti an den Wänden, die Obszönitäten und die oft rassistischen Slogans vermittelten ein Gesamtbild der Demütigung und Entmenschlichung der palästinensischen Bevölkerung ...

1893. Die Operationen wurden in allen ihren Phasen sorgfältig geplant. Rechtsgutachten und Ratschläge wurden während der gesamten Planungsphase und auf bestimmten operativen Ebenen während der Kampagne erteilt. Nach Angaben der israelischen Regierung wurden fast keine Fehler gemacht.

Unter diesen Umständen kommt die Mission zu dem Schluss, dass es sich bei dem, was sich Ende 2008 und Anfang 2009 in etwas mehr als drei Wochen ereignete, um einen vorsätzlich unverhältnismäßigen Angriff handelte, der darauf abzielte, eine Zivilbevölkerung zu bestrafen, zu demütigen und zu terrorisieren, ihre lokale wirtschaftliche Fähigkeit, zu arbeiten und sich selbst zu versorgen, radikal zu verringern und ihr ein immer stärkeres Gefühl der Abhängigkeit und Verwundbarkeit aufzuzwingen ...

1927. Die Mission stellte fest, dass die israelischen Streitkräfte im Gazastreifen große Gruppen von Personen, die nach der Vierten Genfer Konvention geschützt sind, zusammengetrieben und festgehalten haben. Die Mission stellt fest, dass ihre Inhaftierung weder als Inhaftierung von "ungesetzlichen Kämpfern" noch als Internierung von Zivilisten aus zwingenden Sicherheitsgründen gerechtfertigt werden kann ...

1929. Der Ständige interministerielle Ausschuss stellt ferner fest, dass die israelischen Streitkräfte ohne militärische Notwendigkeit rechtswidrig und mutwillig eine Reihe von Objekten und Einrichtungen der Nahrungsmittelproduktion oder -verarbeitung (einschließlich Mühlen, Land und Gewächshäuser), Trinkwasseranlagen, Bauernhöfe und Tiere angegriffen und zerstört haben, was

gegen den Grundsatz der Unterscheidung verstößt. Aufgrund der von ihr festgestellten Tatsachen kommt die Mission zu dem Schluss, dass diese Zerstörungen mit dem Ziel durchgeführt wurden, der Zivilbevölkerung den Lebensunterhalt zu verweigern, was einen Verstoß gegen das Gewohnheitsrecht darstellt, das in Artikel 54 (2) des Ersten Zusatzprotokolls zum Ausdruck kommt. Die Mission kommt ferner zu dem Schluss, dass die israelischen Streitkräfte in großem Umfang private Wohnhäuser, Wasserbrunnen und Wassertanks rechtswidrig und mutwillig zerstört haben."

**- Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission, die gemäß der Resolution S-21/1 des Menschenrechtsrates (24. Juni 2015) eingesetzt wurde:[120]**

"44. ... die große Zahl gezielter Angriffe auf Wohngebäude und die Tatsache, dass solche Angriffe während der gesamten Operation fortgesetzt wurden, selbst nachdem die verheerenden Auswirkungen dieser Angriffe auf Zivilisten und zivile Objekte offensichtlich wurden, geben Anlass zu der Besorgnis, dass es sich bei den Angriffen um eine militärische Taktik gehandelt haben könnte, die Ausdruck einer umfassenderen Politik war, die zumindest stillschweigend von Entscheidungsträgern auf höchster Ebene der israelischen Regierung gebilligt wurde....

51 ... die Tatsache, dass die israelischen Streitkräfte die Art und Weise ihrer Operationen nicht änderten, nachdem anfängliche Episoden von Beschuss zu einer großen Anzahl von zivilen Todesopfern geführt hatten, deutet darauf hin, dass ihre Politik für den Einsatz von Artillerie in dicht besiedelten Gebieten möglicherweise nicht mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar ist.

53. ... die Zerstörung durch Artilleriebeschuss, Luftangriffe und Bulldozer kann als Kriegstaktik eingesetzt worden sein. Ein Teil der Zerstörungen dürfte auf die legitimen Versuche der israelischen Verteidigungskräfte zurückzuführen sein, Tunnel zu beseitigen und ihre Soldaten zu schützen. Die Konzentration der Zerstörung auf Orte in der Nähe der Grünen Linie, die in einigen Gebieten bis zu 100 Prozent betrug, und die systematische Art und Weise, in der diese Gebiete nacheinander eingeebnet wurden, geben jedoch Anlass zu der Sorge, dass eine derart umfangreiche Zerstörung nicht durch eine zwingende militärische Notwendigkeit erforderlich war. Sollte sich dies bestätigen, würde dies einen schweren Verstoß gegen Artikel 147 der Vierten Genfer Konvention darstellen, der ein Kriegsverbrechen ist ...

55. ... die Warnungen zur Evakuierung sollten "sterile Kampfzonen" schaffen, und die in dem Gebiet verbliebenen Menschen würden nicht mehr als Zivilisten gelten und somit den Schutz genießen, den ihr Zivilstatus bietet. So erklärte beispielsweise der Leiter des Doktrin-Referats im Hauptquartier des Infanteriekorps, . . . Berichten zufolge erklärte er: "... In Friedenszeiten stehen die Soldaten einer Zivilbevölkerung gegenüber, aber in Kriegszeiten gibt es keine Zivilbevölkerung, sondern nur einen Feind." ...

56. ... die Schlussfolgerung, dass jeder, der sich in einem Gebiet aufhält, vor dem gewarnt wurde, ein Feind oder eine Person ist, die an "terroristischen Aktivitäten" beteiligt ist, oder die Erteilung von Anweisungen in diesem Sinne trägt dazu bei, ein Umfeld zu schaffen, das Angriffe auf Zivilisten begünstigt. Zivilisten, die sich dafür entscheiden, einer Warnung keine Beachtung zu schenken, verlieren nicht den

Schutz, der ihnen durch ihren Status gewährt wird. Zivilisten verlieren ihren Schutz vor Angriffen nur dann, wenn sie direkt an den Feindseligkeiten teilnehmen. Eine bloße Warnung entbindet die israelischen Verteidigungskräfte nicht von ihrer gesetzlichen Verpflichtung, die Zivilbevölkerung zu schützen.

57. Eine Untersuchung der Aktionen der israelischen Streitkräfte in Shuja'iyah im Juli und in Rafah am 1. August zeigt, dass der Schutz der israelischen Soldaten das Verhalten der israelischen Streitkräfte bei diesen Operationen erheblich beeinflusste und zuweilen Vorrang vor der Sorge um die Minimierung ziviler Opfer hatte. Obwohl der Schutz der Truppen ein legitimes Ziel ist, hat die Kommission den deutlichen Eindruck, dass, wenn das Leben der Soldaten auf dem Spiel stand oder die Gefahr einer Gefangennahme bestand ...

58. ... Die Kommission ist der Ansicht, dass die durch solche politischen Prioritäten geschaffene militärische Kultur ein Faktor gewesen sein könnte, der zu der Entscheidung beigetragen hat, in Rafah und Shuja'iyah massive Feuerkraft zu entfesseln und dabei die verheerenden Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung völlig außer Acht zu lassen. Darüber hinaus führt die Anwendung dieses Protokolls in einer dicht besiedelten Umgebung durch den Einsatz schwerer Waffen vorhersehbar zu Verstößen gegen die Grundsätze der Unterscheidung und der Verhältnismäßigkeit."

**- Bericht über die detaillierten Ergebnisse der unabhängigen Untersuchungskommission, die gemäß der Resolution S-21/1 des Menschenrechtsrats vom 23. Juli 2014 eingesetzt wurde (24. Juni 2015):[121]**

293. Die schiere Anzahl der abgefeuerten Granaten sowie der gemeldete Abwurf von über 100 Ein-Tonnen-Bomben in einem kurzen Zeitraum in einem dicht besiedelten Gebiet, zusammen mit dem gemeldeten Einsatz eines Artilleriesperrfeuers, werfen Fragen hinsichtlich der Einhaltung der Regeln der Unterscheidung, der Vorsorge und der Verhältnismäßigkeit durch die IDF auf. Diese von den IDF eingesetzten Methoden und Mittel konnten in einem so kleinen und dicht besiedelten Gebiet nicht auf ein bestimmtes militärisches Ziel gerichtet werden und konnten nicht angemessen zwischen Zivilisten und zivilen Objekten und militärischen Zielen unterscheiden, wie es das humanitäre Völkerrecht verlangt. Die verfügbaren Informationen deuten auch darauf hin, dass die IDF während der Operation in Shuja'iyah am 19. und 20. Juli gegen das Verbot verstoßen haben, mehrere unterschiedliche militärische Einzelziele in einem dicht besiedelten Gebiet als ein einziges militärisches Ziel zu behandeln. Daher gibt es starke Hinweise darauf, dass die IDF-Operation in Shuja'iyah am 19. und 20. Juli unter Verstoß gegen das Verbot wahlloser Angriffe durchgeführt wurde und möglicherweise ein Kriegsverbrechen darstellt.

294. Die Shuja'iyah-Operation gibt auch Anlass zu ernsthaften Bedenken, dass die IDF ihrer Verpflichtung, bei Angriffen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, nicht nachgekommen ist. Die Wahl der von den IDF eingesetzten Methoden und Mittel kann nicht mit der Verpflichtung in Einklang gebracht werden, ständig darauf zu achten, Zivilisten und zivile Objekte zu verschonen oder zumindest den zufälligen Verlust von zivilem Leben und die Beschädigung ziviler Objekte in einem dicht besiedelten Gebiet zu minimieren ...

340. ... Die umfangreichen Verwüstungen, die die IDF in Khuza'a anrichteten, insbesondere die Zerstörung ganzer Stadtteile durch Artilleriebeschuss, Luftangriffe und Bulldozer, deuten darauf hin, dass die IDF Zerstörungen durchführten, die nicht durch militärische Notwendigkeit bedingt waren ...

341. Das Ausmaß der Zerstörung in Verbindung mit den Äußerungen des Kommandanten der für die Khuza'a-Operation verantwortlichen Brigade während der Operation, dass "die Palästinenser verstehen müssen, dass sich dies nicht auszahlt", sind ein Hinweis auf eine Bestrafungsabsicht bei der Aktion der IDF in Khuza'a und können eine kollektive Bestrafung darstellen ...

342. Informationen, die die Kommission erhalten hat, deuten darauf hin, dass in mehreren Fällen Palästinenser, die vor allem in ihren Häusern in Khuza'a festgehalten wurden, von IDF-Soldaten beleidigt, geschlagen, mit dem Tode bedroht und anderweitig misshandelt wurden. In einigen Fällen könnte die von einigen Zeugen beschriebene Behandlung einer Folter gleichkommen. ...

348. Andere Vorfälle und angebliche Verhaltensmuster in Khuza'a werfen eine Reihe völkerrechtlicher Bedenken auf ... Zu diesen Vorfällen gehören: die Vorfälle, bei denen Zivilisten angeblich von IDF-Soldaten beschossen wurden; Angriffe auf Krankenwagen; und die unterlassene medizinische Hilfeleistung für Verwundete. . .

418. Die IDF hat argumentiert, dass die hohe Zahl der im Rahmen der Operation "Protective Edge" zerstörten Gebäude auf die gezielte Bekämpfung terroristischer Infrastrukturen und intensive Kämpfe vor Ort zurückzuführen sei. Die von der Kommission gesammelten Beweise, einschließlich der Bewertung der oben genannten Vorfälle, Video- und Fotomaterial, Beobachtungen von UNITAR-UNOSAT und anekdotische Berichte von IDF-Soldaten, deuten jedoch darauf hin, dass das enorme Ausmaß der Zerstörung möglicherweise als Kriegstaktik eingesetzt wurde. . .

576. Neben den Opfern unter der Zivilbevölkerung wurde im Gazastreifen auch enormes ziviles Eigentum zerstört: 18 000 Wohneinheiten wurden ganz oder teilweise vernichtet ... [Ein Zuhause hat eine emotionale Dimension - es ist der Ort, an dem Erinnerungen gespeichert werden - und oft auch viele andere Gegenstände, mit denen die Erinnerungen der Bewohner verbunden sind. Ein zerstörtes oder schwer beschädigtes Haus bedeutet, dass man nicht nur einer physischen Struktur beraubt wird, sondern dass es auch direkte Auswirkungen auf das Wesen der eigenen Existenz hat.

671. Es stellt sich die Frage nach der Rolle hochrangiger Beamter, die in mehreren von der Kommission untersuchten Bereichen die Militärpolitik bestimmen, wie z. B. bei den Angriffen der israelischen Streitkräfte auf Wohnhäuser, dem Einsatz von Artillerie und anderen Sprengwaffen mit großflächiger Wirkung in dicht besiedelten Gebieten, der Zerstörung ganzer Stadtviertel im Gazastreifen und dem regelmäßigen Einsatz scharfer Munition durch die israelischen Streitkräfte, insbesondere bei der Kontrolle von Menschenmengen im Westjordanland. In vielen Fällen mögen einzelne Soldaten die vereinbarte Militärpolitik befolgt haben, aber es kann sein, dass die Politik selbst gegen die Kriegsgesetze verstößt."

**- Bericht des Sonderberichterstatters über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten (22. Oktober 2021):[122] Der Sonderberichterstatter**

stellte fest, dass "die bemerkenswerte Toleranz der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem israelischen Exzeptionalismus bei der Durchführung der Besetzung es der Realpolitik ermöglicht hat, Rechte zu übertrumpfen, Macht an die Stelle von Gerechtigkeit zu setzen und Straflosigkeit die Rechenschaftspflicht zu untergraben".

**- Bericht des Sonderberichterstatters über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten (22. Dezember 2020):**[123]

Der Sonderberichterstatter stellte fest, dass "das Vorgehen Israels gegen die geschützte Bevölkerung des Gazastreifens einer kollektiven Bestrafung nach dem Völkerrecht gleichkommt. Die zwei Millionen Palästinenser in Gaza sind nicht für die Taten der Hamas und anderer militanter Gruppen verantwortlich, dennoch haben sie einen erheblichen Teil der Bestrafung ertragen, und zwar absichtlich."

**- Bericht des Sonderberichterstatters über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten (28. August 2023):**

In Bezug auf die Behandlung palästinensischer Gefangener durch Israel stellte der Sonderberichterstatter "Fälle von Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung fest, darunter sexuelle Übergriffe, das Tragen von Kapuzen und Augenbinden, stundenlanges Stehen, das Anbinden an einen Stuhl in schmerzhaften Positionen, Schlaf- und Essensentzug oder stundenlange laute Musik sowie die Bestrafung durch Einzelhaft".[124] Insbesondere in Bezug auf palästinensische Kinder stellte der Sonderberichterstatter fest, dass sie während der Verhöre "schweren Misshandlungen ausgesetzt sind"[125].

31. Im Jahr 2019 stellte der damalige Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs ("IStGH") fest, dass es "eine vernünftige Grundlage für die Annahme" gibt, dass die israelische Armee "Kriegsverbrechen ... im Zusammenhang mit den Feindseligkeiten im Gazastreifen 2014" begangen hat, und zwar insbesondere.[126] Kürzlich, im Oktober 2023, bestätigte der Ankläger, dass sein "Büro eine laufende Untersuchung mit Zuständigkeit für Palästina hat ... [a]nd dies schließt die Zuständigkeit für aktuelle Ereignisse in Gaza und auch für aktuelle Ereignisse im Westjordanland ein"[127] Der Ankläger stellte fest, dass Israels "Behinderung von Hilfsgütern ... eine Straftat darstellen kann, die in die Zuständigkeit des Gerichtshofs fällt". [128] Er wies ferner darauf hin, dass sein Büro alle Informationen im Zusammenhang mit israelischen Angriffen auf Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser, Kirchen und Moscheen auf die Einhaltung des humanitären Völkerrechts "prüfen" werde.[129] Der Ankläger hat keine neueren Angaben zum Stand der Ermittlungen im Zusammenhang mit der Lage im Staat Palästina gemacht, auch nicht als Reaktion auf das Ersuchen Südafrikas und anderer Staaten vom 17. November 2023, der IStGH möge unter anderem das Verbrechen des Völkermords untersuchen.[130]

*2. Das Westjordanland (einschließlich Ost-Jerusalem)*

32. Das Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, der größere Teil der besetzten palästinensischen Gebiete, umfasst 5.655 km<sup>2</sup> mit einer Bevölkerung von 2,9 Millionen Palästinensern, ist geografisch von Gaza getrennt und durch israelische Siedlungen zersplittert [131].

33. In den Osloer Verträgen wurden die Verwaltungsbefugnisse für drei Gebiete des Westjordanlandes (Gebiete A, B und C - ohne Ostjerusalem) zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und der Besatzungsmacht Israel aufgeteilt. Das Gebiet A, das 18 % des Westjordanlandes umfasst, steht unter der vollständigen Verwaltungskontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde; das Gebiet B, das 22 % des Westjordanlandes umfasst, steht unter der Verwaltungskontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde und der

Sicherheitskontrolle Israels; und das Gebiet C, das 60 % des Westjordanlandes umfasst, steht unter der vollständigen Verwaltungs- und Sicherheitskontrolle Israels.[132] 1967 annektierte Israel angeblich das besetzte Ostjerusalem an sein Territorium, und 1980 nahm es eine Bestimmung in sein Grundgesetz auf, in der es das "vereinte" Jerusalem als Hauptstadt Israels bezeichnete, ein Schritt, der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als "null und nichtig" gerügt wurde und "unverzüglich rückgängig gemacht werden" sollte.[133] Seit 1967 hat Israel 279 "Siedlungen" für israelische Zivilisten im gesamten Westjordanland errichtet - darunter 14 Siedlungen in Ostjerusalem - und sich dabei 750.000 Dunum (185.329 Morgen) palästinensischen Landes angeeignet.[134] Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat wiederholt erklärt, dass die Errichtung solcher Siedlungen durch Israel "keine Rechtsgültigkeit hat und eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und ein großes Hindernis für die Verwirklichung der Zweistaatenlösung und eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens darstellt".[Ungeachtet dessen ist die Zahl der israelischen Siedler, die in das Westjordanland (einschließlich Ostjerusalem) verlegt wurden, dramatisch angestiegen, und zwar von schätzungsweise 247.000 zur Zeit der Osloer Abkommen[136] auf über 700.000 im Jahr 2023. [137] Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) hat festgestellt, dass es "eine vernünftige Grundlage für die Annahme" gibt, dass "Mitglieder der israelischen Behörden Kriegsverbrechen begangen haben, unter anderem im Zusammenhang mit der Verlegung israelischer Zivilisten in das Westjordanland"[138].

34. Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten beschrieb die Situation im Westjordanland wie folgt:

"53. ... Dort sind die Palästinenser einem harten und willkürlichen Rechtssystem unterworfen, das dem der israelischen Siedler in nichts nachsteht. Ein großer Teil des Westjordanlandes ist für Palästinenser tabu, und sie müssen regelmäßig erhebliche Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit durch Absperrungen, Straßensperren und die Notwendigkeit von schwer zu erlangenden Reisegenehmigungen hinnehmen.

54. Der Zugang zu den natürlichen Ressourcen der besetzten Gebiete, insbesondere zu Wasser, wird unverhältnismäßig stark an Israel und die Siedler vergeben. Ebenso ist das von der Besatzungsmacht verwaltete Planungssystem für die Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten im gesamten Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, zutiefst diskriminierend und begünstigt den Siedlungsbau, während es den Palästinensern erhebliche Hindernisse auferlegt, einschließlich der fortlaufenden Beschlagnahme von Land, der Zerstörung von Häusern und der Verweigerung von Baugenehmigungen. Israel wendet Praktiken an, die in einigen Fällen auf die gewaltsame Umsiedlung von Palästinensern, vor allem von Bewohnern ländlicher Gebiete, hinauslaufen können, um Land für Siedlungen, militärische Waffentrainingsgebiete und andere Zwecke zu beschlagnehmen, die ausschließlich der Besatzungsmacht vorbehalten sind und wenig oder gar nichts mit ihren legitimen Sicherheitsanforderungen zu tun haben.

55. Ostjerusalem wurde durch die Besatzung zunehmend von seinen traditionellen nationalen, wirtschaftlichen, kulturellen und familiären Verbindungen mit dem Westjordanland abgekoppelt, und zwar aufgrund der Mauer, des wachsenden Rings von Siedlungen und der damit verbundenen Kontrollpunkte sowie der diskriminierenden Genehmigungsregelung. Die Stadtverwaltung vernachlässigt die Dienstleistungen und die Infrastruktur, die Besatzung hat die Wirtschaft dezimiert, und die Palästinenser haben nur eine kleine Fläche, auf der sie Wohnungen bauen können"[139].



35. Das institutionalisierte Regime diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken, die von Israel angewandt werden, unterwirft die Palästinenser einem Apartheidregime.[140] Die Palästinenser im Westjordanland sind hinter einer Trennungsmauer eingeschlossen und sind folgenden Maßnahmen ausgesetzt: diskriminierende Flächennutzungs- und Planungspolitik; strafbewehrte und administrative Hauszerstörungen; 141 gewaltsame Übergriffe der israelischen Armee auf palästinensische Dörfer, Städte und Flüchtlingslager, auch im Gebiet A; 142 routinemäßige gewaltsame israelische Razzien in ihren Häusern; willkürliche Verhaftungen und unbefristet verlängerbare Verwaltungshaft (Internierung ohne Gerichtsverfahren); und ein duales Rechtssystem, nach dem Palästinenser nach israelischem Militärrecht vor israelischen Militärgerichten verurteilt werden, ohne den grundlegenden Schutz des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, während israelische Siedler, die in demselben Gebiet leben, einem anderen Rechtssystem unterliegen und vor israelischen Zivilgerichten mit einem ordnungsgemäßen Verfahren verurteilt werden.[143]

36. Auch Palästinenser im Westjordanland sind regelmäßig der Gewalt israelischer Soldaten und bewaffneter Siedler ausgesetzt. Vor dem 7. Oktober 2023, zwischen dem 1. Januar und dem 6. Oktober 2023, wurden 199 Palästinenser von israelischen Soldaten oder Siedlern im Westjordanland getötet und 9.000 weitere verletzt.[144] Im September 2023 hatte Save the Children das Jahr 2023 bereits zum tödlichsten Jahr für palästinensische Kinder im Westjordanland seit 2005 erklärt, da mindestens 38 palästinensische Kinder getötet wurden.[145] Seit dem 7. Oktober 2023 wurden weitere 295 Palästinenser, darunter 77 Kinder, von israelischen Soldaten und Siedlern getötet und weitere 3.803, darunter 576 Kinder, verwundet - viele davon schwer. 146] Insgesamt wurden 495 Palästinenser im Westjordanland getötet, was es zum "tödlichsten Jahr für Palästinenser" seit 2005 macht. 147]

37. In einer Welle willkürlicher Massenverhaftungen hat Israel mehr als 3.000 Palästinenser aus dem Westjordanland und Ostjerusalem festgenommen, unter anderem wegen Posts in den sozialen Medien, die sich auf die Lage in Gaza bezogen.[148] Israel hat die Zahl der Palästinenser, die ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Verwaltungshaft gehalten werden, auf 2070 erheblich erhöht. [149] Tausende Palästinenser aus Gaza, die in Israel arbeiten, wurden ebenfalls willkürlich festgenommen und inhaftiert, wobei 3.200 am 3. November 2023 unter heftigen Bombardierungen gewaltsam nach Gaza zurückgebracht wurden. Berichte, dass die palästinensischen Arbeiter bei der Verhaftung misshandelt wurden und körperlicher Gewalt, Missbrauch und Demütigung ausgesetzt waren, sind weit verbreitet.[150] Viele palästinensische erwachsene und minderjährige Gefangene aus dem Westjordanland, die im Austausch gegen israelische Geiseln freigelassen wurden, berichten ebenfalls von schweren Misshandlungen, schweren Schlägen und anderen Verletzungen der persönlichen Würde, insbesondere seit dem 7. Oktober 2023, sowie von Einschränkungen des Zugangs zu Nahrung, Wasser, medizinischer Behandlung und Strom in israelischer Haft.[151] Insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 sind sechs palästinensische Gefangene aus dem Westjordanland in israelischem Gewahrsam gestorben.[152] 19 israelische Gefängniswärter wurden Berichten zufolge verhört, weil sie einen der Gefangenen, Tha'er Abu Asab, im Ketziot-Gefängnis zu Tode geprügelt haben.[153]

38. Seit dem 7. Oktober 2023 haben israelische Streitkräfte Luftangriffe und militärische Angriffe auf Flüchtlingslager im Westjordanland durchgeführt, bei denen viele Palästinenser getötet, Straßen mit Bulldozern geräumt und strenge Bewegungsbeschränkungen auferlegt wurden.[154] Es gab 236 Angriffe auf die "Gesundheitsversorgung" - einschließlich Krankenhäuser - im Westjordanland, wobei israelische Streitkräfte medizinisches Personal und Krankenwagen festhielten und Krankenwagen daran hinderten, zu den Verwundeten zu gelangen.[155] Bewaffnete israelische Siedlerangriffe auf

Palästinenser - die offen von israelischen Politikern unterstützt werden - sind ebenfalls dramatisch eskaliert.[156] Siedler - oft in Begleitung israelischer Soldaten - haben mindestens acht Palästinenser getötet und mindestens 85 weitere verletzt, Palästinenser, insbesondere Bauern, in Angst und Schrecken versetzt und Eigentum beschädigt.[157] 2.186 Palästinenser im Westjordanland, darunter 1.058 Kinder, wurden seit dem 7. Oktober 2023 infolge der extremen israelischen Siedlergewalt, der von der israelischen Armee durchgeführten strafweisen oder administrativen Hauszerstörungen und der bei israelischen Militärrazzien und -operationen verursachten Schäden an Häusern vertrieben. [158] Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs erklärte im Dezember 2023, dass er die Ermittlungen zu israelischen Siedlerangriffen im Westjordanland "beschleunigt" habe. [159]

39. Israels Handlungen im Westjordanland seit dem 7. Oktober 2023 - einschließlich seiner Unterstützung und seines Versagens, israelische Siedler für die Aufwiegelung und Gewalt gegen Palästinenser und palästinensisches Eigentum zu verhindern oder zu bestrafen, einschließlich der Vertreibung gefährdeter palästinensischer Gemeinschaften von ihrem Land - sind untrennbar mit Israels Handlungen im Gazastreifen verbunden und stellen zumindest einen wichtigen Kontext für Israels Verstöße gegen die Völkermordkonvention dar.

### *3. Die Anschläge in Israel vom 7. Oktober 2023*

40. Israels Militärangriff im Gazastreifen und seine verstärkte Militärkampagne im Westjordanland wurden als Reaktion auf einen Angriff in Israel am 7. Oktober 2023 (genannt "Operation Al Aqsa-Flut") durch zwei bewaffnete palästinensische Gruppen - den militärischen Flügel der Hamas (die "Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden") und den Palästinensischen Islamischen Dschihad - eingeleitet. Die Gruppen feuerten ein umfangreiches Raketenfeuer auf Israel ab, durchbrachen den israelischen Zaun, der den Gazastreifen belagert, und griffen israelische Militärstützpunkte und zivile Städte sowie ein Musikfestival an, an dem Tausende von Jugendlichen teilnahmen, und zwar unter Umständen, die vom Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs untersucht werden.[160] Südafrika verurteilt unmissverständlich die Angriffe der Hamas und anderer bewaffneter palästinensischer Gruppen auf israelische und ausländische Zivilisten sowie die Geiselnahme vom 7. Oktober 2023, wie es in seiner Verbalnote an Israel vom 21. Dezember 2023 ausdrücklich festgestellt hat.

41. Seit dem 7. Oktober 2023 wurden nach Angaben der israelischen Behörden über 1.200 Israelis und Ausländer in Israel getötet, darunter 36 Kinder, die meisten davon am 7. Oktober 2023 selbst. [161] Etwa 240 Zivilisten - darunter ältere Menschen, Frauen und Kinder - und israelische Soldaten wurden als Geiseln in den Gazastreifen gebracht. Nur 110 von ihnen wurden bisher im Austausch gegen 240 Palästinenser - darunter ältere Menschen, Frauen und Kinder - freigelassen, die von Israel inhaftiert oder "verwaltungsmäßig festgehalten" wurden.[162] 57 Geiseln sollen bei israelischen Bombardierungen des Gazastreifens getötet worden sein; weitere drei Geiseln wurden nachweislich von israelischen Soldaten in Gaza erschossen.[163] Aus dem Gazastreifen werden weiterhin Raketen auf israelisches Gebiet abgefeuert, was dazu führt, dass Zehntausende von Israelis evakuiert werden müssen, insbesondere aus Gemeinden, die an den Sicherheitszäunen zum Gazastreifen und zum Libanon liegen.[164] Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) hat gewarnt, dass Geiselnahmen "einen schweren Verstoß gegen die Genfer Konventionen" darstellen und dass die Entführung und das Festhalten von Kindern einen "ungeheuerlichen Verstoß gegen die grundlegenden Prinzipien der Menschlichkeit" darstellt.[165] Die Resolutionen ES-10/21 und ES-10/22 (2023) der Generalversammlung der Vereinten Nationen verurteilen Gewaltakte gegen israelische Zivilisten und fordern die Freilassung aller Zivilisten, die unrechtmäßig gefangen gehalten

werden. 166] Die Resolution 2712 (2023) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen fordert ebenfalls "die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln, die von der Hamas und anderen Gruppen festgehalten werden". [167]

42. Als Reaktion auf die Anschläge vom 7. Oktober 2023 gelobte Israel, die Hamas zu "zerschlagen und zu eliminieren" und "die feindlichen Kräfte, die in unser Gebiet eingedrungen sind, zu beseitigen und die Sicherheit wiederherzustellen"[168]. Am 7. Oktober 2023 erklärte der israelische Premierminister, dass "die IDF sofort alle ihre Kräfte einsetzen werden, um die Fähigkeiten der Hamas zu zerstören. Wir werden sie vernichten und diesen dunklen Tag, den sie dem Staat Israel und seinen Bürgern aufgezwungen haben, mit aller Kraft rächen"[169] Am 9. Oktober 2023 verkündete der Premierminister, dass "Israel sich im Krieg befindet".[170] Sowohl er als auch der israelische Präsident haben sich auf das "Recht auf Selbstverteidigung" berufen, um Israels anhaltende militärische Aktivitäten im Gazastreifen zu rechtfertigen. [171] Die Eskalation der Feindseligkeiten zwischen Israel und der Hamas, die von Israel als "Krieg mit eisernen Schwertern" bezeichnet wird, wird in internationalen westlichen Medien und Kommentaren als "Israel-Hamas-Krieg" bezeichnet. [172]

### **C. Völkermörderische Handlungen gegen das palästinensische Volk**

43. Dieser Abschnitt gibt einen Überblick über die Handlungen Israels, die unter Berücksichtigung ihrer Art, ihres Umfangs und ihres Kontextes den Charakter eines Völkermordes haben. Diese Handlungen sind fortlaufend und finden in einem Konfliktkontext statt, in dem Israel absichtlich Telekommunikationssperren über den Gazastreifen verhängt und den Zugang von Untersuchungsorganen<sup>173</sup> und internationalen Medien einschränkt.[174] Gleichzeitig werden palästinensische Journalisten in einem Ausmaß getötet, das deutlich höher ist als in jedem anderen Konflikt der letzten 100 Jahre. In den zwei Monaten seit dem 7. Oktober 2023 überstieg die Zahl der getöteten Journalisten bereits die des gesamten Zweiten Weltkriegs.[175] Weitere Einzelheiten zu diesen Taten werden im Laufe dieses Verfahrens vorgelegt. Die verfügbaren Informationen belegen jedoch, dass Israel: (1) Palästinenser in Gaza - einschließlich palästinensischer Kinder - in großer Zahl tötet; (2) den Palästinensern in Gaza, einschließlich palästinensischer Kinder, schwere körperliche und seelische Schäden zufügt und ihnen Lebensbedingungen auferlegt, die ihre Zerstörung als Gruppe bewirken sollen. Zu diesen Bedingungen gehören: (3) die Vertreibung aus den Häusern und die Massenvertreibung sowie die großflächige Zerstörung von Häusern und Wohngebieten; (4) der Entzug des Zugangs zu angemessener Nahrung und Wasser; (4) der Entzug des Zugangs zu angemessener medizinischer Versorgung; (5) der Entzug des Zugangs zu angemessener Unterkunft, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen; und (6) die Zerstörung des Lebens der palästinensischen Bevölkerung in Gaza; und (7) die Verhängung von Maßnahmen, die palästinensische Geburten verhindern sollen.

44. Die Chefs der Vereinten Nationen und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz ("IKRK") - denen Konfliktsituationen nicht fremd sind - haben das, was sich in Gaza abspielt, als "Krise der Menschlichkeit" bezeichnet.[176] "Veteranen der humanitären Hilfe, die in Kriegsgebieten und Katastrophen auf der ganzen Welt gedient haben - Menschen, die alles gesehen haben - [sagen], dass sie nichts gesehen haben, was sie heute in Gaza sehen" (Generalsekretär der Vereinten Nationen).[177] Es handelt sich um ein "moralisches Versagen", das "unerträgliches Leid" verursacht (IKRK-Präsident),[178] "Dies ist jetzt eine apokalyptische Situation, denn dies sind die Überreste einer Nation, die in ein Loch im Süden getrieben wurde" (Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinator der Vereinten Nationen).[179] Sie beschreiben die Palästinenser im Gazastreifen als "in völligem, sich vertiefendem Schrecken lebend", da sie

"weiterhin unerbittlich von Israel bombardiert werden ... Tod, Belagerung, Zerstörung und Entzug der wichtigsten menschlichen Bedürfnisse wie Nahrung, Wasser, lebensrettende medizinische Versorgung und andere lebenswichtige Dinge in massivem Ausmaß erleiden"; es ist "apokalyptisch" (Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte).[180] "Eine ganze Bevölkerung wird belagert und angegriffen, ihr wird der Zugang zum Überlebensnotwendigen verwehrt, ihre Häuser, Unterkünfte, Krankenhäuser und Gotteshäuser werden bombardiert" (Principals of the United Nations Inter-Agency Standing Committee).[181] Der Gazastreifen ist "der gefährlichste Ort der Welt, um ein Kind zu sein" (Exekutivdirektor des Internationalen Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF)),[182] es ist eine "lebende Hölle", es ist "ein Krieg der Superlative, alles ist beispiellos" und "uns fehlen die Worte, um zu beschreiben, was vor sich geht" (Generalkommissar des UNRWA).[183]

### *1. Tötung von Palästinensern in Gaza*

45. Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums wurden seit Beginn der israelischen Militärangriffe auf den Gazastreifen mehr als 21.110 Palästinenser getötet, von denen man annimmt, dass mindestens 70 Prozent Frauen und Kinder sind.[184] Weitere geschätzte 7.780 Menschen, darunter mindestens 4.700 Frauen und Kinder, werden als vermisst gemeldet, vermutlich tot unter den Trümmern zerstörter Gebäude - sie sterben einen langsamen Tod - oder verwesen in den Straßen, in denen sie getötet wurden[185] Israels Blockade angemessener Treibstoffimporte, seine Zerstörung der Infrastruktur und die von ihm verhängten Stromausfälle behindern die Rettungsversuche erheblich. Am 8. Dezember 2023 war Berichten zufolge nur ein einziges Rettungsfahrzeug im gesamten Gazastreifen einsatzbereit, so dass die Überlebenden gezwungen waren, mit bloßen Händen nach Überlebenden zu graben.[186] Das Ausmaß der israelischen Tötungen ist so groß, dass die Leichen in Massengräbern verscharrt werden, die oft nicht identifiziert werden können.[187]

46. "Nirgendwo ist es sicher in Gaza", wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen - und viele andere Experten der Vereinten Nationen - der internationalen Gemeinschaft jetzt klar gemacht haben.[188] Palästinenser in Gaza wurden in ihren Häusern getötet, an Orten, an denen sie Schutz suchten, in Krankenhäusern, in UNWRA-Schulen, in Kirchen, in Moscheen und als sie versuchten, Nahrung und Wasser für ihre Familien zu finden. Sie wurden getötet, wenn sie nicht evakuiert wurden, an den Orten, an die sie geflohen waren, und sogar, als sie versuchten, entlang der von Israel als "sicher" deklarierten Routen zu fliehen.[189] Es häufen sich Berichte über summarische Hinrichtungen durch israelische Soldaten, auch an mehreren Mitgliedern derselben Familie - Männern, Frauen und älteren Menschen.[190] So wurde berichtet, dass in Gaza-Stadt mindestens elf männliche Mitglieder der Familie Annan und ihre Verwandten - Jungen und Männer - von israelischen Soldaten getrennt und vor den Augen ihrer Familie erschossen wurden, bevor die Frauen und Kinder angegriffen wurden.[191] Es gibt auch Berichte über unbewaffnete Menschen - einschließlich israelischer Geiseln -, die auf der Stelle erschossen wurden, obwohl sie keine Bedrohung darstellten, auch wenn sie weiße Fahnen schwenkten.[192] Angriffe auf palästinensische Häuser und Wohnblocks sind für eine beträchtliche Anzahl von Toten verantwortlich,[193] wobei Israel Berichten zufolge künstliche Intelligenz ("AI") einsetzt, um bis zu 100 Bombenziele pro Tag zu generieren.[194]

47. Israel wirft angeblich "dumme" (d.h. ungelenkte) Bomben auf den Gazastreifen ab,[195] aber auch schwere Bomben mit einem Gewicht von bis zu 2.000 Pfund (900 kg),[196] die einen vorausgesagten tödlichen Radius von "bis zu 360 m" haben und "voraussichtlich schwere

Verletzungen und Schäden bis zu 800 m vom Einschlagspunkt entfernt verursachen"[197]. Diese Waffen werden in einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt eingesetzt, in dem inzwischen etwa einer von 100 Menschen getötet wurde. Bei einigen israelischen Angriffen auf palästinensische Wohnhäuser und Flüchtlingslager wurden mehr als 110 Palästinenser getötet.[198] Schätzungsweise 1.779 palästinensische Familien im Gazastreifen haben mehrere Familienmitglieder verloren, und Hunderte von Mehrgenerationen-Familien wurden in ihrer Gesamtheit getötet, so dass es keine Überlebenden mehr gibt - Mütter, Väter, Kinder, Geschwister, Großeltern, Tanten, Cousins und Cousinen - die oft alle zusammen getötet wurden.[Bis zum 7. November 2023 hatten 312 palästinensische Familien in Gaza jeweils mehr als 10 Mitglieder verloren.[200] Zahlreiche palästinensische Familien haben jeweils mehr als 70 Mitglieder verloren.[201] Das Ausmaß der Sterblichkeit in palästinensischen Familien ist so hoch, dass Mediziner in Gaza ein neues Akronym prägen mussten: "WCNSF", was so viel wie "verwundetes Kind, keine überlebende Familie" bedeutet.[202]

48. Vor allem für palästinensische Kinder ist "der Tod überall" und "nirgendwo ist man sicher".[203] Insgesamt wurden bisher über 7.729 palästinensische Kinder im Gazastreifen getötet - jeden Tag werden über 115 palästinensische Kinder im Gazastreifen getötet.[204] Es wird geschätzt, dass allein in den ersten drei Wochen im Gazastreifen mehr palästinensische Kinder getötet wurden (insgesamt 3.195) als in allen Konfliktgebieten der Welt seit 2019 jährlich insgesamt Kinder getötet werden. [205] Das Ausmaß der palästinensischen Kindermorde im Gazastreifen ist so groß, dass die Vereinten Nationen ihn als "Kinderfriedhof" bezeichnet haben. 206] Die beispiellose Zahl der palästinensischen Kinderopfer hat den UNICEF-Sprecher dazu veranlasst, die israelischen Angriffe auf den Gazastreifen als "Krieg gegen Kinder" zu bezeichnen. Er erklärte:

"Die meisten Krisen treffen Kinder besonders hart, weil sie am meisten gefährdet sind, aber in den meisten Fällen liegt die Zahl der Kinder bei etwa 20 Prozent. Dies sind 40. Das ist doppelt so tödlich für Kinder wie bei vielen Konflikten in den letzten 15 oder 20 Jahren, und leider liegt das an der schieren Bevölkerungsdichte, der wahllosen Art, und wenn wir sehen, dass es nicht einmal Lippenbekenntnisse zu sicheren Zonen mit Wasser und sanitären Einrichtungen für Kinder und junge Mädchen gibt. Die gleiche Missachtung der Kinder zeigt sich auch bei den Bombardierungen. Deshalb sind 40 Prozent der Todesopfer Kinder. Das ist der Grund, warum es ein Krieg gegen Kinder ist." [207]

49. Auch Ärzte, Journalisten, Lehrer, Akademiker und andere Berufsgruppen werden in einem noch nie dagewesenen Ausmaß getötet. Bis heute wurden in Israel über 311 Ärzte, Krankenschwestern und andere Mitarbeiter des Gesundheitswesens getötet, darunter auch Ärzte und Krankenwagenfahrer, die im Dienst getötet wurden; 208 103 Journalisten, d. h. mehr als einer pro Tag [209] und mehr als 73 Prozent der Gesamtzahl der im Jahr 2023 weltweit getöteten Journalisten und Medienmitarbeiter; 210 40 Mitarbeiter des Zivilschutzes, die bei der Bergung von Opfern aus den Trümmern halfen, wurden während ihres Dienstes getötet; und über 209 Lehrer und pädagogische Mitarbeiter. [211] Auch 144 Mitarbeiter der Vereinten Nationen sind ums Leben gekommen, die "höchste Zahl an getöteten Helfern in der Geschichte der Vereinten Nationen in so kurzer Zeit" [212] Es wird geschätzt, dass "es Jahre dauern wird, die Überreste der Menschen unter den Trümmern zu bergen" und dass "der kostspielige, technische Prozess nicht zur Identifizierung jeder Leiche führen wird" [213].

50. Die Palästinenser im Gazastreifen werden nicht nur durch israelische Waffen getötet, sondern sind auch unmittelbar vom Tod durch Verhungern, Austrocknen und Krankheiten bedroht, da die israelische Belagerung anhält, die palästinensische Bevölkerung nur unzureichend mit Hilfsgütern

versorgt wird und die Verteilung der begrenzten Hilfsgüter, die aufgrund der Zerstörung der Infrastruktur des Gazastreifens durch die israelischen Militärangriffe in das Gebiet gelangen dürfen, äußerst schwierig ist[214].

## *2. Schwere körperliche und seelische Schäden für Palästinenser in Gaza verursachen*

51. Seit dem 7. Oktober 2023 wurden bei den israelischen Militärangriffen auf den Gazastreifen mehr als 55.243 Palästinenser verwundet, die meisten von ihnen Frauen und Kinder.[215] Verbrennungen und Amputationen sind typische Verletzungen,[216] wobei schätzungsweise 1.000 Kinder ein oder beide Beine verloren haben.[217] Es gibt Berichte über den Einsatz von weißem Phosphor durch israelische Streitkräfte in dicht besiedelten Gebieten im Gazastreifen: Wie die Weltgesundheitsorganisation beschreibt, können selbst geringe Mengen weißen Phosphors tiefe und schwere Verbrennungen verursachen, die sogar Knochen durchdringen und sich nach der ersten Behandlung wieder entzünden können.[218] Vor allem im Norden des Gazastreifens gibt es keine funktionierenden Krankenhäuser, so dass die Verletzten "auf den Tod warten" müssen und nicht in der Lage sind, eine Operation oder eine über die erste Hilfe hinausgehende medizinische Behandlung in Anspruch zu nehmen, sondern einen langsamen, qualvollen Tod an ihren Verletzungen oder an den daraus resultierenden Infektionen sterben [219].

52. Das extreme Ausmaß der Bombardierung und das Fehlen sicherer Gebiete führen auch zu schweren psychischen Traumata bei der palästinensischen Bevölkerung in Gaza.[220] Schon vor dem jüngsten Angriff litten die Palästinenser in Gaza unter schweren Traumata durch frühere Angriffe: 80 Prozent der palästinensischen Kinder litten unter einem erhöhten Maß an emotionaler Belastung, zeigten Bettnässen (79 Prozent) und reaktiven Mutismus (59 Prozent) sowie Selbstverletzungen (59 Prozent) und Selbstmordgedanken (55 Prozent).[221] Elf Wochen unerbittlicher Bombardierung, Vertreibung und Verlust werden zwangsläufig zu einem weiteren Anstieg dieser Zahlen geführt haben, insbesondere bei den schätzungsweise zehntausenden palästinensischen Kindern, die mindestens einen Elternteil verloren haben.[222] Für die Familien, die intakt oder teilweise intakt geblieben sind, "geht es darum, alles zu tun, damit das Kind nicht merkt, dass man die Kontrolle verloren hat"[223].

53. Es ist bereits bekannt, dass die "wiederholte Auseinandersetzung mit Konflikten und Gewalt, einschließlich des Miterleben und Erlebens der Zerstörung von Häusern, kombiniert mit Israels Belagerung des Gazastreifens seit 2007" "mit einem hohen Maß an psychischer Belastung unter den Palästinensern verbunden sind".[224] In der Tat hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der Resolution 2712 (2023) seine "tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Unterbrechung des Zugangs zu Bildung dramatische Auswirkungen auf Kinder hat und dass der Konflikt lebenslange Auswirkungen auf ihre physische und psychische Gesundheit hat".[225] Diese Unterbrechung und ihre "dramatischen Auswirkungen" auf die Kinder müssen insbesondere vor dem Hintergrund der Zahl der getöteten palästinensischen Schüler und Lehrer (4 037 bzw. 209) und der Verwundeten (schätzungsweise 7 259)[226] sowie der Zahl der beschädigten oder zerstörten palästinensischen Schulen (352, d. h. 74 % der Schulen im gesamten Gazastreifen) betrachtet werden.[227] Mediziner schätzen ein, dass "die gesundheitlichen Auswirkungen auf alle palästinensischen Kinder, Frauen, Männer, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit marginalisierten Identitäten immens sind"[228] Eine Notfallkoordinatorin von Ärzten ohne Grenzen, die nach ihrer Rückkehr von einem fünfwöchigen Aufenthalt in Gaza interviewt wurde, beschrieb:

"In Wirklichkeit ist es noch schlimmer, als es aussieht. Es ist - das Ausmaß des Leidens ist einfach etwas... Unvergleichliches. Es ist wirklich unerträglich. Ich bin sprachlos, wenn ich versuche, an die Zukunft dieser Kinder zu denken. Es sind Generationen von Kindern, die behindert sein werden, die traumatisiert sein werden. Gerade die Kinder in unserem Programm für psychische Gesundheit sagen uns, dass sie lieber sterben würden, als weiter in Gaza zu leben." [229]

54. Neben seiner militärischen Kampagne hat Israel seine palästinensischen Mitglieder in Gaza entmenschlicht und grausam, unmenschlich und erniedrigend behandelt. Berichten zufolge wurden zahlreiche palästinensische Zivilisten, darunter auch Kinder, verhaftet, mit verbundenen Augen, gezwungen, sich auszuziehen und in der Kälte im Freien zu bleiben, bevor sie auf Lastwagen gezwungen und an unbekannte Orte gebracht wurden. [230] Insbesondere Sanitäter und Ersthelfer wurden wiederholt von den israelischen Streitkräften festgenommen, wobei viele von ihnen ohne Kontakt zur Außenwelt an unbekanntem Orten festgehalten wurden. [231] Videos, die von israelischen Medien am Weihnachtstag veröffentlicht wurden, zeigten offenbar Hunderte von Palästinensern, die im Al-Yarmouk-Fußballstadion in Gaza-Stadt zusammengetrieben wurden, "darunter Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, die gezwungen wurden, sich unter entwürdigenden Bedingungen bis auf die Unterwäsche auszuziehen". [232] Viele palästinensische Gefangene, die freigelassen wurden, berichten, dass sie gefoltert und misshandelt wurden, u. a. durch den Entzug von Nahrung, Wasser, Unterkunft und Zugang zu Toiletten; [233] das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) berichtet von "Videoaufnahmen, die blaue Flecken und Verbrennungen an den Körpern der Gefangenen zeigen". [234] Bilder von verstümmelten und verbrannten Leichen - neben Videos von bewaffneten Angriffen israelischer Soldaten -, die als "exklusive Inhalte aus dem Gazastreifen" angepriesen werden, werden Berichten zufolge in Israel über einen Social-Media-"Telegram"-Kanal namens "72 Virgins - Uncensored" verbreitet [235].

### *3. Massenhafte Vertreibung von Palästinensern aus ihren Häusern und Vertreibung von Palästinensern in Gaza*

55. Schätzungen zufolge wurden mehr als 1,9 Millionen der 2,3 Millionen Einwohner des Gazastreifens - etwa 85 % der Bevölkerung - aus ihren Häusern vertrieben [236]. Sie können nirgendwohin in Sicherheit fliehen, und diejenigen, die nicht gehen können oder sich weigern, vertrieben zu werden, wurden in ihren Häusern getötet oder laufen Gefahr, getötet zu werden.

56. Israel erlässt wiederholt "Evakuierungsbefehle", in denen palästinensische Zivilisten in bestimmten Gebieten des Gazastreifens aufgefordert werden, ihre Häuser in andere Gebiete zu verlegen. Der erste dieser Befehle vom 13. Oktober 2023 verlangte, dass die 1,1 Millionen Palästinenser, die im Norden des Gazastreifens, einschließlich Gaza-Stadt, leben oder sich anderweitig dort aufhalten, innerhalb eines Zeitfensters von 24 Stunden in den Süden des Gazastreifens umziehen sollten. [237] Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz warnte, dass die Evakuierungsanweisung, die etwa 36 Prozent des Gazastreifens betrifft, in Verbindung mit der vollständigen Belagerung des Gazastreifens nicht mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar sei. [238] Die Weltgesundheitsorganisation warnte, dass dies für Krankenhauspatienten "einem Todesurteil gleichkommen könnte" [239]. Die Evakuierung wurde jedoch aufrechterhalten und bei mehreren Gelegenheiten erneut angeordnet, unter anderem am 28. Oktober 2023, [240] vor der israelischen Ankündigung von Bodenoperationen im nördlichen Gazastreifen, und auch danach. Israel hat auch spezifischere Evakuierungsaufforderungen herausgegeben und die Menschen in

bestimmten Teilen von Gaza-Stadt aufgefordert, in andere Teile zu evakuieren.[241] Viele derjenigen, die nicht bereit oder in der Lage sind zu evakuieren, werden dann in ihren Häusern bombardiert.[242]

57. Palästinenser, die gemäß den israelischen Evakuierungsbefehlen aus dem Norden fliehen, wurden aufgefordert, sich an bestimmten Tagen und zu bestimmten Zeiten entlang der Hauptverkehrsader des Gazastreifens, der Salah Al Din Road, nach Süden zu bewegen.

Es gab jedoch zahlreiche Berichte über Beschuss entlang der Routen und andere Gewalttaten der israelischen Streitkräfte gegen evakuierende palästinensische Zivilisten, einschließlich unmenschlicher und erniedrigender Behandlung, willkürlicher Verhaftungen, rechtswidriger Festnahmen und Tötungen.[243] Israel hat während dieser Zeit auch die Bombardierung südlich des Wadi Gaza fortgesetzt und dabei viele Palästinenser getötet, die evakuiert worden waren,[244] was viele palästinensische Familien zunächst dazu veranlasste, nach Norden zurückzukehren, um zumindest zu riskieren, in der vertrauten Umgebung ihrer Häuser bombardiert zu werden.[245] Einige derjenigen, die während der vorübergehenden Pause der Feindseligkeiten zwischen Israel und der Hamas versuchten, nach Norden zurückzukehren, wurden von israelischen Streitkräften beschossen, die mindestens zwei Menschen töteten und andere verletzten.[246]

58. Am 1. Dezember 2023 - dem Ende der achttägigen befristeten Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas - begann Israel mit dem Abwurf von Flugblättern, die die Palästinenser aufforderten, die Gebiete im Süden zu verlassen, in die sie zuvor zur Flucht aufgefordert worden waren - ein Gebiet, das etwa 30 Prozent des Gazastreifens ausmacht.[247] Wie der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen feststellte, "hat Israel die Sicherheitsversprechen gebrochen, die es denjenigen gemacht hatte, die seiner Aufforderung zur Räumung des nördlichen Gazastreifens vor zwei Monaten nachgekommen waren. Jetzt wurden sie zusammen mit der Bevölkerung des südlichen Gazastreifens erneut gewaltsam vertrieben." [248] Israel veröffentlichte außerdem eine detaillierte Karte im Internet, auf der der Gazastreifen in Hunderte von kleinen Gebieten unterteilt ist.[249] Die Karte sollte angeblich über israelische Anordnungen zur Evakuierung einzelner Gebiete vor geplanten Luftangriffen informieren. Wie das OCHA jedoch feststellte, wird in der Veröffentlichung nicht angegeben, wohin die Menschen evakuiert werden sollten". Darüber hinaus haben die meisten Palästinenser im Gazastreifen nach monatelangem Bombardement - inmitten des von Israel seit dem 11. Oktober 2023 verhängten Stromausfalls und regelmäßiger Stromausfälle in der Telekommunikation<sup>250</sup> - kaum Zugang zu Elektrizität, um Telefone oder andere Geräte aufzuladen, und keine verlässliche Möglichkeit, auf die Karte zuzugreifen.[251] Der Generalsekretär der Vereinten Nationen bemerkte, dass "die Menschen im Gazastreifen aufgefordert werden, sich wie menschliche Flipperkugeln zu bewegen, die zwischen immer kleineren Teilen des Südens hin- und hergeschleudert werden, ohne irgendetwas von dem, was sie zum Überleben brauchen." [252]

59. Die Palästinenser sind nicht sicher, nicht einmal in diesen "kleinen ... Flecken": wie die Leiter der Vereinten Nationen immer wieder betonen. "Kein Ort ist sicher", [253] es gibt "keinen sicheren Ort, an den man gehen kann", [254] der Direktor des UNRWA in Gaza plädierte dafür, dass "die Menschen in Gaza Menschen sind ... sie sind keine Figuren auf einem Schachbrett - viele sind bereits mehrmals vertrieben worden. Die israelische Armee befiehlt den Menschen einfach, in Gebiete zu ziehen, in denen laufend Luftangriffe stattfinden" [255]. [256] Die erhöhte Bevölkerungsdichte infolge der Evakuierungs-"Befehle" macht auch die israelischen Angriffe immer tödlicher. Am Heiligabend selbst bombardierte die israelische Armee das Flüchtlingslager Al Maghazi in der Middle Area - ein Gebiet, in das Zehntausende von Palästinensern aus dem Norden geflohen waren - und tötete dabei



schätzungsweise 86 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, und verletzte viele andere.[257] Ein Sprecher des OHCHR erklärte, man sei "sehr besorgt" darüber, dass "dieses jüngste intensive Bombardement erfolgte, nachdem die israelischen Streitkräfte den Bewohnern des südlichen Wadi Gaza befohlen hatten, nach Middle Gaza zu ziehen"[258].

60. Für viele Palästinenser ist die erzwungene Evakuierung aus ihren Häusern zwangsläufig von Dauer. Israel hat inzwischen schätzungsweise 355.000 palästinensische Häuser beschädigt oder zerstört - das entspricht 60 Prozent des gesamten Wohnungsbestands in Gaza. Das Ausmaß der Zerstörung hat vor allem den Norden des Gazastreifens weitgehend unbewohnbar gemacht, während die Zerstörung im Süden ein ähnliches Ausmaß erreicht hat. Wie der Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen feststellte, "wurden die Wohnhäuser und die zivile Infrastruktur des Gazastreifens dem Erdboden gleichgemacht, was jede realistische Aussicht auf eine Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat zunichte macht und die lange Geschichte der massenhaften Zwangsvertreibung von Palästinensern durch Israel wiederholt"[259]. Die Zwangsvertreibungen im Gazastreifen sind insofern völkermörderisch, als sie unter Umständen stattfinden, die auf die physische Zerstörung der Palästinenser im Gazastreifen ausgerichtet sind [260].

#### *4. Verweigerung des Zugangs zu angemessener Nahrung und Wasser für Palästinenser in Gaza*

61. Am 9. Oktober 2023 verhängte Israel eine "vollständige Belagerung" des Gazastreifens und ließ weder Strom noch Nahrungsmittel, Wasser oder Treibstoff in den Gazastreifen eindringen.[261] Obwohl die Belagerung seither teilweise gelockert wurde und seit dem 21. Oktober 2023 einige Hilfsgütertransporte zugelassen wurden, ist dies nach wie vor völlig unzureichend und liegt weit unter dem Durchschnitt von vor Oktober 2023 von etwa 500 Transporten pro Tag.[262] Darüber hinaus liegen die Treibstoffimporte - die seit dem 21. November 2023 erlaubt sind - "weit unter dem Mindestbedarf für lebenswichtige humanitäre Operationen",[263] was bedeutet, dass die begrenzte humanitäre Hilfe, die in den Gazastreifen hineingelassen wird, nicht ohne Weiteres von den Eingangspunkten weg transportiert werden kann.[264] Wie der Generalsekretär in aller Deutlichkeit festgestellt hat, ist das Ausmaß der Zerstörung im Gazastreifen inzwischen so katastrophal, dass:

"Die Bedingungen für eine wirksame Bereitstellung humanitärer Hilfe sind nicht mehr gegeben. Aber selbst wenn genügend Hilfsgüter in den Gazastreifen gelangen würden, machen es die intensiven Bombardierungen und Feindseligkeiten, die israelischen Bewegungseinschränkungen, der Treibstoffmangel und die unterbrochenen Kommunikationswege den UN-Organisationen und ihren Partnern unmöglich, die meisten Bedürftigen zu erreichen."[265]

62. Vor diesem Hintergrund wird die Resolution 2720 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 22. Dezember 2023 weithin als wirkungslos bezeichnet, obwohl sie "die Konfliktparteien auffordert, die Nutzung aller verfügbaren Routen in den und durch den gesamten Gazastreifen, einschließlich der Grenzübergänge, zuzulassen und zu erleichtern" und "den Koordinator auffordert, unverzüglich einen Mechanismus der Vereinten Nationen zur Beschleunigung der Bereitstellung humanitärer Hilfslieferungen einzurichten".[266] Das liegt daran, dass die verwässerte Resolution die "vier Elemente", die der Generalsekretär der Vereinten Nationen als notwendig erachtet, um eine wirksame Hilfe zu ermöglichen, die den Palästinensern im Gazastreifen helfen kann, nicht richtig anspricht: (1) Sicherheit ("Wir leisten Hilfe in einem Kriegsgebiet. Die intensive israelische

Bombardierung und die aktiven Kämpfe in den dicht besiedelten städtischen Gebieten des Gazastreifens bedrohen das Leben der Zivilbevölkerung und der Mitarbeiter der humanitären Hilfe gleichermaßen"); (2) Personal ("Die humanitäre Aktion erfordert Mitarbeiter, die in Sicherheit leben und arbeiten können. 136 unserer Kollegen in Gaza sind in 75 Tagen getötet worden - so etwas haben wir in der Geschichte der Vereinten Nationen noch nie erlebt. . .

Unter diesen entsetzlichen Bedingungen können sie nur einen Bruchteil des Bedarfs decken"); (3) Logistik ("Viele unserer Fahrzeuge und Lastwagen wurden nach unserer erzwungenen, überstürzten Evakuierung aus dem Norden zerstört oder zurückgelassen, aber die israelischen Behörden haben keine weiteren Lastwagen für den Gazastreifen zugelassen. Dadurch wird die Hilfsaktion massiv behindert. Die Lieferung im Norden ist aufgrund der aktiven Konflikte, der nicht explodierten Munition und der stark beschädigten Straßen extrem gefährlich. Überall gibt es häufige Stromausfälle, die es praktisch unmöglich machen, die Verteilung der Hilfsgüter zu koordinieren und den Menschen mitzuteilen, wie sie an die Hilfsgüter gelangen können"); (4) und die Wiederaufnahme der kommerziellen Aktivitäten ("Die Regale sind leer, die Geldbörsen sind leer, die Mägen sind leer. Im gesamten Gazastreifen gibt es nur eine einzige Bäckerei. Ich fordere die israelischen Behörden dringend auf, die Beschränkungen für kommerzielle Aktivitäten unverzüglich aufzuheben. Wir sind bereit, unsere Bargeldunterstützung für bedürftige Familien - die wirksamste Form der humanitären Hilfe - aufzustocken. Aber in Gaza gibt es kaum etwas zu kaufen."[267] In Anbetracht dieser Faktoren wies der Generalsekretär deutlich darauf hin, dass es irreführend sei, sich auf die Zahl der täglich nach Gaza zugelassenen Lastwagen zu konzentrieren:

"Viele Menschen messen die Wirksamkeit der humanitären Maßnahmen im Gazastreifen an der Zahl der Lastwagen des ägyptischen Roten Halbmonds, der Vereinten Nationen und unserer Partner, die Hilfsgüter an der Grenze abladen dürfen. Das ist ein Irrtum. Das eigentliche Problem ist, dass die Art und Weise, wie Israel diese Offensive durchführt, massive Hindernisse für die Verteilung humanitärer Hilfe im Gazastreifen schafft"[268].

63. Aus diesem Grund wurde die Resolution 2720 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen - die die Situation vor Ort nicht angemessen berücksichtigt, u.a. weil sie nicht zu einem Waffenstillstand aufruft - von einem ehemaligen hochrangigen UNRWA-Beamten als "grünes Licht für einen fortgesetzten Völkermord" bezeichnet, der durch "die umfassende und industrielle Missachtung des humanitären Völkerrechts" gekennzeichnet sei.[269] Oxfam bezeichnete das Versäumnis, in der Resolution zu einem Waffenstillstand aufzurufen, als "unverständlich und völlig kaltschnäuzig" sowie als "schwerwiegende Pflichtverletzung" seitens des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen,[270] angesichts des extremen Ernstes der Lage in Gaza.

64. Israel hat die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen an den Rand einer Hungersnot getrieben, und internationale Organisationen warnen, dass "die Gefahr einer Hungersnot real ist" (Welternährungsprogramm oder 'WFP') und dass sie "jeden Tag zunimmt" (IPC).[271] Die meisten Palästinenser im Gazastreifen hungern jetzt, und die Zahl der Hungernden steigt täglich.[272] Die Weltgesundheitsorganisation warnt, dass "der Gazastreifen von Hunger heimgesucht wird".[273] Der Generalsekretär der Vereinten Nationen stellte fest, dass "jeder fünfte der hungrigsten Menschen der Welt im Gazastreifen lebt",[274] wobei die Palästinenser im Gazastreifen den höchsten Grad an akuter Ernährungsunsicherheit aufweisen, der jemals von der IPC eingestuft wurde.[Der Generalkommissar des UNRWA beschreibt verzweifelte, hungrige und verängstigte Menschen, die jetzt Hilfslieferungen stoppen, die Lebensmittel an sich nehmen und sie sofort essen"[276] Die Weltgesundheitsorganisation hat erklärt, dass 93 % der Bevölkerung im Gazastreifen mit einer Hungerkrise konfrontiert sind, mit unzureichender Nahrung und einem hohen Maß an

Unterernährung". Mindestens einer von vier Haushalten befindet sich in einer "katastrophalen Situation", d. h. er leidet unter extremem Nahrungsmittelmangel und Hunger und ist gezwungen, sein Hab und Gut zu verkaufen und andere extreme Maßnahmen zu ergreifen, um sich eine einfache Mahlzeit leisten zu können". Sie warnen davor, dass "Hunger, Elend und Tod offensichtlich sind", [277] und bezeichnen Israels Vorgehen, den Gazastreifen "von Wasser, Lebensmitteln und allem, was für das Leben notwendig ist" abzuschneiden, als "grausame Kampagne", die sich "gegen die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens" richtet,[278] und ihr Koordinator für medizinische Notfallteams erklärt, dass "jede einzelne Person", mit der er spricht, Hunger hat: "Überall, wo wir hinkommen, bitten uns die Menschen um Essen, sogar im Krankenhaus, ich bin in der Notaufnahme herumgelaufen, jemand mit einer offenen blutenden Wunde, einem offenen Bruch; sie baten um Essen. Wenn das kein Indikator für die Verzweiflung ist, dann weiß ich nicht, was es ist." [279] Die Situation ist so schlimm, dass der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte sich veranlasst sah, zu warnen, dass "Hunger niemals ein Mittel oder eine Folge der Kriegsführung sein darf" [280]. Oxfam und Human Rights Watch sind sogar noch weiter gegangen und haben Israel ausdrücklich beschuldigt, den Hunger "als Kriegswaffe" gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza einzusetzen. [281]

65. Die durch die Belagerung geschaffenen Bedingungen werden durch die anhaltenden Angriffe Israels auf den Gazastreifen, einschließlich der Bäckereien, der Wasserversorgungseinrichtungen und der letzten noch funktionierenden Mühle, sowie durch die Zerstörung von landwirtschaftlichen Flächen, Feldfrüchten, Obstgärten und Gewächshäusern noch verschärft. [282] Am 16. November 2023 wurde die Lebensmittelinfrastruktur im Gazastreifen angesichts der Schließung von Geschäften und Märkten, des Mangels an lebenswichtigen Lebensmitteln und der überhöhten Preise für die knappen verfügbaren Lebensmittel bereits als "nicht mehr funktionsfähig" angesehen. [283] Brot ist knapp oder gar nicht vorhanden, [284] wobei die Lebensmittelknappheit zu erheblichen Preiserhöhungen führt und der Preis für Mehl einmal um 65 Prozent gestiegen ist. [285] Vieh, das nicht getötet wurde, ist vom Hungertod bedroht, und die Ernten sind beschädigt oder zerstört. [286] Viele Palästinenser gehen aufgrund des Hungers auf Nahrungssuche, sammeln verschüttetes Mehl von Hilfslieferungen von der Straße auf oder gehen anderen unsicheren Praktiken nach. [287]

66. Auch die Wasservorräte sind stark erschöpft. Israel kappt weiterhin die Wasserzufuhr für den Norden des Gazastreifens, [288] und die Entsalzungsanlage im Norden funktioniert nicht. [289] Ab dem 15. Oktober 2023 begann Israel, eine geringe Menge Wasser in den Süden zu leiten, um die Zivilbevölkerung in den südlichen Teil des Streifens zu drängen". [290] Die Schäden durch israelische Luftangriffe und Granatenbeschuss haben auch den größten Teil des Wassersystems unbrauchbar gemacht. [291] Das Welternährungsprogramm hat berichtet, dass pro Person und Tag nur 1,5 bis 1,8 Liter sauberes Wasser für alle Verwendungszwecke (Trinken, Waschen, Nahrungszubereitung, sanitäre Einrichtungen und Hygiene) zur Verfügung stehen. [292] Dies liegt weit unter der "Notfallschwelle" von 15 Litern pro Tag für "kriegs- oder hungerähnliche Zustände" oder der "Überlebensschwelle" von 3 Litern pro Tag [293] Der Koordinator der medizinischen Notfallteams der Weltgesundheitsorganisation beschrieb die Situation im Al Ahli Arab Hospital, wo das medizinische Personal mit "keiner Nahrung, keinem Brennstoff und keinem Wasser" zu kämpfen hatte, und erklärte, dass "es jetzt eher wie ein Hospiz als ein Krankenhaus aussieht. Aber ein Hospiz impliziert ein Maß an Pflege, das die Ärzte und Krankenschwestern nicht leisten können. Es ist ziemlich unerträglich, jemanden mit Gipsverbänden an mehreren Gliedmaßen, externen Fixateuren an mehreren Gliedmaßen, ohne Trinkwasser und fast ohne Infusionsflüssigkeit zu sehen". Er sagte, dass "die Patienten vor Schmerzen schreien, aber auch darum bitten, dass wir ihnen Wasser geben". Er drängte darauf, dass "[d]ie Zeit jetzt reif ist. Wir haben es jetzt mit verhungerten Menschen zu tun, Erwachsene, Kinder, es ist unerträglich" [294].

67. Der Wassermangel hat schwerwiegende Folgen, insbesondere für stillende Frauen, die, selbst wenn sie sich nur mäßig bewegen, täglich 7,5 Liter Wasser zum Trinken, für sanitäre Anlagen und für die Hygiene benötigen, um sich und ihre Babys gesund zu erhalten [295]. Junge Mütter, die aufgrund der Nahrungsmittelknappheit nicht stillen können, sind gezwungen, verunreinigtes Wasser für die Zubereitung von Säuglingsnahrung zu verwenden - sofern diese verfügbar ist - und riskieren damit Krankheiten bei ihren gefährdeten Babys. Gleichzeitig gefährdet die chronische Nichtverfügbarkeit von Säuglingsnahrung auch das Leben von Neugeborenen, die Berichten zufolge bereits an vermeidbaren Ursachen sterben, weil es an medizinischer Versorgung, Nahrung, Wasser und angemessenen sanitären Einrichtungen mangelt [296].

Die Auswirkungen der Unterernährung auf ältere Kinder können ebenfalls besonders gravierend und lang anhaltend sein und sie daran hindern, ihr volles Potenzial in Bezug auf körperliches Wachstum, kognitive Fähigkeiten, schulische Leistungen und Produktivität im späteren Leben auszuschöpfen. [297] Viele Mitarbeiter des Gesundheitswesens haben auch nicht genügend Nahrung und Wasser, um ihre Arbeit fortzusetzen, was zwangsläufig weitere Auswirkungen auf die Gesundheit und die Sterblichkeitsrate hat.[298]

68. All dies geschieht mit einer Bevölkerung, die aufgrund der früheren Maßnahmen Israels gegen den Gazastreifen bereits extrem gefährdet war. Israel hat den Bau und die Reparatur von Wasserinstallationen und Entsalzungsanlagen im Gazastreifen lange Zeit behindert, so dass 95 Prozent des Wassers aus dem einzigen Grundwasserleiter des Gazastreifens bereits vor dem 7. Oktober 2023 für den Verbrauch ungeeignet waren.[299] Durch seine 16-jährige Blockade hat Israel die Wasserversorgung ebenfalls stark beeinträchtigt.[Seine wiederholten Angriffe auf den Gazastreifen und seine Beschränkungen bei der Reparatur der zerstörten Abwasserinfrastruktur beschädigten den Boden und machten die Landwirtschaft zu einer Herausforderung.[301] Israel schränkte außerdem den Zugang der Palästinenser im Gazastreifen zu bis zu 35 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen und bis zu 85 Prozent der Fischereigewässer des Gazastreifens ein.[302] Infolgedessen waren mehr als 68 Prozent der Haushalte (etwa 1,3 Millionen Menschen) vor dem 7. Oktober 2023 stark oder mäßig nahrungsunsicher, wobei 58 Prozent der Bevölkerung von humanitärer Hilfe abhängig waren. 303] 7.685 Kinder unter fünf Jahren in Gaza litten an lebensbedrohlicher "Auszehrung", der tödlichsten Form von Unterernährung bei Kindern. 304] Die Auswirkungen von Israels erzwungenem Massenhunger des Gazastreifens auf die palästinensischen Kinder werden zwangsläufig schwerwiegend und lang anhaltend sein.

69. Jüngste Berichte über israelische Pläne, die Tunnel im Gazastreifen mit Meerwasser zu fluten, sind äußerst besorgniserregend, da damit die Gefahr einer weiteren Verschlechterung und eines Zusammenbruchs der Wasser- und Abwasserinfrastruktur des Gazastreifens sowie einer lang anhaltenden Verseuchung des Grundwassers und des Bodens verbunden wäre.[305]

Umweltexperten haben davor gewarnt, dass die Strategie "eine ökologische Katastrophe auszulösen droht", die den Gazastreifen ohne trinkbares Wasser zurücklassen, das bisschen Landwirtschaft, das möglich ist, zerstören und "die Lebensbedingungen aller Menschen im Gazastreifen ruinieren" würde[306]. Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Wasser soll den Plan mit dem mythischen römischen "Versalzen" der Felder von Karthago verglichen haben, um das Wachstum der Ernte zu verhindern und das Gebiet unbewohnbar zu machen [307].

70. Experten gehen inzwischen davon aus, dass mehr Palästinenser im Gazastreifen an Hunger und Krankheiten sterben werden als an Luftangriffen,[308] und dennoch intensiviert Israel seine Bombenkampagne und verhindert so, dass den Palästinensern tatsächlich humanitäre Hilfe zuteil

wird. Es ist klar, dass Israel durch seine Handlungen und seine Politik in Gaza den Palästinensern absichtlich Lebensbedingungen auferlegt, die auf ihre Zerstörung hinauslaufen [309].

*5. Verweigerung des Zugangs zu angemessenen Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen für Palästinenser in Gaza*

71. Die meisten der 1,9 Millionen vertriebenen Palästinenser im Gazastreifen suchen Schutz in UNRWA-Einrichtungen, bei denen es sich in erster Linie um Schulen und Zelte handelt.[310] Auch diese Orte sind nicht sicher: Bisher - und obwohl Israel die Koordinaten aller Einrichtungen der Vereinten Nationen erhalten hat [311] - hat Israel Hunderte von palästinensischen Männern, Frauen und Kindern getötet, die in UNRWA-Einrichtungen Schutz suchten, und über tausend verletzt [312].

72. Die Situation in den UNRWA-Unterkünften wurde vom Generalkommissar des UNRWA in seinem Schreiben vom 7. Dezember 2023, das die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution ES-10/22 vom 12. Dezember 2023 zur Kenntnis nahm, wie folgt beschrieben:

"Als Folge der israelischen Militäroperation sind heute fast 1,2 Millionen Zivilisten in UNRWA-Gebäuden untergebracht. Das Hilfswerk ist zur wichtigsten Plattform für die humanitäre Hilfe für über 2,2 Millionen Menschen im Gazastreifen geworden - eine Plattform, die kurz vor dem Zusammenbruch steht.

Das UNRWA ist im Gazastreifen noch immer tätig, wenn auch nur knapp. Unsere Mitarbeiter betreiben nach wie vor Gesundheitszentren, verwalten Notunterkünfte und unterstützen traumatisierte Menschen, die teilweise mit ihren toten Kindern ankommen. Wir verteilen immer noch Lebensmittel, obwohl die Gänge und Höfe unseres Geländes so überfüllt sind, dass man nicht hindurchgehen kann. Unsere Mitarbeiter nehmen ihre Kinder mit zur Arbeit, damit sie wissen, dass sie in Sicherheit sind oder gemeinsam sterben können. Mehr als 130 UNRWA-Mitarbeiter sind nachweislich bei Bombardierungen ums Leben gekommen, die meisten von ihnen zusammen mit ihren Familien; die Zahl könnte noch steigen, wenn Sie dies lesen. Mindestens 70 % der UNRWA-Mitarbeiter sind auf der Flucht und haben keinen Zugang zu Nahrung, Wasser und angemessenen Unterkünften. Wir halten uns an den Fingerspitzen fest. Wenn das UNRWA zusammenbricht, wird auch die humanitäre Hilfe in Gaza zusammenbrechen.

Die humanitäre Lage ist inzwischen unhaltbar. Die Bedingungen in Gaza waren bereits entsetzlich, als ich vor zwei Wochen dort übernachtete. Ich wurde Zeuge des ständigen Beschusses aus der Luft, zu Lande und zu Wasser sowie der massiven Zerstörung der zivilen Infrastruktur.

Diese Woche haben die israelischen Streitkräfte die Menschen angewiesen, weiter nach Süden zu ziehen, wodurch die Bevölkerung des Gazastreifens in einen immer kleiner werdenden Raum gezwungen wird. Die Notunterkünfte sind schockierend überfüllt und bergen ein hohes Risiko für epidemische Krankheiten. In diesen überfüllten und unhygienischen Räumen benutzen mehr als 700 Menschen eine einzige Toilette, Frauen gebären (durchschnittlich 25 pro Tag), und Menschen versorgen offene Wunden. Zehntausende schlafen in Höfen und auf Straßen. Die Menschen verbrennen Plastik, um sich warm zu halten. Nahezu 90 UNRWA-Gebäude, darunter auch Schulen, wurden von Munition getroffen oder beschädigt, wobei über 270 Binnenvertriebene ums Leben kamen, viele davon in dieser Woche. Im gesamten Gazastreifen wurden Berichten zufolge mehr als 16.000 Menschen, darunter zwei Drittel Frauen und Kinder, bei Bombardierungen getötet. Große Teile des Gazastreifens sind zerstört und unbewohnbar.

Das Mandat des UNRWA - die Bereitstellung von Dienstleistungen für Palästina-Flüchtlinge bis zu einer politischen Lösung - ist stark gefährdet: Ohne sichere Unterkünfte und Hilfe droht den Zivilisten im Gazastreifen der Tod oder sie werden nach Ägypten und darüber hinaus vertrieben. Eine erzwungene Vertreibung aus dem Gazastreifen könnte die Aussichten auf eine politische Lösung, die für das UNRWA-Mandat unabdingbar ist, zunichte machen und damit den Frieden und die Sicherheit in der Region ernsthaft gefährden. Eine Zwangsumsiedlung über palästinensisches Land hinaus, die an die Nakba von 1948 erinnert, muss verhindert werden.

In meinen 35 Jahren Arbeit in komplexen Notsituationen habe ich noch nie einen solchen Brief geschrieben - in dem ich die Ermordung meiner Mitarbeiter und den Zusammenbruch des Mandats, das ich erfüllen soll, vorhersage."[313]

73. Diejenigen Palästinenser, die einen Platz in UNRWA-Unterkünften haben, sind nach Aussage des UNRWA-Generalkommissars "die Glücklichen"[314]. Andere versuchen, bei Verwandten oder Fremden, in staatlichen Einrichtungen, in Krankenhaushöfen oder in behelfsmäßigen Lagern unterzukommen, ohne Zugang zu Nahrung, Wasser oder sanitären Einrichtungen, oder sie leben und schlafen einfach auf der Straße und sind den Elementen ausgesetzt. In den Unterkünften des UNRWA nutzen derzeit durchschnittlich 486 Menschen eine einzige Toilette,[315] während es an anderen Orten, an denen Menschen Schutz suchen, oft überhaupt keine Toiletten gibt.[316] Die Palästinenser sind nicht in der Lage, ihre Körperhygiene aufrechtzuerhalten, wobei menstruierende Mädchen und Frauen besonders betroffen sind.[317] Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass es im Durchschnitt "nur eine Dusche für 4500 Menschen" gibt.[318] Berichten zufolge sterben Neugeborene in den Unterkünften an vermeidbaren Ursachen, weil es keine angemessenen sanitären Einrichtungen, Nahrungsmittel, Wasser und medizinische Versorgung gibt.[319]

74. Seit dem Schreiben des Generalkommissars des UNRWA an den Präsidenten der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 7. Dezember 2023, in dem er darauf hinwies, dass die humanitäre Lage im Gazastreifen bereits "unhaltbar" sei,[320] wurden mehr als eine Million Palästinenser auf "Befehl" des israelischen Militärs weiterhin in das Gouvernement Rafah nahe der ägyptischen Grenze vertrieben. Das Gebiet ist zum "Epizentrum der Vertreibung" geworden, mit einer geschätzten "Vervierfachung" der Bevölkerungsdichte, von der angenommen wird, dass sie jetzt 12.000 Menschen pro Quadratkilometer übersteigt.[321] OCHA warnt, dass es "keinen leeren Raum mehr gibt, in dem die Menschen unterkommen könnten, nicht einmal auf den Straßen und anderen offenen Flächen".[322] Al-Mawasi - ein sandiger, unfruchtbarer Streifen von etwa 14 Quadratkilometern entlang des Mittelmeers, ohne Hilfsgüter, Wasser, Lebensmittel oder sanitäre Einrichtungen - die so genannte "sichere Zone", in die Israel die Palästinenser in Gaza zu fliehen aufgefordert hat, ist alles andere als sicher. Wie das UNRWA betont hat, sind "einseitig deklarierte 'sichere Zonen' überhaupt nicht sicher. Nirgendwo in Gaza ist es sicher."[323] Der Leiter der Abteilung für humanitäre Hilfe bei Save the Children International hat gewarnt:

"Die Menschen sind in überfüllten Unterkünften in behelfsmäßigen Zelten untergebracht. Es gibt keinen Zugang zu sauberem Wasser, die sanitären Anlagen sind marode. Wir haben von Kindern gehört, die in der so genannten 'sicheren Zone' von Al-Mawasi verhungert sind."[324]

75. Im gesamten Gazastreifen herrscht ein akuter Mangel an warmer Kleidung, Bettzeug, Decken und anderen lebenswichtigen Gütern, und die Menschen sind in hohem Maße auf gerettetes Holz und Abfälle angewiesen, um zu kochen und sich zu wärmen, was das Risiko von Atemwegserkrankungen erhöht.[325] Es herrscht auch ein akuter Mangel an sauberem Wasser, was nicht nur die Fähigkeit zur Flüssigkeitszufuhr, sondern auch zum Waschen, Reinigen und Kochen

stark beeinträchtigt.[326] Die Belagerung und die durch die Bombardierung beschädigte Infrastruktur verhindern weiterhin eine angemessene Wasseraufbereitung und -verteilung sowie Abwasserentsorgung, wobei Überschwemmungen das Risiko der Ausbreitung von Infektionskrankheiten unter den vertriebenen Palästinensern exponentiell erhöhen.[327] Am 20. Dezember 2023 warnte der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, dass "der Gazastreifen bereits jetzt einen sprunghaften Anstieg der Ausbrüche von Infektionskrankheiten erlebt. Die Zahl der Durchfallerkrankungen bei Kindern unter 5 Jahren ist 25-mal höher als vor dem Konflikt. Solche Krankheiten können für unterernährte Kinder tödlich sein, vor allem, wenn es keine funktionierende Gesundheitsversorgung gibt.[328] Die Abwässer fließen in die Straßen, in denen die Palästinenser leben, da sie nicht mehr gehandhabt werden können.[329] "Überall, wo man hinschaut, sind die Behelfsunterkünfte überfüllt. Überall, wo man hinkommt, sind die Menschen verzweifelt, hungrig und verängstigt."[330]

Diese von Israel bewusst herbeigeführten Bedingungen sind auf die Vernichtung der palästinensischen Gruppe in Gaza ausgerichtet.

#### *6. Verweigerung angemessener medizinischer Hilfe für Palästinenser in Gaza*

76. Israels militärischer Angriff auf den Gazastreifen war vor allem ein Angriff auf das medizinische Gesundheitssystem des Gazastreifens, das für das Leben und Überleben der Palästinenser im Gazastreifen unerlässlich ist. Israel "hat dem Gesundheitssystem in Gaza einen 'unerbittlichen Krieg' erklärt", wie der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit feststellt. In einer Erklärung vom 7. Dezember 2023 stellte die UN-Sonderberichterstatterin fest, dass "die Infrastruktur des Gesundheitswesens im Gazastreifen völlig zerstört ist" und dass "wir Zeugen eines beschämenden Krieges gegen das Gesundheitspersonal sind". Sie warnte, dass "[w]ir uns in der dunkelsten Zeit für das Recht auf Gesundheit in unserem Leben befinden" und dass "[w]ir in Tiefen hinabgestiegen sind, aus denen wir schnell wieder herauskommen müssen"[331].

77. In einem Schreiben an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vom 4. Dezember 2023 schrieb der internationale Präsident von Ärzte ohne Grenzen:[332]

"Israel hat eine eklatante und totale Missachtung des Schutzes der medizinischen Einrichtungen in Gaza an den Tag gelegt. Wir sehen zu, wie Krankenhäuser in Leichenhallen und Ruinen verwandelt werden. Diese vermeintlich geschützten Einrichtungen werden bombardiert, mit Panzern und Kanonen beschossen, eingekesselt und überfallen, wobei Patienten und medizinisches Personal getötet werden. Die Weltgesundheitsorganisation hat 203 Angriffe auf das Gesundheitswesen dokumentiert, bei denen mindestens 22 Menschen ums Leben kamen und 59 Angehörige des medizinischen Personals im Dienst verletzt wurden. Das medizinische Personal, auch unser eigenes, ist völlig erschöpft und verzweifelt. Sie mussten Kindern, die an schweren Verbrennungen litten, ohne Betäubung und ohne sterilisierte chirurgische Instrumente Gliedmaßen amputieren. Aufgrund von Zwangsevakuierungen durch israelische Soldaten mussten einige Ärzte Patienten zurücklassen, nachdem sie vor der unvorstellbaren Wahl zwischen ihrem Leben oder dem ihrer Patienten standen. Es gibt keine Rechtfertigung für die grausamen Angriffe auf das Gesundheitswesen...

Vier unserer Mitarbeiter von Ärzte ohne Grenzen wurden getötet; viele weitere haben

Familienangehörige verloren. Zahlreiche weitere Kollegen sind verletzt worden. Andere humanitäre Organisationen berichten, dass Dutzende ihrer Mitarbeiter getötet wurden...

Der nördliche Gazastreifen wird von der Landkarte getilgt. Das Gesundheitssystem ist zusammengebrochen... Unser Notfallteam in Khan Younis, im südlichen Gazastreifen, berichtet von einem massiven Zustrom von Verwundeten nach heftigen Bombardierungen. Am vergangenen Samstag kamen 60 Tote und 213 Verletzte in die Notaufnahme des Al-Aqsa-Krankenhauses. Diese Angriffe treffen auch die überfüllten, verwahrlosten Flüchtlingslager, in denen die Menschen mit der spärlichen humanitären Hilfe kaum überleben können. Wenn die Bomben sie nicht erwischen, werden Infektionskrankheiten und Hungersnöte...

"Wir haben getan, was wir konnten. erinnert euch an uns." Dies sind die Worte, die unser Dr. Mahmoud Abu Nujaila, der inzwischen bei einem Krankenhausangriff getötet wurde, auf eine Tafel im Krankenhaus von Gaza schrieb, die normalerweise für die Planung von Operationen verwendet wird. Werden der Rat und seine Mitglieder dasselbe sagen können, wenn die Waffen schweigen und das wahre Ausmaß der Verwüstung ans Licht kommt?"

78. Seit Anfang Dezember 2023 haben die Angriffe der israelischen Armee auf palästinensische Krankenhäuser nur noch zugenommen. Die israelische Armee hat weiterhin Krankenhäuser und Gesundheitszentren angegriffen und belagert, ihnen den Strom und den Treibstoff entzogen, die für die Aufrechterhaltung eines effektiven Betriebs und der Ausrüstung unerlässlich sind, sie an der Versorgung mit medizinischen Gütern, Lebensmitteln und Wasser gehindert, ihre Evakuierung und Schließung erzwungen und sie faktisch zerstört. Im Norden des Gazastreifens, der eine Woche lang kein einziges funktionierendes Krankenhaus hatte, gibt es jetzt nur noch vier stark beeinträchtigte, teilweise funktionierende Krankenhäuser.[333] Israel hat die palästinensischen Krankenhäuser im Gazastreifen von Orten der Heilung in "Todeszonen"[334] und Schauplätze von "Blutbädern"[335], "Tod, Verwüstung und Verzweiflung" verwandelt.[336] Viele Krankenhäuser sind jetzt nur noch "Orte, an denen die Menschen auf den Tod warten"[337]. Die Weltgesundheitsorganisation beschreibt die Situation als "unerhört" und "unfassbar"[338].

79. Inzwischen gab es mehr als 238 Angriffe auf die "Gesundheitsversorgung" in Gaza, bei denen über 61 Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen beschädigt oder zerstört wurden. [339] Nur 13 von 36 Krankenhäusern und 18 von 72 Gesundheitszentren sind noch funktionsfähig - einige von ihnen gerade noch - trotz der überwältigenden Zahl von Menschen, die bei israelischen Angriffen verletzt wurden.[340] Die israelische Armee hat auf Krankenhausgeneratoren, Solarzellen[341] und andere lebensrettende Ausrüstungen wie Sauerstoffstationen und Wassertanks gezielt,[342] aber auch auf Krankenwagen, medizinische Konvois und Ersthelfer.[343] 311 Angestellte des Gesundheitswesens wurden getötet (im Durchschnitt vier pro Tag),[344] darunter mindestens 22 Angestellte des Gesundheitswesens, die im Dienst getötet wurden.[345] Zu den Toten gehören einige der erfahrensten und qualifiziertesten Ärzte des Gazastreifens, darunter Dr. Hani Al Haitham, Leiter der Notaufnahme des Al Shifa-Krankenhauses, der zusammen mit seiner Frau Dr. Sameera Ghirafi und ihren Kindern getötet wurde;346 Dr. Mohammad Dabbour, Leiter der Pathologie am Al-Shifa-Krankenhaus, wurde Berichten zufolge zusammen mit seinem Sohn und seinem Vater getötet, als sie versuchten, aus Gaza-Stadt zu fliehen;347 Dr. Medhat Saidam, plastisch-rekonstruktiver Verbrennungschirurg am Al-Shifa-Krankenhaus, und Dr. Hammam Alloh, Nephrologe am Al-Shifa-Krankenhaus, wurden bei Angriffen auf ihre Familienhäuser getötet.[348] In einem Interview kurz vor seinem Tod antwortete Dr. Alloh auf die Frage, warum er nicht aus dem Norden in den Süden fliehen würde, wie folgt: "Wenn ich gehe, wer würde dann meine Patienten



behandeln? Wir sind keine Tiere, wir haben das Recht auf eine angemessene medizinische Versorgung. Glauben Sie, ich habe 14 Jahre lang Medizin studiert und promoviert, damit ich nur an mein Leben und nicht an meine Patienten denke?"[349] Die systematische Zerstörung palästinensischer Krankenhäuser und die Ermordung palästinensischer Fachärzte beeinträchtigt nicht nur die derzeitige Versorgung der Palästinenser im Gazastreifen, sondern untergräbt auch die Aussicht auf ein künftiges palästinensisches Gesundheitssystem im Gazastreifen und zerstört dessen Fähigkeit, das palästinensische Volk im Gazastreifen wieder aufzubauen und wirksam zu versorgen.

80. Mindestens 570 Palästinenser wurden in Krankenhäusern und Gesundheitszentren im Gazastreifen getötet und weitere 746 verletzt.[350] Darunter sind auch Patienten und intern vertriebene Palästinenser, die vergeblich auf oder in der Nähe von Krankenhäusern Zuflucht suchten und durch israelische Angriffe oder Scharfschützen getötet wurden.[351] Palästinensische Mütter wurden in Entbindungskliniken getötet und palästinensische Kinder in Kinderkliniken.[352] Auch diejenigen, die sich um die Toten kümmern und sie zählen, wie Saeed Al Shorbaji, der Leiter der Leichenhalle des Nasser-Krankenhauses, wurden selbst getötet.[353] Einige wurden mehrfach Opfer israelischer Angriffe, wie die 12-jährige Dina Abu Mohsen, die von UNICEF interviewt wurde, nachdem sie ihre Eltern, zwei Geschwister und ihr Bein bei einem israelischen Angriff auf ihr Haus verloren hatte und dann selbst getötet wurde, als die israelische Armee das Krankenhaus beschoss, in dem sie behandelt wurde.[354]

81. Andere Palästinenser starben als direkte Folge davon, dass Israel den Krankenhäusern den Strom und den Treibstoff abstellte; dazu gehören fünf Frühgeborene und 40 Patienten der Intensiv- und Nierenstation des Al-Shifa-Krankenhauses.[355] Andere Palästinenser starben als direkte Folge der von Israel erzwungenen Evakuierung von Krankenhäusern, darunter mindestens vier Babys im Al-Nasr-Krankenhaus, deren winzige Leichen Wochen später - während eines vorübergehenden Waffenstillstands - in ihren Krankenhausbetten verwesend aufgefunden wurden.[356] Die Innenhöfe der Krankenhäuser wurden zu Massengräbern: [357] Im Al-Shifa-Krankenhaus mussten die Mediziner selbst ein Massengrab für die verwesenden Leichen von 179 Patienten und anderen Personen ausheben.[358] Israelische Bulldozer hoben am 16. Dezember ein Krankenhaus-Massengrab im belagerten Kamal-Adwan-Krankenhaus aus und exhumierten es, in dem 26 Palästinenser bestattet worden waren.[359] Hossam Abu Safiya, Leiter der pädiatrischen Abteilung des Kamal-Adwan-Krankenhauses, erklärte gegenüber CNN: "Die Soldaten haben heute Morgen die Gräber ausgehoben und die Leichen mit Bulldozern weggeschleppt, dann haben sie die Leichen mit den Bulldozern zermalmt ... So etwas habe ich noch nie gesehen." [360]

82. Die Resolution ES10/21 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 27. Oktober 2023, in der die "Achtung und der Schutz aller zivilen und humanitären Einrichtungen, einschließlich der Krankenhäuser und anderer medizinischer Einrichtungen ... sowie des gesamten humanitären und medizinischen Personals"[361] gefordert wird, wurde entschieden ignoriert. Nach wie vor werden Ärzte und medizinisches Personal nicht nur getötet, sondern auch von den israelischen Behörden zusammengetrieben und verschwinden gelassen,[362] darunter auch der Generaldirektor von Al Shifa und seine Mitarbeiter, die seit dem 23. November 2023 in Isolationshaft gehalten werden.[363]

83. Den von Israel im Gazastreifen Verwundeten wird die lebensrettende medizinische Versorgung vorenthalten:[364] Das Gesundheitssystem des Gazastreifens - das durch die jahrelange Blockade und frühere israelische Angriffe bereits verkrüppelt ist - ist nicht in der Lage, das schiere Ausmaß der Verletzungen zu bewältigen, das derzeit bei 55.243 Verletzten liegt, darunter mindestens 8.663 Kinder.[365] Es gibt Berichte von schwer verletzten Patienten, die kilometerweit laufen, um Hilfe zu finden. UNICEF hob den Fall eines Jungen aus dem Norden hervor, "dessen Bein bei den

Gewalttätigkeiten weggesprengt worden war", der "drei oder vier Tage lang" versucht hatte, den Süden zu erreichen, wobei er durch Kontrollpunkte aufgehalten wurde ... Der Geruch [der Verwesung] war deutlich ... und der Junge hatte überall Schrapnelle. Möglicherweise war er blind und hatte Verbrennungen an 50 Prozent seines Körpers." [366] OCHA identifizierte den Fall einer Frau mit Schrapnell-Verletzungen im Unterleib, die vom Norden in den Süden gelaufen war und ein Handtuch auf ihre Wunden gedrückt hatte. [367] Palästinenser mussten ihre Kranken, Behinderten und Verwundeten in einem Gewaltmarsch vom Norden in den Süden evakuieren - und dann wieder aus dem Süden -, indem sie Krankenhausbetten hinter Autos herschleppten, Rollstühle schoben, sie auf behelfsmäßigen Tragen anhoben oder sie einfach auf dem Arm trugen. [368]

84. Die Krankenhäuser, die noch in Betrieb sind, werden als Szenen aus einem "Horrorfilm" beschrieben [369]. Der kritische Mangel an Personal und Versorgungsgütern - einschließlich Anästhetika, Schmerzmitteln, Medikamenten und Desinfektionsmitteln [370] - hat nicht nur zu ansonsten unnötigen Amputationen von Gliedmaßen geführt, [371] sondern auch zu Amputationen ohne Betäubung, die oft mit Taschenlampen vorgenommen werden. [372] Auch bei schwangeren Frauen werden Kaiserschnitte ohne Betäubung durchgeführt. [373] Die Patienten werden auf schmutzigen, blutverschmierten Böden behandelt, wobei die Familienangehörigen mit Kochsalzlösungsbeuteln in der Hand dastehen müssen, sofern überhaupt Kochsalzlösung zur Verfügung steht. [374] Es gibt nicht genügend Personal und Mittel für eine angemessene Wundversorgung oder postoperative Wundpflege: [375] Unsaubere Wunden - oft von Würmern und Fliegen befallen - infizieren sich schnell, werden nekrotisch oder gangränös. [376] Die Patienten flehen um Nahrung und Wasser. [377] Selbst eine grundlegende Schmerzbehandlung ist oft nicht verfügbar, und die Patienten laufen Gefahr, an behandelbaren Krankheiten zu sterben. [378] Ein Arzt beschrieb, dass er Eingriffe ohne Narkose durchführen musste, er sagte:

"Ich war gezwungen, Verbände für massive Wunden zu wechseln, die unerträglich schmerzhaft waren. Es gab ein Mädchen, dessen ganzer Körper mit Schrapnellen übersät war. Sie war neun Jahre alt. Am Ende musste ich diese Wunden ohne Betäubung und ohne Schmerzmittel wechseln und reinigen. Es gelang mir, etwas intravenöses Paracetamol zu finden, das ich ihr geben konnte ... ihr Vater weinte, ich weinte, und das arme Kind schrie ..." [379].

85. Zusätzlich zu den Kriegsverletzten gibt es Hunderttausende von Palästinensern in Gaza, die immer noch eine medizinische Routineversorgung für Krankheiten wie Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes benötigen. [380] Tausende von Palästinensern in Gaza benötigen auch eine dringende Versorgung für Nierenerkrankungen und Krebs, und schätzungsweise 130 Frühgeborene sind jederzeit auf Brutkästen angewiesen, um zu überleben. [381] Viele von ihnen können jetzt keine medizinische Hilfe erhalten. UNICEF warnt, dass Männer, Kinder und Neugeborene im Gazastreifen unverhältnismäßig stark unter der Eskalation der Feindseligkeiten in den besetzten palästinensischen Gebieten zu leiden haben, sowohl als Opfer als auch durch den eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsdiensten" [382]. Älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen fehlt es an lebenswichtigen Medikamenten, und sie sind einem höheren Risiko von übertragbaren Krankheiten, Unterernährung und Tod ausgesetzt. [383] Schwangere Frauen sind ebenfalls besonders gefährdet. [384]

86. Experten beginnen zu warnen, dass die Zahl der Palästinenser, die an Krankheiten und Hunger sterben, bereits jetzt die Zahl der gewaltsamen Todesfälle durch Angriffe der israelischen Armee übersteigen könnte. [385] Allein in den UNRWA-Unterkünften wurden bereits mehr als 360.000 Fälle von übertragbaren Krankheiten gemeldet, die durch unhygienische Bedingungen, Hunger und

Mangel an sauberem Wasser ausgelöst oder verschlimmert wurden, wobei die tatsächliche Zahl vermutlich noch wesentlich höher ist.[386] Die Weltgesundheitsorganisation erklärte dazu:

"Im Gazastreifen ist die Zahl der Infektionskrankheiten bereits stark angestiegen. Seit Mitte Oktober wurden über 100 000 Fälle von Durchfallerkrankungen gemeldet. Die Hälfte davon ist bei Kleinkindern unter 5 Jahren zu verzeichnen, eine Zahl, die 25-mal höher ist als vor dem Konflikt.

Über 150 000 Fälle von Infektionen der oberen Atemwege und zahlreiche Fälle von Meningitis, Hautausschlägen, Krätze, Läuse und Windpocken wurden gemeldet. Es besteht auch der Verdacht auf Hepatitis, da viele Menschen die verräterischen Anzeichen einer Gelbsucht aufweisen.

Während ein gesunder Körper diese Krankheiten leichter abwehren kann, hat ein ausgelaugter und geschwächter Körper damit zu kämpfen. Hunger schwächt die Abwehrkräfte des Körpers und öffnet Krankheiten Tür und Tor.

Unterernährung erhöht das Risiko, dass Kinder an Krankheiten wie Durchfall, Lungenentzündung und Masern sterben, vor allem in einer Umgebung, in der sie keinen Zugang zu lebensrettenden Gesundheitsdiensten haben.

Selbst wenn das Kind überlebt, kann die Auszehrung lebenslange Auswirkungen haben, da sie das Wachstum hemmt und die kognitive Entwicklung beeinträchtigt...

Die Menschen im Gazastreifen, die schon genug gelitten haben, sind nun vom Hungertod bedroht und von Krankheiten, die mit einem funktionierenden Gesundheitssystem leicht behandelt werden könnten. Das muss aufhören. Nahrungsmittel und andere Hilfsgüter müssen in weit größerem Umfang fließen. Die WHO bekräftigt ihre Forderung nach einem sofortigen humanitären Waffenstillstand." [387]

87. Experten schätzen, dass die Zahl der Todesopfer durch Krankheiten und Hunger "ein Vielfaches der Zahl der Todesopfer durch Kämpfe und Luftangriffe betragen könnte"[388]. Mit seinen unerbittlichen Angriffen auf das palästinensische Gesundheitssystem im Gazastreifen fügt Israel den Palästinensern im Gazastreifen vorsätzlich Lebensbedingungen zu, die auf ihre Zerstörung ausgerichtet sind.[389] In der britischen medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet* weist eine Gruppe von Medizinerinnen "auf die gesundheitlichen Dimensionen der Gewalt hin, die aus der anhaltenden Belagerung und den Angriffen auf die Palästinenser resultiert" und warnt zu Recht vor der "ernsten Gefahr eines Völkermords am palästinensischen Volk"[390].

### *7. Zerstörung des palästinensischen Lebens in Gaza*

88. Am 16. November 2023 warnten 15 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen und 21 Mitglieder von Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen vor einem "sich anbahnenden Völkermord" in Gaza und stellten fest, dass das Ausmaß der Zerstörung von "Wohneinheiten sowie Krankenhäusern, Schulen, Moscheen, Bäckereien, Wasserleitungen, Abwasser- und Stromnetzen ... die Fortsetzung des palästinensischen Lebens in Gaza unmöglich zu machen droht".[391] Israel hat in seiner Bombenkampagne gegen den Gazastreifen "mächtige Waffen eingesetzt, die von Natur aus wahllos wirken und zu einer kolossalen Zahl von Toten und der Zerstörung lebenswichtiger Infrastrukturen führen"[392] Israel hat nicht nur einzelne Wohnungen, Häuser und ganze Wohnblocks zerstört, sondern auch ganze Straßenzüge und Stadtviertel: Shuja'iyya, ein Vorort von

Gaza-Stadt, in dem einst etwa 110.000 Palästinenser lebten, scheint jetzt eine riesige Einöde zu sein, völlig eingeebnet, soweit das Auge reicht.[393] Die Geschäfte, Schulen, der lebendige Marktplatz, Familienhäuser, Arztpraxen, historische Straßen und die Ibn-Uthman-Moschee und alles, was das palästinensische Leben dort einst ausmachte, wurde beschädigt oder zerstört, ebenso wie viele seiner Bewohner.<sup>394</sup> Andere Gebiete in Gaza scheinen ein ähnliches Ausmaß an Zerstörung erfahren zu haben, darunter Beit Hanoun,[395] Beit Lahia,[396] die Altstadt von Gaza,[397] Al Rimal, [398] und das Flüchtlingslager Nuseirat im Süden[399].

89. Im gesamten Gazastreifen hat Israel die Infrastruktur und die Grundlagen des palästinensischen Lebens angegriffen und bewusst Lebensbedingungen geschaffen, die auf die physische Zerstörung der palästinensischen Bevölkerung abzielen. Zusätzlich zu den bereits erwähnten Angriffen auf Häuser, Wohnviertel, Krankenhäuser, Wassersysteme, landwirtschaftliche Flächen, Bäckereien und Mühlen hat Israel auch das grundlegende zivile System in Gaza angegriffen. Israel hat den Justizpalast [400] - das wichtigste palästinensische Gerichtsgebäude in Gaza - angegriffen, in dem der palästinensische Oberste Gerichtshof, das Verfassungsgericht, das Berufungsgericht, das Gericht erster Instanz, das Verwaltungsgericht und das Magistratsgericht sowie ein Archiv mit Gerichtsakten und anderen historischen Akten untergebracht sind. Israel hat auch den Komplex des Palästinensischen Legislativrats erheblich beschädigt [401] und das Gebäude des Zentralarchivs von Gaza-Stadt angegriffen, das Tausende von historischen Dokumenten und nationalen Aufzeichnungen aus über 100 Jahren enthält und ein wichtiges Archiv der palästinensischen Geschichte sowie modernere Aufzeichnungen über die Stadtentwicklung von Gaza-Stadt darstellt [402].

90. Israel hat die wichtigste öffentliche Bibliothek von Gaza-Stadt in Schutt und Asche gelegt [403] und unzählige Buchhandlungen, Verlage, Bibliotheken [404] und Hunderte von Bildungseinrichtungen beschädigt oder zerstört [405]. Israel hat alle vier Universitäten des Gazastreifens ins Visier genommen - einschließlich der Islamischen Universität von Gaza, der ältesten Hochschuleinrichtung des Gebiets, an der unter anderem Generationen von Ärzten und Ingenieuren ausgebildet wurden [406] - und damit die Bildungseinrichtungen für künftige Generationen von Palästinensern in Gaza zerstört. Neben vielen anderen hat Israel auch führende palästinensische Akademiker getötet, darunter: Professor Sufian Tayeh, der Präsident der Islamischen Universität - ein preisgekrönter Physiker und UNESCO-Lehrstuhlinhaber für Astronomie, Astrophysik und Weltraumwissenschaften in Palästina -, der zusammen mit seiner Familie bei einem Luftangriff ums Leben kam; Dr. Ahmed Hamdi Abo Absa, Dekan des Fachbereichs Softwaretechnik an der Universität von Palästina, der Berichten zufolge von israelischen Soldaten erschossen wurde, als er nach drei Tagen des gewaltsamen Verschwindens wieder auf freien Fuß kam; und Professor Muhammad Eid Shabir, Professor für Immunologie und Virologie und ehemaliger Präsident der Islamischen Universität Gaza, und Professor Refaat Alareer, Dichter und Professor für vergleichende Literatur und kreatives Schreiben an der Islamischen Universität Gaza, wurden beide zusammen mit ihren Familienangehörigen von Israel getötet. Professor Alareer war Mitbegründer von "We are Not Numbers", einem palästinensischen Jugendprojekt, das versucht, die Geschichten hinter den ansonsten unpersönlichen Berichten über Palästinenser - und den Tod von Palästinensern - in den Nachrichten zu erzählen.[407]

91. Israel hat zahlreiche Zentren palästinensischer Bildung und Kultur beschädigt und zerstört, darunter die Al-Zafar-Dmari-Moschee und das Zentrum für Manuskripte und antike Dokumente<sup>408</sup>, das orthodoxe Kulturzentrum, das Al-Qarara-Kulturmuseum, das Gaza-Zentrum für Kultur und Kunst, das arabische soziale Kulturzentrum, die Hakawi-Gesellschaft für Kultur und Kunst und das Rafah-Museum, das neu eröffnete Museum des palästinensischen Erbes in Gaza, in dem Hunderte von kulturellen und archäologischen Artefakten ausgestellt sind. Israels Angriffe haben die antike

Geschichte des Gazastreifens zerstört: Acht Stätten wurden beschädigt oder zerstört, darunter der antike Hafen von Gaza (bekannt als "Anthedon Harbour" oder "Al Balakhiya") - die archäologische Stätte eines 2000 Jahre alten römischen Friedhofs, der sowohl auf der Liste des islamischen Kulturerbes als auch auf der vorläufigen UNESCO-Liste des Weltkulturerbes steht.[409] Israel hat auch die "Altstadt" von Gaza-Stadt zerstört, einschließlich ihrer 146 Jahre alten historischen Häuser, Moscheen, Kirchen, Märkte und Schulen. Israel hat auch die jüngere Geschichte Gazas aus hoffnungsvolleren Zeiten zerstört, darunter das Rashad al-Shawa Kulturzentrum - Schauplatz eines historischen Treffens zwischen dem US-Präsidenten Bill Clinton und dem palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat vor 25 Jahren - und ein wichtiges kulturelles Zentrum für die Palästinenser in Gaza, mit seinem Theater, seiner Bibliothek und seinen Veranstaltungsräumen.[410] Und Israel zerstört das zukünftige akademische und kulturelle Potenzial des Gazastreifens: neben den 352 palästinensischen Schulen, die es beschädigt oder zerstört hat,[411] den 4.037 Schülern und 209 Lehrern und pädagogischem Personal, die es getötet hat, neben den anderen 7.259 Schülern und 619 Lehrern, die es verletzt hat.[412]

92. Israel hat schätzungsweise 318 muslimische und christliche religiöse Stätten beschädigt oder zerstört und damit die Orte zerstört, an denen Palästinenser seit Generationen ihre Gottesdienste abhalten,[413] darunter die Große Omari-Moschee, ursprünglich eine byzantinische Kirche aus dem fünften Jahrhundert, ein Wahrzeichen der Geschichte, der Architektur und des kulturellen Erbes des Gazastreifens und ein Ort der Anbetung für Christen und Muslime seit mehr als 1.000 Jahren.[414] Der israelische Beschuss hat auch die Kirche des Heiligen Porphyrius beschädigt, die 425 n. Chr. gegründet wurde und als drittälteste Kirche der Welt gilt - neben zwei weiteren Kirchen, die unter direktem israelischem Beschuss standen.[415] Die Christen in Gaza selbst wurden von Israel in den Kirchenkomplexen, in denen sie Schutz suchten, angegriffen und getötet.[416]

93. Neben der Zerstörung der physischen Denkmäler für die Geschichte und das Erbe der Palästinenser im Gazastreifen hat Israel auch versucht, das palästinensische Volk selbst zu zerstören, das dieses Erbe geformt und geschaffen hat: Gazas gefeierte Journalisten, seine Lehrer, Intellektuellen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, seine Ärzte und Krankenschwestern, seine Filmemacher, Schriftsteller und Sänger, die Direktoren und Dekane seiner Universitäten, die Leiter seiner Krankenhäuser, seine herausragenden Wissenschaftler, Linguisten, Dramatiker, Romanautoren, Künstler und Musiker. Israel hat palästinensische Geschichtenerzähler und Dichter, palästinensische Bauern und Fischer sowie lokale Legenden des Gazastreifens getötet und tut dies auch weiterhin: Der Konditor Masoud Muhammad al-Qatati, der am 3. November 2023 bei einem israelischen Luftangriff auf sein Haus getötet wurde und dessen Motto "Lasst die Armen essen" und sein Ruf, die beliebte palästinensische Leckerei "Knafeh" an bedürftige Kunden zu verschenken, ihm den Spitznamen "Vater der Armen" einbrachte; die 84-jährige Elham Farah aus einer der ältesten christlichen Familien Palästinas - eine bekannte Akkordeonistin und Musiklehrerin, die Generationen von palästinensischen Musikschülern wegen ihres roten Haarschopfs als "Mutter Orange" bekannt war,[417] - Sie wurde von einem israelischen Scharfschützen vor der Kirche der Heiligen Familie in Gaza-Stadt erschossen, als sie nach Hause zurückkehrte, um warme Kleidung zu holen, und wurde verblutet zurückgelassen;[418] und Al-Shaima Saidam, die Schülerin mit den besten Abschlussnoten in ganz Palästina, die zusammen mit mehreren Mitgliedern ihrer Familie bei einem Angriff auf das Flüchtlingslager Al Nuseirat getötet wurde.[419] Genauso wie Israel das offizielle Gedächtnis und die Aufzeichnungen der Palästinenser im Gazastreifen durch die Zerstörung der Archive und Wahrzeichen des Gazastreifens vernichtet, löscht es das persönliche Leben und die privaten Erinnerungen, die Geschichte und die Zukunft der Palästinenser aus, indem es Friedhöfe bombardiert und mit Bulldozern platt walzt,[420] Familienaufzeichnungen und Fotos zerstört, ganze Mehrgenerationen-Familien auslöscht,[421] und eine ganze Generation von Kindern tötet,

verstümmelt und traumatisiert.[422] Wie ein palästinensischer Mann in einem Video des UNRWA kurz und bündig zusammenfasst: "Das sind all unsere Erinnerungen, unser ganzes Leben ... Jetzt ist alles weg, alles ist zu Asche geworden." [423]

94. Die israelische Armee - die die israelische Flagge über den Trümmern der zerstörten palästinensischen Häuser, Dörfer und Städte, einschließlich des Palästina-Platzes in Gaza-Stadt selbst,[424] aufstellt, und angespornt durch Aufrufe innerhalb und außerhalb der israelischen Regierung, "Gaza platt zu machen" und auf den Trümmern der palästinensischen Häuser wieder israelische Siedlungen zu errichten,[425] - zerstört die eigentliche Struktur und Grundlage des palästinensischen Lebens in Gaza. Damit fügt Israel der palästinensischen Gruppe in Gaza bewusst Lebensbedingungen zu, die auf ihre Zerstörung abzielen.

#### *8. Verhängung von Maßnahmen zur Verhinderung palästinensischer Geburten*

95. Wie oben dargelegt, sind palästinensische Frauen und Kinder im Gazastreifen von den israelischen Maßnahmen besonders stark betroffen: Schätzungsweise 70 Prozent der Getöteten sind Frauen und Kinder. Schätzungen zufolge werden in Gaza jede Stunde zwei Mütter getötet. Allein bis zum 11. Dezember 2023 wurden schätzungsweise mehr als 7[729] Kinder getötet,[426] und mindestens 4.700 weitere Frauen und Kinder werden als vermisst gemeldet, da sie vermutlich unter den Trümmern begraben sind.[427] Es gibt mehrere Augenzeugenberichte von schwangeren Frauen, die von israelischen Soldaten getötet wurden, auch bei dem Versuch, Zugang zu medizinischer Versorgung zu erhalten.[428]

96. Schwangere Frauen und Kinder - einschließlich Neugeborener - sind ebenfalls besonders von der Vertreibung, dem fehlenden Zugang zu Nahrung und Wasser, Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen sowie dem fehlenden Zugang zu Gesundheitsdiensten betroffen. Diese Auswirkungen sind schwerwiegend und signifikant. Schätzungsweise 5.500 der rund 52.000 schwangeren Palästinenserinnen im Gazastreifen, die jeden Monat ein Kind zur Welt bringen, tun dies unter unsicheren Bedingungen, oft ohne sauberes Wasser, geschweige denn medizinische Hilfe, "in Notunterkünften, in ihren Häusern, auf der Straße inmitten von Trümmern oder in überlasteten Gesundheitseinrichtungen, in denen sich die sanitären Verhältnisse verschlechtern und das Risiko von Infektionen und medizinischen Komplikationen steigt"[429]. Wo es ihnen möglich ist, ein funktionierendes Krankenhaus zu erreichen, müssen sich schwangere Frauen Kaiserschnitten ohne Betäubung unterziehen [430].

97. Angesichts des fehlenden Zugangs zu lebenswichtigen medizinischen Gütern, einschließlich Blut, sind die Ärzte gezwungen, bei jungen Frauen unnötige Hysterektomien durchzuführen, um ihr Leben zu retten, so dass sie keine weiteren Kinder bekommen können.[431] Die Gesundheitsministerin des Staates Palästina, Dr. May al-Kaileh, bestätigt, dass die einzige Möglichkeit für palästinensische Frauen in Gaza, die nach der Geburt "verbluten", darin besteht, sich einer Hysterektomie zu unterziehen, um ihr Leben zu retten[432]. Der Mangel an verfügbaren Medikamenten wie der Anti-D-Spritze - die Rhesus-negativen Frauen bei der Geburt eines Rhesus-positiven Babys verabreicht wird - beeinträchtigt auch die Möglichkeit künftiger gesunder Schwangerschaften für die betroffenen Frauen erheblich.

98. Berichten zufolge ist die Zahl der Frühgeburten um 25 bis 30 Prozent gestiegen, da die gestressten und traumatisierten schwangeren Frauen mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert sind, wie z. B. dem Zwang, lange Strecken zu Fuß zurückzulegen, um sich in Sicherheit zu bringen, dem Versuch, vor Bomben zu fliehen, und der Enge in den Unterkünften, die oft unter erbärmlichen

Bedingungen errichtet wurden. Vor allem im Norden des Gazastreifens haben sich die Fälle von Plazentaablösungen - ein schwerwiegender Zustand, der bei schwangeren Frauen während der Geburt auftritt und für Mutter und Kind lebensbedrohlich sein kann - mehr als verdoppelt [433].

99. Berichten zufolge sterben immer mehr palästinensische Babys im Gazastreifen an völlig vermeidbaren Ursachen, die auf Israels Maßnahmen zurückzuführen sind: Neugeborene im Alter von bis zu drei Monaten sterben an Durchfall, Unterkühlung und anderen vermeidbaren Ursachen. Ohne lebenswichtige Ausrüstung und medizinische Unterstützung haben Frühgeborene und untergewichtige Babys kaum eine Überlebenschance.[434] Palästinensische Neugeborene sind gestorben, weil der Treibstoff für die Versorgung der Krankenhausgeneratoren fehlte;[435] andere wurden in ihren Krankenhausbetten verwest aufgefunden, da das medizinische Personal, das sich um sie kümmerte, von Israel zur Evakuierung gezwungen worden war.[436]

100. Am 3. November 2023 warnte die Weltgesundheitsorganisation, dass "die Zahl der Todesfälle in der Gebärmutter angesichts des mangelnden Zugangs zu angemessener medizinischer Versorgung voraussichtlich zunehmen wird", mit tödlichen Folgen für die reproduktive Gesundheit, einschließlich eines Anstiegs stressbedingter Fehlgeburten, Totgeburten und Frühgeburten [437] Die Auswirkungen werden für die Palästinenser in Gaza als Gruppe zwangsläufig langanhaltend und schwerwiegend sein. Bis zum 22. November 2023 hat die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Frauen und Mädchen, ihre Ursachen und Folgen, ausdrücklich davor gewarnt:

"[D]ie reproduktive Gewalt, die Israel palästinensischen Frauen, Neugeborenen, Säuglingen und Kindern zufügt, könnte als ... Akte des Völkermordes gemäß Artikel 2 der Konvention zur Verhütung des Völkermordes ... einschließlich der Auferlegung von Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten innerhalb einer Gruppe" qualifiziert werden. Sie betonte, dass "die Staaten solche Handlungen in Übereinstimmung mit ihrer Verantwortung gemäß der Völkermordkonvention verhindern und bestrafen müssen"[438].

#### **D. Äußerungen von Völkermordabsichten gegen das palästinensische Volk durch israelische Staatsbeamte und andere**

101. Die Beweise für die spezifische Absicht ("dolus specialis") der israelischen Staatsbeamten, völkermörderische Handlungen zu begehen und fortzusetzen oder sie nicht zu verhindern, sind seit Oktober 2023 erheblich und offenkundig. Diese Absichtserklärungen - in Verbindung mit dem Ausmaß des Tötens, Verstümmelns, der Vertreibung und der Zerstörung vor Ort sowie der Belagerung - belegen einen sich entfaltenden und fortgesetzten Völkermord. Dazu gehören Erklärungen der folgenden Personen, die die höchste Verantwortung tragen:

- **Premierminister von Israel:** Am 7. Oktober 2023 versprach Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in einer vom Presseamt der Regierung übertragenen Fernsehansprache, "überall mit Nachdruck zu operieren"[439] und bekräftigte am 13. Oktober 2023, dass "wir unsere Feinde mit einer noch nie dagewesenen Macht angreifen werden...".[440] Am 15. Oktober 2023, als israelische Luftangriffe bereits mehr als 2.670 Palästinenser, darunter 724 Kinder, getötet hatten,[441] erklärte der Premierminister, dass die israelischen Soldaten "das Ausmaß der Mission verstehen" und bereit sind, "die blutrünstigen Monster zu besiegen, die sich gegen [Israel] erhoben haben, um uns zu vernichten".[442] Am 16. Oktober 2023

beschrieb er in einer offiziellen Ansprache vor der israelischen Knesset die Situation als "einen Kampf zwischen den Kindern des Lichts und den Kindern der Finsternis, zwischen der Menschlichkeit und dem Gesetz des Dschungels",[443] ein entmenschlichendes Thema, auf das er bei verschiedenen Gelegenheiten zurückkam, u. a. am 3. November 2023 in einem Brief an israelische Soldaten und Offiziere, der auch auf der Plattform "X" (früher Twitter) veröffentlicht wurde; in dem Brief hieß es, dass: "[D]ies ist der Krieg zwischen den Söhnen des Lichts und den Söhnen der Finsternis. Wir werden in unserer Mission nicht nachlassen, bis das Licht die Finsternis besiegt - das Gute wird das extrem Böse besiegen, das uns und die ganze Welt bedroht"[444] Auch in seiner "Weihnachtsbotschaft" griff der israelische Premierminister auf und erklärte: "Wir haben es mit Monstern zu tun, Monstern, die Kinder vor den Augen ihrer Eltern ermordet haben. Dies ist nicht nur ein Kampf Israels gegen diese Barbaren, es ist ein Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei"[445] Am 28. Oktober 2023, als die israelischen Streitkräfte ihren Einmarsch in den Gazastreifen vorbereiteten, berief sich der Premierminister auf die biblische Geschichte der vollständigen Vernichtung Amaleks durch die Israeliten und erklärte "Ihr müsst euch daran erinnern, was Amalek euch angetan hat, sagt unsere Heilige Bibel. Und wir erinnern uns."[446] In einem Schreiben an die israelischen Soldaten und Offiziere vom 3. November 2023 nahm der Premierminister erneut Bezug auf Amalek.[447] Die entsprechende Bibelstelle lautet wie folgt: "Nun geht, greift Amalek an und verbannt alles, was ihm gehört. Verschont niemanden, sondern tötet Männer und Frauen, Säuglinge und Kleinkinder, Rinder und Schafe, Kamele und Esel"[448].

- **Präsident von Israel:** Am 12. Oktober 2023 machte Präsident Isaac Herzog deutlich, dass Israel nicht zwischen Kämpfern und Zivilisten im Gazastreifen unterscheidet, und erklärte in einer Pressekonferenz vor ausländischen Medien - in Bezug auf die Palästinenser im Gazastreifen, von denen über eine Million Kinder sind: "Es ist eine ganze Nation da draußen, die verantwortlich ist. Es ist nicht wahr, dass die Zivilisten nicht wissen, dass sie nicht beteiligt sind. Es ist absolut nicht wahr. ... und wir werden kämpfen, bis wir ihnen das Rückgrat brechen."[449]

Am 15. Oktober 2023 erklärte der Präsident gegenüber ausländischen Medien in Anlehnung an die Worte von Premierminister Netanjahu, dass "wir das Böse ausrotten werden, damit es für die gesamte Region und die Welt gut wird"[450] Der israelische Präsident ist einer von vielen Israelis, die handschriftliche "Botschaften" auf Bomben geschrieben haben, die auf Gaza abgeworfen werden sollen.[451]

- **Israelischer Verteidigungsminister:** Am 9. Oktober 2023 teilte Verteidigungsminister Yoav Gallant in einem "Lagebericht" der israelischen Armee mit, dass Israel "den Gazastreifen vollständig belagert. Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser, kein Treibstoff. Alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und handeln dementsprechend"[452] Er teilte den Truppen an der Grenze zum Gazastreifen auch mit, dass er "alle Beschränkungen aufgehoben" habe,[453] und erklärte, dass "Gaza wird nicht mehr so sein wie vorher. Wir werden alles beseitigen. Wenn es nicht einen Tag dauert, wird es eine Woche dauern. Es wird Wochen oder sogar Monate dauern, wir werden alle Orte erreichen."[454] Er kündigte außerdem an, dass Israel zu einer "umfassenden Reaktion" übergehe und dass er "alle Beschränkungen" für die israelischen Streitkräfte aufgehoben habe.[455]

- **Israelischer Minister für nationale Sicherheit:** Am 10. November 2023 stellte Itamar Ben-Gvir in einer Fernsehansprache die Position der Regierung klar und erklärte: "Wenn wir sagen, dass die Hamas zerstört werden sollte, bedeutet das auch, dass diejenigen, die feiern,



diejenigen, die sie unterstützen, und diejenigen, die Süßigkeiten verteilen, alle Terroristen sind und ebenfalls zerstört werden sollten"[456].

- **Israelischer Minister für Energie und Infrastruktur:** Am 13. Oktober 2023 erklärte Israel Katz in einem "Tweet": "Der gesamten Zivilbevölkerung in Gaza wird befohlen, den Gazastreifen sofort zu verlassen. Wir werden gewinnen. Sie werden keinen Tropfen Wasser oder eine einzige Batterie erhalten, bis sie die Welt verlassen."[457] Am 12. Oktober 2023 "twitcherte" er: "Humanitäre Hilfe für Gaza? Kein elektrischer Schalter wird eingeschaltet, kein Wasserhydrant wird geöffnet und kein Tankwagen wird einfahren, bis die von Israel entführten Menschen nach Hause zurückkehren. Humanitäre Hilfe für humanitäre Hilfe. Und niemand wird uns Moral predigen."[458]

- **Israelischer Finanzminister:** Am 8. Oktober 2023 erklärte Bezalel Smotrich in einer Sitzung des israelischen Kabinetts, dass "wir einen Schlag ausführen müssen, wie es ihn seit 50 Jahren nicht mehr gegeben hat, und den Gazastreifen zerstören müssen"[459].

- **Israelischer Minister für Kulturerbe:** Am 1. November 2023 postete Amichai Eliyahu auf Facebook: "Der Norden des Gazastreifens, schöner als je zuvor. Alles ist in die Luft gesprengt und eingeebnet, einfach eine Freude für die Augen ... Wir müssen über den Tag danach sprechen. Meiner Meinung nach werden wir all jenen, die im Laufe der Jahre für den Gazastreifen gekämpft haben, und jenen, die aus Gush Katif vertrieben wurden, Lose überreichen" [eine ehemalige israelische Siedlung].[460] Später sprach er sich gegen humanitäre Hilfe aus, da "[w]ir den Nazis keine humanitäre Hilfe geben würden", und "es so etwas wie unbeteiligte Zivilisten in Gaza nicht gibt".[461] Er stellte auch einen Atomangriff auf den Gazastreifen in Aussicht.[462]

- **Israelischer Minister für Landwirtschaft:** Am 11. November 2023 erinnerte Avi Dichter in einem Fernsehinterview an die Nakba von 1948, bei der über 80 Prozent der palästinensischen Bevölkerung des neuen israelischen Staates aus ihren Häusern vertrieben wurden oder geflohen sind, und erklärte, dass "[w]ir jetzt tatsächlich die Nakba von Gaza ausrollen"[463].

- **Stellvertretender Sprecher der Knesset und Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit:** Am 7. Oktober 2023 "tweetete" Nissim Vaturi: "Jetzt haben wir alle ein gemeinsames Ziel - den Gazastreifen vom Antlitz der Erde zu tilgen. Diejenigen, die dazu nicht in der Lage sind, werden ersetzt."[464]

102. Ähnliche Erklärungen wurden von Beamten, Beratern und Sprechern der israelischen Armee und anderen Personen abgegeben, die mit den in Gaza stationierten israelischen Truppen zu tun haben:

- **Koordinator der israelischen Armee für Regierungsaktivitäten in den Gebieten ("COGAT"):** Am 9. Oktober 2023 warnte Generalmajor Ghassan Alian in einer Videobotschaft an die Hamas und die Bewohner des Gazastreifens, die über den offiziellen Kanal der COGAT veröffentlicht wurde: "Die Hamas wurde zu ISIS und die Bürger von Gaza feiern, anstatt entsetzt zu sein. Mit menschlichen Tieren wird entsprechend verfahren. Israel hat eine totale Blockade über den Gazastreifen verhängt, kein Strom, kein Wasser, nur Schäden. Ihr wolltet die Hölle, ihr werdet die Hölle bekommen."[465]

**- Generalmajor der israelischen Armee, ehemaliger Leiter des israelischen Nationalen Sicherheitsrats und Berater des Verteidigungsministers:**[466] Am 7. Oktober 2023 schrieb Giora Eiland in einem Online-Journal über den israelischen Befehl, die Wasser- und Stromversorgung des Gazastreifens zu unterbrechen: "Das ist es, was Israel zu tun begonnen hat - wir haben die Versorgung des Streifens mit Energie, Wasser und Diesel gekappt....

Aber das ist nicht genug. Um die Belagerung wirksam zu machen, müssen wir andere daran hindern, dem Gazastreifen Hilfe zu leisten. . . Man sollte den Menschen sagen, dass sie zwei Möglichkeiten haben: zu bleiben und zu hungern oder zu gehen. Wenn Ägypten und andere Länder es vorziehen, dass diese Menschen in Gaza verhungern, dann ist das ihre Entscheidung."[467] Am selben Tag erklärte er in einer überregionalen Zeitung: "[W]enn man sich mit einem anderen Land im Krieg befindet, gibt man ihm keine Nahrung, keinen Strom, kein Gas, kein Wasser oder sonst etwas... Ein Land kann auf eine viel umfassendere Weise angegriffen werden, um es an den Rand des Zusammenbruchs zu bringen. Das ist das notwendige Ergebnis der Ereignisse in Gaza."[468] Er hat wiederholt die Vorteile für Israel durch die Schaffung einer humanitären Krise in Gaza betont und erklärt, dass "Israel kein Interesse daran hat, dass der Gazastreifen rehabilitiert wird, und das ist ein wichtiger Punkt, der den Amerikanern klar gemacht werden muss",[469] und dass "wenn wir die Geiseln jemals lebend sehen wollen, der einzige Weg darin besteht, eine schwere humanitäre Krise in Gaza zu schaffen".[470] Er hat angedeutet, dass Wasser ins Visier genommen werden sollte, da das Wasser in Gaza "aus Brunnen mit Salzwasser kommt, das nicht zum Verzehr geeignet ist. Sie haben Wasseraufbereitungsanlagen, Israel sollte diese Anlagen angreifen. Wenn die ganze Welt sagt, dass wir verrückt geworden sind und dies eine humanitäre Katastrophe ist, werden wir sagen, dass dies kein Ziel, sondern ein Mittel ist."[471] In einem Times-Radiointerview am 12. Oktober 2023 wiederholte er, dass die Armee dies tun sollte:

"[Erzeugen] Sie einen so großen Druck auf Gaza, dass Gaza zu einem Gebiet wird, in dem Menschen nicht leben können. Die Menschen können nicht leben, bis die Hamas zerstört ist, was bedeutet, dass Israel nicht nur aufhört, Energie, Diesel, Wasser, Lebensmittel ... zu liefern, wie wir es in den letzten zwanzig Jahren getan haben ... sondern wir sollten jede mögliche Unterstützung durch andere verhindern und in Gaza eine so schreckliche, unerträgliche Situation schaffen, die Wochen und Monate dauern kann"[472].

Giora Eiland hat wiederholt in den Medien dazu aufgerufen, den Gazastreifen unbewohnbar zu machen, indem er erklärte: "Der Staat Israel hat keine andere Wahl, als den Gazastreifen zu einem Ort zu machen, an dem man vorübergehend oder dauerhaft nicht leben kann."[473] In einem Interview am 6. November 2023 schlug er vor, dass, "wenn eine Militäraktion am Shifa [Krankenhaus] beabsichtigt ist, was ich für unausweichlich halte, ich hoffe, dass der Chef der CIA eine Erklärung dafür bekommen hat, warum dies notwendig ist und warum die USA letztendlich sogar eine solche Operation unterstützen müssen, selbst wenn es danach Tausende von Leichen von Zivilisten auf den Straßen gibt."[474] Weiter schlug er vor, dass "Israel eine humanitäre Krise in Gaza schaffen muss, die Zehntausende oder sogar Hunderttausende dazu zwingt, in Ägypten oder am Golf Zuflucht zu suchen ... Der Gazastreifen wird zu einem Ort werden, an dem kein Mensch mehr existieren kann."[475] In Anlehnung an die Worte von Präsident Herzog hat er wiederholt betont, dass es keinen Unterschied zwischen Hamas-Kämpfern und palästinensischen Zivilisten geben dürfe, und sagte:

"Wer sind die 'armen' Frauen von Gaza? Sie sind alle Mütter, Schwestern oder Ehefrauen von Hamas-Mördern. Einerseits sind sie Teil der Infrastruktur, die die Organisation unterstützt, und andererseits, wenn sie eine humanitäre Katastrophe erleben, dann kann man davon ausgehen, dass einige der Hamas-Kämpfer und die jüngeren Kommandeure zu verstehen beginnen, dass der Krieg sinnlos ist . . . Die internationale Gemeinschaft warnt uns vor einer humanitären Katastrophe in Gaza und vor schweren Epidemien. Davor dürfen wir nicht zurückschrecken, so schwierig das auch sein mag. Schließlich werden schwere Epidemien im Süden des Gazastreifens den Sieg näher bringen. . . Gerade sein ziviler Zusammenbruch wird das Ende des Krieges näherbringen. Wenn hochrangige israelische Persönlichkeiten in den Medien sagen: "Entweder wir oder sie", sollten wir die Frage klären, wer "sie" sind. Sie' sind nicht nur die bewaffneten Hamas-Kämpfer, sondern auch alle 'zivilen' Funktionäre, einschließlich der Krankenhaus- und Schulverwalter, und auch die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens, die die Hamas am 7. Oktober enthusiastisch unterstützt und ihre Gräueltaten bejubelt hat."[476]

- **Reservist der israelischen Armee: "Motivationsrede"**: Am 11. Oktober 2023 wurde der 95-jährige israelische Armee-Reservist Ezra Yachin - ein Veteran des Massakers von Deir Yassin während der Nakba von 1948 -, der Berichten zufolge zum Reservedienst einberufen wurde, um die Moral" der israelischen Truppen vor der Bodeninvasion zu stärken, in den sozialen Medien übertragen, wo er andere Soldaten wie folgt zum Völkermord aufstachelte, während er in einem israelischen Armeefahrzeug und in israelischer Armeeuniform herumgefahren wurde:

"Sei triumphierend und erledige sie, ohne jemanden zurückzulassen. Löscht die Erinnerung an sie aus. Löscht sie aus, ihre Familien, Mütter und Kinder. Diese Tiere dürfen nicht länger leben.

. . . Jeder Jude, der eine Waffe hat, sollte hinausgehen und sie töten. Wenn du einen arabischen Nachbarn hast, warte nicht, geh zu ihm nach Hause und erschieß ihn... Wir wollen einmarschieren, nicht wie früher, wir wollen eindringen und zerstören, was vor uns ist, und Häuser zerstören, dann das nächste zerstören. Mit all unseren Kräften, vollständige Zerstörung, eindringen und zerstören. Wie ihr seht, werden wir Dinge erleben, die wir uns nie erträumt haben. Lasst sie Bomben auf sie werfen und sie auslöschen."[477]

- **Leiter der Luft einsatzgruppe der israelischen Armee**: Am 28. Oktober 2023 beschrieb Oberstleutnant Gilad Kinan, dass die Luftwaffe "mit allen Organen der IDF zusammenarbeitet, wenn das Ziel klar ist - alles zu zerstören, was von der Hand der Hamas berührt wurde"[478].

- **Kommandeur des 2908. Bataillons der israelischen Armee**: In einem Video, das am 21. Dezember 2023 ins Internet gestellt wurde, sagte Yair Ben David, dass die israelische Armee "in Beit Hanoun eingedrungen ist und dort das getan hat, was Schimon und Levi in Nablus getan haben", und dass "der gesamte Gazastreifen Beit Hanoun ähneln sollte", womit er sich auf die Stadt im nördlichen Gazastreifen bezog, die von der israelischen Armee völlig verwüstet wurde.[479] Die fragliche Bibelstelle lautet: "Am dritten Tag, als sie sich quälten, nahmen Simeon und Levi, zwei Söhne Jakobs, Brüder der Dina, jeder sein Schwert, kamen unbehelligt in die Stadt und erschlugen alle männlichen Einwohner"[480].

103. Die oben genannten Äußerungen israelischer Entscheidungsträger und Militärs zeigen an und für sich die klare Absicht, die Palästinenser im Gazastreifen als Gruppe "an sich" zu vernichten. Sie stellen auch eine klare direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord dar, die unkontrolliert und ungestraft geblieben ist. Aus den Handlungen der israelischen Armee vor Ort - einschließlich der großen Zahl getöteter und verletzter Zivilisten und des Ausmaßes der Vertreibung, Zerstörung und Verwüstung im Gazastreifen - lässt sich eindeutig schließen, dass diese völkermörderischen Erklärungen und Anweisungen gegen das palästinensische Volk umgesetzt werden. Dies ist auch die eindeutige und notwendige Schlussfolgerung, die aus den sich abzeichnenden Aussagen der im Gazastreifen dienstuenden Soldaten der israelischen Armee, einschließlich der vor Ort stationierten, gezogen werden muss:

- **Oberst der israelischen Armee, stellvertretender Leiter der COGAT:** In einem Video, das in Beit Lahia - einem der Gebiete des Gazastreifens, die offenbar besonders stark zerstört wurden - gedreht und am 4. November 2023 im israelischen Fernsehen ausgestrahlt wurde, erklärte Oberst Yogev Bar-Sheshet: "Wer hierher zurückkehrt, wenn er denn zurückkehrt, wird verbrannte Erde vorfinden. Keine Häuser, keine Landwirtschaft, kein gar nichts. Sie haben keine Zukunft." Ein anderer Oberst der Armee, der in demselben Video zu sehen ist, Oberst Erez Eshel (Reserve), äußerte sich ebenfalls wie folgt: "Rache ist ein großer Wert. Es gibt Rache für das, was sie uns angetan haben ... Dieser Ort wird ein Brachland sein. Sie werden nicht in der Lage sein, hier zu leben." [481]

- **Soldaten der israelischen Armee: Israelische Soldaten in Uniform wurden am 5. Dezember 2023 dabei gefilmt, wie sie tanzten, skandierten und sangen:** "Möge ihr Dorf brennen, möge Gaza ausgelöscht werden"; [482] und zwei Tage später, am 7. Dezember 2023, tanzten, sangen und skandierten sie in Gaza: "Wir kennen unser Motto: Es gibt keine unbeteiligten Zivilisten" und "die Saat von Amalek auslöschen" [483].

104. Das zweite Video, in dem Soldaten skandieren, dass es "keine unbeteiligten Bürger" in Gaza gibt und dass sie "die Saat von Amalek auslöschen" werden, wurde am 7. Dezember 2023 aufgenommen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 17.177 Palästinenser in Gaza getötet worden - schätzungsweise 70 Prozent davon waren Frauen und Kinder. Der 7. und 8. Dezember 2023 war für die Palästinenser besonders verheerend: Innerhalb von 24 Stunden wurden 350 Menschen getötet - etwa alle vier Minuten ein Palästinenser in Gaza. [484]

105. Diese völkermörderische Rhetorik von Regierungs- und Militärbeamten ist auch unter den nicht dem Kabinett angehörenden Mitgliedern der israelischen Knesset ("MKs") weit verbreitet und gang und gäbe, die wiederholt dazu aufgerufen haben, den Gazastreifen "auszulöschen", [485] "platt zu machen", [486] "auszurädern", [487] und "... alle seine Bewohner zu zerquetschen". [488] Parlamentarier haben öffentlich bedauert, dass jemand "Mitleid" mit den "unbeteiligten" Gaza-Bewohnern hat, indem sie wiederholt behaupteten, dass "es keine Unbeteiligten gibt", [489] dass "es keine Unschuldigen in Gaza gibt", [490] dass "die Mörder der Frauen und Kinder nicht von den Bürgern des Gazastreifens getrennt werden sollten", [491] dass "die Kinder des Gazastreifens dies selbst verschuldet haben", [492] und dass "es für alle dort nur eine Strafe geben sollte - den Tod", [493] Parlamentarier erklärten, "wir dürfen nicht vergessen, dass auch die 'unschuldigen Bürger' - die grausamen und monströsen Menschen aus dem Gazastreifen - eine aktive Rolle gespielt haben. Es gibt keinen Platz für irgendeine humanitäre Geste - gegen die Erinnerung an Amalek muss protestiert werden", [494] und dass "[w]ir ohne Hunger und Durst unter der Bevölkerung des Gazastreifens keine Kollaborateure rekrutieren können", [495] Parlamentarier haben auch zu "gnadenlosen" Bombardierungen "aus der Luft" aufgerufen, [496] den Einsatz von Atomwaffen

("Weltuntergangswaffen") gefordert,[497] und eine "Nakba, die die Nakba von 48 in den Schatten stellen wird",[498]

106. Eine ähnliche völkermörderische Rhetorik ist auch in der israelischen Zivilgesellschaft üblich, wobei völkermörderische Botschaften routinemäßig - ohne Zensur oder Sanktionen - in den israelischen Medien verbreitet werden. In den Medienberichten wird dazu aufgerufen, den Gazastreifen "auszulöschen"[499] und in ein "Schlachthaus"[500] zu verwandeln, "die Hamas nicht zu eliminieren", sondern "den Gazastreifen zu zerstören",[501] mit der wiederholten Behauptung, dass "es keine Unschuldigen gibt... Es gibt keine Bevölkerung. Es gibt 2,5 Millionen Terroristen."[502] Ein lokaler Beamter forderte Berichten zufolge, Gaza solle wie das Museum in Auschwitz "verwüstet und zerstört" werden, "um den Wahnsinn der Menschen, die dort lebten, zu demonstrieren".[503] Ehemalige Abgeordnete haben ein Ausmaß der Zerstörung gefordert, das dem von Dresden und Hiroshima entspricht,[504] und behauptet, es wäre "unmoralisch", wenn die israelische Armee sich nicht als "rachsüchtig und grausam" erweisen würde.[505] In einem israelischen Nachrichteninterview forderte ein ehemaliger Abgeordneter, alle Palästinenser in Gaza zu töten:

"Ich sage euch, im Gazastreifen sind sie ausnahmslos alle Terroristen, Söhne von Hunden. Sie müssen ausgerottet werden, sie müssen alle getötet werden. Wir werden den Gazastreifen platt machen, sie in Staub verwandeln, und die Armee wird das Gebiet säubern. Dann werden wir anfangen, neue Gebiete zu bauen, für uns, vor allem für unsere Sicherheit."[506]

107. Diese Äußerungen prominenter Mitglieder der israelischen Gesellschaft - darunter ehemalige Parlamentarier und Nachrichtensprecher - stellen eine eindeutige direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord dar, die von den israelischen Behörden nicht kontrolliert und nicht geahndet wurde. Die Tatsache, dass eine solche Haltung in der israelischen Gesellschaft so weit verbreitet und weit verbreitet zu sein scheint, ist besonders besorgniserregend, wenn man bedenkt, dass die im Gazastreifen dienenden Soldaten größtenteils Reservisten sind, die aus der Zivilgesellschaft stammen und von ihr informiert werden.

### **E. Anerkennung der völkermörderischen Absichten Israels gegen die Palästinenser**

108. Wie oben dargelegt, haben zahlreiche Staaten zu Recht anerkannt, dass Israels Erklärungen in Bezug auf Gaza völkermörderische Absichten erkennen lassen. Diese Einschätzung wird von einer beträchtlichen Anzahl von Experten der Vereinten Nationen geteilt, die seit mindestens Mitte Oktober 2023 wiederholt davor gewarnt haben, dass das palästinensische Volk von einem Völkermord durch Israel bedroht ist. Ein Beispiel dafür:

- Am 19. Oktober 2023 schlugen **neun Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen** "Alarm" und warnten, dass "es eine anhaltende Kampagne Israels gibt, die zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Gaza führt. In Anbetracht der Äußerungen führender israelischer Politiker und ihrer Verbündeten, die von Militäraktionen in Gaza und einer Eskalation der Verhaftungen und Tötungen im Westjordanland begleitet werden, besteht auch die Gefahr eines Völkermordes am palästinensischen Volk." [507]

- Am 27. Oktober 2023 unterstrich **der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung**, dass er "sehr besorgt über die starke Zunahme rassistischer Hassreden und Entmenschlichung von Palästinensern seit dem 7. Oktober ist, insbesondere im Internet und in den sozialen Medien, auch von hochrangigen Beamten, Politikern, Parlamentsmitgliedern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens,

insbesondere die Erklärung des israelischen Verteidigungsministers Yoav Gallant vom 9. Oktober, in der er Palästinenser als 'menschliche Tiere' bezeichnete, eine Sprache, die zu völkermörderischen Handlungen aufrufen könnte." [508]

- Am 28. Oktober 2023 trat **der Direktor des New Yorker Büros des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR)** zurück, nachdem er eine weit verbreitete Rücktrittserklärung verfasst hatte, in der er die Situation im Gazastreifen als einen "lehrbuchmäßigen Fall von Völkermord" bezeichnete. [509]

- Am 2. November 2023 warnten **acht Sonderberichterstatter**, dass sie "weiterhin davon überzeugt sind, dass das palästinensische Volk von einem Völkermord bedroht ist". Die Experten erklärten, dass "die Zeit zum Handeln jetzt gekommen ist", und betonten, dass "Israels Verbündete ebenfalls Verantwortung tragen und jetzt handeln müssen, um sein katastrophales Vorgehen zu verhindern" [510].

- Am 16. November 2023 warnten **15 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen und 21 Mitglieder von Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen**, dass "die von Israel nach dem 7. Oktober begangenen schweren Verstöße gegen die Palästinenser, insbesondere im Gazastreifen, auf einen bevorstehenden Völkermord hindeuten". Die Erklärung hebt "Beweise für die zunehmende Aufstachelung zum Völkermord, die offenkundige Absicht, "das palästinensische Volk unter der Besatzung zu vernichten", den lauten Ruf nach einer "zweiten Nakba" in Gaza und den übrigen besetzten palästinensischen Gebieten und den Einsatz starker Waffen mit wahlloser Wirkung hervor, was zu einer kolossalen Zahl von Todesopfern und der Zerstörung der lebenserhaltenden Infrastruktur führt". Die Experten äußerten "tiefe ... Besorgnis ... über ... das Versagen des internationalen Systems, sich zu mobilisieren, um einen Völkermord zu verhindern", und warnten, dass "das Versäumnis, dringend einen Waffenstillstand umzusetzen, das Risiko birgt, dass sich die Situation zu einem Völkermord entwickelt, der mit Mitteln und Methoden der Kriegsführung des 21.

- Am 20. November 2023 gab **die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Frauen und Mädchen**, ihre Ursachen und Folgen, eine Erklärung ab, in der sie warnte, dass "seit dem 7. Oktober der Angriff auf die Würde und die Rechte der palästinensischen Frauen neue und erschreckende Dimensionen angenommen hat, da Tausende von ihnen Opfer von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und eines sich entfaltenden Völkermordes geworden sind". Die Sonderberichterstatterin "äußerte sich alarmiert über die völkermörderischen und entmenschlichenden Äußerungen über das palästinensische Volk, einschließlich Frauen und Kinder, von hochrangigen israelischen Regierungsvertretern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sie als "Kinder der Finsternis" bezeichnen". Der Sonderberichterstatter bezog sich auf die Beschreibung der Palästinenser als "menschliche Tiere" und die Aufrufe zu einer "zweiten Nakba" durch israelische Beamte und warnte, dass "solche Äußerungen die Absicht der israelischen Regierung, das palästinensische Volk ganz oder teilweise zu vernichten, absolut und konsequent deutlich machen" [512].

- Am 8. Dezember 2023, noch vor der Abstimmung über die Waffenstillstandsresolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, gegen die die Vereinigten Staaten von Amerika ihr Veto eingelegt hatten, bekräftigten **22 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen und 28 Mitglieder von Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen** ihre frühere Erklärung, in der sie vor der Begehung von Völkermord warnten" [513].

- Am 21. Dezember 2023 wiederholte der **Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung** im Rahmen seines "Frühwarn- und Dringlichkeitsverfahrens" seine frühere Erklärung und warnte vor "Hassreden und entmenschlichenden Äußerungen, die sich gegen Palästinenser richten, und äußerte ernste Bedenken hinsichtlich der Verpflichtung Israels und anderer Vertragsstaaten, Völkermord zu verhindern". Der Ausschuss forderte "alle Vertragsparteien auf, ihre internationalen Verpflichtungen in vollem Umfang einzuhalten, insbesondere diejenigen, die sich aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes ergeben, und zusammenzuarbeiten, um den stattfindenden Verstößen ein Ende zu setzen und Völkermord zu verhindern". Der Ausschuss nahm ausführlich Bezug auf die anhaltende Situation in Gaza und erklärte unter anderem, dass er "zutiefst besorgt über die rassistischen Hassreden, die Aufstachelung zur Gewalt und zu völkermörderischen Handlungen sowie die entmenschlichende Rhetorik, die seit dem 7. Oktober 2023 von hochrangigen israelischen Regierungsbeamten, Parlamentsmitgliedern, Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gegen Palästinenser gerichtet wird"[514].

109. Die Organisation für Islamische Zusammenarbeit hat Israels Militäraktionen in Gaza wiederholt als "Völkermord" verurteilt, [515] , ebenso wie die arabische Gruppe bei den Vereinten Nationen, [516] die Internationale Föderation für Menschenrechte forderte ein Ende des "Völkermords" und die Internationale Juristenkommission rief Drittstaaten dazu auf, "alle in ihrer Macht stehenden angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um einen Völkermord in Gaza zu verhindern".[517] Palästinensische Nichtregierungsorganisationen haben den Völkermord ebenfalls scharf verurteilt und den Internationalen Strafgerichtshof aufgefordert, das Verbrechen zu untersuchen.[518] Der Rat der palästinensischen Menschenrechtsorganisationen hat am 14. November 2023 ein ausführliches Informationspapier herausgegeben, in dem der Staat Palästina und Drittstaaten aufgefordert werden, mit konkreten Maßnahmen und rechtlichen Schritten einzugreifen, um den Völkermord in Gaza zu verhindern. Der Bericht weist darauf hin, dass "es bedeutende Warnungen von unabhängigen Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen sowie Maßnahmen von Drittstaaten gegeben hat, einschließlich des Abzugs ihrer diplomatischen Vertretungen aus Israel, einige als Reaktion auf die anhaltenden israelischen völkermörderischen Erklärungen und Handlungen. Zusammengenommen machen diese Warnungen und staatlichen Maßnahmen die internationale Staatengemeinschaft darauf aufmerksam, dass ein sehr reales Risiko besteht, dass ein Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen begangen wird oder begangen werden könnte"[519].

#### IV. DIE ANSPRÜCHE SÜDAFRIKAS

110. Auf der Grundlage der obigen Ausführungen sowie der weiteren Beweise, die im Laufe dieses Verfahrens vorgelegt werden, ist Südafrika der Ansicht, dass das Verhalten Israels - durch seine staatlichen Organe, staatlichen Agenten und andere Personen und Einrichtungen, die auf seine Anweisung oder unter seiner Leitung, Kontrolle oder seinem Einfluss handeln - in Bezug auf die Palästinenser in Gaza gegen seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention, einschließlich der Artikel I, III, IV, V und VI in Verbindung mit Artikel II, verstößt. Zu diesen Verstößen gegen die Völkermordkonvention gehören unter anderem:

- (a) Unterlassung der Verhinderung von Völkermord unter Verletzung von Artikel I;
- (b) die Begehung von Völkermord unter Verstoß gegen Artikel III (a);

- (c) Verschwörung zum Völkermord unter Verstoß gegen Artikel III (b);
- (d) unmittelbare und öffentliche Aufforderung zum Völkermord unter Verstoß gegen Artikel III Buchstabe c);
- (e) Versuch des Völkermordes unter Verstoß gegen Artikel III (d);
- (f) Beihilfe zum Völkermord unter Verstoß gegen Artikel III (e);
- (g) Unterlassung der Bestrafung von Völkermord, Verschwörung zum Völkermord, direkter und öffentlicher Aufforderung zum Völkermord, versuchtem Völkermord und Beihilfe zum Völkermord unter Verstoß gegen die Artikel I, III, IV und VI;
- (h) dass sie es unterlassen hat, die erforderlichen Rechtsvorschriften zu erlassen, um den Bestimmungen der Völkermordkonvention Wirkung zu verleihen und wirksame Strafen für Personen vorzusehen, die sich des Völkermordes, der Verschwörung zum Völkermord, der Anstiftung zum Völkermord, des versuchten Völkermordes und der Mittäterschaft am Völkermord schuldig gemacht haben, was einen Verstoß gegen Artikel V darstellt, und
- (i) die Untersuchung von Völkermord an Palästinensern in Gaza, einschließlich der Palästinenser, die von Agenten oder Streitkräften des israelischen Staates nach Israel verschleppt wurden, durch zuständige internationale Gremien oder Untersuchungsmissionen nicht zuzulassen und/oder direkt oder indirekt zu behindern, was eine notwendige und damit einhergehende Verpflichtung gemäß den Artikeln I, III, IV, V und VI darstellt.

## V. DIE ANSPRÜCHE

111. Unter Vorbehalt des Rechts, diese Klage zu überarbeiten, zu ergänzen oder zu ändern, und vorbehaltlich der Vorlage der einschlägigen Beweise und rechtlichen Argumente an den Gerichtshof, beantragt Südafrika respektvoll, dass der Gerichtshof entscheidet und feststellt:

- (1) dass die Republik Südafrika und der Staat Israel jeweils die Pflicht haben, gemäß ihren Verpflichtungen aus dem Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf die Mitglieder der palästinensischen Gruppe alle in ihrer Macht stehenden angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um Völkermord zu verhindern, und
- (2) dass der Staat Israel:
  - (a) seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention verletzt hat und weiterhin verletzt, insbesondere die Verpflichtungen nach Artikel I in Verbindung mit Artikel II sowie nach den Artikeln III a), III b), III c), III d), III e), IV, V und VI;
  - (b) muss unverzüglich alle Handlungen und Maßnahmen einstellen, die gegen diese Verpflichtungen verstoßen, einschließlich solcher Handlungen oder Maßnahmen, die geeignet sind, Palästinenser zu töten oder weiterhin zu töten oder Palästinensern schweren körperlichen oder seelischen Schaden zuzufügen oder weiterhin zuzufügen oder ihrer Gruppe vorsätzlich Lebensbedingungen zuzufügen, oder ihrer Gruppe weiterhin Lebensbedingungen aufzuerlegen, die darauf abzielen, ihre physische Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen, und ihren Verpflichtungen aus der



Völkermordkonvention, insbesondere den Verpflichtungen nach den Artikeln I, III (a), III (b), III (c), III (d), III (e), IV, V und VI, uneingeschränkt nachzukommen;

(c) muss sicherstellen, dass Personen, die entgegen den Artikeln I, III a), III b), III c), III d) und III e) Völkermord begehen, sich zur Begehung von Völkermord verschwören, unmittelbar und öffentlich zum Völkermord aufstacheln, den Versuch unternehmen, Völkermord zu begehen, und sich an Völkermord mitschuldig machen, von einem zuständigen nationalen oder internationalen Gericht nach Maßgabe der Artikel I, IV, V und VI bestraft werden;

(d) zu diesem Zweck und in Erfüllung der sich aus den Artikeln I, IV, V und VI ergebenden Verpflichtungen Beweise sammeln und aufbewahren und die Sammlung und Aufbewahrung von Beweisen für die an den Palästinensern im Gazastreifen begangenen Völkermordtaten, einschließlich der aus dem Gazastreifen vertriebenen Mitglieder der Gruppe, gewährleisten, zulassen und/oder weder direkt noch indirekt behindern;

(e) die Wiedergutmachungsverpflichtungen im Interesse der palästinensischen Opfer erfüllen muss, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die Ermöglichung der sicheren und würdigen Rückkehr der gewaltsam vertriebenen und/oder entführten Palästinenser in ihre Häuser, die Achtung ihrer vollen Menschenrechte und den Schutz vor weiterer Diskriminierung, Verfolgung und anderen damit zusammenhängenden Handlungen, und für den Wiederaufbau dessen sorgen muss, was sie in Gaza zerstört hat, im Einklang mit der Verpflichtung zur Verhinderung von Völkermord gemäß Artikel I; und

(f) muss Zusicherungen und Garantien für die Nichtwiederholung von Verstößen gegen die Völkermordkonvention bieten, insbesondere die Verpflichtungen gemäß Artikel I, III a), III b), III c), III d), III e), IV, V und VI.

## VI. ANTRAG AUF EINSTWEILIGE MASSNAHMEN

112. In Übereinstimmung mit Artikel 41 der Satzung des Gerichtshofs und den Artikeln 73, 74 und 75 der Geschäftsordnung des Gerichtshofs beantragt Südafrika, dass der Gerichtshof vorläufige Maßnahmen anordnet. In Anbetracht der Art der fraglichen Rechte sowie des anhaltenden, extremen und nicht wiedergutzumachenden Schadens, den die Palästinenser in Gaza erleiden, bittet Südafrika den Gerichtshof, diesen Antrag mit äußerster Dringlichkeit zu behandeln.

113. Dieser Antrag beschreibt eine außergewöhnlich brutale Militäraktion Israels im Gazastreifen, die umfangreich ist und andauert und die Israel noch weiter zu intensivieren beabsichtigt [520].

114. Israel hat völkermörderische Handlungen und Maßnahmen begangen und es versäumt, diese zu verhindern oder zu bestrafen, was eine flagrante Verletzung der Verpflichtungen Israels aus den Artikeln I, III (a), III (b), III (c), III (d), III (e), IV, V und VI der Völkermordkonvention darstellt. Wie aus dem in der Klageschrift dargelegten Material hervorgeht, umfassen die fraglichen völkermörderischen Handlungen, die insbesondere gegen die Artikel II (a), II (b), II (c) und II (d) verstoßen und sich kollektiv gegen die Palästinenser in Gaza richten, unter anderem:

- (1) die Tötung von Palästinensern im Gazastreifen, einschließlich eines großen Anteils von Frauen und Kindern - schätzungsweise 70 Prozent der mehr als 21.110 Todesopfer -, von denen einige anscheinend summarisch hingerichtet wurden;
- (2) schwere seelische und körperliche Schäden bei Palästinensern im Gazastreifen zu verursachen, unter anderem durch Verstümmelung, psychische Traumata und unmenschliche und erniedrigende Behandlung;
- (3) die zwangsweise Evakuierung und Vertreibung von rund 85 Prozent der Palästinenser im Gazastreifen - darunter Kinder, ältere und gebrechliche Menschen sowie Kranke und Verwundete - sowie die großflächige Zerstörung von palästinensischen Häusern, Dörfern, Flüchtlingslagern, Städten und ganzen Gebieten im Gazastreifen, wodurch die Rückkehr eines erheblichen Teils der palästinensischen Bevölkerung in ihre Häuser verhindert wird;
- (4) Verursachung von Hunger, Dehydrierung und Verhungern der belagerten Palästinenser im Gazastreifen durch die Verhinderung ausreichender humanitärer Hilfe, die Unterbrechung der Versorgung mit Wasser, Nahrungsmitteln, Treibstoff und Strom sowie die Zerstörung von Bäckereien, Mühlen, landwirtschaftlichen Flächen und anderen Produktions- und Ernährungsmethoden;
- (5) Unterlassung und Einschränkung der Bereitstellung von angemessenen Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen für die Palästinenser im Gazastreifen, einschließlich der 1,9 Millionen Binnenvertriebenen, die durch die Maßnahmen Israels gezwungen sind, in gefährlichen Situationen des Elends zu leben, sowie die routinemäßige Beschießung und Zerstörung von Unterkünften und die Tötung und Verwundung von Unterkunftsbewohnern, einschließlich Frauen, Kindern, Behinderten und älteren Menschen;
- (6) die Unterlassung, für die medizinischen Bedürfnisse der Palästinenser im Gazastreifen zu sorgen oder diese zu gewährleisten, einschließlich der medizinischen Bedürfnisse, die durch andere völkermörderische Handlungen entstanden sind, die zu schweren Körperverletzungen geführt haben, unter anderem durch direkte Angriffe auf palästinensische Krankenhäuser, Krankenwagen und andere Gesundheitseinrichtungen im Gazastreifen, die Tötung palästinensischer Ärzte, Sanitäter und Krankenschwestern, einschließlich der qualifiziertesten Sanitäter im Gazastreifen, und die Zerstörung und Unbrauchbarmachung des medizinischen Systems im Gazastreifen; und
- (7) Zerstörung des palästinensischen Lebens im Gazastreifen durch die Zerstörung von Universitäten, Schulen, Gerichten, öffentlichen Gebäuden, öffentlichen Aufzeichnungen, Geschäften, Bibliotheken, Kirchen, Moscheen, Straßen, Infrastruktur, Versorgungseinrichtungen und anderen Einrichtungen, die für das Leben der Palästinenser im Gazastreifen als Gruppe notwendig sind, sowie durch die Ermordung ganzer Familiengruppen - wobei die gesamte mündliche Überlieferung im Gazastreifen ausgelöscht wird - und die Ermordung prominenter und angesehener Mitglieder der Gesellschaft.
- (8) Auferlegung von Maßnahmen zur Verhinderung palästinensischer Geburten im Gazastreifen durch reproduktive Gewalt gegen palästinensische Frauen, Neugeborene, Säuglinge und Kinder.

115. Einstweilige Maßnahmen sind in diesem Fall notwendig, um die Rechte des palästinensischen Volkes nach der Völkermordkonvention, die weiterhin ungestraft verletzt werden, vor weiterem, schwerem und nicht wiedergutzumachendem Schaden zu schützen. Südafrika beantragt, dass der

Gerichtshof einstweilige Maßnahmen zum Schutz und zur Wahrung dieser Rechte sowie seiner eigenen Rechte nach der Konvention anordnet, um eine Verschlimmerung oder Ausweitung des Rechtsstreits zu verhindern, bis über die Begründetheit der in der Klage aufgeworfenen Fragen entschieden ist.

116. Südafrika stellt fest, dass es andere damit zusammenhängende Angelegenheiten gibt, die nicht direkt mit den Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention zusammenhängen und daher nicht in die Zuständigkeit des Gerichtshofs in diesem Fall fallen, einschließlich der dringenden Rückkehr israelischer und anderer Geiseln. Südafrika ist der Ansicht, dass die beantragten vorläufigen Maßnahmen dennoch mit dem Fortgang und der Lösung dieser Angelegenheiten in Einklang stehen und dazu beitragen können.

#### **A. Zwingende Umstände erfordern die Einführung vorläufiger Maßnahmen**

117. Wie oben beschrieben, hat Israel entgegen Artikel I der Konvention völkermörderische Handlungen, die in Artikel II aufgeführt sind, begangen und ist dabei, diese zu begehen. Israel, seine Beamten und/oder Agenten haben mit der Absicht gehandelt, die Palästinenser in Gaza zu vernichten, die Teil einer geschützten Gruppe unter der Völkermordkonvention sind. Die zwingenden Umstände werden in der Klageschrift detailliert dargelegt und beinhalten Folgendes:

- In Gaza ist es nirgendwo sicher.
- Israel wirft "dumme" Bomben und Bomben mit einem Gewicht von bis zu 2.000 Pfund (900 kg) auf einen der am dichtesten besiedelten Orte der Welt ab
- In Gaza wird etwa alle sechs Minuten ein Palästinenser getötet.
- Mindestens 21.110 Palästinenser wurden bisher in Gaza getötet, weitere 7.780 werden vermisst und vermutlich unter den Trümmern begraben.
- Bis zum 12. Dezember 2023 wurden schätzungsweise 7.729 palästinensische Kinder getötet; mindestens 4.700 weitere Kinder und Frauen werden vermisst und vermutlich unter den Trümmern begraben, was UNICEF dazu veranlasst, die israelischen Militärangriffe als "Krieg gegen Kinder" zu bezeichnen.
- Täglich werden Hunderte von Palästinensern im Gazastreifen verwundet, viele mit lebensverändernden und lebensbedrohlichen Verletzungen.
- Die belagerten und bombardierten Krankenhäuser sind nicht mehr in der Lage, die Kranken und Verwundeten zu behandeln; nur 13 der 36 Krankenhäuser in Gaza funktionieren noch.
- 1,9 Millionen Palästinenser im Gazastreifen - etwa 85 Prozent der Bevölkerung - wurden gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben.
- Die Palästinenser im Gazastreifen werden in immer kleinere Gebiete des Gazastreifens ohne ausreichenden Schutz eingepfercht, wo sie weiterhin von Israel bombardiert werden.
- Israel verhindert weiterhin eine ausreichende humanitäre Hilfe für die Palästinenser im Gazastreifen, einschließlich des Zugangs zu Nahrungsmitteln, Wasser, Unterkünften, Medikamenten und medizinischer Hilfe.

- Gefährdete Palästinenser, darunter Kranke und Gebrechliche, Kinder und werdende Mütter, sind besonders gefährdet.
- Infektionskrankheiten verbreiten sich rasant.
- Internationale Experten warnen vor drohendem Massenhunger.

118. Israel hat es auch versäumt, Völkermord, Verschwörung zum Völkermord, direkte und öffentliche Anstiftung zum Völkermord, versuchten Völkermord und Komplizenschaft beim Völkermord zu verhindern oder zu bestrafen, entgegen Artikel III und IV der Völkermordkonvention.

119. Israel bestreitet ein Fehlverhalten in Bezug auf seine militärischen Aktivitäten in Gaza und widersetzt sich allen Aufrufen Südafrikas und der internationalen Gemeinschaft, die Begehung von Völkermord zu verhindern und zu beenden. Anstatt die Verstöße gegen die Völkermordkonvention einzustellen, solche Verstöße zu verhindern und hat Israel seine Militärkampagne fortgesetzt, eskaliert und mit einer weiteren Eskalation gedroht. Außerdem vernichtet es Beweise für sein Fehlverhalten: Die massenhafte Zerstörung und Räumung großer Teile des Gazastreifens und die Verhinderung der Rückkehr von intern vertriebenen Palästinensern in ihre Häuser gibt Anlass zu ernster Besorgnis über die Vernichtung von Beweisen und deren Auswirkungen auf die künftige Untersuchung von Verbrechen, einschließlich der schwersten Verbrechen nach dem Völkerrecht. Israels Tötung einer großen Anzahl palästinensischer Journalisten und Medienmitarbeiter in Gaza - bisher mindestens 82, oft zusammen mit mehreren Familienmitgliedern - sowie seine Angriffe auf das Telekommunikationsnetz in Gaza 75

521] Das Gleiche gilt für Israels anhaltende Weigerung, Faktenermittlern und ausländischen Journalisten Zugang zum Gazastreifen zu gewähren, abgesehen von einer begrenzten Anzahl von Journalisten, die sich mit der israelischen Armee zusammenschließen dürfen und deren Berichte Einschränkungen und Zensur unterliegen. Palästinensische Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsaktivisten, die selbst der Gefahr von Angriffen durch die israelische Armee ausgesetzt sind, sind nicht in der Lage, die unablässigen Akte des Völkermords und andere Verstöße gegen das Völkerrecht, die von Israel begangen werden, in Echtzeit zu dokumentieren.

## **B. Die Prima-facie-Zuständigkeit des Gerichtshofs**

120. Das Gericht ist befugt, auf einstweilige Maßnahmen hinzuweisen, "wenn die vom Antragsteller geltend gemachten Bestimmungen prima facie eine Grundlage zu bieten scheinen, auf der seine Zuständigkeit begründet werden könnte, ohne dass es sich jedoch in endgültiger Weise davon überzeugen muss, dass es in der Sache zuständig ist"[522].

121. Wie oben dargelegt, gründet sich die Zuständigkeit des Gerichtshofs auf Artikel 36 Absatz 1 des Statuts des Gerichtshofs und Artikel IX der Völkermordkonvention. Artikel IX der Völkermordkonvention bestimmt: "Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung, Anwendung oder Erfüllung dieser Konvention, einschließlich solcher über die Verantwortlichkeit eines Staates für Völkermord oder für eine der anderen in Artikel III aufgezählten Handlungen, werden auf Antrag einer der Streitparteien dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet."

122. Südafrika und Israel sind beide Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und Vertragsstaaten der Völkermordkonvention. Beide haben die Zuständigkeit des Gerichtshofs nach Artikel IX der Völkermordkonvention ohne jeden Vorbehalt anerkannt. Sie sind folglich an die Konvention gebunden.

123. Damit der Gerichtshof feststellen kann, ob er für die Anordnung einstweiliger Maßnahmen prima facie zuständig ist, muss der gerügte Sachverhalt selbst prima facie "unter die Bestimmungen [der Konvention] fallen können", sodass "die Streitigkeit eine solche ist, für die der Gerichtshof ratione materiae zuständig ist".[523] Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs ist eine Streitigkeit "eine Meinungsverschiedenheit in einem rechtlichen oder tatsächlichen Punkt, ein Konflikt zwischen Rechtsauffassungen oder Interessen" zwischen den Parteien.[524] Damit eine Streitigkeit vorliegt, "muss nachgewiesen werden, dass der Anspruch der einen Partei von der anderen positiv bekämpft wird".[525] Die beiden Seiten müssen "eindeutig gegensätzliche Auffassungen zur Frage der Erfüllung oder Nichterfüllung bestimmter internationaler Verpflichtungen vertreten".[526] Das Vorliegen einer Streitigkeit ist "eine Angelegenheit, die vom Gericht objektiv zu bestimmen ist; es handelt sich um eine Frage des Inhalts und nicht um eine Frage der Form oder des Verfahrens".[527] Um zu entscheiden, ob zum Zeitpunkt der Einreichung der Klage eine Streitigkeit zwischen den Parteien bestand, berücksichtigt das Gericht "insbesondere alle zwischen den Parteien ausgetauschten Erklärungen oder Schriftstücke sowie alle im multilateralen Rahmen erfolgten Gespräche. Dabei achtet es besonders auf den Verfasser der Erklärung oder des Dokuments, ihren beabsichtigten oder tatsächlichen Adressaten und ihren Inhalt"[528]

124. Für die Zwecke der Angabe von vorläufigen Maßnahmen ist der Gerichtshof nicht verpflichtet festzustellen, ob eine Verletzung der Verpflichtungen Israels unter der Völkermordkonvention stattgefunden hat.[529] Wichtig ist, dass, wie der Gerichtshof bereits früher festgestellt hat, "eine solche Feststellung, die insbesondere von der Beurteilung des Vorliegens einer Absicht abhängt, die Gruppe ... [der Palästinenser] als solche ganz oder teilweise zu zerstören, vom Gerichtshof erst im Stadium der Prüfung der Begründetheit des vorliegenden Falles getroffen werden kann".[530] Stattdessen "was der Gerichtshof im Stadium des Erlasses einer Anordnung über vorläufige Maßnahmen zu tun hat, ist festzustellen, ob die beanstandeten Handlungen ... unter die Bestimmungen der Völkermordkonvention fallen können"[531] Der Gerichtshof muss nicht feststellen, dass alle beanstandeten Handlungen unter die Bestimmungen der Konvention fallen können. Es reicht aus, dass "zumindest einige der beanstandeten Handlungen ... unter die Bestimmungen der Konvention fallen können"[532].

125. Zumindest einige der von Südafrika behaupteten Handlungen sind eindeutig "geeignet, unter die Bestimmungen des Übereinkommens zu fallen". Sie wurden von zahlreichen Staaten und Experten und Gremien der Vereinten Nationen, einschließlich des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung, als geeignet angesehen, unter die Bestimmungen des Übereinkommens zu fallen.[533] Insbesondere sind sie eindeutig geeignet, unter die Bestimmungen von Artikel II (a), II (b), II (c) und II (d) des Übereinkommens zu fallen, da sie (1) die Tötung von Palästinensern in Gaza, (2) ihre schwere körperliche oder seelische Schädigung, (3) die vorsätzliche Zufügung von Lebensbedingungen, die auf die Zerstörung von Palästinensern in Gaza abzielen, und (4) die Verhängung von Maßnahmen, die Geburten innerhalb der Gruppe verhindern sollen, darstellen. In Bezug auf II (c) hat der Gerichtshof bereits erklärt, dass dies "andere Methoden der physischen Zerstörung als die Tötung, bei denen der Täter letztlich den Tod der Mitglieder der Gruppe anstrebt", einschließt.[534] Unter Berufung auf die Rechtsprechung internationaler Gerichtshöfe stellte der Gerichtshof fest, dass "zu diesen Methoden der Zerstörung insbesondere der Entzug von Nahrung, medizinischer Versorgung, Unterkunft oder Kleidung sowie mangelnde Hygiene, systematische Vertreibung aus den Häusern oder Erschöpfung infolge übermäßiger Arbeit oder körperlicher Anstrengung gehören"[535] Diese internationalen Gerichtshöfe haben auch die folgenden Methoden der Zerstörung genannt: "die Gruppe einer Subsistenzdiät zu unterwerfen; keine angemessene medizinische Versorgung zu gewährleisten ... und allgemein Umstände zu schaffen, die zu einem langsamen Tod führen würden, wie das Fehlen von angemessener Nahrung,

Wasser, Unterkunft, Kleidung und sanitären Einrichtungen"[536] Dieser Gerichtshof hat auch festgestellt, dass die erzwungene Massenvertreibung als völkermörderischer Akt angesehen werden kann[537] Die in der vorliegenden Klage angeführten Materialien sind ein klarer Beweis dafür, dass Israel Umstände geschaffen hat, die eindeutig geeignet sind, diese Methoden der Zerstörung darzustellen.

126. Die Beweise für die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord durch israelische Staatsbeamte, Politiker und andere - wie oben dargelegt - und das Versäumnis Israels, die Verantwortlichen zu bestrafen, sind ebenfalls eindeutig geeignet, unter die Bestimmungen der Artikel III und IV der Konvention zu fallen.

127. "Die oben genannten Elemente" dienen dazu, "prima facie das Bestehen einer Streitigkeit zwischen den Parteien in Bezug auf die Auslegung, Anwendung oder Erfüllung der Völkermordkonvention festzustellen"[538] Die Streitigkeit betrifft Israels Verstöße gegen seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention, einschließlich seines Versäumnisses, Völkermord zu verhindern und zu begehen, und Südafrikas eigene Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention, Völkermord zu verhindern, einschließlich der Ergreifung von Maßnahmen zur wirksamen Beeinflussung der Handlungen von Personen, die wahrscheinlich Völkermord begehen werden.[539] Der Gerichtshof hat die Art dieser Streitigkeit wie folgt beschrieben: "Die Verpflichtung eines Staates zur Verhütung von Völkermord und die entsprechende Pflicht zum Handeln entstehen in dem Augenblick, in dem der Staat von der Existenz einer ernsthaften Gefahr, dass ein Völkermord begangen wird, erfährt oder normalerweise hätte erfahren müssen. Von diesem Zeitpunkt an ist der Staat, wenn ihm Mittel zur Verfügung stehen, die geeignet sind, eine abschreckende Wirkung auf diejenigen auszuüben, die der Vorbereitung eines Völkermordes verdächtigt werden oder bei denen der begründete Verdacht besteht, dass sie eine besondere Absicht hegen (dolus specialis), verpflichtet, von diesen Mitteln Gebrauch zu machen, soweit es die Umstände zulassen."[540]

128. Als Konsequenz ist der Gerichtshof offensichtlich prima facie dafür zuständig, in diesem Fall einstweilige Maßnahmen anzuordnen.

### **C. Die Rechte, deren Schutz angestrebt wird, ihr plausibler Charakter und der Zusammenhang zwischen diesen Rechten und den beantragten Maßnahmen**

129. Nach Artikel 41 der Satzung des Gerichtshofs ist der Gerichtshof befugt, "auf alle einstweiligen Maßnahmen hinzuweisen, die zur Wahrung der Rechte der Parteien zu treffen sind, wenn er dies für erforderlich hält". Die Befugnis des Gerichtshofs, einstweilige Maßnahmen anzuordnen, "bezweckt die Wahrung der von den Parteien in einer Rechtssache geltend gemachten Rechte bis zur Entscheidung des Gerichtshofs in der Sache selbst"[541] Daraus folgt, dass "der Gerichtshof bestrebt sein muss, durch solche Maßnahmen die Rechte zu wahren, die er später einer der Parteien zuerkennen kann".[542] In diesem Stadium des Verfahrens hat der Gerichtshof jedoch nicht endgültig zu entscheiden, ob die Rechte, die Südafrika zu schützen sucht, bestehen; er muss lediglich entscheiden, ob er davon überzeugt ist, dass die von Südafrika in der Sache geltend gemachten Rechte, für die es Schutz begehrt, "zumindest plausibel"[543] sind, d. h. 544] Diese Rechte sind eindeutig plausibel, wenn man u. a. die Erklärungen von Sachverständigen und Gremien der Vereinten Nationen berücksichtigt, wonach zumindest die reale Gefahr eines Völkermords besteht - eine Gefahr, aus der sich die Verpflichtung zur Verhinderung eines Völkermords gemäß Artikel I der Konvention ergibt, die sowohl für Israel als auch für Südafrika verbindlich ist. Daraus ergibt sich auch

die Verpflichtung für Israel, keinen Völkermord zu begehen und diejenigen zu bestrafen, die direkt und öffentlich zum Völkermord aufstacheln.[545]

130. Damit der Gerichtshof eine oder mehrere einstweilige Maßnahmen anordnen kann, muss außerdem ein Zusammenhang zwischen den Rechten, deren Schutz begehrt wird, und der beantragten einstweiligen Maßnahme bestehen [546]. Ein solcher Zusammenhang besteht eindeutig zwischen den von Südafrika geltend gemachten Rechten und den beantragten einstweiligen Maßnahmen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Rechten stehen, die Gegenstand des Rechtsstreits sind.

131. In Bezug auf die Art der Rechte, die Südafrika gemäß der Völkermordkonvention geltend macht, hat der Gerichtshof kürzlich daran erinnert:

"In einem solchen Übereinkommen haben die Vertragsstaaten keine eigenen Interessen, sondern nur ein gemeinsames Interesse, nämlich die Verwirklichung der hohen Ziele, die der Grund des Übereinkommens sind. Folglich kann man bei einer Konvention dieser Art nicht von individuellen Vor- oder Nachteilen für die Staaten oder von der Aufrechterhaltung eines perfekten vertraglichen Gleichgewichts zwischen Rechten und Pflichten sprechen. Die hohen Ideale, die das Übereinkommen inspiriert haben, bilden aufgrund des gemeinsamen Willens der Parteien die Grundlage und das Maß aller seiner Bestimmungen"[547].

132. In Anbetracht ihrer "gemeinsamen Werte" haben daher alle Vertragsstaaten der Völkermordkonvention "ein gemeinsames Interesse daran, dass Völkermord verhindert wird und dass, wenn er stattfindet, seine Urheber nicht straffrei bleiben"[548] Wie der Gerichtshof festgestellt hat, "impliziert dieses gemeinsame Interesse, dass die fraglichen Verpflichtungen von jedem Vertragsstaat gegenüber allen anderen Vertragsstaaten der Konvention geschuldet werden".[549] Folglich erzeugen die einschlägigen Bestimmungen der Völkermordkonvention "Verpflichtungen, die als 'obligations erga omnes partes' in dem Sinne definiert werden können, dass jeder Vertragsstaat ein Interesse daran hat, dass sie in einem bestimmten Fall eingehalten werden".[550] Folglich, wie kürzlich vom Gerichtshof bestätigt:

"Daraus folgt, dass jeder Vertragsstaat der Völkermordkonvention und nicht nur ein besonders betroffener Staat sich auf die Verantwortlichkeit eines anderen Vertragsstaates berufen kann, um die behauptete Verletzung seiner Verpflichtungen erga omnes partes festzustellen und diese Verletzung zu beenden."[551]

133. Südafrika möchte hiermit gemäß diesem gemeinsamen Interesse dringend die Rechte der Palästinenser im Gazastreifen als Mitglieder einer geschützten Gruppe gemäß der Konvention schützen, einschließlich ihres Rechts, als Gruppe zu existieren, und ihres Rechts, vor Völkermord und der Gefahr eines solchen, vor der Verschwörung zum Völkermord, vor direkter und öffentlicher Aufstachelung zum Völkermord, vor versuchtem Völkermord und vor Komplizenschaft beim Völkermord geschützt zu werden. Südafrika ist auch bestrebt, die erga omnes partes-Rechte zu schützen, die es gemäß der Völkermordkonvention hat, sowie die erga omnes-Verpflichtungen, die es hat, um Völkermord zu verhindern, die die erga omnes-Verpflichtungen der Konvention widerspiegeln, zu deren Einhaltung es berechtigt ist, von Israel zu verlangen, einschließlich Israels Verpflichtungen, keinen Völkermord zu begehen, Völkermord zu verhindern und Völkermord zu bestrafen, einschließlich Völkermord, Verschwörung zum Völkermord, direkte und öffentliche Anstiftung zum Völkermord, versuchter Völkermord und Komplizenschaft beim Völkermord an Palästinensern. Der Gerichtshof hat bereits früher "den universellen Charakter sowohl der

Verurteilung des Völkermordes als auch der Zusammenarbeit anerkannt, die erforderlich ist, 'um die Menschheit von einer solch abscheulichen Geißel zu befreien'"[552].

134. Um vorläufige Maßnahmen anzuordnen, muss der Gerichtshof nicht endgültig feststellen, dass die Palästinenser von Völkermord bedroht sind, dass sie völkermörderischen Handlungen ausgesetzt sind oder dass Israel anderweitig gegen seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention verstößt. Vielmehr reicht es aus, dass die Verpflichtung Südafrikas, zu handeln, um Völkermord zu verhindern, oder das Recht Südafrikas, die Einhaltung der Verpflichtungen Israels unter der Konvention, keinen Völkermord zu begehen und Völkermord und damit verbundene verbotene Handlungen unter der Konvention zu verhindern und zu bestrafen, "plausibel" ist.[553] Ebenso ist es nicht erforderlich, dass der Gerichtshof vor der Gewährung vorläufiger Maßnahmen prüft, ob das Vorhandensein eines völkermörderischen Vorsatzes die einzige Schlussfolgerung ist, die aus dem Gerichtshof vorliegenden Material zu ziehen ist, da diese Anforderung darauf hinauslaufen würde, dass der Gerichtshof eine Entscheidung in der Sache trifft. Insbesondere hat die Tatsache, dass die völkermörderischen Handlungen im Rahmen eines bewaffneten Konflikts oder als behauptete Reaktion auf einen Angriff einer bewaffneten Gruppe stattfinden - und nicht verhindert oder bestraft werden - keinen Einfluss darauf, ob die von Südafrika im Rahmen der Völkermordkonvention geltend gemachten Rechte "zumindest plausibel" sind.[554] Das Fehlen einer vorherigen Feststellung von Völkermord durch ein Gericht oder einen Tatsachengerichtshof ist ebenfalls kein Hindernis für die Entscheidung dieses Gerichts über einen Antrag nach der Völkermordkonvention, geschweige denn für einen Antrag auf Erlass vorläufiger Maßnahmen[555].

135. Die in diesem Antrag und dem Antrag auf vorläufige Maßnahmen beschriebenen Tatsachen und Umstände belegen, dass die beanstandeten Handlungen - die Israel begangen hat und weiterhin begeht - zumindest plausibel als "völkermörderisch" charakterisiert werden können. Der erforderliche *dolus specialis* lässt sich nicht nur aus Israels Verhalten gegenüber den Palästinensern in Gaza ableiten, sondern auch aus eindeutigen, wiederholten entmenslichenden Äußerungen israelischer Regierungs- und Militärbeamter ihnen gegenüber. In der Tat wurden sie von zahlreichen Staatsoberhäuptern und anderen Staatsbeamten und -vertretern sowie von einer großen Anzahl von Experten der Vereinten Nationen und verschiedenen Expertenorganisationen und -institutionen für Menschenrechte, die wiederholt davor gewarnt haben, dass das Vorgehen Israels einem Völkermord am palästinensischen Volk gleichkommt oder die Gefahr eines solchen birgt, so charakterisiert. [556] Folglich sind die Rechte, auf die sich Südafrika in seinem Antrag auf Erlass vorläufiger Maßnahmen beruft, zumindest "plausibel". In der Tat entspricht ihr Schutz dem eigentlichen Ziel und Zweck der Völkermordkonvention.

#### **D. Die Gefahr eines irreparablen Vorurteils und die Dringlichkeit**

136. Der Gerichtshof "ist befugt, einstweilige Maßnahmen anzuordnen, wenn den Rechten, die Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens sind, ein nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt werden könnte oder wenn die behauptete Missachtung solcher Rechte nicht wieder gutzumachende Folgen haben kann".[557] Der Gerichtshof ist insbesondere befugt, einstweilige Maßnahmen anzuordnen, "wenn Dringlichkeit in dem Sinne gegeben ist, dass die tatsächliche und unmittelbare Gefahr besteht, dass ein nicht wieder gutzumachender Schaden eintritt, bevor der Gerichtshof endgültig entscheidet"[558] Wie der Gerichtshof kürzlich bestätigt hat, "ist die Voraussetzung der Dringlichkeit erfüllt, wenn die Handlungen, die einen nicht wieder gutzumachenden Schaden verursachen können, 'jederzeit' eintreten können, bevor der Gerichtshof endgültig über die Rechtssache entscheidet"[559]



137. Für die Zwecke seiner Entscheidung über einen Antrag auf Verhängung vorläufiger Maßnahmen in einer Rechtssache, in der Verstöße gegen die Völkermordkonvention behauptet werden, "ist der Gerichtshof nicht dazu aufgerufen, das Vorliegen von Verstößen gegen die Völkermordkonvention festzustellen, sondern festzustellen, ob die Umstände die Verhängung vorläufiger Maßnahmen zum Schutz der Rechte aus dieser Konvention erfordern",[560] wenn sie "für plausibel gehalten werden". [561] Wie der Gerichtshof feststellte, erfordert dies nicht, dass er "endgültige Feststellungen zum Sachverhalt oder zur Zurechenbarkeit" trifft, und "das Recht jeder Partei, ... Argumente zur Begründetheit vorzubringen, muss von der Entscheidung des Gerichtshofs über den Antrag auf Verhängung vorläufiger Maßnahmen unberührt bleiben"[562].

138. Bei der Beurteilung der Frage, ob die Dringlichkeitsvoraussetzung in Fällen, in denen es um den Vorwurf des Völkermordes im Verlauf eines andauernden Konflikts geht, erfüllt ist, berücksichtigt der Gerichtshof in der Regel, ob die gefährdete Bevölkerung besonders verletzlich ist, und die Fragilität der Gesamtsituation, einschließlich der Wahrscheinlichkeit und des Risikos eines erneuten Auftretens von Schaden. Der Gerichtshof betrachtet eine Zivilbevölkerung als "besonders verletzlich", wenn die Militäroperationen "zu zahlreichen Todesfällen und Verletzungen unter der Zivilbevölkerung geführt" und "erhebliche materielle Schäden verursacht haben, einschließlich der Zerstörung von Gebäuden und Infrastruktur", und wenn "die Angriffe andauern und zunehmend schwierige Lebensbedingungen für die Zivilbevölkerung schaffen".[563] Bei der Festlegung vorläufiger Maßnahmen hat der Gerichtshof berücksichtigt, dass viele Menschen keinen Zugang zu den "grundlegendsten Nahrungsmitteln, Trinkwasser, Elektrizität, lebenswichtigen Medikamenten oder Heizung" haben,[564] und dass eine "sehr große Zahl von Menschen ... versucht, unter extrem unsicheren Bedingungen aus den am stärksten betroffenen Städten zu fliehen",[565] Der Gerichtshof hat auch die folgenden Faktoren, die in einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen angesprochen wurden, als wesentlich für die Beurteilung der Frage angesehen, ob die Bedingung der Dringlichkeit in Fällen, in denen der Vorwurf des Völkermords erhoben wird, erfüllt ist: "Angriffe auf zivile Einrichtungen wie Wohnhäuser, Schulen und Krankenhäuser und zivile Opfer, darunter Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Kinder"; das "Ausmaß" der militärischen Operationen, einschließlich ihres Vergleichs mit anderen Konflikten, die "sich verschlechternde humanitäre Lage" in einem Gebiet und die "zunehmende Zahl von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen, die humanitäre Hilfe benötigen".[566] In ähnlicher Weise hat der Gerichtshof die Feststellungen einer Untersuchungskommission berücksichtigt, die Faktoren wie "die systematische Aushebelung der Menschenrechte", "entmenschlichende Narrative und Rhetorik", "methodische Planung", "Massentötung", "Massenvertreibung", "Massenangst", "ein überwältigendes Maß an Brutalität in Verbindung mit der physischen Zerstörung der Häuser der Zielbevölkerung in jeder Hinsicht und auf jeder Ebene"[567] in Betracht zog.

139. Wie der Gerichtshof unterstrichen hat, haben die Vertragsstaaten der Völkermordkonvention "ausdrücklich ihre Bereitschaft bekräftigt, Völkermord als ein völkerrechtliches Verbrechen zu betrachten, das sie unabhängig davon verhindern und bestrafen müssen, in welchem 'friedlichen' oder 'kriegerischen' Kontext es sich ereignet".[568] Folglich bleibt ein Staat an die Verpflichtungen gebunden, die ihm als Vertragsstaat der Völkermordkonvention obliegen, und zwar unabhängig davon, "dass ein Konflikt zwischen bewaffneten Gruppen und dem Militär andauert"[569]. Ein solcher Kontext "steht der Beurteilung des Gerichtshofs, ob eine tatsächliche und unmittelbare Gefahr einer nicht wiedergutzumachenden Beeinträchtigung der durch die Konvention geschützten Rechte besteht, nicht entgegen"[570].

140. In Fällen, in denen es in der Vergangenheit zu Rechtsverletzungen gekommen ist, hat der Gerichtshof einstweilige Maßnahmen für angemessen befunden, wenn es "nicht undenkbar" ist,

dass sie sich wieder ereignen könnten.[571] Der Gerichtshof hat auch einstweilige Maßnahmen unter Umständen angeordnet, die "instabil waren und sich schnell ändern konnten", mit "anhaltenden Spannungen und dem Fehlen einer Gesamtregelung des Konflikts", was bedeutete, dass die betroffene Gruppe verwundbar blieb.[572] Folglich hätte jeder Waffenstillstand oder jede andere Handlung Israels, die als geeignet angesehen werden könnte, die Umstände für die Palästinenser kurzfristig zu verbessern, keine dispositive Wirkung und würde sich weder auf die Begründetheit noch auf die Dringlichkeit der Argumente Südafrikas auswirken.

141. Es besteht eindeutig die Gefahr einer nicht wiedergutzumachenden Beeinträchtigung der Rechte der Palästinenser und der Rechte Südafrikas gemäß der Völkermordkonvention. Die äußerste Dringlichkeit der Situation liegt auf der Hand: Die Palästinenser erlitten und erleiden nicht wiedergutzumachenden Schaden durch völkermörderische Handlungen Israels, die gegen Artikel II der Völkermordkonvention verstoßen, sowie durch andere Verstöße Israels gegen die Konvention, einschließlich des Versäumnisses, direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord zu verhindern oder zu bestrafen. Sollten diese Verstöße gegen die Völkermordkonvention unkontrolliert bleiben, besteht nicht nur die Gefahr, sondern die Gewissheit weiterer erheblicher und nicht wiedergutzumachender Verluste an Leben und Eigentum, schwerer Verletzungen und einer sich immer weiter verschärfenden humanitären Krise. Auch die Möglichkeit, Beweise für den Hauptteil des Verfahrens zu sammeln und zu sichern, würde ernsthaft beeinträchtigt, wenn nicht sogar ganz verloren gehen.

142. Zum Zeitpunkt der Einreichung dieses Antrags wurden schätzungsweise 21.110 Palästinenser im Gazastreifen getötet, darunter mindestens 7.729 Kinder. 55.243 Palästinenser wurden verletzt, darunter mindestens 8.663 Kinder, von denen über 1.000 amputiert und lebenslang behindert sind. Etwa 70 Prozent der Getöteten sollen Frauen und Kinder sein. Seit dem Beginn der israelischen Militäraktion im Gazastreifen am 7. Oktober 2023 ist etwa alle 15 Minuten ein palästinensisches Kind getötet worden. Tausende weitere werden unter den Trümmern vermisst. 61 Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen im Gazastreifen wurden beschädigt oder zerstört; viele wurden belagert oder mussten zwangsevakuert werden, und nur 13 Krankenhäuser sind noch teilweise funktionsfähig, da sie von der massiven Überbelegung erdrückt werden. 311 Mitarbeiter des Gesundheitswesens wurden getötet, viele von ihnen bei der Arbeit, was bedeutet, dass viele Verletzte, darunter auch schwer verletzte Kinder, keinen Zugang zur medizinischen Versorgung haben. Schätzungsweise 5 500 Frauen müssen jeden Monat unter unsicheren Bedingungen entbinden. Babys sterben an vermeidbaren Ursachen: Neben Krankheiten und Unterernährung sind auch Frühgeburten gestorben, weil der Treibstoff für die Versorgung der Krankenhausgeneratoren fehlte; andere wurden in ihren Krankenhausbetten verwest aufgefunden, nachdem das medizinische Personal gezwungen war, das Krankenhaus zu verlassen. Über 60 Prozent der Häuser in Gaza wurden beschädigt oder zerstört. Weite Teile des Gazastreifens wurden zerstört, darunter ganze Dörfer, Flüchtlingslager, Städte und Ortschaften, die absichtlich unbewohnbar gemacht wurden oder werden. Israel hat mit ständigem Bombardement, auch der Sicherheitswege, eine humanitäre Hilfe unmöglich gemacht. 1,9 Millionen Menschen, d. h. fast 85 % der Bevölkerung, sind vertrieben, darunter ältere, verwundete und behinderte Menschen, die in behelfsmäßigen Zelten, ohne oder mit unzureichenden sanitären Einrichtungen und Wasser, in Schulen der Vereinten Nationen und bei Verwandten leben. Die gesamte Bevölkerung ist vom Hungertod bedroht: 93 Prozent der Bevölkerung im Gazastreifen leiden an einer Hungerkrise, mehr als jeder Vierte befindet sich in einer "katastrophalen Lage" - der Tod steht unmittelbar bevor. Vor diesem Hintergrund hat der israelische Premierminister am 25. Dezember 2023 erklärt: "Wir hören nicht auf, wir kämpfen weiter und werden die Kämpfe in den kommenden Tagen vertiefen, und es wird ein langer Kampf sein, der noch lange nicht vorbei ist"[573] Die Lage könnte nicht dringlicher sein.

143. Die 2,3 Millionen Palästinenser im Gazastreifen, darunter über eine Million Kinder, sind extrem gefährdet. Ihre Existenz ist ernsthaft bedroht. Sie bedürfen dringend und dringend des Schutzes durch den Gerichtshof. Mit jedem Tag, an dem die israelischen Militärangriffe andauern, werden weitere erhebliche Verluste an Menschenleben und Eigentum verursacht und schwere Menschenrechtsverletzungen begangen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Voraussetzungen für die Verhängung vorläufiger Maßnahmen hier erfüllt sind.

#### **E. Beantragte vorläufige Maßnahmen**

144. Auf der Grundlage des oben dargelegten Sachverhalts ersucht Südafrika als Vertragsstaat der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes den Gerichtshof in äußerster Dringlichkeit, bis zur Entscheidung des Gerichtshofs in der Sache selbst, die folgenden vorläufigen Maßnahmen in Bezug auf das palästinensische Volk als eine durch die Völkermordkonvention geschützte Gruppe anzugeben. Diese Maßnahmen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Rechten, die Gegenstand des Rechtsstreits Südafrikas mit Israel sind:

- (1) Der Staat Israel stellt seine militärischen Operationen im und gegen den Gazastreifen unverzüglich ein.
- (2) Der Staat Israel stellt sicher, dass alle militärischen oder irregulären bewaffneten Einheiten, die von ihm geleitet, unterstützt oder beeinflusst werden können, sowie alle Organisationen und Personen, die seiner Kontrolle, Leitung oder seinem Einfluss unterliegen können, keine Schritte unternehmen, die die unter Nummer 1 genannten militärischen Operationen fördern.
- (3) Die Republik Südafrika und der Staat Israel ergreifen in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf das palästinensische Volk alle in ihrer Macht stehenden angemessenen Maßnahmen, um Völkermord zu verhindern.
- (4) Der Staat Israel unterlässt in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes in Bezug auf das palästinensische Volk als eine durch die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes geschützte Gruppe alle Handlungen, die in den Anwendungsbereich von Artikel II der Konvention fallen, insbesondere:
  - (a) die Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
  - (b) schwere körperliche oder seelische Schäden für die Mitglieder der Gruppe verursacht;
  - (c) der Gruppe vorsätzlich Lebensbedingungen auferlegt werden, die ihre vollständige oder teilweise physische Zerstörung herbeiführen sollen, und
  - (d) Auferlegung von Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten innerhalb der Gruppe.
- (5) Der Staat Israel unterlässt gemäß Absatz 4 Buchstabe c in Bezug auf Palästinenser alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen, einschließlich der Aufhebung einschlägiger Anordnungen, Beschränkungen und/oder Verbote, um zu verhindern:
  - (a) die Vertreibung und Zwangsumsiedlung aus ihren Häusern;

(b) der Entzug von:

(i) Zugang zu angemessener Nahrung und Wasser;

(ii) Zugang zu humanitärer Hilfe, einschließlich Zugang zu angemessenem Brennstoff, Unterkünften, Kleidung, Hygiene und sanitären Einrichtungen;

(iii) medizinische Versorgung und Hilfe; und

(c) die Zerstörung des palästinensischen Lebens in Gaza.

(6) Der Staat Israel stellt in Bezug auf die Palästinenser sicher, dass sein Militär sowie alle irregulären bewaffneten Einheiten oder Einzelpersonen, die von ihm geleitet, unterstützt oder anderweitig beeinflusst werden, und alle Organisationen und Personen, die seiner Kontrolle, Leitung oder seinem Einfluss unterliegen, keine der in den Absätzen 4 und 5 beschriebenen Handlungen begehen, oder direkt und öffentlich zum Völkermord aufstacheln, sich zur Begehung eines Völkermordes verschwören, einen Versuch zur Begehung eines Völkermordes unternehmen oder sich der Beihilfe zum Völkermord schuldig machen, und dass, sofern sie sich daran beteiligen, Schritte zu ihrer Bestrafung nach den Artikeln I, II, III und IV des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes unternommen werden.

(7) Der Staat Israel ergreift wirksame Maßnahmen, um die Zerstörung von Beweismaterial zu verhindern und die Erhaltung von Beweismaterial zu gewährleisten, das im Zusammenhang mit Anschuldigungen von Handlungen steht, die in den Anwendungsbereich von Artikel II des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes fallen; zu diesem Zweck wird der Staat Israel nichts unternehmen, was den Zugang von Untersuchungsmissionen, internationalen Mandaten und anderen Gremien zum Gazastreifen verweigert oder anderweitig einschränkt, um bei der Sicherung und Aufbewahrung des genannten Beweismaterials zu helfen.

(8) Der Staat Israel legt dem Gerichtshof innerhalb einer Woche ab dem Datum dieses Beschlusses und danach in regelmäßigen Abständen, die der Gerichtshof anordnet, einen Bericht über alle Maßnahmen vor, die zur Durchführung dieses Beschlusses getroffen wurden, bis der Gerichtshof eine endgültige Entscheidung in der Sache erlässt.

(9) Der Staat Israel hat sich jeder Handlung zu enthalten und dafür Sorge zu tragen, dass keine Maßnahmen ergriffen werden, die den Rechtsstreit vor dem Gerichtshof verschlimmern oder ausweiten oder seine Beilegung erschweren könnten.

145. Die beantragten vorläufigen Maßnahmen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Rechten, die Gegenstand des Rechtsstreits sind,[574] insbesondere wurden die ersten sechs vorläufigen Maßnahmen beantragt, um sicherzustellen, dass Israel seinen Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention nachkommt, keinen Völkermord zu begehen und Völkermord zu verhindern und zu bestrafen, sowie um die Rechte und Pflichten Südafrikas zu wahren und zu bekräftigen, Völkermord zu verhindern und die Palästinenser im Gazastreifen vor Zerstörung zu schützen. Die letzten drei beantragten einstweiligen Maßnahmen zielen darauf ab, die Integrität des Verfahrens vor dem Gerichtshof und das Recht Südafrikas auf eine faire Entscheidung seiner Klage zu schützen, unter anderem durch die Sicherstellung der Beweissicherung.

146. Südafrika bittet höflich darum, dass dieser Antrag auf vorläufige Maßnahmen dringend und bei der nächstmöglichen Gelegenheit vom Gerichtshof geprüft wird, einschließlich der Anberaumung

einer persönlichen Anhörung oder einer Anhörung per Videoverbindung in der Woche vom 1. Januar 2024.

147. Südafrika behält sich das Recht vor, zusätzliche einstweilige Maßnahmen zu beantragen, um irreparable Schäden an den in dieser Rechtssache in Rede stehenden Rechten zu verhindern und/oder eine weitere Verschärfung der Streitigkeit zwischen den Parteien zu vermeiden, falls dies im Laufe dieses Verfahrens erforderlich werden sollte.

## VII. RECHTSVORBEHALT

148. Südafrika behält sich das Recht vor, die Bedingungen dieses Antrags sowie die geltend gemachten Gründe zu überarbeiten, zu ergänzen oder zu ändern.

## VIII. ERNENNUNG EINES BEVOLLMÄCHTIGTEN

149. Südafrika hat Seine Exzellenz Botschafter Vusimuzi Philemon Madonsela, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Republik Südafrika im Königreich der Niederlande, zu seinem Bevollmächtigten bestellt.

150. Gemäß Artikel 40 § 1 der Verfahrensordnung sind alle Mitteilungen in der vorliegenden Rechtssache an folgende Anschrift zu richten:

Botschaft der Republik Südafrika

Wassenaarseweg 40

2596 CJ

Den Haag

Die Niederlande

151. Ich beehre mich, den Gerichtshof meiner ausgezeichneten Hochachtung und Wertschätzung zu versichern.

Den Haag, 28.12.2023

(Gezeichnet)

## Quellen

- 1 Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (adopted 9 December 1948, entered into force 12 January 1951), 78 UNTS 277.
- 2 Raphael Lemkin, *Axis Rule in Occupied Europe: Laws of Occupation, Analysis of Government, Proposals for Redress* (1944), Chapter IX .
- 3 Geneva Convention Relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War, 12 August 1949, 75 UNTS 287.
- 4 Speech by Mahmoud Abbas on Palestine TV, 18 November 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=2uRGx02vULg>; translated by Wafa: “President Abbas urges Biden to stop Israel’s ongoing genocide of Palestinians”, Wafa (18 November 2023), <https://english.wafa.ps/Pages/Details/139394>.
- 5 United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights (‘UN OHCHR’), Gaza: UN experts decry bombing of hospitals and schools as crimes against humanity, call for prevention of genocide (19 October 2023) <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/10/gaza-un-experts-decry-bombing-hospitals-and-schools-crimes-against-humanity>.
- 6 UN OHCHR, Gaza: UN experts call on international community to prevent genocide against the Palestinian people (16 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-un-experts-call-international-community-prevent-genocide-against>.
- 7 UN OHCHR, Gaza Strip: States are obliged to prevent crimes against humanity and genocide, UN Committee stresses (21 December 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/12/gaza-strip-states-are-obliged-prevent-crimes-against-humanity-and-genocide>. Under CERD’s Early Warning and Urgent Action (‘EWUA’) procedure, CERD has extensive expertise in compiling indicators relevant to the prevention of genocide; in 2015 it issued a Declaration on the Prevention of Genocide which recalled this work in its preamble: see CERD, Declaration on the Prevention of Genocide (CRD/C/66/1) (17 October 2005), [https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/HRBodies/CERD/declaration\\_genocide.doc](https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/HRBodies/CERD/declaration_genocide.doc) (emphasis added).
- 8 Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (The Gambia v. Myanmar), Provisional Measures, Order of 23 January 2020, I.C.J. Reports 2020, p. 14, para. 30 (hereafter ‘The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020’).
- 9 “Algeria, Türkiye discuss need for accountability over Gaza ‘genocide’”, Middle East Monitor (21 November 2023), <https://www.middleeastmonitor.com/20231121-algeria-president-tebboune-turkiye-president-erdogan-discuss-need-for-accountability-over-gaza-genocide/>. The People’s Democratic Republic of Algeria acceded to the Genocide Convention on 31 October 1963.
- 10 Luis Alberto Arce Catacora (Lucho Arce), Presidente Constitucional del Estado Plurinacional de Bolivia, @LuchoXBolivia, Tweet (2:43 am, November 16, 2023),

- <https://twitter.com/LuchoXBolivia/status/1724981446001967283>. The Plurinational State of Bolivia signed the Genocide Convention on 11 December 1948 and ratified it on 14 June 2005.
- 11 “President Lula says war in the Middle East is genocide”, AgenciaBrazil (25 October 2023), <https://agenciabrasil.ebc.com.br/en/politica/noticia/2023-10/president-lula-says-war-middle-east-genocide>. The Federative Republic of Brazil signed the Genocide Convention on 11 December 1948 and ratified it on 15 April 1952.
  - 12 Gustavo Petro, Presidente de la República de Colombia, @petrogustavo, Tweet (4:00 am, November 1, 2023) <https://twitter.com/petrogustavo/status/1719565081371935150>. The Republic of Colombia signed the Genocide Convention on 12 August 1949 and ratified it 27 October 1959.
  - 13 Ed Newman, “Diaz-Canel says Cuba will not accept ignoring genocide against Palestinians”, Radio Havana Cuba (29 October 2023), <https://www.radiohc.cu/en/noticias/nacionales/337800-diaz-canel-says-cuba-will-not-accept-ignoring-genocide-against-palestinians>. The Republic of Cuba signed the Genocide Convention on 28 December 1949 and ratified it on 4 March 1953.
  - 14 “Iranian president condemns Gaza ‘genocide’ in meeting with Putin”, NBC News (7 December 2023), <https://www.nbcnews.com/video/iranian-president-condemns-gaza-genocide-in-meeting-with-putin-199670853701>. The Islamic Republic of Iran signed the Genocide Convention on 8 December 1949 and ratified it on 14 August 1956.
  - 15 Recep Tayyip Erdoğan, President of Türkiye and AK Party Chairman, @RTErdogan, Tweet, (4:30 pm, 18 October 2023), <https://twitter.com/RTErdogan/status/1714665167978369531>. The Republic of Türkiye acceded to the Genocide Convention on 31 July 1950.
  - 16 Nicolás Maduro, Presidente de la República Bolivariana de Venezuela, @NicolasMaduro, Tweet (7:40 pm, November 4, 2023) <https://twitter.com/NicolasMaduro/status/1720888719568191585>. The Bolivarian Republic of Venezuela acceded to the Genocide Convention on 12 July 1960.
  - 17 “President Abbas urges Biden to stop Israel’s ongoing genocide of Palestinians”, WAFA (18 November 2023), <https://english.wafa.ps/Pages/Details/139394>. The State of Palestine acceded to the Genocide Convention on 2 April 2014.
  - 18 UN, Meetings Coverage and Press Releases, Seventy-Eighth Session, 39th and 40th Meetings, GA/12566, Staggering Loss of Life in Gaza, Follow-on to Temporary Truce Dominate General Assembly Debate on Decades-Long Question of Palestine, GA/12566 (28 November 2023), <https://press.un.org/en/2023/ga12566.doc.htm>. The People’s Republic of Bangladesh acceded to the Genocide Convention on 5 October 1998.
  - 19 UN News, UN General Assembly adopts Gaza resolution calling for immediate and sustained ‘humanitarian truce’ (26 October 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/10/1142847>. The Arab Republic of Egypt signed the Genocide Convention on 12 December 1948 and ratified the Convention on 8 February 1952.
  - 20 “Live updates | Israel rebuffs US push for humanitarian pause, says hostages must be released first”, Associated Press (3 November 2023), <https://web.archive.org/web/20231117082155/https://thehill.com/homenews/ap/ap-international/ap-live-updates-israeli-troops-tighten-encirclement-of-gaza-city-as-top-us->

- diplomat-arrives-in-israel/. The Republic of Honduras signed the Genocide Convention on 22 April 1949 and ratified the Convention on 5 March 1952.
- 21 "Israel subjects Palestinians 'to genocide,' says Sudani", Rudaw (6 November 2023), <https://www.rudaw.net/english/middleeast/06112023>. The Republic of Iraq acceded to the Genocide Convention on 20 January 1959.
  - 22 "Jordan's foreign minister says Israel aiming 'to empty Gaza of its people'", AlJazeera (10 December 2023), <https://www.aljazeera.com/news/2023/12/10/jordan-foreign-minister-says-israel-aiming-to-empty-gaza-of-its-people>. The Hashemite Kingdom of Jordan acceded to the Genocide Convention on 3 April 1950.
  - 23 UN, Meetings Coverage and Press Releases, 9451st Meeting, SC/15462, Amid Increasingly Dire Humanitarian Situation in Gaza, Secretary-General Tells Security Council Hamas Attacks Cannot Justify Collective Punishment of Palestinian People (24 October 2023), <https://press.un.org/en/2023/sc15462.doc.htm>. The State of Libya acceded to the Genocide Convention on 16 May 1989.
  - 24 Ministry of Foreign Affairs, Malaysia, Malaysia Acknowledges Breakthrough in the United Nations Security Council on the Israeli-Palestinian Conflict (17 November 2023), <https://www.kln.gov.my/web/guest/-/malaysia-acknowledges-breakthrough-in-the-united-nations-security-council-on-the-israeli-palestinian-conflict>. Malaysia acceded to the Genocide Convention on 20 December 1994.
  - 25 Neville Gertze, Ambassador of Namibia to the United Nations, Ministry of International Relations and Cooperation-Namibia, Facebook (25 October 2023), <https://fb.watch/oTgjaUXQdO/>. The Republic of Namibia acceded to the Genocide Convention on the 28 November 1994 .
  - 26 Naveed Butt, "Pakistan terms Gaza siege genocide of Palestinians", Business Recorder (16 October 2023), <https://www.brecorder.com/news/40268277>. The Islamic Republic of Pakistan signed the Genocide Convention on 11 December 1948 and acceded to the Convention on 12 October 1957.
  - 27 UN, Meetings Coverage and Press Releases, Seventy-Eighth Session 24th and 25th Meetings, GA/SHC/4385, Third Committee Spotlights Human Rights Abuses in Conflicts, Stressing Need to End Terrorist Attacks, Genocide, Illegal Hostage-Taking, Enforced Displacement (17 October 2023), <https://press.un.org/en/2023/gashc4385.doc.htm>. The Syrian Arab Republic acceded to the Genocide Convention on 25 June 1955.
  - 28 United Nations, Meetings Coverage and Press Releases, 9451st Meeting, SC/15462, Amid Increasingly Dire Humanitarian Situation in Gaza, Secretary-General Tells Security Council Hamas Attacks Cannot Justify Collective Punishment of Palestinian People (24 October 2023), <https://press.un.org/en/2023/sc15462.doc.htm>. The Republic of Tunisia acceded to the Genocide Convention on the 29 November 1956.
  - 29 "Qatari emir: 'This is a genocide committed by Israel'", Al Jazeera English (5 December 2023), <https://www.youtube.com/watch?v=drOuwKvDt8o>.
  - 30 "Mauritania Condemns Israeli Heinous Crimes in Gaza", Agence Mauritanienne d'Information (18 October 2023), <https://ami.mr/en/archives/11732>.



- 31 UN Meetings Coverage, 9498th Meeting, SC/15518 (8 December 2023), <https://press.un.org/en/2023/sc15518.doc.htm> (emphasis added).
- 32 The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 17, para. 41.
- 33 South Africa, Department of International Relations and Cooperation ('DIRCO'), South Africa calls for the International community to hold Israel accountable for breaches of International Law (30 October 2023), <https://www.dirco.gov.za/south-africa-calls-for-the-international-community-to-hold-israel-accountable-for-breaches-of-international-law/>.
- 34 South Africa, DIRCO, Ministerial Statement on the Ongoing Israeli-Palestinian Conflict by Dr GNM Pandor, Minister for International Relations and Cooperation, in the National Assembly House of Parliament (7 November 2023) <https://www.dirco.gov.za/ministerial-statement-on-the-ongoing-israeli-palestinian-conflict-by-dr-gnm-pandor-minister-for-international-relations-and-cooperation-in-the-national-assembly-house-of-parliament-7-november-2023/>.
- 35 South Africa, DIRCO, DIRCO démarches the Ambassador of the State of Israel (10 November 2023) <https://www.dirco.gov.za/dirco-demarches-the-ambassador-of-the-state-of-israel/>.
- 36 South Africa, The Presidency, President Ramaphosa Meets with the South African Jewish Board of Deputies (13 November 2023), <https://www.thepresidency.gov.za/president-ramaphosa-meets-south-african-jewish-board-deputies>.
- 37 Kate Bartlett, "South Africa Refers Israel to The Hague Over Gaza 'War Crimes'", VOA News (17 November 2023) <https://www.voanews.com/a/south-africa-refers-israel-to-the-hague-over-gaza-war-crimes-/7359022.html>.
- 38 South Africa, Embassy in the Netherlands, Letter from the South African Embassy in the Netherlands to the Prosecutor of the International Criminal Court (17 November 2023), <https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/2023-11/ICC-Referral-Palestine-Final-17-November-2023.pdf>.
- 39 South Africa, the Presidency, Opening remarks by President Cyril Ramaphosa to the Extraordinary Joint Meeting of BRICS Leaders and Leaders of invited BRICS members on the situation in the Middle East (21 November 2023), <https://www.thepresidency.gov.za/opening-remarks-president-cyril-ramaphosa-extraordinary-joint-meeting-brics-leaders-and-leaders>.
- 40 UN News, UN General Assembly votes by large majority for immediate humanitarian ceasefire during emergency session (video of the session at 1:13:37) (12 December 2023) <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144717>.
- 41 South Africa, DIRCO, Note Verbale (21 December 2023).
- 42 "Jordan says Israel aims to expel Palestinians from Gaza", Reuters (10 December 2023), <https://www.reuters.com/world/middle-east/jordan-says-israel-aims-expel-palestinians-gaza-2023-12-10/>.
- 43 Israeli Ministry of Foreign Affairs, The War Against Hamas: Answering Your Most Pressing Questions (15 December 2023), <https://www.idf.il/en/mini-sites/hamas-israel-war-23/all-articles/the-war-against-hamas-answering-your-most-pressing-questions/>.
- 44 Statement by Israeli Prime Minister to Likud Party, 25 December 2023: Jeremy Sharon, "After rare visit to Gaza, Netanyahu says war 'not close to being over'", The Times of Israel (25

- December 2023), [https://www.timesofisrael.com/liveblog\\_entry/after-gaza-visit-netanyahu-says-war-not-close-to-being-over/](https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/after-gaza-visit-netanyahu-says-war-not-close-to-being-over/).
- 45 The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 13, para. 27, citing Land and Maritime Boundary between Cameroon and Nigeria (Cameroon v. Nigeria), Preliminary Objections, Judgment, I.C.J. Reports 1998, p. 315, para. 89.
- 46 Ibid.
- 47 The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p.17, paras. 41-42.
- 48 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip - Reported Impact (5 December 2023), [https://www.ochaopt.org/sites/default/files/Gaza\\_casualties\\_info-graphic\\_5\\_Dec\\_2023%20final.pdf](https://www.ochaopt.org/sites/default/files/Gaza_casualties_info-graphic_5_Dec_2023%20final.pdf).
- 49 John Paul Rathbone, "Israel's Gaza attack 'one of history's heaviest conventional bombing campaigns'", The Irish Times (6 December 2023), <https://www.irishtimes.com/world/middle-east/2023/12/06/israels-gaza-attack-one-of-historys-heaviest-conventional-bombing-campaigns/>.
- 50 Francesca Albanese, UN Special Rapporteur on the situation of Human Rights in the Palestinian territories occupied since 1967, an interview with UN News, 29 October 2023, <https://news.un.org/en/story/2023/10/1142952>; see also: Natasha Bertrand and Katie Bo Lillis, "Exclusive: Nearly half of the Israeli munitions dropped on Gaza are imprecise 'dumb bombs', US intelligence assessment finds", CNN (14 December 2023), <https://edition.cnn.com/2023/12/13/politics/intelligence-assessment-dumb-bombs-israel-gaza/index.html>; "Why is Israel using so many dumb bombs in Gaza", The Economist (16 December 2023), <https://www.economist.com/interactive/middle-east-and-africa/2023/12/16/why-is-israel-using-so-many-dumb-bombs-in-gaza>.
- 51 Julia Frankel, "Israel's military campaign in Gaza seen as among the most destructive in history, experts say", AP News (21 December 2023), <https://apnews.com/article/israel-gaza-bombs-destruction-death-toll-scope-419488c511f83c85baea22458472a796>.
- 52 Ibid.
- 53 The Secretary-General, Letter by the Secretary-General to the President of Security Council invoking Article 99 of the United Nations Charter (6 December 2023), [https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg\\_letter\\_of\\_6\\_december\\_gaza.pdf](https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg_letter_of_6_december_gaza.pdf).
- 54 General Assembly resolution ES-10/22, Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations, A/RES/ES-10/22 (12 December 2023), <https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2023/12/N2339709.pdf>.
- 55 The Secretary-General, Letter by the Secretary-General to the President of Security Council invoking Article 99 of the United Nations Charter (6 December 2023), [https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg\\_letter\\_of\\_6\\_december\\_gaza.pdf](https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg_letter_of_6_december_gaza.pdf).
- 56 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78> ; UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 82 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82> .

Statistics cited in this Application are up to date to 27 December 2023. UNOCHA collates locally collected data .

- 57 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78>.
- 58 Red Crescent Society, Palestine Red Crescent Society Response Report As of Saturday, October 7th 2023, 6:00 PM Until Sunday, December 24th 2023, 24:00 AM (24 December 2023), p.1, <https://www.palestinercs.org/public/files/image/2023/News/latestresponse23012023/en%20220%202023.pdf>.
- 59 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel - Reported Impact | Day 73 (19 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-73>.
- 60 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #77 (26 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-77>.
- 61 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #60 (5 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-60>.
- 62 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78>.
- 63 UN News, Gaza: UN's Türk calls for political path out of 'horror' (16 November 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/11/1143657>; UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #32 (7 November 2023), <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-32>; UN News, Interview: 5,500 women in Gaza set to give birth 'in race against death' (7 November 2023), <https://news.un.org/en/interview/2023/11/1143327>.
- 64 UN News, Gaza doctors 'terrified' of deadly disease outbreak as aid teams race to deliver (28 November 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/11/1144032>.
- 65 World Health Organization ('WHO'), WHO Director-General's opening remarks at the Special Session of the Executive Board on the health situation in the occupied Palestinian territory - 10 December 2023 (10 December 2023), <https://www.who.int/director-general/speeches/detail/who-director-general-s-opening-remarks-at-the-special-session-of-the-executive-board-on-the-health-situation-in-the-occupied-palestinian-territory--10-december-2023>; UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #67 (12 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-67>.
- 66 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #77 (26 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-77>; UN OCHA, Remarks to the media by the Secretary-General (22 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/remarks-media-secretary-general>.
- 67 Interview with James Elder, UNICEF spokesperson by Channel 4, "This is a war on children" says UNICEF spokesperson James Elder, who recently returned from Gaza", Channel 4 (14 December 2023), <https://www.channel4.com/news/this-is-a-war-on-children-says-unicef-spokesperson-james-elder-who-recently-returned-from-gaza>; "Disease could kill more in Gaza

than bombs, WHO says amid Israeli siege”, AlJazeera (28 November 2023), <https://www.aljazeera.com/news/2023/11/28/disease-could-kill-more-in-gaza-than-bombs-who-says-amid-israeli-siege>.

- 68 General Assembly resolution ES-10/22, Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations, A/RES/ES-10/22, (12 December 2023), <https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2023/12/N2339709.pdf>; General Assembly resolution ES-10/21, Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations, A/RES/ES-10/21, (30 October 2023), <https://www.un.org/unispal/document/protection-of-civilians-and-upholding-legal-and-humanitarian-obligations-ga-resolution-a-res-es-10-21/>.
- 69 Security Council resolution 2712, The situation in the Middle East, including the Palestinian Question, S/RES/2712 (15 November 2023), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N23/359/02/PDF/N2335902.pdf?OpenElement>.
- 70 UNRWA, Letter from UNRWA Commissioner-General Philippe Lazzarini to the UN General Assembly President Mr. Dennis Francis dated 7 December 2023 (7 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/un-unrwa/letter-unrwa-commissioner-general-philippe-lazzarini-un-general-assembly> (emphasis added).
- 71 General Assembly resolution 67/19, Status of Palestine in the United Nations, A/RES/67/19 (28 November 2012), [https://digitallibrary.un.org/record/739031/files/A\\_RES\\_67\\_19-EN.pdf](https://digitallibrary.un.org/record/739031/files/A_RES_67_19-EN.pdf). 82 States had recognised the State of Palestine in 1988, following the transmission of a declaration on the establishment of the State of Palestine by the Palestine Liberation Organization ('PLO') to the UN Secretary-General on behalf of the Arab League (Declaration of State of Palestine – Palestine National Council, Letter dated 18 November 1988 from the Permanent Representative of Jordan to the United Nations addressed to the Secretary-General (18 November 1988), <https://www.un.org/unispal/document/auto-insert-178680/>). The State of Palestine is now recognised by 138 States (Permanent Observer Mission of the State of Palestine to the United Nations New York, Diplomatic Relations, <http://palestineun.org/about-palestine/diplomatic-relations/>).
- 72 UNRWA, About UNRWA (2012), <https://www.unrwa.org/userfiles/2012050753530.pdf>, p. 17.
- 73 UN OCHA, Right of return of Palestinian refugees must be prioritised over political considerations: UN experts (21 June 2023), <https://www.ohchr.org/en/statements/2023/06/right-return-palestinian-refugees-must-be-prioritised-over-political>.
- 74 State of Palestine – Palestinian Central Bureau of Statistics ('PCBS'), The International Population Day, 11/07/2023 (10 July 2023), <https://www.pcbs.gov.ps/post.aspx?lang=en&ItemID=4544#:~:text=About%2014.5%20Million%20Palestinians%20in,the%20State%20of%20Palestine%3B%20>.
- 75 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel – reported impact | Day 73 (19 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-73>.
- 76 UN OCHA, Israel must rescind evacuation order for northern Gaza and comply with international law: UN expert (13 October 2023),

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/10/israel-must-rescind-evacuation-order-northern-gaza-and-comply-international>.

- 77 State of Palestine – Palestinian Central Bureau of Statistics, Estimated Population in Palestine Mid-Year by Governorate, 1997-2021, <https://tinyurl.com/34rb8w38>.
- 78 Ibid.
- 79 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #66 (11 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-66>.
- 80 State of Palestine – Palestinian Central Bureau of Statistics, Estimated Population in Palestine Mid-Year by Governorate, 1997-2021, <https://tinyurl.com/34rb8w38>.
- 81 UNRWA, UNRWA Situation Report #53 on the Situation in the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem(17 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-53-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-jerusalem>.
- 82 UN Economic and Social Commission for Western Asia (ESCWA), Al-Mawasi area, <https://archive.unescwa.org/al-mawasi-area>.
- 83 Israel Defense Forces, “Based on the morals and values of our military establishment, the Israel Defence Army publishes a list of the number of blocks to direct the inhabitants of Gaza in the evacuation of targeted areas” (1 December 2023), <https://tinyurl.com/mtapebm7>; “Palestinians displaced to south Gaza’s overcrowded areas living on streets”, AlJazeera (10 December 2023), <https://www.aljazeera.com/gallery/2023/12/9/palestinians-displaced-to-south-gazas-overcrowded-areas-living-on-streets>.
- 84 UNRWA, UNRWA Situation Report #56 on the Situation in the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem (22 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-56-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-jerusalem>.
- 85 Human Rights Council, Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel, A/HRC/50/21 (9 May 2022), para. 16.
- 86 GOV.UK, Guidance Overseas business risk: The Occupied Palestinian Territories (22 February 2022), <https://www.gov.uk/government/publications/overseas-business-risk-palestinian-territories/overseas-business-risk-the-occupied-palestinian-territories>, para. 2.5.
- 87 Human Rights Council, Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel, A/HRC/50/21 (9 May 2022), para. 16.
- 88 See e.g., Security Council resolution 1860, S/RES/1860 (2009) (8 January 2009), where the Security Council stressed “that the Gaza Strip constitutes an integral part of the territory occupied in 1967 and will be a part of the Palestinian state,” <https://digitallibrary.un.org/record/645525?ln=en#record-files-collapse-header>. Recently reaffirmed in General Assembly Resolution 77/30, Assistance to the Palestinian People, A/RES/77/30 (6 December 2022), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N22/729/08/PDF/N2272908.pdf?>

- OpenElement. See also, Human Rights Council, Human rights situation in Palestine and the other occupied Arab territories, Report of the detailed findings of the independent international Commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory, A/HRC/40/CRP.2 (18 March 2019), [https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2019/06/A.HRC\\_.40.CPR\\_.2.pdf](https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2019/06/A.HRC_.40.CPR_.2.pdf). Security Council resolution 2720 (2023), adopted on 22 December 2023, stresses that “the Gaza Strip constitutes an integral part of the territory occupied in 1967” and reiterates “the vision of the two-State solution, with the Gaza Strip as part of the Palestinian State,” <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N23/424/87/PDF/N2342487.pdf?OpenElement>.
- 89 Egypt operates a third crossing – the Rafah Crossing – between Gaza and Egypt. UNCTAD, Economic costs of the Israeli occupation for the Palestinian people: the Gaza Strip under closure and restrictions (13 August 2020), [https://unctad.org/system/files/official-document/a75d310\\_en\\_1.pdf](https://unctad.org/system/files/official-document/a75d310_en_1.pdf), paras. 6, 8.
- 90 Israel Ministry of Foreign Affairs, Security Cabinet declares Gaza hostile territory (19 September 2007), <https://www.gov.il/en/Departments/General/security-cabinet-declares-gaza-hostile-territory>.
- 91 General Assembly, Human Rights Council, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, Michael Lynk A/HRC/49/87 (12 August 2022), <https://www.un.org/unispal/document/report-of-the-special-rapporteur-on-the-situation-of-human-rights-in-the-palestinian-territories-occupied-since-1967-report-a-hrc-49-87-advance-unedited-version/>, para. 42; Norwegian Refugee Council, Legal Memo: Movement between the West Bank and the Gaza Strip (December 2016), [https://www.nrc.no/globalassets/pdf/legal-opinions/legal\\_memo\\_movement\\_between\\_wb\\_gaza.pdf](https://www.nrc.no/globalassets/pdf/legal-opinions/legal_memo_movement_between_wb_gaza.pdf).
- 92 Human Rights Council, Report of the detailed findings of the independent international Commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory, A/HRC/40/CRP.2 (18 March 2019), [https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2019/06/A.HRC\\_.40.CPR\\_.2.pdf](https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2019/06/A.HRC_.40.CPR_.2.pdf), para 163.
- 93 World Health Organisation, Fifteen Years of Gaza Blockade and Barriers to Health Access (2022), [https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/15\\_Years\\_Gaza\\_Blockade\\_Factsheet.jpg?ua=1](https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/15_Years_Gaza_Blockade_Factsheet.jpg?ua=1).
- 94 UNCTAD, Developments in the economy of the Occupied Palestinian Territory (2023) (11 September), TD/B/EX(74)/2, [https://unctad.org/system/files/official-document/tdbex74d2\\_en.pdf](https://unctad.org/system/files/official-document/tdbex74d2_en.pdf), para. 38; UN OCHA, Movement in and out of Gaza: update covering July 2023 (15 August 2023), <https://www.ochaopt.org/content/movement-and-out-gaza-update-covering-july-2023>.
- 95 United Nations Economic and Social Commission for Western Asia (‘ESCWA’), Palestine Under Occupation III Mapping Israel’s Policies and Practices and their Economic Repercussions in the Occupied Palestinian Territory, E/ESCWA/CL6.GCP/2021/3 (2022), [https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2022/07/E.ESCWA\\_.CL6\\_.GCP\\_.2021.3\\_220722.pdf](https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2022/07/E.ESCWA_.CL6_.GCP_.2021.3_220722.pdf), p. 38.

- 96 The World Bank, Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee (30 April 2019), <https://documents1.worldbank.org/curated/en/942481555340123420/pdf/Economic-Monitoring-Report-to-the-Ad-Hoc-Liaison-Committee.pdf>, p. 4.
- 97 UNCTAD, Developments in the economy of the Occupied Palestinian Territory (2023) (11 September), TD/B/EX(74)/2, [https://unctad.org/system/files/official-document/tdbex74d2\\_en.pdf](https://unctad.org/system/files/official-document/tdbex74d2_en.pdf), para 36; General Assembly, Report prepared by the secretariat of the United Nations Conference on Trade and Development on the economic costs of the Israeli occupation for the Palestinian people: the Gaza Strip under closure and restrictions, A/75/310 (13 August 2020); General Assembly, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, A/71/554 (19 October 2016), <https://undocs.org/A/71/554>.
- 98 UN OCHA, Gaza Strip – The Humanitarian Impact of 15 Years of the Blockade (June 2022), [https://www.unicef.org/mena/media/18041/file/Factsheet\\_Gaza\\_Blockade\\_2022.pdf](https://www.unicef.org/mena/media/18041/file/Factsheet_Gaza_Blockade_2022.pdf); UNCTAD, Developments in the economy of the Occupied Palestinian Territory (2023), TD/B/EX(74)/2 (11 September), [https://unctad.org/system/files/official-document/tdbex74d2\\_en.pdf](https://unctad.org/system/files/official-document/tdbex74d2_en.pdf), para 39.
- 99 UN News, Global Perspectives and Stories, Gaza could become uninhabitable in less than five years due to ongoing ‘de-development’ – UN report (1 September 2015), <https://news.un.org/en/story/2015/09/507762>.
- 100 Human Rights Council, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, A/HRC/44/60 (15 July 2020), [https://www.ohchr.org/sites/default/files/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session44/Documents/A\\_HRC\\_44\\_60.pdf](https://www.ohchr.org/sites/default/files/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session44/Documents/A_HRC_44_60.pdf), para. 54 .
- 101 General Assembly, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, Michael Lynk, A/HRC/49/87 (12 August 2022), <https://www.un.org/unispal/document/report-of-the-special-rapporteur-on-the-situation-of-human-rights-in-the-palestinian-territories-occupied-since-1967-report-a-hrc-49-87-advance-unedited-version/>, para. 45.
- 102 B’Tselem, Fatalities All Data, Main Data (6 October 2023), <https://statistics.btselem.org/en/all-fatalities/by-date-of-incident?section=overall&tab=overview>. (not including the casualties during the Great March of Return).
- 103 Ibid.
- 104 UN, The Question of Palestine, Two Years On: People Injured and Traumatized During the “Great March of Return” are Still Struggling (6 April 2020), <https://www.un.org/unispal/document/two-years-on-people-injured-and-traumatized-during-the-great-march-of-return-are-still-struggling/>.
- 105 Human Rights Council, Report of the detailed findings of the independent international Commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory, A/HRC/40/CRP.2 (18 March 2019), <https://undocs.org/A/HRC/40/CRP.2>, para. 115.
- 106 Human Rights Council, Report of the independent international commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory, A/HRC/40/74 (6 March 2019), <https://undocs.org/A/HRC/40/74>, para. 58.

- 107 Human Rights Council, Report of the detailed findings of the independent international Commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory, A/HRC/40/CRP.2 (18 March 2019), <https://undocs.org/A/HRC/40/CRP.2>, summary.
- 108 UN, The Question of Palestine, Two Years On: People Injured and Traumatized During the “Great March of Return” are Still Struggling (6 April 2020), <https://www.un.org/unispal/document/two-years-on-people-injured-and-traumatized-during-the-great-march-of-return-are-still-struggling/>.
- 109 Human Rights Council, Report of the detailed findings of the independent international Commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory, A/HRC/40/CRP.2 (18 March 2019), <https://undocs.org/A/HRC/40/CRP.2>, summary .
- 110 UN The Question of Palestine, Two Years On: People Injured and Traumatized During the “Great March of Return” are Still Struggling (6 April 2020), <https://www.un.org/unispal/document/two-years-on-people-injured-and-traumatized-during-the-great-march-of-return-are-still-struggling/>.
- 111 Ibid.
- 112 “‘42 Knees in One Day’: Israeli Snipers Open up about Shooting Gaza Protesters”, Haaretz (6 March 2020), <https://www.haaretz.com/israel-news/2020-03-06/ty-article-magazine/.highlight/42-knees-in-one-day-israeli-snipers-open-up-about-shooting-gaza-protesters/0000017f-f2da-d497-a1ff-f2dab2520000>.
- 113 Ibid.
- 114 Human Rights Council, Report of the detailed findings of the independent international Commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory, A/HRC/40/CRP.2 (18 March 2019), <https://undocs.org/A/HRC/40/CRP.2>, para. 519.
- 115 Ibid, paras. 526, 536.
- 116 Ibid, para. 537.
- 117 UN Economic and Social Council Commission on Human Rights, Report of the human rights inquiry commission established pursuant to Commission resolution S-5/1 of 19 October 2000, E/CN.4/2001/121 (16 March 2001), <https://undocs.org/E/CN.4/2001/121>, paras. 50 and 51 (emphasis added).
- 118 Human Rights Council, Report of the high-level fact-finding mission to Beit Hanoun established under Council resolution S-3/1, A/HRC/9/26 (1 September 2008), <https://undocs.org/A/HRC/9/26>, paras. 72, 75 and 76.
- 119 Human Rights Council, Human Rights in Palestine and Other Occupied Arab Territories, Report of the United Nations Fact-Finding Mission on the Gaza Conflict, A/HRC/12/48 (25 September 2009), <https://undocs.org/A/HRC/12/48>, paras. 36, 55, 60, 382, 391-392, 522, 629, 1026-1027, 1214-1215, 1883, 1888-1093, 1905, 1927 and 1929 (emphasis added).
- 120 Human Rights Council, Report of the independent commission of inquiry established pursuant to Human Rights Council resolution S-21/1, A/HRC/29/52 (24 June 2015), <https://undocs.org/A/HRC/29/52>, paras. 26, 37, 44-45, 50-53 and 55-58 (emphasis added).



- 121 Human Rights Council, Report of the detailed findings of the independent commission of inquiry established pursuant to Human Rights Council resolution S-21/1, A/HRC/29/CRP.4 (24 June 2015), <https://undocs.org/A/HRC/29/CRP.4>, paras. 226, 293-294, 340-342, 348, 418, 576, 671 (emphasis added).
- 122 General Assembly, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, Michael Lynk, A/76/433 (22 October 2021), <https://undocs.org/A/76/433>, para. 32.
- 123 Human Rights Council, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, Michael Lynk, A/HRC/44/60 (22 December 2020), <https://undocs.org/A/HRC/44/60>, para. 60 (emphasis added).
- 124 Human Rights Council, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, Francesca Albanese, A/HRC/53/59 (28 August 2023), <https://undocs.org/A/HRC/53/59>, para. 61.
- 125 Human Rights Council, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, Francesca Albanese, A/HRC/53/59 (28 August 2023), <https://undocs.org/A/HRC/53/59>, para. 67.
- 126 International Criminal Court, Situation in Palestine | Summary of Preliminary Examination Findings (20 December 2019), <https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/itemsDocuments/210303-office-of-the-prosecutor-palestine-summary-findings-eng.pdf>.
- 127 International Criminal Court, Statement of ICC Prosecutor Karim A. A. Khan KC from Cairo on the situation in the State of Palestine and Israel (30 October 2023), <https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-khan-kc-cairo-situation-state-palestine-and-israel> ; International Criminal Court, @IntlCrimCourt (4:08 p.m, October 29, 2023), <https://twitter.com/intlcrimcourt/status/1718661091155161172?s=46&t=bZu5nJejRUuojpOH1KVB5Q>.
- 128 International Criminal Court, Statement of ICC Prosecutor Karim A. A. Khan KC from Cairo on the situation in the State of Palestine and Israel (30 October 2023), <https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-khan-kc-cairo-situation-state-palestine-and-israel>.
- 129 Ibid.
- 130 South Africa, Embassy in the Netherlands, Letter from the South African Embassy in the Netherlands to the Prosecutor of the International Criminal Court (17 November 2023), <https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/2023-11/ICC-Referral-Palestine-Final-17-November-2023.pdf>; the fact that the Prosecutor has not yet completed any investigation or opened a prosecution in relation to the Situation in the State of Palestine since 31 January 2021, nor opened an investigation formally in response to the referral of genocide by South Africa and others, is no bar to the ICJ determining the present application. Notably, the ICC's investigation is to determine individual criminal responsibility for the crime of genocide, contrary to the Rome Statute of the International Criminal Court, whereas the ICJ's jurisdiction is to determine disputes concerning State responsibility for genocide under the Genocide Convention.

- 131 UN Palestine, Israeli Occupation of Palestinian Territory in facts and figures, <https://www.un.org/unispal/in-facts-and-figures/>.
- 132 Letter dated 27 December 1995 from the Permanent Representatives of the Russian Federation and the United States of America to the United Nations addressed to the Secretary-General, A/51/889 (5 May 1997), [https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/IL%20PS\\_950928\\_InterimAgreementWestBankGazaStrip%28OsloII%29.pdf](https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/IL%20PS_950928_InterimAgreementWestBankGazaStrip%28OsloII%29.pdf).
- 133 Security Council resolution 478, Territories Occupied by Israel, S/RES/478 (20 August 1980), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/399/71/PDF/NR039971.pdf?OpenElement>.
- 134 Human Rights Council, Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan (12 March 2023) A/HRC/52/76, <https://undocs.org/A/HRC/52/76>, para. 5, 8.
- 135 See e.g. Security Council resolution 446, Territories occupied by Israel, S/RES/446 (22 March 1979), <https://digitallibrary.un.org/record/1696?ln=en>, para. 1; Security Council resolution 2334, The situation in the Middle East, including the Palestinian question (23 December 2016), <https://digitallibrary.un.org/record/853446?ln=en>, para.[1].
- 136 UN ESCWA, Countering economic dependence and de-development in the occupied Palestinian territory (October 2022) [https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2023/03/ESCWAREPORT\\_280223.pdf](https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2023/03/ESCWAREPORT_280223.pdf).
- 137 Human Rights Council, Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and in the occupied Syrian Golan (12 March 2023), A/HRC/52/76, <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G23/020/49/PDF/G2302049.pdf?OpenElement>, para. 5, 8.
- 138 International Criminal Court, Situation in Palestine | Summary of Preliminary Examination Findings (20 December 2019), <https://www.icc-cpi.int/sites/default/files/itemsDocuments/210303-office-of-the-prosecutor-palestine-summary-findings-eng.pdf>, para. 4.
- 139 General Assembly, Situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, A/72/556, (23 October 2017), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N17/340/02/PDF/N1734002.pdf?OpenElement>, paras. 53-55.
- 140 Committee on the Elimination of Racial Discrimination ('CERD'), Concluding Observations on the Combined Seventeenth to Nineteenth Reports of Israel, CERD/C/ISR/CO/17-19 (27 January 2020), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G20/019/68/PDF/G2001968.pdf?OpenElement>, para. 23; General Assembly, Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, Michael Lynk, A/HRC/49/87 (12 August 2022), <https://www.un.org/unispal/document/report-of-the-special-rapporteur-on-the-situation-of-human-rights-in-the-palestinian-territories-occupied-since-1967-report-a-hrc-49-87-advance-unedited-version/>, para. 52; Amnesty International, Israel's Apartheid Against Palestinians A Look Into Decades of Oppression and Domination (2022), <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/02/israels-apartheid-against-palestinians-a-cruel-system-of-domination-and-a-crime-against-humanity/>; B'Tselem, A regime of Jewish

supremacy from the Jordan River to the Mediterranean Sea: This is apartheid (12 January 2021), [https://www.btselem.org/publications/fulltext/202101\\_this\\_is\\_apartheid](https://www.btselem.org/publications/fulltext/202101_this_is_apartheid); and Addameer et al., Israeli Apartheid: Tool of Zionist Settler Colonialism (29 November 2022), [https://www.alhaq.org/cached\\_uploads/download/2022/12/22/israeli-apartheid-web-final-1-page-view-1671712165.pdf](https://www.alhaq.org/cached_uploads/download/2022/12/22/israeli-apartheid-web-final-1-page-view-1671712165.pdf). See also the 300-page report by the South African Human Sciences Research Council ('HSRC') which noted that the three pillars of apartheid in South Africa are all practised by Israel in the occupied Palestinian territory, the pillars being: first, the demarcation of the population of South Africa into racial groups, with superior rights, privileges and services being accorded to one group; second, the segregation of the population into different geographic areas, which were allocated by law to different racial groups, and the restriction of passage by members of any group into the area allocated to other groups; and third, the imposition of a matrix of draconian 'security' laws and policies, employed to suppress any opposition to the regime and to reinforce the system of racial domination, by providing for administrative detention, torture, censorship, banning, and assassination (HSRC Democracy and Governance Programme, Middle East Project, Occupation, Colonialism, Apartheid?: A re-assessment of Israel's practices in the occupied Palestinian territories under international law (June 2009), [http://sro.sussex.ac.uk/id/eprint/43295/1/Occupation\\_Colonialism\\_Apartheid-FullStudy\\_copy.pdf](http://sro.sussex.ac.uk/id/eprint/43295/1/Occupation_Colonialism_Apartheid-FullStudy_copy.pdf)).

- 141 General Assembly, Human Rights Council, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, Michael Lynk, A/HRC/49/87 (12 August 2022), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G22/448/72/PDF/G2244872.pdf?OpenElement>, para. 41, 43.
- 142 UN OCHA, Special Rapporteur on the situation of human rights in the Occupied Palestinian Territories: Israel has imposed upon Palestine an apartheid reality in a post-apartheid world (25 March 2022), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/03/special-rapporteur-situation-human-rights-occupied-palestinian-territories>.
- 143 General Assembly, Human Rights Council, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, Michael Lynk, A/HRC/49/87 (12 August 2022), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G22/448/72/PDF/G2244872.pdf?OpenElement>, paras. 38, 39, 50.
- 144 UN OCHA, Data on casualties, <https://www.ochaopt.org/data/casualties>.
- 145 Save the Children, 2023 marks deadliest year on record for children in the occupied West Bank (18 September 2023), <https://www.savethechildren.net/news/2023-marks-deadliest-year-record-children-occupied-west-bank>
- 146 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #77 (26 December 2023), <https://www.un.org/unispal/document/hostilities-in-the-gaza-strip-and-israel-unocha-flash-update-77/>
- 147 Ibid.
- 148 UN OHCHR, Press Release: Dramatic rise in detention of Palestinians across occupied West Bank (1 December 2023), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/un->

- human-rights-office-opt-dramatic-rise-detention-palestinians-across-occupied-west-bank; Tahani Mustafa, "With All Eyes on Gaza, Israel Tightens Its Grip on the West Bank", Crisis Group (24 November 2023), <https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/east-mediterranean-mena/israelpalestine/all-eyes-gaza-israel-tightens-its>.
- 149 Amnesty International, "Israel/OPT: Horrifying cases of torture and degrading treatment of Palestinian detainees amid spike in arbitrary arrests", (8 November 2023), <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/11/israel-opt-horrifying-cases-of-torture-and-degrading-treatment-of-palestinian-detainees-amid-spike-in-arbitrary-arrests/>.
- 150 "Gaza workers expelled from Israel accuse Israeli authorities of abuse, including beatings", CNN (9 November 2023), <https://edition.cnn.com/2023/11/06/middleeast/gaza-workers-allege-abuse/index.html>; Bethan McKernan and Rory Carroll, "Israel deports thousands of stranded Palestinian workers back to Gaza", The Guardian (3 November 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/nov/03/israel-deports-thousands-of-stranded-palestinian-workers-back-to-gaza>; Gisha, "Israeli cabinet decision to return Gaza workers to the Strip" (3 November 2023), <https://gisha.org/en/israeli-cabinet-decision-to-return-gaza-workers-to-the-strip/>; Amnesty International, "Israel/OPT: Horrifying cases of torture and degrading treatment of Palestinian detainees amid spike in arbitrary arrests" (8 November 2023), <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/11/israel-opt-horrifying-cases-of-torture-and-degrading-treatment-of-palestinian-detainees-amid-spike-in-arbitrary-arrests/>.
- 151 UN OHCHR, Press Release: Dramatic rise in detention of Palestinians across occupied West Bank (1 December 2023), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/un-human-rights-office-opt-dramatic-rise-detention-palestinians-across-occupied-west-bank>.
- 152 Ibid.
- 153 "Israel probes death of Palestinian prisoners by 19 prison guards – report", The Jerusalem Post (21 December 2023), <https://www.jpost.com/israel-news/article-778924>.
- 154 UN OHCHR, Gaza: UN experts call on international community to prevent genocide against the Palestinian people (16 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-un-experts-call-international-community-prevent-genocide-against>.
- 155 World Health Organisation, oPt Emergency Situation Update Issue 16 (7 December 2023), [https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/oPt\\_Emergency\\_Situation\\_Update\\_-\\_DEC7b.pdf](https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/oPt_Emergency_Situation_Update_-_DEC7b.pdf).
- 156 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #72 (18 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-72>.
- 157 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #77 (26 December 2023), <https://www.un.org/unispal/document/hostilities-in-the-gaza-strip-and-israel-unocha-flash-update-77/>.
- 158 Ibid.
- 159 International Criminal Court, Statement of ICC Prosecutor Karim A. A. Khan KC from Ramallah on the situation in the State of Palestine and Israel (6 December 2023), <https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-khan-kc-ramallah-situation-state-palestine-and-israel>.

- 160 International Criminal Court (“ICC”), Statement of the Prosecutor of the International Criminal Court, Karim A.A. Khan KC, on the Situation in the State of Palestine: receipt of a referral from five States Parties (17 November 2023), <https://www.icc-cpi.int/news/statement-prosecutor-international-criminal-court-karim-aa-khan-kc-situation-state-palestine>; ICC, Statement of ICC Prosecutor Karim A. A. Khan KC from Cairo on the situation in the State of Palestine and Israel (30 October 2023), <https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-khan-kc-cairo-situation-state-palestine-and-israel>.
- 161 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #72 (20 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-72>; and UNOCHA relies on information provided to it by the Israeli authorities.
- 162 Israel Ministry of Foreign Affairs, Statement by PM Netanyahu (16 December 2023), <https://www.gov.il/en/departments/news/statement-by-pm-netanyahu-16-dec-2023>.
- 163 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #33 (8 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-33>. UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #70 (15 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-70>
- 164 “About 200,000 Israelis internally displaced amid ongoing Gaza war, tensions in north”, The Times of Israel (22 October 2023), <https://www.timesofisrael.com/about-200000-israelis-internally-displaced-amid-ongoing-gaza-war-tensions-in-north/>.
- 165 International Criminal Court, “Statement of ICC Prosecutor Karim A. A. Khan KC from Cairo on the situation in the State of Palestine and Israel” (30 October 2023), <https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-khan-kc-cairo-situation-state-palestine-and-israel>; International Criminal Court “ICC Prosecutor, Karim A. A. Khan KC, concludes first visit to Israel and State of Palestine by an ICC Prosecutor: “We must show that the law is there, on the front lines, and that it is capable of protecting all” (3 December 2023), <https://www.icc-cpi.int/news/icc-prosecutor-karim-khan-kc-concludes-first-visit-israel-and-state-palestine-icc-prosecutor>.
- 166 General Assembly resolution ES10/21, Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations, A/RES/ES-10/21 (27 October 2023); General Assembly resolution ES-10/22, Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations, A/RES/ES-10/22 (12 December 2023).
- 167 Security Council resolution 2712, The situation in the Middle East, including the Palestinian Question, S/RES/2712 (15 November 2023), <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N23/359/02/PDF/N2335902.pdf?OpenElement>.
- 168 Address by the Prime Minister of Israel, 11 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=Jb1krYLPLZI>; Statement of the Prime Minister of Israel, 7 October 2023, <https://twitter.com/IsraeliPM/status/1710627409634922912>.
- 169 Statement of the Prime Minister of Israel, 7 October 2023, <https://www.gov.il/en/departments/news/event-statement071023>.
- 170 Statement of the Prime Minister of Israel, 9 October 2023, <https://www.gov.il/en/departments/news/event-statement091023>.

- 171 See e.g., Prime Minister of Israel, @IsraeliPM, Tweet (1:49 pm, November 6, 2023), <https://twitter.com/IsraeliPM/status/1721525305393766829>; Ministry of Foreign Affairs Israel, President Herzog meets with Cypriot President Nikos Christodoulides (21 October 2023), <https://www.gov.il/en/departments/news/president-herzog-meets-with-cypriot-president-nikos-christodoulides-21-oct-2023>; Ministry of Foreign Affairs Israel, President Herzog meets with UK Prime Minister Rishi Sunak (19 October 2023), <https://www.gov.il/en/departments/news/president-herzog-meets-with-uk-prime-minister-rishi-sunak-19-oct-2023>.
- 172 Ministry of Foreign Affairs, “Swords of Iron: War in the South – Hamas’ Attack on Israel”, (18 December 2023), <https://www.gov.il/en/departments/news/swords-of-iron-war-in-the-south-7-oct-2023>.
- 173 There is a long-standing practice of Israel restricting access to the oPt, alongside expelling and/or denying visas to UN staff, Special Rapporteurs and fact-finding teams, including UN commissions of inquiry: see, e.g., United Nations, General Assembly, Report of the Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel, A/78/198 (5 September 2023), para. 4, <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N23/260/71/PDF/N2326071.pdf?OpenElement>; UN OCHA, Bachelet deplores Israel’s failure to grant visas for UN Human Rights staff in the occupied Palestinian territory (30 August 2022), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/08/bachelet-deplores-israels-failure-grant-visas-un-human-rights-staff-occupied>; UN OHCHR, Occupied Palestinian Territory: UN human rights expert says Israel bent on further annexation (12 July 2019), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2019/07/occupied-palestinian-territory-un-human-rights-expert-says-israel-bent>; United Nations, General Assembly, Report of the independent commission of inquiry established pursuant to Human Rights Council resolution S-21/, A/HRC/29/52 (24 June 2015), para. 3, <https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/co-i-gaza-conflict/report-co-i-gaza#report.>; United Nations Human Rights Council, Report of the independent international commission of inquiry on the protests in the Occupied Palestinian Territory, A/HRC/40/74 (27 February 2019), para. 3, [https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/HRBodies/HRCouncil/CoLOPT/A\\_HRC\\_40\\_74.pdf](https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/HRBodies/HRCouncil/CoLOPT/A_HRC_40_74.pdf); Rebekah Yeager-Malkin, Israel will not renew visa of one UN employee, denies visa for another citing UN response to Hamas attacks”, *Jurist* (26 December 2023), <https://www.jurist.org/news/2023/12/israel-will-not-renew-the-visa-of-one-un-employee-denies-the-visa-of-another/>.
- 174 To date, only correspondents embedded with and subject to the censorship of the Israeli army have been permitted entry; see, e.g., “Foreign correspondents petition Israel Supreme Court for Gaza access”, *Reuters* (19 December 2023), <https://www.reuters.com/world/middle-east/foreign-correspondents-petition-israel-supreme-court-gaza-access-2023-12-19/>.
- 175 IFJ, Ninety-four journalists killed in 2023, says IFJ (8 December 2023), <https://www.ifj.org/media-centre/news/detail/category/press-releases/article/ninety-four-journalists-killed-in-2023-says-ifj>; “How deadly is the Israel-Gaza war for journalists?”, *AlJazeera* (9 November 2023), <https://www.aljazeera.com/news/2023/11/9/how-deadly-is-the-israel-gaza-war-for-journalists>.



the UN is currently relying on numbers provided by the Gaza Ministry of Health. UN officials see no reason to doubt the figures, which have not been inflated in the past, and which recent studies demonstrate are not now being inflated, see e.g., Adam Taylor, “More than 20,000 dead in Gaza, a historic human toll”, Washington Post (22 December 2023), <https://www.washingtonpost.com/world/2023/12/22/gaza-israel-war-20000-dead/>; and Benjamin Q Hunyh, Elizabeth T Chin, Paul B Spiegel, “No evidence of inflated mortality reporting from the Gaza Ministry of Health”, The Lancet (6 December 2023), [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(23\)02713-7/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(23)02713-7/fulltext). There may in fact be underreporting, as those whose bodies are not brought to a hospital or morgue are not routinely included in the casualty numbers. In circumstances where so many hospitals have ceased functioning, where Palestinians are unable to reach them — and indeed, as there are repeated reports of people having to resort to burying bodies on the street where they find them, the underreporting could be significant. At present, approximately 7,780 people are missing, presumed dead, but not yet included in the official statistics, Zeina Jamaludine, Francesco Checchi, Oona M R Campbell, “Excess mortality in Gaza: 7-26, 2023”, The Lancet (26 November 2023), [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(23\)02640-5/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(23)02640-5/fulltext).

- 185 Red Crescent Society, Palestine Red Crescent Society Response Report As of Saturday, October 7th 2023, 6:00 PM Until Sunday, December 24th 2023, 24:00 AM (24 December 2023), p.1, <https://www.palestinercs.org/public/files/image/2023/News/latestresponse23012023/en%20220%202023.pdf>.
- 186 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #63 (8 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-63>; and Wafaa Shurafa and Samy Magdy, “Thousands of bodies lie buried in rubble in Gaza. Families dig to retrieve them, often by hand”, AP (17 November 2023), <https://apnews.com/article/israel-palestinians-gaza-buried-rubble-airstrikes-89c0e8d0934d573d94d2fbfeba44d933>.
- 187 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #48 (23 November 2023), <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-48-enarhe>.
- 188 Letter by the Secretary-General to the President of Security Council invoking Article 99 of the United Nations Charter, (6 December 2023), [https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg\\_letter\\_of\\_6\\_december\\_gaza.pdf](https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg_letter_of_6_december_gaza.pdf); UNICEF, A dystopic scene that seemed to stretch on endlessly (November 2023), <https://www.unicef.org.uk/what-we-do/emergencies/no-safety-for-children-in-gaza/#:~:text=%E2%80%9CUnless%20those%20conditions%20are%20met,need%20a%20humanitarian%20ceasefire%20now.%E2%80%9D>; ICRC, Israel and the occupied territories: Deescalate now to prevent further human suffering (28 October 2023), <https://www.icrc.org/en/document/israel-and-occupied-territories-deescalate-now-prevent-further-human-suffering>.
- 189 UN OHCHR, UN Human Rights has “grave fears” about toll on civilians in Gaza (17 October 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-briefing-notes/2023/10/un-human-rights-has-grave-fears-about-toll-civilians-gaza>; “Gaza civilians afraid to leave home after bombing of ‘safe routes’”, The Guardian (15 October 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/oct/14/gaza-civilians-afraid-to-leave-home-after>



- bombing-of-safe-routes; ICRC, The ICRC urges protection for Gaza civilians evacuating and staying behind (13 November 2023), <https://blogs.icrc.org/ir/en/2023/11/the-icrc-urges-protection-for-gaza-civilians-evacuating-and-staying-behind/>.
- 190 UN, The Question of Palestine, Unlawful Killings in Gaza (20 December 2023), <https://www.un.org/unispal/document/unlawful-killings-in-gaza-city-ohchr-press-release/>. Euro-Med Human Rights Monitor, Euro-Med Monitor sends UN rapporteurs, ICC Prosecutor primary report documenting dozens of field execution cases in Gaza (25 December 2023), <https://euromedmonitor.org/en/article/6058>.
- 191 UN, The Question of Palestine, Unlawful Killings in Gaza (20 December 2023), <https://www.un.org/unispal/document/unlawful-killings-in-gaza-city-ohchr-press-release/>.
- 192 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #70 (15 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-70>; “Israeli soldiers kill hostages waving white flag after mistaking them for Hamas fighters”, Financial Times (17 December 2023), <https://www.ft.com/content/2e299603-2fed-4855-9694-9801008c48dc>.
- 193 UN OCHA Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #72 (18 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-72>.
- 194 Yuval Abraham, “A mass assassination factory’: Inside Israel’s calculated bombing of Gaza”, +972 Magazine (30 November 2023), <https://www.972mag.com/mass-assassination-factory-israel-calculated-bombing-gaza/>; and Harry Davies, Bethan McKernan and Dan Sabbagh, “The Gospel’: how Israel uses AI to select bombing targets in Gaza”, The Guardian (1 December 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/dec/01/the-gospel-how-israel-uses-ai-to-select-bombing-targets..>
- 195 Office of the Director of National Intelligence assessment, reported by Natasha Bertrand and Kattie Bo Lillis, “Exclusive: Nearly half of the Israeli munitions dropped on Gaza are imprecise ‘dumb bombs,’ US intelligence assessment finds”, CNN (13 December 2023), <https://edition.cnn.com/2023/12/13/politics/intelligence-assessment-dumb-bombs-israel-gaza/index.html>; and John Paul Rathbone, “Military briefing: the Israeli bombs raining on Gaza”, Financial Times (6 December 2023), <https://www.ft.com/content/7b407c2e-8149-4d83-be01-72dcae8aee7b>.
- 196 Amnesty International, Israel/OPT: US-made munitions killed 43 civilians in two documented Israeli air strikes in Gaza – new investigation (5 December 2023), <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/12/israel-opt-us-made-munitions-killed-43-civilians-in-two-documented-israeli-air-strikes-in-gaza-new-investigation/>.
- 197 Action on Armed Violence (AOAV), Explosive weapons with large destructive radius: air-dropped bombs (the Mark 80 series and Paveway attachments) (1 March 2016), <https://aoav.org.uk/2016/large-destructive-radius-air-dropped-bombs-the-mark-80-series-and-paveway-attachments/>; see also: Robin Stein, Haley Willis, Ishaan Jhaveri, Danielle Miller, Aaron Byrd and Natalie Reneau, “A Times Investigation Tracked Israel’s Use of One of Its Most Destructive Bombs in South Gaza”, New York Times (21 December 2023), <https://www.nytimes.com/2023/12/21/world/middleeast/israel-gaza-bomb-investigation.html>.

- 198 David Gritten, "Gaza health ministry says Israeli strikes kill 110 in Jabalia", BBC News (18 December 2023), <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-67749557>.
- 199 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 78 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-78>; Amnesty International, Damning evidence of war crimes as Israeli attacks wipe out entire families in Gaza, (20 October 2023), <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/10/damning-evidence-of-war-crimes-as-israeli-attacks-wipe-out-entire-families-in-gaza/>; Child Rights Connect, Child Rights Connect deplores the grave violations of children's rights in Israel and the occupied Palestinian territory (23 October 2023), <https://childrightsconnect.org/child-rights-connect-deplores-the-grave-violations-of-childrens-rights-in-israel-and-the-occupied-palestinian-territory/>.
- 200 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 32 (7 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-32>.
- 201 See e.g., UNDP, Statement on the killing of UNDP staff member & family in Gaza (22 December 2023), <https://www.undp.org/speeches/statement-killing-undp-staff-member-family-gaza>; "Palestinian-Americans speak out about family, friends killed in Israel-Hamas war", ABC Eyewitness News (19 December 2023), <https://abc7ny.com/palestinian-american-gaza-war-victims/14202160/>.
- 202 Save the Children, Children's Mental Health in Gaza Pushed Beyond Breaking Point After Nearly a Month Of Siege and Bombardment (7 November 2023), <https://www.savethechildren.org.uk/news/media-centre/press-releases/childrens-mental-health-in-gaza-deteriorates-one-month-on->.
- 203 UNICEF, Press Release: The war on children resumes: Geneva Palais briefing note (1 December 2023), <https://www.unicef.org/press-releases/war-children-resumes-geneva-palais-briefing-note>; James Elder (UNICEF Spokesperson), "Bearing witness: No safety for children in Gaza", UNICEF (15 December 2023), <https://www.unicef.org/blog/bearing-witness-no-safety-children-gaza>.
- 204 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 73 (19 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-73>; UN, United Nations Türkiye, Gaza crisis: Aid agencies warn of 'tragic, avoidable surge' in child deaths (22 November 2023), <https://turkiye.un.org/en/253479-gaza-crisis-aid-agencies-warn-%E2%80%98tragic-avoidable-surge%E2%80%99-child-deaths>.
- 205 Save the Children, Press Release: GAZA: 3,195 children killed in three weeks surpasses annual number of children killed in conflict zones since 2019 (29 October 2023), <https://www.savethechildren.net/news/gaza-3195-children-killed-three-weeks-surpasses-annual-number-children-killed-conflict-zones>.
- 206 UNICEF, Gaza has become a graveyard for thousands of children (31 October 2023), <https://www.unicef.org/press-releases/gaza-has-become-graveyard-thousands-children>.
- 207 Interview with James Elder, UNICEF Spokesperson by CNN, "CNN speaks to UNICEF about dire situation in Gaza", CNN (15 December 2023), <https://edition.cnn.com/videos/world/2023/12/15/exp-unicef-gaza-james-elder-live-121402pseg1-cnni-world.cnn>.

- 208 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 82 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82>; International Federation of Journalists, Ninety-four journalists killed in 2023, says IFJ (8 December 2023), <https://www.ifj.org/media-centre/news/detail/category/press-releases/article/ninety-four-journalists-killed-in-2023-says-ifj>.
- 209 Ibid.
- 210 UN OHCHR, Killings of journalists and their family members in Gaza – OHCHR press release (14 December 2023), <https://www.un.org/unispal/document/killings-of-journalists-and-their-family-members-in-gaza-dec14-2023/>.
- 211 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78 (27 December 2023), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78#:~:text=According%20to%20Ministry%20of%20Education,teachers%20were%20injured%20in%20Gaza>.
- 212 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 82 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82>; UN News, UN honours 101 staff killed in Gaza conflict (13 November 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/11/1143512>.
- 213 Bassam Massou and Maggie Fick, “Gaza death toll: why counting the dead has become a daily struggle”, Reuters (21 December 2023), <https://www.reuters.com/world/middle-east/fight-keep-counting-dead-gaza-2023-12-21/>.
- 214 UN News, Gaza humanitarian disaster heralds ‘breakdown’ of society (8 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144547>; UN News, Gaza: Aid access to north entirely blocked as war escalates in the south (4 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144302>.
- 215 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78>.
- 216 WHO, WHO leads very high-risk joint humanitarian mission to Al-Shifa Hospital in Gaza (18 November 2023), <https://www.who.int/news/item/18-11-2023-who-leads-very-high-risk-joint-humanitarian-mission-to-al-shifa-hospital-in-gaza>.
- 217 UN News, ‘Ten weeks of hell’ for children in Gaza: UNICEF (19 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144927>.
- 218 Amnesty International, Israel/OPT identifying the Israeli army’s use of white phosphorus in Gaza (13 October 2023), <https://amnesty.ca/human-rights-news/israel-opt-identifying-the-israeli-armys-use-of-white-phosphorus-in-gaza/>; WHO, White Phosphorus (20 October 2023), <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/white-phosphorus>.
- 219 UN News, UPDATED: Injured patients ‘waiting to die’ in northern Gaza as last hospital shuts down, amid rising ‘catastrophic’ hunger levels (21 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145017>.
- 220 WHO, Escalation of Violence in Israel and the occupied Palestinian territory (13 November 2023), [https://apps.who.int/gb/COVID-19/pdf\\_files/2023/13\\_11/Item1.pdf](https://apps.who.int/gb/COVID-19/pdf_files/2023/13_11/Item1.pdf); UN United Nations Office at Geneva, ‘Nowhere and no one is safe’ in Gaza, WHO chief tells Security

- Council (10 November 2023),  
<https://www.ungeneva.org/en/news-media/news/2023/11/87337/nowhere-and-no-one-safe-gaza-who-chief-tells-security-council>.
- 221 Save the Children, Trapped: The impact of 15 years of blockade on the mental health of Gaza's children (2022),  
[https://resourcecentre.savethechildren.net/pdf/gaza\\_blockade\\_mental\\_health\\_palestinian\\_children\\_2022.pdf](https://resourcecentre.savethechildren.net/pdf/gaza_blockade_mental_health_palestinian_children_2022.pdf).
- 222 Save the Children, Children's Mental Health in Gaza Pushed Beyond Breaking Point After Nearly a Month of Siege and Bombardment (7 November 2023),  
<https://www.savethechildren.org.uk/news/media-centre/press-releases/childrens-mental-health-in-gaza-deteriorates-one-month-on->; Maram Humaid, "War is stupid and I want it to end': Injured Palestinian children speak", Al Jazeera (15 December 2023),  
<https://www.aljazeera.com/news/2023/12/15/war-is-stupid-and-i-want-it-to-end-injured-palestinian-children-say#:~:text=At%20least%2024%2C000%20children%20have,with%20some%20in%20critical%20condition..>
- 223 UNICEF spokesperson, quoted in: Nedal Samir Hamdouna, Aseel Mousa and Julian Borger, "The plight of 'WCNSFs' – wounded child, no surviving family", The Guardian (22 December 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/dec/22/the-plight-of-gazas-wcnsfs-wounded-child-no-surviving-family>.
- 224 Alix Faddoul, Geordan Shannon, Khudejha Ashgar, Yamina Boukari, James Smith and Amy Neilson, "The health dimensions of violence in Palestine: a call to prevent genocide", The Lancet (18 December 2023), [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(23\)02751-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(23)02751-4/fulltext).
- 225 Security Council resolution 2712, The situation in the Middle East, including the Palestinian Question, S/RES/2712 (15 November 2023), [https://undocs.org/S/RES/2712\(2023\)](https://undocs.org/S/RES/2712(2023)).
- 226 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78>.
- 227 Ibid.
- 228 Alix Faddoul, Geordan Shannon, Khudejha Ashgar, Yamina Boukari, James Smith and Amy Neilson, "The health dimensions of violence in Palestine: a call to prevent genocide", The Lancet (18 December 2023), [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(23\)02751-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(23)02751-4/fulltext).
- 229 Aya Batrawy, "An aid worker describes the 'unbearable' suffering of wounded children in Gaza", NPR (26 December 2023), <https://www.npr.org/2023/12/26/1221743518/an-aid-worker-describes-the-unbearable-suffering-of-wounded-children-in-gaza#:~:text=Palestinian%20health%20officials%20say%20in,trying%20to%20care%20for%20children>.
- 230 UN OHCHR, OHCHR is alarmed at Israeli strikes on or in the vicinities of schools and hospitals in the north of Gaza (9 December 2023), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/un-human-rights-office-ohchr-alarmed-israeli-strikes-or-vicinity-schools-and-hospitals-north-gaza>.
- 231 WHO, WHO calls for protection of humanitarian space in Gaza following serious incidents in high-risk mission to transfer patients, deliver health supplies (12 December 2023),

- [https://www.who.int/news/item/12-12-2023-who-calls-for-protection-of-humanitarian-space-in-gaza-following-serious-incidents-in-high-risk-mission-to-transfer-patients--deliver-health-supplies; "Gaza healthcare workers 'taken' by Israeli forces, says doctor, amid 'horrendous conditions' at hospitals", CNN \(13 December 2023\), https://edition.cnn.com/2023/12/13/middleeast/gaza-kamal-adwan-hospital-doctors-idf-intl/index.html.](https://www.who.int/news/item/12-12-2023-who-calls-for-protection-of-humanitarian-space-in-gaza-following-serious-incidents-in-high-risk-mission-to-transfer-patients--deliver-health-supplies;%20%22Gaza%20healthcare%20workers%20'taken'%20by%20Israeli%20forces,%20says%20doctor,%20amid%20'horrendous%20conditions'%20at%20hospitals%22,%20CNN%20(13%20December%202023),%20https://edition.cnn.com/2023/12/13/middleeast/gaza-kamal-adwan-hospital-doctors-idf-intl/index.html)
- 232 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #77 (26 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-77>; Quds News Network, @QudsNen, Tweet (4:02 pm, December 25, 2023), <https://twitter.com/QudsNen/status/1739315746163859606>.
- 233 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #69 (14 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-69>; UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #77 (26 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-77>.
- 234 Ibid.
- 235 See e.g., Yaniv Kubovich, "Graphic Videos and Incitement: How the IDF Is Misleading Israelis on Telegram", Haaretz, (12 December 2023), <https://www.haaretz.com/israel-news/security-aviation/2023-12-12/ty-article/.premium/graphic-videos-and-incitement-how-the-idf-is-misleading-israelis-on-telegram/0000018c-5ab5-df2f-adac-febd01c30000>.
- 236 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day #82 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82>.
- 237 Israeli Defence Forces, @IDF, Tweet (6:50am, October 13, 2023), <https://twitter.com/IDF/status/1712707301369434398>; UN OHCHR, Israel must rescind evacuation order for northern Gaza and comply with international law: UN expert (13 October 2023) <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/10/israel-must-rescind-evacuation-order-northern-gaza-and-comply-international>.
- 238 ICRC, Israel and the occupied territories: Evacuation order of Gaza triggers catastrophic humanitarian consequences (13 October 2023), <https://www.icrc.org/en/document/israel-and-occupied-territories-evacuation-order-of-gaza-triggers-catastrophic-humanitarian-consequences>.
- 239 WHO, Evacuation orders by Israel to hospitals in northern Gaza are a death sentence for the sick and injured (14 October 2023), <https://www.who.int/news/item/14-10-2023-evacuation-orders-by-israel-to-hospitals-in-northern-gaza-are-a-death-sentence-for-the-sick-and-injured>.
- 240 Israeli Defence Forces, @IDF, Tweet (2:16 pm, October 28, 2023), <https://twitter.com/IDF/status/1718240244129059167>.
- 241 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #57 (2 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-57>.
- 242 Ibid.
- 243 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #40 (15 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-40>; UN OCHA,



- 256 See, e.g., Israeli strikes on Deir Al Balah on 4 December, preceding civilians being told to flee to these areas, UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #60 (5 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-60>; and on the 12th of December 2023 the City of Rafah, after evacuation orders to Rafah, UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #67 (12 December 2023), , following civilians being told to flee to these areas; Ben van der Merwe, Michelle Inez Simon Olive Enokido-Lineham, and Data & Forensics Unit “Israel said Gazans could flee to this neighbourhood - then it was hit”, Sky News (22 December 2023), <https://news.sky.com/story/israel-said-gazans-could-flee-to-this-neighbourhood-then-it-was-hit-13034936>. ; Ben van der Merwe, Michelle Inez Simon Olive Enokido-Lineham, and Data & Forensics Unit “Israel said Gazans could flee to this neighbourhood - then it was hit”, Sky News (22 December 2023), <https://news.sky.com/story/israel-said-gazans-could-flee-to-this-neighbourhood-then-it-was-hit-13034936>.
- 257 UN OHCHR, Comment by UN Human Rights Office spokesperson Seif Magango on continued bombardment of Middle Gaza (26 December 2023), <https://www.ohchr.org/en/statements/2023/12/comment-un-human-rights-office-spokesperson-seif-magango-continued-bombardment>.
- 258 Ibid.
- 259 UN OHCHR, Israel working to expel civilian population of Gaza, UN expert warns (22 December 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/12/israel-working-expel-civilian-population-gaza-un-expert-warns> .
- 260 Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Croatia v. Serbia), Judgment, I.C.J. Reports 2015, p.71-72, para. 163.
- 261 Statement by Yoav Gallant, 9 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=1nxvS9VY-t0>. Translation by Emmanuel Fabian, “Defense minister announces ‘complete siege’ of Gaza: No power, food or fuel”, The Times of Israel (9 October 2023), [https://www.timesofisrael.com/liveblog\\_entry/defense-minister-announces-complete-siege-of-gaza-no-power-food-or-fuel/](https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/defense-minister-announces-complete-siege-of-gaza-no-power-food-or-fuel/). Gaza’s only power plant is no longer operational, Israel having reportedly threatened to target the plant if it resumes operation: UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #6 (12 October 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-6>.
- 262 World Health Organization, WHO Director-General’s remarks at the Emergency Meeting of the United Nations Security Council – 10 November 2023 (10 November 2023), <https://www.who.int/director-general/speeches/detail/who-director-general-s-remarks-at-the-emergency-meeting-of-the-united-nations-security-council---10-november-2023>.
- 263 UN Palestine, War and health crisis in Gaza a ‘recipe for epidemics’ warns WHO (21 November 2023), <https://palestine.un.org/en/253317-war-and-health-crisis-gaza-%E2%80%98recipe-epidemics%E2%80%99-warns-who>.
- 264 MSF, Inside Gaza: Staying alive is only a matter of luck (18 December 2023), <https://www.msf.org/inside-gaza-staying-alive-only-matter-luck>.
- 265 United Nations Secretary-General, People of Gaza ‘Being Told to Move like Human Pinballs’, but Nowhere Is Safe, Secretary-General Tells Security Council, Pleading for Humanitarian

- Ceasefire (8 December 2023), <https://press.un.org/en/2023/sgsm22076.doc.htm> (emphasis added).
- 266 Security Council Resolution 2720, S/RES/2720, (22 December 2023), [https://undocs.org/S/RES/2720\(2023\)](https://undocs.org/S/RES/2720(2023)).
- 267 UN OCHA, Remarks to the media by the Secretary-General (22 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/remarks-media-secretary-general>.
- 268 Ibid (emphasis added).
- 269 “UNSC resolution ‘greenlighting genocide’: Former UNRWA official”, Al Jazeera English (22 December 2023), <https://www.youtube.com/watch?v=IT0yW6kS3Uo>.
- 270 Oxfam, Oxfam: UNSC’s failure to call for a ceasefire “utterly callous” (19 December 2023), <https://www.oxfam.org/en/press-releases/oxfam-unscs-failure-call-ceasefire-utterly-callous>.
- 271 WFP Media, @WFP\_Media, Tweet (10:35 pm, December 9, 2023), [https://twitter.com/WFP\\_Media/status/1733616413636530607](https://twitter.com/WFP_Media/status/1733616413636530607); and Integrated Food Security Phase Classification, Gaza Strip: Acute Food Insecurity Situation for 24 November - 7 December 2023 and Projection for 8 December 2023 - 7 February 2024 (21 December 2023), <https://www.ipcinfo.org/ipc-country-analysis/details-map/en/c/1156749/?iso3=PSE>.
- 272 UN Web TV, Press conference by Carl Skau (World Food Program), 14 December 2023, <https://webtv.un.org/en/asset/k13/k139z8z7t5>; and Integrated Food Security Phase Classification, Gaza Strip: Acute Food Insecurity Situation for 24 November - 7 December 2023 and Projection for 8 December 2023 - 7 February 2024 (21 December 2023), <https://www.ipcinfo.org/ipc-country-analysis/details-map/en/c/1156749/?iso3=PSE>.
- 273 WHO, Lethal combination of hunger and disease to lead to more deaths in Gaza (21 December 2023), <https://www.who.int/news/item/21-12-2023-lethal-combination-of-hunger-and-disease-to-lead-to-more-deaths-in-gaza>.
- 274 UN OCHA, Remarks to the media by the Secretary-General (22 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/remarks-media-secretary-general>.
- 275 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #75 (21 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-75>.
- 276 UNRWA, Remarks by UNRWA Commissioner-General Philippe Lazzarini at Geneva Press Conference (14 December 2023), <https://www.unrwa.org/newsroom/official-statements/remarks-unrwa-commissioner-general-philippe-lazzarini-geneva-press>.
- 277 WHO, Lethal combination of hunger and disease to lead to more deaths in Gaza (21 December 2023), <https://www.who.int/news/item/21-12-2023-lethal-combination-of-hunger-and-disease-to-lead-to-more-deaths-in-gaza>.
- 278 Statement of Christian Lindmeier (World Health Organization spokesperson), 8 December 2023: UN Web TV, Geneva Press Briefing: WHO, FAO, UNHCR, ICRC, 8 December 2023, <https://webtv.un.org/en/asset/k1e/k1eez0ym7c> (emphasis added).



- 279 UN News, UPDATED: Injured patients ‘waiting to die’ in northern Gaza as last hospital shuts down, amid rising ‘catastrophic’ hunger levels (21 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145017>.
- 280 UN News, Gaza crisis: Starvation must never be allowed to happen, says UN rights chief (22 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145047>.
- 281 Oxfam, Starvation as weapon of war being used against Gaza civilians (25 October 2023), <https://www.oxfam.org.uk/media/press-releases/starvation-as-weapon-of-war-being-used-against-gaza-civilians/>; and HRW, Israel: Starvation Used as Weapon of War in Gaza (18 December 2023), <https://www.hrw.org/news/2023/12/18/israel-starvation-used-weapon-war-gaza>.
- 282 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #35 (10 November 2023), <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-35-enarhe>; and UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #40 (15 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-40>; and HRW, Israel: Starvation Used as Weapon of War in Gaza (18 December 2023), <https://www.hrw.org/news/2023/12/18/israel-starvation-used-weapon-war-gaza>.
- 283 WFP, Gaza faces widespread hunger as food systems collapse, warns WFP (16 November 2023), <https://www.wfp.org/news/gaza-faces-widespread-hunger-food-systems-collapse-warns-wfp>.
- 284 Ibid.
- 285 Action Against Hunger, Action Against Hunger calls for permanent ceasefire in Gaza (1 December 2023), <https://www.actionagainsthunger.org/press-releases/action-against-hunger-calls-for-permanent-ceasefire-in-gaza/>.
- 286 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #51 (26 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-51>.
- 287 WFP, Food Security Update for internally displaced populations in Southern Gaza Strip (14 December 2023), <https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000155014/download/>; and “Children collect flour from the ground in Gaza”, Middle East Eye (23 December 2023), [https://www.youtube.com/watch?v=\\_ZYpZ\\_aU\\_Ho](https://www.youtube.com/watch?v=_ZYpZ_aU_Ho).
- 288 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel – reported impact | Day #82 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82>.
- 289 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #66 (11 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-66>.
- 290 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #9 (15 October 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-9>; and Amy Spiro, Jacob Magid and Agencies, “Israel says it is restarting water supply to southern Gaza Strip”, The Times of Israel (15 October 2023), <https://www.timesofisrael.com/israel-says-it-is-restarting-water-supply-to-southern-gaza-strip/>.

- 291 UN News, Barely a drop of safe water to drink in Gaza, UN aid agency warns (20 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144972>; and Anera, Gaza Ceasefire: A Welcome Pause, But Far From Enough (23 November 2023), <https://www.anera.org/blog/pause-in-gaza-war-not-enough/>.
- 292 WFP, Gaza Food Security Assessment (6 December 2023), <https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000154766/download/>.
- 293 UNICEF, Gaza's Children running out of time: water shortages spark disease alarm (21 November 2023), <https://www.unicef.org/press-releases/gazas-children-running-out-time-water-shortages-spark-disease-alarm>; and UNICEF, 'Barely a drop to drink': children in the Gaza Strip do not access 90 per cent of their normal water use (20 December 2023), <https://www.unicef.org/press-releases/barely-drop-drink-children-gaza-strip-do-not-access-90-cent-their-normal-water-use>.
- 294 UN Web TV, Geneva Press Briefing: WHO, FAO, UNHCR, ICRC, 8 December 2023, <https://webtv.un.org/en/asset/k1e/k1eez0ym7c>.
- 295 UNDP, Human Development Report 2006 - Beyond scarcity: power, poverty and the global water crisis (14 December 2012), <https://www.undp.org/libya/publications/human-development-report-2006-beyond-scarcity-power-poverty-and-global-water-crisis>.
- 296 CARE International, "70% of those killed in Gaza are women and children" CARE warns the Security Council (15 November 2023), <https://www.care-international.org/news/70-those-killed-gaza-are-women-and-children-care-warns-un-security-council>; Oxfam, Press Release: Babies dying from preventable causes in besieged Gaza - Oxfam (23 November 2023), <https://www.oxfam.org/en/press-releases/babies-dying-preventable-causes-besieged-gaza-oxfam>.
- 297 Global Nutrition Cluster - State of Palestine, Call for Immediate Action: Child deaths in the Gaza Strip due to disease and malnutrition can and must be prevented (3 December 2023), [https://www.nutritioncluster.net/sites/nutritioncluster.com/files/2023-11/SoP%20Nutrition%20Cluster%20advocacy\\_final.pdf](https://www.nutritioncluster.net/sites/nutritioncluster.com/files/2023-11/SoP%20Nutrition%20Cluster%20advocacy_final.pdf)
- 298 UN Web TV, Geneva Press Briefing: WHO, FAO, UNHCR, ICRC, 8 December 2023, <https://webtv.un.org/en/asset/k1e/k1eez0ym7c>.
- 299 United Nations, Human Rights Council, The allocation of water resources in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem A/HRC/48/43 (15 October 2021), <https://undocs.org/A/HRC/48/43>; Amnesty, The Occupation of Water (29 November 2017), <https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2017/11/the-occupation-of-water/>; EWASH, Israel's control of water in the Occupied Palestinian Territories (26 September 2012), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/israels-control-water-occupied-palestinian-territories>.
- 300 United Nations, Human Rights Council, The allocation of water resources in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem A/HRC/48/43 (15 October 2021), <https://undocs.org/A/HRC/48/43>.
- 301 UN FAO, Farming without Land, Fishing without Water: Gaza Agriculture Sector Struggles to Survive (25 May 2010), <https://www.un.org/unispal/document/auto-insert-205890/>.

- 302 UN Palestine, United Nations Common Country Analysis for the Occupied Palestinian Territory (16 August 2022), [https://palestine.un.org/sites/default/files/2022-09/United%20Nations%20Common%20Country%20Analysis%20for%20the%20Occupied%20Palestinian%20Territory\\_16\\_August\\_2022.pdf](https://palestine.un.org/sites/default/files/2022-09/United%20Nations%20Common%20Country%20Analysis%20for%20the%20Occupied%20Palestinian%20Territory_16_August_2022.pdf).
- 303 UN OCHA, Food insecurity in the oPt: 1.3 million Palestinians in the Gaza strip are food insecure (14 December 2018), <https://www.ochaopt.org/content/food-insecurity-opt-13-million-palestinians-gaza-strip-are-food-insecure>; UN OCHA, Humanitarian Response Plan OPT (January 2023), [https://www.ochaopt.org/sites/default/files/HRP\\_2023.pdf](https://www.ochaopt.org/sites/default/files/HRP_2023.pdf).
- 304 Global Nutrition Cluster - State of Palestine, Call for Immediate Action: Child deaths in the Gaza Strip due to disease and malnutrition can and must be prevented (3 December 2023), [https://www.nutritioncluster.net/sites/nutritioncluster.com/files/2023-11/SoP%20Nutrition%20Cluster%20advocacy\\_final.pdf](https://www.nutritioncluster.net/sites/nutritioncluster.com/files/2023-11/SoP%20Nutrition%20Cluster%20advocacy_final.pdf).
- 305 UN OCHA, Humanitarian Coordinator Lynn Hastings briefs the press in Geneva (13 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-coordinator-lynn-hastings-briefs-press-geneva>; Emmanuel Fabian, "IDF trial of flooding Hamas tunnels with seawater proves successful, Tol told", The Times of Israel (15 December 2023), <https://www.timesofisrael.com/idf-trial-of-flooding-hamas-tunnels-with-seawater-proves-successful-toi-told>.
- 306 Damien Gayle and Nina Lakhani, "Flooding Hamas tunnels the seawater risks 'ruining basic life in Gaza', says expert", The Guardian (23 December 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/dec/23/israel-flooding-hamas-tunnels-seawater-risks-ruining-basic-life-gaza-expert>.
- 307 Ibid.
- 308 Save the Children, Press Release: Deaths by starvation and disease may top deaths by bombs as families squeezed into deadly "safe zones", two months into Gaza crisis (9 December 2023), <https://www.savethechildren.net/news/deaths-starvation-and-disease-may-top-deaths-bombs-families-squeezed-deadly-safe-zones-two>.
- 309 Ibid.
- 310 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 82 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82>; UNRWA Situation Report #56 On the Situation in the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem (22 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-56-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-jerusalem>.
- 311 UNRWA, Gaza: UNRWA school sheltering displaced families hit (17 October 2023), <https://www.unrwa.org/newsroom/official-statements/gaza-unrwa-school-sheltering-displaced-families-hit>.
- 312 UNRWA Situation Report #56 On the Situation in the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem (22 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-56-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-jerusalem>.
- 313 UNRWA, Letter from UNRWA Commissioner-General Philippe Lazzarini to the UN General Assembly President Mr. Dennis Francis (7 December 2023),

- <https://www.unrwa.org/resources/un-unrwa/letter-unrwa-commissioner-general-philippe-lazzarini-un-general-assembly> (emphasis added).
- 314 UN News, 'Desperate, hungry, terrified': Gazans stopping aid trucks in search of food (14 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144807>.
- 315 UNRWA, UNRWA Situation Report #54 on the situation in the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem (18 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-54-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-jerusalem>.
- 316 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #69 (14 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-69> .
- 317 United Nations Population Fund (UNFPA), UNFPA Palestine Situation Report Issue 4 (11 December 2023), [https://palestine.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/unfpa\\_situation\\_report\\_4\\_december\\_11.pdf](https://palestine.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/unfpa_situation_report_4_december_11.pdf).
- 318 WHO, Lethal combination of hunger and disease to lead to more deaths in Gaza (21 December 2023), <https://www.who.int/news/item/21-12-2023-lethal-combination-of-hunger-and-disease-to-lead-to-more-deaths-in-gaza>.
- 319 Oxfam, Press Release: Babies dying from preventable causes in besieged Gaza - Oxfam (23 November 2023), <https://www.oxfam.org/en/press-releases/babies-dying-preventable-causes-besieged-gaza-oxfam>.
- 320 UNRWA, Letter from UNRWA Commissioner-General Philippe Lazzarini to the UN General Assembly President Mr. Dennis Francis (7 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/un-unrwa/letter-unrwa-commissioner-general-philippe-lazzarini-un-general-assembly>.
- 321 UNRWA Situation Report #56 On the Situation in the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem (22 December 2023), <https://www.unrwa.org/resources/reports/unrwa-situation-report-56-situation-gaza-strip-and-west-bank-including-east-jerusalem>; and UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #75 (21 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-75>.
- 322 UN News, Gaza humanitarian disaster heralds 'breakdown' of society (8 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144547>.
- 323 Julian Borger and Ruth Michaelson, "IDF instructions on Gaza refuge zones cruel 'mirage', say aid agencies", The Guardian (7 December 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/dec/07/idf-israel-gaza-refuge-zones-cruel-mirage-say-aid-agencies> .
- 324 Ibid.
- 325 ICRC, Israel and the occupied territories: The ICRC urges protection for Gaza civilians evacuating and staying behind (12 November 2023), <https://www.icrc.org/en/document/israel-and-occupied-territories-icrc-urges-protection-gaza-civilians-evacuating-and-staying>; and UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel |

- Flash Update #71 (16 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-71> .
- 326 WFP, Gaza Food Security Assessment (6 December 2023), <https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000154766/download/>.
- 327 UN News, Barely a drop of safe water to drink in Gaza, UN aid agency warns (20 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144972>; and UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #76 (22 December 2023), <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-76-enarhe>.
- 328 Tedros Adhanom Ghebreyesus, Director-General of the World Health Organization, @DrTedros, Tweet (7:05 pm, December 20, 2023), <https://twitter.com/DrTedros/status/1737549701728092481>.
- 329 UN News, Gaza: Lack of fuel threatening to shut down entire humanitarian operation (16 November 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/11/1143672>.
- 330 UN News, Barely a drop of safe water to drink in Gaza, UN aid agency warns (20 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144972>.
- 331 UN OHCHR, Gaza: UN expert condemns 'unrelenting war' on health system amid airstrikes on hospitals and health workers (7 December 2023) <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/12/gaza-un-expert-condemns-unrelenting-war-health-system-amid-airstrikes>.
- 332 Médecins Sans Frontières ('MSF'), Gaza: "It must all stop now", Letter to UN Security Council (4 December 2023), <https://www.msf.org/letter-gaza-un-security-council>.
- 333 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78>.
- 334 WHO, WHO leads very high-risk joint humanitarian mission to Al-Shifa Hospital in Gaza (18 November 2023), <https://www.who.int/news/item/18-11-2023-who-leads-very-high-risk-joint-humanitarian-mission-to-al-shifa-hospital-in-gaza>.
- 335 UN News, UN workers delivering aid to Gaza hospital describe 'bloodbath' in overflowing emergency department (16 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144877>.
- 336 WHO, WHO appalled by latest attack on Indonesian Hospital in Gaza (20 November 2023), <https://www.emro.who.int/media/news/who-appalled-by-latest-attack-on-indonesian-hospital-in-gaza.html>.
- 337 UN News, UPDATED: Injured patients 'waiting to die' in northern Gaza as last hospital shuts down, amid rising 'catastrophic' hunger levels (21 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145017>.
- 338 UN News, 'Ten weeks of hell' for children in Gaza: UNICEF (19 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144927>.
- 339 WHO, oPt Emergency Situation Update Issue 17 (14 December 2023), [https://www.emro.who.int/images/stories/Sitrep\\_-\\_issue\\_17\\_for\\_review.pdf?ua=1](https://www.emro.who.int/images/stories/Sitrep_-_issue_17_for_review.pdf?ua=1).

- 340 Ibid.
- 341 The organisation Forensic Architecture has compiled an analysis of the various attacks on Gaza's hospitals: Forensic Architecture, Destruction of Medical Infrastructure in Gaza (20 December 2023), <https://forensic-architecture.org/investigation/destruction-of-medical-infrastructure-in-gaza>.
- 342 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #37 (12 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-37>.
- 343 MSF, MSF convoy attack in Gaza: All elements point to Israeli army responsibility (1 December 2023), <https://www.doctorswithoutborders.org/latest/msf-convoy-attack-gaza-all-elements-point-israeli-army-responsibility> ; UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #28 (3 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-28>.
- 344 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel – Reported Impact | Day #70 (15 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-70>.
- 345 WHO, oPt Emergency Situation Update, issue 14 (23 November 2023), [https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/oPt\\_Emergency\\_Situation\\_Update\\_-\\_NOV24.pdf?ua=1](https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/oPt_Emergency_Situation_Update_-_NOV24.pdf?ua=1).
- 346 Asmahan Qarjouli, "Israel 'brutally murdered' Al-Shifa emergency dept chief in Gaza", Doha News (19 December 2023), <https://dohanews.co/israel-brutally-murdered-al-shifa-emergency-dept-chief-in-gaza/>.
- 347 Weronika Strzyżyńska and Harriet Sherwood, "Doctors, poets, families, babies: victims of Israel's war on Gaza", The Guardian (23 October 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/oct/23/doctors-poets-families-babies-victims-of-israels-war-on-gaza>.
- 348 Vanessa Romo, "Doctors are among the many dead in Gaza. These are their stories", NPR (16 November 2023), <https://www.npr.org/2023/11/16/1213307710/gaza-doctors-al-shifa-hospital>.
- 349 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #72 (18 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-72>.
- 350 WHO, oPt Emergency Situation Update Issue 17 (14 December 2023), [https://www.emro.who.int/images/stories/Sitrep\\_-\\_issue\\_17\\_for\\_review.pdf?ua=1](https://www.emro.who.int/images/stories/Sitrep_-_issue_17_for_review.pdf?ua=1).
- 351 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #38 (13 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-38>; and UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #72 (18 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-72>.
- 352 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #55 (30 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-55>.; UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #66 (11 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-66>.

- 353 Bassam Massou and Maggie Fick, “Gaza death toll: why counting the dead has become a daily struggle”, Reuters (21 December 2023), <https://www.reuters.com/world/middle-east/fight-keep-counting-dead-gaza-2023-12-21/>.
- 354 UNICEF, @UNICEF, Tweet (10:28 pm, December 17, 2023), <https://twitter.com/UNICEF/status/1736876099890565478>.
- 355 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #42 (17 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-42>; UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #44 (19 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-44>.
- 356 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #55 (30 November 2023) <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-55>; Human Rights Watch (HRW), “Birth and Death Intertwined in Gaza Strip: Maternity Care Facilities Gravely Affected by Strikes, Blockade (1 December 2023), <https://www.hrw.org/news/2023/12/01/birth-and-death-intertwined-gaza-strip>.
- 357 See e.g., the Al Yaman Al Saeed Hospital in Jabalia refugee camp: UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #65 (10 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-65>.
- 358 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #40 (15 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-40>.
- 359 Al-Haq, Al Mezan Center for Human Rights, Palestinian Centre for Human Rights (‘PCHR’), Palestinian Human Rights Organisations Condemn the Serious Israeli Violations at Kamal Adwan Hospital in Northern Gaza (21 December 2023), <https://alhaq.org/advocacy/22388.html>.
- 360 Abeer Salman and Kareem Khadder, “Doctors accuse Israeli troops of desecrating bodies and shooting civilians at hospital Israel says was Hamas ‘command center’”, CNN (23 December 2023), <https://edition.cnn.com/2023/12/23/middleeast/kamal-adwan-hospital-gaza-israel-abuse-allegations-intl-cmd/index.html>.
- 361 UNGA Res ES10/21, Protection of civilians and upholding legal and humanitarian obligations, A/RES/ES-10/21 (27 October 2023), <https://digitallibrary.un.org/record/4025940?ln=en>.
- 362 WHO, WHO calls for protection of humanitarian space in Gaza following serious incidents in high-risk mission to transfer patients, deliver health supplies (12 December 2023), <https://www.who.int/news/item/12-12-2023-who-calls-for-protection-of-humanitarian-space-in-gaza-following-serious-incidents-in-high-risk-mission-to-transfer-patients--deliver-health-supplies>.
- 363 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #48 (23 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-48>.
- 364 UN News, UPDATED: Injured patients ‘waiting to die’ in northern Gaza as last hospital shuts down, amid rising ‘catastrophic’ hunger levels (21 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145017>.
- 365 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel – Reported Impact | Day #70 (15 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact>.

- day-70; UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel – reported impact | Day #82 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82> .
- 366 UN News, Gaza doctors ‘terrified’ of deadly disease outbreak as aid teams race to deliver (28 November 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/11/1144032>.
- 367 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #45 (20 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-45>.
- 368 “Panic as Gaza’s al-Shifa evacuates, Israel army denies ordering it to do so”, Al Jazeera (18 November 2023), <https://www.aljazeera.com/news/2023/11/18/israel-gives-gazas-al-shifa-hospital-one-hour-to-evacuate>.
- 369 UN Web TV, UNICEF, WHO, OHCHR, UNHCR - Press Briefing: Rob Holand, Emergency Coordinator WHO (1 December 2023), <https://webtv.un.org/en/asset/k1r/k1ro1d247a> (at 22:15).
- 370 Jason Burke, “We are overwhelmed: southern Gaza’s exhausted doctors forced to leave children die”, The Guardian (24 November 2023), <https://www.theguardian.com/world/2023/nov/24/we-are-overwhelmed-southern-gazas-exhausted-doctors-forced-to-leave-children-to-die>.
- 371 Claire Gillbody-Dickerson, “Doctors in Gaza forced to amputate limbs because they lack means to treat injuries”, iNews (30 October 2023), <https://inews.co.uk/news/world/doctors-gaza-forced-amputate-limbs-hospitals-israel-evacuate-2720777>.
- 372 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #32 (7 November 2023), <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-32>.
- 373 UN News, Interview: 5,500 women in Gaza set to give birth ‘in race against death’ (7 November 2023), <https://news.un.org/en/interview/2023/11/1143327>.
- 374 UN News, UN workers delivering aid to Gaza hospital describe ‘bloodbath’ in overflowing emergency department (16 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144877>; Rajini Vaidyanathan, “WHO says Al-Shifa ‘looked almost like a battlefield hospital’”, BBC (17 December 2023), <https://www.bbc.com/news/live/world-middle-east-67732895>.
- 375 UN News, UPDATED: Injured patients ‘waiting to die’ in northern Gaza as last hospital shuts down, amid rising ‘catastrophic’ hunger levels (21 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145017>.
- 376 Lilia Sebouai, “‘Bodies scratched, bleeding and full of flies’: Infections plague Gaza’s hospitals”, The Telegraph (6 November 2023), <https://www.telegraph.co.uk/global-health/terror-and-security/hospital-infections-gaza-medical-supplies-clean-water/>; Dr. Hafez Abukhoussa, “The Horrors I’ve Seen Treating Patients at Gaza’s Remaining Hospitals”, Time Magazine (12 December 2023), <https://time.com/6358269/horrors-treating-patients-khan-younis-gaza/>.
- 377 UN News, UPDATED: Injured patients ‘waiting to die’ in northern Gaza as last hospital shuts down, amid rising ‘catastrophic’ hunger levels (21 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145017>.



- 378 WHO, WHO delivers health supplies to Al-Shifa Hospital, appeals for continued access to address urgent needs in north Gaza (17 December 2023), <https://www.who.int/news/item/17-12-2023-who-delivers-health-supplies-to-al-shifa-hospital--appeals-for-continued-access-to-address-urgent-needs-in-north-gaza>; WHO, WHO Director-General's remarks at the Informal Plenary Meeting of the United Nations General Assembly (17 November 2023), <https://www.who.int/director-general/speeches/detail/who-director-general-s-remarks-at-the-informal-plenary-meeting-of-the-united-nations-general-assembly---17-november-2023>.
- 379 Interview with Dr Ghassan Abu-Sittah on Channel 4 News, 27 November 2023: “We were having to do procedures without anaesthetic’, says Gaza war surgeon”, Channel 4 (27 November 2023), <https://www.channel4.com/news/we-were-having-to-do-procedures-without-anaesthetic-says-gaza-war-surgeon>.
- 380 WHO, oPt Emergency Situation Update Issue 16 (7 December 2023), [https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/oPt\\_Emergency\\_Situation\\_Update\\_-\\_DEC7b.pdf](https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/oPt_Emergency_Situation_Update_-_DEC7b.pdf).
- 381 Ibid.
- 382 UNICEF, Joint Statement by UNICEF, UNDP, UNFPA, WFP and WHO on Humanitarian Supplies Crossing into Gaza (4 November 2023), <https://www.unicef.org.uk/press-releases/joint-statement-by-unicef-undp-unfpa-wfp-and-who-on-humanitarian-supplies-crossing-into-gaza/>.
- 383 HRW, Gaza: Israeli Attacks, Blockade Devastating for People with Disabilities (1 November 2023), <https://www.hrw.org/news/2023/11/01/gaza-israeli-attacks-blockade-devastating-people-disabilities>; UN OHCHR, Occupied Palestinian territory and Israel: UN experts call for permanent ceasefire to protect rights and futures of women and girls (14 December 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/12/occupied-palestinian-territory-and-israel-un-experts-call-permanent>.
- 384 See further Section 8 infra.
- 385 See e.g., Tedros Adhanom Ghebreyesus, Director-General of the WHO, @DrTedros, Tweet (6:26 am, November 29, 2023), <https://twitter.com/DrTedros/status/1729748696890245146>; UN News, ‘Ten weeks of hell’ for children in Gaza: UNICEF (19 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144927>.
- 386 UNICEF, State of Palestine Escalation Humanitarian Situation Report Issue No. 10, 7-13 December (14 December 2023), <https://www.unicef.org/media/150141/file/SoP-Humanitarian-SitRep-14-December-2023.pdf>.; WHO, oPt Emergency Situation Update Issue 16 (7 December 2023), [https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/oPt\\_Emergency\\_Situation\\_Update\\_-\\_DEC7b.pdf](https://www.emro.who.int/images/stories/palestine/oPt_Emergency_Situation_Update_-_DEC7b.pdf).
- 387 WHO, Lethal combination of hunger and disease to lead to more deaths in Gaza (21 December 2023), <https://www.who.int/news/item/21-12-2023-lethal-combination-of-hunger-and-disease-to-lead-to-more-deaths-in-gaza>.
- 388 Henry Mance, “UN aid chief Martin Griffiths: ‘the war in Gaza isn’t halfway through’”, Financial Times (18 December 2023), <https://www.ft.com/content/01b592be-47c7-4a20-9bbd-621aa40f7640>.

- 389 Ibid.
- 390 Alix Faddoul, Geordan Shannon, Khudejha Ashgar, Yamina Boukari, James Smith and Amy Neilson, "The health dimensions of violence in Palestine: a call to prevent genocide", *The Lancet* (18 December 2023), [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(23\)02751-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(23)02751-4/fulltext).
- 391 UN OHCHR, Gaza: UN experts call on international community to prevent genocide against the Palestinian people (16 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-un-experts-call-international-community-prevent-genocide-against>.
- 392 UN OHCHR, Gaza: UN experts call on international community to prevent genocide against the Palestinian people (16 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-un-experts-call-international-community-prevent-genocide-against> (emphasis added).
- 393 "The documentation that dropped Gazans' jaws: the Shuja'iyya neighbourhood was completely wiped out: Watch", JDN (20 December 2023), <https://www.jdn.co.il/video/2103783/>; Israeli soldier reports "Shujaiya neighbourhood gone": Bazz News, @1717Bazz, Tweet (2:50 pm, December 20, 2023), <https://twitter.com/i/web/status/1737485648158748674>, (translation by Middle East Eye, @MiddleEastEye (8:00am, December 21, 2023), <https://twitter.com/MiddleEastEye/status/1737744722649546979>).
- 394 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #74 (20 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-74>.
- 395 UN OCHA, Before and after: satellite images of Gaza showing damage caused in hostilities (9 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/and-after-satellite-images-gaza-showing-damage-caused-hostilities>.
- 396 Dominic Bailey, Erwan Rivault, Daniele Palumbo, "Nearly 100,000 Gaza buildings may be damaged, satellite images show", *BBC News* (1 December 2023), <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-67565872>.
- 397 UN OCHA, Before and after: satellite images of Gaza showing damage caused in hostilities (9 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/and-after-satellite-images-gaza-showing-damage-caused-hostilities>.
- 398 Al-Haq, Al Mezan Center for Human Rights, Palestinian Centre for Human Rights, Destruction of al-Rimal Neighborhood in Gaza City, an Attack on the Economic Existence of a National Group (19 October 2023), <https://www.alhaq.org/advocacy/21943.html>; "How Israeli Airstrikes Destroyed a Busy Neighbourhood in Gaza", *The Financial Times* (24 October 2023), <https://ig.ft.com/gaza-damage/>.
- 399 Dominic Bailey, Erwan Rivault, Daniele Palumbo, "Nearly 100,000 Gaza buildings may be damaged, satellite images show", *BBC News* (1 December 2023), <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-67565872>.
- 400 ,Diakonia International Humanitarian Law Centre, 2023 Hostilities And Escalating Violence In The OPT | Account of Events (13 December 2023), <https://www.diakonia.se/ihl/news/2023-hostilities-in-gaza-and-israel-factual-account-of-events/>.

- 401 Josh Holder, "Gaza After Nine Weeks of War", The New York Times (12 December 2023), <https://www.nytimes.com/interactive/2023/12/12/world/middleeast/gaza-strip-satellite-images-israel-invasion.html>.
- 402 International Council on Archives, Statement of the International Council on Archives on the Destruction of the Central Archives of the Municipality of Gaza (13 December 2023), <https://www.ica.org/en/statement-of-the-international-council-on-archives-on-the-destruction-of-the-central-archives-of-the>.
- 403 Mohamad El Chamaa, "Gazans mourn loss of their libraries: Cultural beacons and communal spaces" The Washington Post (1 December 2023), <https://www.washingtonpost.com/world/2023/11/30/gaza-library-palestinian-culture/>.
- 404 Laila Hussein Moustafa, "Opinion: When libraries like Gaza's are destroyed, what's lost is far more than books", Los Angeles Times (12 December 2023), <https://www.latimes.com/opinion/story/2023-12-12/gaza-library-bombing>.
- 405 UNICEF, UNICEF in the State of Palestine Escalation Humanitarian Situation Report No. 10 (14 December 2023), <https://www.unicef.org/media/150141/file/SoP-Humanitarian-SitRep-14-December-2023.pdf>.
- 406 Brendan O'Malley, Wagdy Sawahel, "Israel bombs Gaza university, alleging use by military", University World News (12 October 2023), <https://www.universityworldnews.com/post.php?story=20231012162739531>.
- 407 We Are Not Numbers, Tributes to Refaat Alareer, killed Dec. 9, 2023 (18 December 2023), <https://wearenotnumbers.org/tributes-to-refaat-alareer-killed-dec-9-2023/>.
- 408 ANSCH, Report on the Impact of the Recent War in 2023 on the Cultural Heritage in Gaza Strip – Palestine (7 November 2023) <https://www.heritageforpeace.org/wp-content/uploads/2023/11/Report-of-the-effects-of-the-last-war-of-2023-on-the-cultural-heritage-in-Gaza-Strip-Palestine-english.pdf>.
- 409 UNESCO, Anthedon Harbour (2 April 2012), <https://whc.unesco.org/en/tentativelists/5719/>.
- 410 "Erasing History: The Destruction of Gaza's Cultural Heritage by Israel's War Machine", LBC International (8 December 2023), <https://www.lbcgroup.tv/news/news-bulletin-reports/740070/erasing-history-the-destruction-of-gazas-cultural-heritage-by-israels/en>.
- 411 UNICEF, UNICEF in the State of Palestine Escalation Humanitarian Situation Report No. 10 (14 December 2023), <https://www.unicef.org/media/150141/file/SoP-Humanitarian-SitRep-14-December-2023.pdf>.
- 412 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #78 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-78>.
- 413 Palestine Red Crescent Society, Response Report as of Saturday, October 7th 2023, 6:00 PM Until Sunday, December 24th 2023, 24:00 AM (24 December 2023), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/palestine-red-crescent-society-response-report-saturday-october-7th-2023-600-pm-until-sunday-december-24th-2023-2400-am-enar>.

- 414 "Images show major damage to Gaza's oldest mosque", BBC News (8 December 2023), <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-67664853>.
- 415 "Photos show Gaza's Church of Saint Porphyrius, one of the oldest churches in the world, after the complex was damaged by Israeli airstrikes", Business Insider (24 October 2023), <https://www.businessinsider.com/israel-gaza-war-church-airstrikes-damage-2023-10>.
- 416 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #72 (18 December 2023), <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-72>.
- 417 "84-year-old Elham Farah: Accordionist, aunt and Gaza's first ever music teacher killed by Israeli sniper", The New Arab (7 December 2023), <https://www.newarab.com/features/gazas-first-music-teacher-elham-farah-killed-sniper>.
- 418 Nadda Osman, "Israel-Palestine war: The elderly Christian music teacher killed by Israeli soldiers in Gaza", Middle East Eye (14 November 2023), <https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-war-christian-music-teacher-killed-gaza>.
- 419 Nader Durgham, "Israel-Palestine war: Palestine's top student killed by Israeli air strikes", Middle East Eye (17 October 2023), <https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-war-top-high-school-student-killed>.
- 420 "Damage to Gaza War Cemetery shows challenge of caring for monuments in conflict zones", Canadian Press (10 November 2023), <https://www.cp24.com/news/damage-to-gaza-war-cemetery-shows-challenge-of-caring-for-monuments-in-conflict-zones-1.6639255>; Christoph Koettl, Christian Triebert, "Satellite Imagery and Video Shows Some Gazan Cemeteries Razed by Israeli Forces", The New York Times (14 December 2023), <https://www.nytimes.com/2023/12/14/world/middleeast/gaza-cemeteries-damage-israel.html>.
- 421 Mahmoud Mushtaha, "A Second Nakba: Israeli attacks are erasing entire families from Gaza's civil registry", The New Arab (31 October 2023), <https://www.newarab.com/features/gaza-entire-families-being-wiped-out-civil-registry>.
- 422 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #74 (20 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-74>; UNICEF, Emergency Response Children Trapped In Gaza Conflict Face Generational Trauma (1 November 2023), <https://www.unicefusa.org/stories/children-trapped-gaza-conflict-face-generational-trauma>.
- 423 Quoted in UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #70 (15 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-70>.
- 424 "Israeli flag raised in symbolic Palestine Square in Gaza City, video shows", CNN (8 December 2023), [https://edition.cnn.com/middleeast/live-news/israel-hamas-war-gaza-news-12-08-23/h\\_7516b0f4b4970e9a01bffb26f1bb4739](https://edition.cnn.com/middleeast/live-news/israel-hamas-war-gaza-news-12-08-23/h_7516b0f4b4970e9a01bffb26f1bb4739).
- 425 "Far-right minister calls for Israel to 'fully occupy' Gaza, reestablish settlements", The Times of Israel (15 December 2023), <https://www.timesofisrael.com/far-right-minister-calls-for-israel-to-fully-occupy-gaza-reestablish-settlements/>.

- 426 UNICEF, Joint Statement by UNICEF, UNDP, UNFPA, WFP and WHO on Humanitarian Supplies Crossing into Gaza (4 November 2023), <https://www.unicef.org.uk/press-releases/joint-statement-by-unicef-undp-unfpa-wfp-and-who-on-humanitarian-supplies-crossing-into-gaza/>; UN Women, Facts and figures: Women and girls during the war in Gaza (22 December 2023), <https://www.unwomen.org/en/news-stories/feature-story/2023/10/facts-and-figures-women-and-girls-during-the-war-in-gaza>.
- 427 Red Crescent Society, Palestine Red Crescent Society Response Report As of Saturday, October 7th 2023, 6:00 PM Until Sunday, December 24th 2023, 24:00 AM (24 December 2023), p.1, <https://www.palestinercs.org/public/files/image/2023/News/latestresponse23012023/en%20220%202023.pdf>.
- 428 "إسرائيل قتل النساء الحوامل في غزة، وداس جثثهن بالجرار"، Al Jazeera (23 December 2023), <https://www.aljazeera.net/videos/2023/12/23/إسرائيل-قتل-النساء-حوامل-في-غزة-وداس-جثثهن-بالجرار>; "Israeli forces 'kill pregnant women in Gaza, run over bodies with bulldozers': report" The New Arab (23 December 2023), <https://www.newarab.com/news/israeli-army-shot-pregnant-women-ran-over-bodies-report>.
- 429 WHO, Women and newborns bearing the brunt of the conflict in Gaza, UN agencies warn (3 November 2023), <https://www.who.int/news/item/03-11-2023-women-and-newborns-bearing-the-brunt-of-the-conflict-in-gaza-un-agencies-warn>.
- 430 UN News, Interview: 5,500 women in Gaza set to give birth 'in race against death' (7 November 2023), <https://news.un.org/en/interview/2023/11/1143327>.
- 431 Juzoor for Health and Social Development, The ravages of war: impact on mothers & newborns in Gaza (11 November 2023), [https://www.juzoor.org/cached\\_uploads/download/2023/11/11/maternal-health-report-final-1699726911.pdf](https://www.juzoor.org/cached_uploads/download/2023/11/11/maternal-health-report-final-1699726911.pdf); , (Al Jazeera Arabic (30 October 2023 "50 امرأة في غزة سيولدن في سباق ضد الموت"، <https://www.aljazeera.net/women/2023/10/30/-50-المرأة-في-غزة-سيولدن-في-سباق-ضد-الموت>).
- 432 Interview with Dr Mai Al-Kaileh (Palestinian Minister of Health) on Al Arabiya, 27 December 2023, <https://www.instagram.com/reel/C1W2QFCvmM8/?igsh=Ynk1NjRzdndnaHM5>.
- 433 Oxfam, Babies dying from preventable causes in besieged Gaza – Oxfam (24 November 2023), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/babies-dying-preventable-causes-besieged-gaza-oxfam>.
- 434 Ibid.
- 435 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #44 (19 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-44>; UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #48 (23 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-48>.
- 436 "Abandoned babies found decomposing in Gaza hospital weeks after it was evacuated", NBC News (2 December 2023), <https://www.nbcnews.com/news/world/abandoned-babies-found-decomposing-gaza-hospital-evacuated-rcna127533>.
- 437 WHO, Women and newborns bearing the brunt of the conflict in Gaza, UN agencies warn (3 November 2023), <https://www.who.int/news/item/03-11-2023-women-and-newborns-bearing-the-brunt-of-the-conflict-in-gaza-un-agencies-warn>.

- 438 UN Press Release, Women bearing the brunt of Israel-Gaza conflict: UN expert (20 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/women-bearing-brunt-israel-gaza-conflict-un-expert> (emphasis added).
- 439 Prime Minister of Israel, @IsraeliPM, Tweet (10:31 pm, October 7, 2023), <https://twitter.com/IsraeliPM/status/1710769906373775373>.
- 440 Address by the Prime Minister of Israel, (13 October 2023), <https://www.youtube.com/watch?v=T4HXaZ20M6Q>. Translation in “Only the beginning’ says Netanyahu as Israel makes first raids into Gaza”, Reuters (13 October 2023), <https://www.reuters.com/world/middle-east/now-is-time-war-says-israels-military-chief-2023-10-12/>.
- 441 UNICEF, Immediate Needs Document in the State of Palestine (October – December 2023) (17 October 2023), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/immediate-needs-document-state-palestine-october-december-2023>. (Total as of 17:45, 15 October 2023; children as of 12:00, 14 October 2023).
- 442 Israel Prime Minister’s Office, PM Netanyahu asks Ministers to Rise for a Moment of Silence (15 October 2023), <https://www.gov.il/en/departments/news/spoke-start151023> (emphasis added).
- 443 Israel Ministry of Foreign Affairs, Press Release: Excerpt from PM Netanyahu's remarks at the opening of the Winter Assembly of the 25th Knesset's Second Session, 16 October 2023, <https://www.gov.il/en/departments/news/excerpt-from-pm-netanyahu-s-remarks-at-the-opening-of-the-knesset-s-winter-assembly-16-oct-2023>.
- 444 Prime Minister's Office in Hebrew, @IsraeliPM\_heb (11:44 am, November 3, 2023), [https://twitter.com/IsraeliPM\\_heb/status/1720406469055500583](https://twitter.com/IsraeliPM_heb/status/1720406469055500583).
- 445 Israel Ministry of Foreign Affairs, Christmas message from PM Netanyahu, 24 December 2023, <https://www.gov.il/en/departments/news/christmas-message-from-pm-netanyahu-24-dec-2023>.
- 446 Address by the Prime Minister of Israel, 28 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=IIPkoDk6isc>. Translation in, “Israel-Hamas war: 'We will fight and we will win', says Benjamin Netanyahu”, Sky News (28 October 2023), <https://news.sky.com/video/israel-hamas-war-we-will-fight-and-we-will-win-says-benjamin-netanyahu-12995212>.
- 447 Prime Minister’s Office in Hebrew, @IsraeliPM\_heb, Tweet (11:43 am November 3, 2023), [https://twitter.com/IsraeliPM\\_heb/status/1720406463972004198](https://twitter.com/IsraeliPM_heb/status/1720406463972004198).
- 448 Sefaria, I Samuel 15:1-34, JPS, 1985, [https://www.sefaria.org/I\\_Samuel.15.1-34?lang=bi](https://www.sefaria.org/I_Samuel.15.1-34?lang=bi).
- 449 Rageh Omaar, “Israeli president Isaac Herzog says Gazans could have risen up to fight ‘evil’ Hamas”, ITV News (13 October 2023), <https://www.itv.com/news/2023-10-13/israeli-president-says-gazans-could-have-risen-up-to-fight-hamas>.
- 450 President of the State of Israel, @Isaac\_Herzog, Tweet (10 pm, October 15, 2023), [https://twitter.com/Isaac\\_Herzog/status/1713661051986678189](https://twitter.com/Isaac_Herzog/status/1713661051986678189).
- 451 President of the State of Israel, @Isaac\_Herzog, Tweet (5:16 pm, December 25, 2023), [https://twitter.com/Isaac\\_Herzog/status/173933430267074594](https://twitter.com/Isaac_Herzog/status/173933430267074594).

- 452 Statement by Yoav Gallant, 9 October 2023, 9 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=1nxvS9VY-t0> . Translation in Emanuel Fabian, “Defense minister announces ‘complete siege’ of Gaza: No power, food or fuel”, The Times of Israel (9 October 2023), [https://www.timesofisrael.com/liveblog\\_entry/defense-minister-announces-complete-siege-of-gaza-no-power-food-or-fuel/](https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/defense-minister-announces-complete-siege-of-gaza-no-power-food-or-fuel/).
- 453 Filmography: Ariel Harmoni, Ministry of Defense, Kipa News, 10 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=l9wx7e4u-xM>. Translation in Emanuel Fabian, “Gallant: Israel moving to full offense, Gaza will never return to what it was”, The Times of Israel (10 October 2023), [https://www.timesofisrael.com/liveblog\\_entry/gallant-israel-moving-to-full-offense-gaza-will-never-return-to-what-it-was/](https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/gallant-israel-moving-to-full-offense-gaza-will-never-return-to-what-it-was/).
- 454 Filmography: Ariel Harmoni, Ministry of Defense, Kipa News, 10 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=l9wx7e4u-xM>. Translation in “Israeli Defense Minister Warns Hamas ‘Will Regret’ Deadly Attacks”, Bloomberg (10 October 2023), <https://www.youtube.com/watch?v=vtjHcnNB0E8>.
- 455 Bill Hutchinson, “Bombarded by Israeli airstrikes, conditions in Gaza grow more dire as power goes out”, ABC News (12 October 2023), <https://abcnews.go.com/International/bombarded-israeli-airstrikes-conditions-gaza-grow-dire-power/story?id=103899193#:~:text=The%20airstrikes%20were%20launched%20by,have%20been%20hit%20in%20Gaza.>
- 456 Interview with Itamar Ben-Gvir on Channel 12, 11 November 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=2yRI-cc-D3w> [10:30 onwards]. Translated by Quds News Network, @QudsNen, Tweet (7:28 pm, November 12, 2023), <https://twitter.com/QudsNen/status/1723784790682358189>.
- 457 Israel Katz, Minister of Energy and Infrastructure, Member of the Political-Security Cabinet, Member of Knesset, @Israel\_katz, Tweet (6:01 pm, October 13, 2023) [https://twitter.com/Israel\\_katz/status/1712876230762967222](https://twitter.com/Israel_katz/status/1712876230762967222).
- 458 Israel Katz, Minister of Energy and Infrastructure, Member of the Political-Security Cabinet, Member of Knesset, @Israel\_katz, Tweet (7:34 am, October 12, 2023) [https://twitter.com/Israel\\_katz/status/1712356130377113904](https://twitter.com/Israel_katz/status/1712356130377113904). Translation in “First Thing: no power, water or fuel for Gaza until hostages are freed, Israel says”, The Guardian (12 October 2023), <https://www.theguardian.com/us-news/2023/oct/12/first-thing-no-power-water-fuel-gaza-until-hostages-freed-israel-says>.
- 459 “By abducting over 100 people into Gaza, Hamas has put Netanyahu in a political bind”, The Times of Israel (8 October 2023), <https://www.timesofisrael.com/by-abducting-over-100-people-into-gaza-hamas-has-put-netanyahu-in-a-political-bind/>.
- 460 Amichai Eliyahu, Facebook Post (1 November 2023), <https://www.facebook.com/eliyau.a/videos/148918588283326/>.
- 461 Gili Cohen, Dov Gil-Har, Itay Blumenthal, Sulieman Masvidan, “Minister Amichai Eliyahu: Atomic bomb on Gaza? This is one of the possibilities”, Kan (5 November 2023), <https://www.kan.org.il/content/kan-news/politic/596470/>. Translation in “Far-right minister: Nuking Gaza is an option, population should ‘go to Ireland or deserts’”, The Times of Israel (5 November 2023), [https://www.timesofisrael.com/liveblog\\_entry/far-right-minister-nuking-gaza-is-an-option-population-should-go-to-ireland-or-deserts/](https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/far-right-minister-nuking-gaza-is-an-option-population-should-go-to-ireland-or-deserts/).

- 462 Ibid. The radio comment was criticised by the Prime Minister. Prime Minister of Israel, @IsraeliPM, Tweet (8:05 am, November 5, 2023), <https://twitter.com/IsraeliPM/status/1721076229518823826>. The Prime Minister's Office announced that the MK had been suspended from government meetings until further notice, although he reportedly voted in a meeting later that day. "Netanyahu 'suspended' the minister who did not fire an atom bomb on Gaza - even though there is no such option in the government regulations", Yedioth Ahronoth (5 November 2023), <https://www.ynet.co.il/news/article/rjdl5ebm6>.
- 463 Interview with Avi Dichter on Channel 12. Hanno Hauenstein, @hahauenstein, Tweet (8:42 pm, November 11, 2023), <https://twitter.com/hahauenstein/status/1723441134221869453>.
- 464 Nissim Vaturi, Deputy Speaker of the Knesset. Member of the Foreign Affairs and Security Committee, @nissimv, Tweet (5:33 pm, October 7, 2023) <https://twitter.com/nissimv/status/1710694866009596169>. Translation in "Public Statement: Scholars Warn of Potential Genocide in Gaza", Opinio Juris (18 October 2023), <https://opiniojuris.org/2023/10/18/public-statement-scholars-warn-of-potential-genocide-in-gaza/>.
- 465 Video address by Ghassan Alian, 10 October 2023, <https://www.youtube.com/shorts/5a0EWv-o7mE>.
- 466 "Former security officials and strategic advisor: the 'cabinet' established by Gallant for himself", Yedioth Ahronoth (26 October 2023), <https://www.ynet.co.il/news/article/r1zlcnoga>.
- 467 Giora Eiland, "A new turning point in the history of the State of Israel. Most people don't understand that", Fathom (7 October 2023), <https://fathomjournal.org/opinion-a-new-turning-point-in-the-history-of-the-state-of-israel-most-people-dont-understand-that/> (emphasis added).
- 468 Giora Eiland, "The state of Gaza has started a war against Israel - and it should be fought accordingly", Mako (7 October 2023), [https://www.mako.co.il/news-columns/2023\\_q4/Article-fcf787ad0ba0b81027.htm](https://www.mako.co.il/news-columns/2023_q4/Article-fcf787ad0ba0b81027.htm) (emphasis added).
- 469 Interview with Giora Eiland on Kann News, 17 November 2023. Kann News, @kann\_news, Tweet (6:42 pm, November 17 2023), [https://twitter.com/kann\\_news/status/1725585143333622129](https://twitter.com/kann_news/status/1725585143333622129) (emphasis added).
- 470 Ariel Whitman, "Giora Eiland outlines plan to get hostages back alive", Globes (8 October 2023), <https://en.globes.co.il/en/article-giora-eiland-outlines-plan-to-get-hostages-back-alive-1001459631> (emphasis added).
- 471 "How should one respond to the massacre of hundreds?", Yedioth Ahronoth (print) (9 October 2023), <https://drive.google.com/file/d/1I5Ow2T0Na20BcoL2yautiobij8ldNsVK/view>.
- 472 How Israel plan to 'destroy Hamas' | Major General Giora Eiland, 12 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=CRHz0dZwF2A>.
- 473 Giora Eiland, "This is not revenge. It's either us or them", Yedioth Ahronoth (10 October 2023), <https://www.ynet.co.il/yedioth/article/yokra13625377> (emphasis added).



- 474 "Ex-top general: IDF op against Hamas at Shifa Hospital inescapable; US must back it", The Times of Israel (6 November 2023), [https://www.timesofisrael.com/liveblog\\_entry/ex-top-general-idf-op-against-hamas-at-shifa-hospital-inescapable-us-must-back-it/](https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/ex-top-general-idf-op-against-hamas-at-shifa-hospital-inescapable-us-must-back-it/) (emphasis added).
- 475 Giora Eiland, "It's time to rip off the Hamas band-aid", Yedioth Ahronoth (12 October 2023), <https://www.ynetnews.com/article/sju3uabba> (emphasis added).
- 476 Giora Eiland, "Let's not be intimidated by the world", Yedioth Ahronoth (print) (19 November 2023), in Bezalel Smotrich, Minister of Finance, Chairman of the Religious Zionist Party, @bezalelsm, Tweet (11:20 am, November 19, 2023), <https://twitter.com/bezalelsm/status/1726198721946480911>. Translation by Talula Sha, Tweet (19 November 2023), <https://twitter.com/TalulaSha/status/1726267178201362438> (emphasis added).
- 477 Bazz News, @1717Bazz, Tweet (7:39 pm, October 11, 2023), <https://twitter.com/1717Bazz/status/1712176168823107986>. Translation by Middle East Eye, @MiddleEastEye, Tweet (8:48 pm, October 13, 2023), <https://twitter.com/MiddleEastEye/status/1712918166437806294> (emphasis added).
- 478 Israel Defense Forces, @idfonline, Tweet (6:23 am, October 28, 2023), <https://twitter.com/idfonline/status/1718136442805686351>. Informal translation, emphasis added.
- 479 Yair Ben David, Commander in the 2908th Battalion, statement, 20 December 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=NK8ZnGKspel>. Translation in "War on Gaza: Israeli commander vows to flatten 'entire' Gaza Strip", Middle East Eye (21 December 2023), <https://www.middleeasteye.net/news/war-gaza-israeli-commander-vows-flatten-entire-gaza-strip>.
- 480 Genesis 34:25 (NJPS 1985), <https://www.sefaria.org/Genesis.34.25?lang=bi&with=all&lang2=en> (emphasis added).
- 481 Channel 14 segment, 4 November 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=fqEj3DzadiM>: "Special documentation from the heart of Gaza: this is how our forces fight deep in enemy territory", Now 14 (5 November 2023), <https://www.now14.co.il/דולחמים-כוחותינו-כך-עזה-מלב-מיוחד-תיעוד>.
- 482 Video of Kobi Peretz with soldiers, 17 November 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=xcH2o4c5KZY> (emphasis added).
- 483 Yinon Magal, @YinonMagal, Tweet (6:44 am, 7 December 2023) <https://twitter.com/YinonMagal/status/1732652279461757102>. Translation by Middle East Eye, @MiddleEastEye, Tweet (1:30 pm, December 8, 2023) <https://twitter.com/MiddleEastEye/status/1733116719668113618> (emphasis added).
- 484 UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #62 (7 December 2023), <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-62-enar>.
- 485 Revital Gottlieb, @TallyGotliv, Tweet (5:10 pm, October 29, 2023), <https://twitter.com/TallyGotliv/status/1718676748542296207>.

- 486 Interview with Katrin “Keti” Shitrit-Peretz on Now 14, 1 November 2023: Now 14, @Now14Israel, Tweet (9:50 pm, November 1, 2023), <https://twitter.com/Now14Israel/status/1719834297832526215>; Revital Gottlieb, @TallyGotliv, Tweet (10:41 am, October 10, 2023), <https://twitter.com/TallyGotliv/status/1711678420235534705>.
- 487 Galit Atbaryan, @GalitDistel, Tweet (12:13 pm, November 1, 2023), <https://twitter.com/galitdistel/status/1719689095230730656>.
- 488 Eliyahu Revivo, @revivoeliyahu, Tweet (2:46 pm, November 1, 2023), <https://twitter.com/revivoeliyahu/status/1719727722459508915>.
- 489 Revital Gottlieb, @TallyGotliv, Tweet (3:46 pm, December 7, 2023), <https://twitter.com/TallyGotliv/status/1732788632430186872>.
- 490 Avigdor Lieberman, @AvigdorLieberman, Tweet (6:45 pm, November 30, 2023), <https://twitter.com/avigdorliberman/status/1730297081959530685> (emphasis added).
- 491 Interview with Katrin “Keti” Shitrit-Peretz on Now 14, 1 November 2023: Now 14, @Now14Israel, Tweet (9:50 pm, November 1, 2023), <https://twitter.com/Now14Israel/status/1719834297832526215> (emphasis added).
- 492 Meirav Ben-Ari, Knesset Session, 16 October 2023, [https://www.facebook.com/watch/live/?ref=watch\\_permalink&v=3497251110531404](https://www.facebook.com/watch/live/?ref=watch_permalink&v=3497251110531404) [2:29:57] (emphasis added) . Translation by Jonathan Ofir, “Israeli Politician Says ‘Children of Gaza Have Brought This Upon Themselves’”, Truthout (18 October 2023), <https://truthout.org/articles/israeli-politician-says-children-of-gaza-have-brought-this-upon-themselves/>.
- 493 “MK Yitzhak Kroizer: “The Gaza Strip should be wiped off the map”, Galey Israel (5 November 2023) <https://www.gly.co.il/item?id=30587>. Translation in “Fire Israel’s Far Right”, Haaretz (6 November 2023), <https://www.haaretz.com/opinion/editorial/2023-11-06/ty-article/.premium/fire-israels-far-right/0000018b-a11c-dc0b-a1cb-e5de69890000>.
- 494 Boaz Bismuth, @BismuthBoaz, Tweet (8:02 am, October 16, 2023) <https://twitter.com/BismuthBoaz/status/1713812686784311358>.
- 495 Statement by Revital Gottlieb in the Knesset, 23 October 2023: Knesset Channel, @KnessetT, Tweet (6:10 pm, October 23, 2023), <https://twitter.com/KnessetT/status/1716502486331113922>.
- 496 Revital Gottlieb, @TallyGotliv, Tweet (7:39 am, December 13, 2023), <https://twitter.com/TallyGotliv/status/1734840416522948800>.
- 497 Revital Gottlieb, @TallyGotliv, Tweet (5:59 pm, October 9, 2023) <https://twitter.com/TallyGotliv/status/1711426284322996613>.
- 498 Ariel Kallner, @ArielKallner, Tweet (10:29 pm, October 7, 2023), <https://twitter.com/ArielKallner/status/1710769363119141268>. Translated in the New Arab: “‘Erase Gaza’: How genocidal rhetoric became normalised in Israel”, The New Arab (30 November 2023), <https://www.newarab.com/analysis/erase-gaza-how-genocidal-rhetoric-normalised-israel> and informal translation.
- 499 Interview with Eyal Golan on Now 14, 15 October 2023: Now 14, @Now14Israel, Tweet (1:24 pm, October 15, 2023), <https://twitter.com/Now14Israel/status/1713531211300167928>.

- 500 David Mizrahy Verthaim, @dverthaim, Tweet (4:52 pm, October 7, 2023), <https://twitter.com/dverthaim/status/1710684531114602891>.
- 501 Moshe Feiglin, @moshefeiglin, Tweet (6:16 am, October 12, 2023), <https://twitter.com/moshefeiglin/status/1712336429982846977>.
- 502 Interview with Eliyahu Yossain on Now 14 Israel, 29 October 2023: Now 14, @Now14Israel, Tweet (9:32 pm, October 29, 2023), <https://twitter.com/Now14Israel/status/1718742747455053922>. Translated by Ahmed Eldin, Instagram Post (30 October 2023) <https://www.instagram.com/reel/CzB77tJrjtW/>.
- 503 "Israel should make Gaza look like Auschwitz - council head", Jerusalem Post (17 December 2023), <https://www.jpost.com/israel-amas-war/article-778367>.
- 504 Interview with Moshe Feiglin on Aljazeera, 25 October 2023, <https://www.aljazeeramubasher.net/news/politics/2023/10/25/-i-ḥiṣṣā -ḥiṣṣā i -ḥiṣṣā -ḥiṣṣā>.
- 505 Galit Distel Atbaryan, @GalitDistel, Tweet (12:13 pm, November 1, 2023), <https://twitter.com/galitdistel/status/1719689095230730656>.
- 506 "Former Israeli Knesset member calls on the complete destruction of Gaza", Middle East Eye (25 December 2023), <https://www.middleeasteye.net/live-blog/live-blog-update/former-israeli-knesset-member-calls-complete-destruction-gaza>.
- 507 UN OHCHR, Gaza: UN experts decry bombing of hospitals and schools as crimes against humanity, call for prevention of genocide (19 October 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/10/gaza-un-experts-decry-bombing-hospitals-and-schools-crimes-against-humanity> (emphasis added). The statement was made by Pedro Arrojo Agudo, Special Rapporteur on the human rights to safe drinking water and sanitation; Francesca Albanese, Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian Territory occupied since 1967; Reem Alsalem, Special Rapporteur on violence against women and girls; Paula Gaviria Betancur, Special Rapporteur on the human rights of internally displaced persons; Michael Fakhri, Special Rapporteur on the right to food; Tlaleng Mofokeng, Special Rapporteur on the right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health; Balakrishnan Rajagopal, Special Rapporteur on the right to adequate housing; Farida Shaheed, Special Rapporteur on the right to education; Ashwini K.P., Special Rapporteur on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance.
- 508 CERD, Statement 5 (2023) Israel and the State of Palestine (27 October 2023), [https://tbinternet.ohchr.org/\\_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=INT%2FCERD%2FSWA%2F9904](https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=INT%2FCERD%2FSWA%2F9904) (emphasis added).
- 509 Letter from Craig Mokhiber to Volker Türk, High Commissioner for Human Rights (28 October 2023), <https://s3.documentcloud.org/documents/24103463/craig-mokhiber-resignation-letter.pdf> (emphasis added).
- 510 UN OHCHR, Gaza is 'running out of time' UN experts warn, demanding a ceasefire to prevent genocide (2 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-running-out-time-un-experts-warn-demanding-ceasefire-prevent-genocide> (emphasis added). The statement was made by the above Special Rapporteurs on safe drinking water; the

Palestinian Territory; violence against women and girls; internally displaced persons; food; physical and mental health; and racism; as well as Irene Khan, Special Rapporteur on the promotion and protection of the right to freedom of opinion and expression.

- 511 UN OHCHR, Gaza: UN experts call on international community to prevent genocide against the Palestinian people (16 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-un-experts-call-international-community-prevent-genocide-against> (emphasis added). The statement was made by the above Special Rapporteurs on the Palestinian Territory; safe drinking water; education; adequate housing; racism; internally displaced persons; freedom of opinion and expression; violence against women and girls; as well as by Margaret Satterthwaite, Special Rapporteur on the Independence of Judges and Lawyers; Surya Deva, Special Rapporteur on the right to development; Olivier De Schutter, Special Rapporteur on extreme poverty and human rights; Siobhán Mullally, Special Rapporteur on trafficking in persons, especially women and children; Mary Lawlor, Special Rapporteur on the situation of human rights defenders; Ben Saul, Special Rapporteur on the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism; and Tomoya Obokata, Special Rapporteur on contemporary forms of slavery, including its causes and consequences; as well as by Livingstone Sewanyana, Independent Expert on the promotion of a democratic and equitable international order; Claudia Mahler, Independent Expert on the enjoyment of all human rights by older persons; as well as by Barbara G. Reynolds (Chair), Bina D'Costa, Dominique Day, Catherine Namakula, Working Group of experts on people of African Descent; Dorothy Estrada Tanck (Chair), Claudia Flores, Ivana Krstić, Haina Lu, and Laura Nyirinkindi, Working Group on discrimination against women and girls; Carlos Salazar Couto (Chair-Rapporteur), Sorcha MacLeod, Jovana Jezdimirovic Ranito, Chris M. A. Kwaja, Ravindran Daniel, Working Group on the use of mercenaries; Damilola Olawuyi (Chairperson), Robert McCorquodale (Vice-Chairperson), Elżbieta Karska, Fernanda Hopenhaym, and Pichamon Yeophantong, Working Group on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises.
- 512 UN OHCHR, Women bearing the brunt of Israel-Gaza conflict: UN expert (20 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/women-bearing-brunt-israel-gaza-conflict-un-expert> (emphasis added).
- 513 UN OHCHR, UN experts urge States to unite for peace and push for ceasefire in Gaza (8 December 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/12/un-experts-urge-states-unite-peace-and-push-ceasefire-gaza> (emphasis added). The statement was made by the above Special Rapporteurs on safe drinking water; the Palestinian Territory; violence against women and girls; internally displaced persons; development; extreme poverty; food; freedom of opinion and expression; human rights defenders; physical and mental health; trafficking in persons; contemporary forms of slavery; adequate housing; independence of judges and lawyers; countering terrorism; education; and racism; as well as David Boyd, Special Rapporteur on the issue of human rights obligations relating to the enjoyment of a safe, clean, healthy and sustainable environment; Beatriz Miranda Galarza, Special Rapporteur on the elimination of discrimination against persons affected by leprosy and their family members; Clément Nyaletsossi Voule, Special Rapporteur on the rights to freedom of peaceful assembly and of association; Francisco Cali Tzay, Special Rapporteur on the rights of indigenous peoples; and Alexandra Xanthaki, Special Rapporteur in the field of cultural rights; as well as by the above members of the working group on People of African Descent; discrimination against women and girls; the use of mercenaries; human rights and transnational corporations and

other business enterprises; and Aua Baldé (Chair-Rapporteur), Gabriella Citroni (Vice-Chair), Angkhana Neelapajit, Grażyna Baranowska, Ana Lorena Delgadillo Perez, Working Group on enforced or involuntary disappearances; as well as the above Independent Expert on the enjoyment of all human rights by older persons; Cecilia Bailliet, Independent Expert on human rights and international solidarity; Graeme Reid, Independent Expert on Protection against violence and discrimination based on sexual orientation and gender identity; and Attiya Waris, Independent Expert on the effects of foreign debt and other related international financial obligations of States on the full enjoyment of all human rights, particularly economic, social and cultural rights.

- 514 UN OCHA, Gaza Strip: States are obliged to prevent crimes against humanity and genocide, UN Committee stresses (21 December 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/12/gaza-strip-states-are-obliged-prevent-crimes-against-humanity-and-genocide> (emphasis added). Under CERD's Early Warning and Urgent Action ('EWUA') procedure, CERD has extensive expertise in compiling indicators relevant to the prevention of genocide; in 2015 it issued a Declaration on the Prevention of Genocide which recalled this work in its preamble: see CERD, Declaration on the Prevention of Genocide (CRD/C/66/1) (17 October 2005), [https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/HRBodies/CERD/declaration\\_genocide.doc](https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/HRBodies/CERD/declaration_genocide.doc).
- 515 See e.g., Organisation of Islamic Cooperation ('OIC'), Final Communiqué of the extraordinary open-ended meeting of the OIC Executive Committee at the level of Foreign Ministers on the brutal Israeli military aggression against the Palestinian people (18 October 2023), [https://www.oic-oci.org/topic/?t\\_id=39767&t\\_ref=26705&lan=en](https://www.oic-oci.org/topic/?t_id=39767&t_ref=26705&lan=en); OIC, OIC Condemns the Massacre Committed by the Israeli Occupation in Jabalia Camp (1 November 2023), [https://www.oic-oci.org/topic/?t\\_id=39849&ref=26728&lan=en](https://www.oic-oci.org/topic/?t_id=39849&ref=26728&lan=en); OIC, OIC Strongly Condemns Incursion into Gaza City Al-Shifa Hospital and Continued Israeli Aggression against the Palestinian People (15 November 2023), [https://www.oic-oci.org/topic/?t\\_id=39936&ref=26759&lan=en](https://www.oic-oci.org/topic/?t_id=39936&ref=26759&lan=en); OIC, OIC Strongly Condemns the Successive Massacres Committed by the Israeli Occupation against the Palestinian People (18 November 2023), [https://www.oic-oci.org/topic/?t\\_id=39945&ref=26762&lan=en](https://www.oic-oci.org/topic/?t_id=39945&ref=26762&lan=en).
- 516 UN Meetings Coverage, 9498th Meeting, SC/15518 (8 December 2023), <https://press.un.org/en/2023/sc15518.doc.htm>.
- 517 Fédération Internationale pour les Droits Humains ('FIDH'), Resolution on Israel's unfolding crime of genocide and other crimes in Gaza and against the Palestinian People (12 December 2023), [https://www.fidh.org/IMG/pdf/fidh\\_resolution\\_on\\_israel\\_s\\_unfolding\\_crime\\_of\\_genocide\\_and\\_other\\_crimes\\_in\\_gaza\\_and\\_against\\_the\\_palestinian\\_people.pdf](https://www.fidh.org/IMG/pdf/fidh_resolution_on_israel_s_unfolding_crime_of_genocide_and_other_crimes_in_gaza_and_against_the_palestinian_people.pdf); International Commission of Jurists, Gaza/Palestine: States have a Duty to Prevent Genocide (17 November 2023), <https://www.icj.org/gaza-occupied-palestinian-territory-states-have-a-duty-to-prevent-genocide/>.
- 518 Al Haq, Al Mezan Center, and PCHR, Palestinian Human Rights Organisations call on ICC to issue arrest warrants against Israeli leaders for genocide and incitement to genocide (9 November 2023), <https://www.alhaq.org/advocacy/22138.html>.

- 519 Palestinian Human Rights Organizations Council, PHROC Calls on the State of Palestine and Third States to Intervene Taking Concrete Measures and Legal Action to Prevent Genocide in Gaza (14 November 2023), [https://www.alhaq.org/cached\\_uploads/download/2023/11/15/briefing-note-genocide-third-state-responsibility-14-november-2023-1700041879.pdf](https://www.alhaq.org/cached_uploads/download/2023/11/15/briefing-note-genocide-third-state-responsibility-14-november-2023-1700041879.pdf).
- 520 Statement by Israeli Prime Minister to Likud Party, 25 December 2023: Jeremy Sharon, "After rare visit to Gaza, Netanyahu says war 'not close to being over'", *The Times of Israel* (25 December 2023), [https://www.timesofisrael.com/liveblog\\_entry/after-gaza-visit-netanyahu-says-war-not-close-to-being-over/](https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/after-gaza-visit-netanyahu-says-war-not-close-to-being-over/).
- 521 Amnesty, Israel/OPT: Civilians in Gaza at unprecedented risk as Israel imposes communication black-out during bombardment and expanding ground attacks (27 October 2023), <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/10/israel-opt-civilians-in-gaza-at-unprecedented-risk-as-israel-imposes-communication-black-out-during-bombardment-and-expanding-ground-attacks/>.
- 522 *The Gambia v. Myanmar*, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 9, para. 16; and *Allegations of Genocide under the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Ukraine v. Russian Federation)*, Provisional Measures, Order of 16 March 2022, I.C.J. Reports 2020, p. 10-11, para. 24 (hereafter 'Ukraine v. Russian Federation, Provisional Measures, Order of 16 March 2022').
- 523 *The Gambia v. Myanmar*, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 1, para. 20, citing *Immunities and Criminal Proceedings (Equatorial Guinea v. France)*, Provisional Measures, Order of 7 December 2016, I.C.J. Reports 2016 (II), p. 1159, para. 47.
- 524 *Ukraine v. Russian Federation*, Provisional Measures, Order of 16 March 2022, p. 11, para. 28, quoting *Mavrommatis Palestine Concessions*, Judgment No. 2, 1924, P.C.I.J., Series A, No. 2, p. 11.
- 525 *Ibid*, quoting *South West Africa (Ethiopia v. South Africa; Liberia v. South Africa)*, Preliminary Objections, Judgment, I.C.J. Reports 1962, p. 328.
- 526 *Ibid*, p.11-12, para 28, quoting *Alleged Violations of Sovereign Rights and Maritime Spaces in the Caribbean Sea (Nicaragua v. Colombia)*, Preliminary Objections, Judgment, I.C.J. Reports 2016 (I), p. 26, para. 50.
- 527 *Ibid*, p.13-14, para. 35, citing *The Gambia v. Myanmar*, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 12, para. 26.
- 528 *Ibid*, pp. 220-221, para. 35, citing *The Gambia v. Myanmar*, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 12, para. 26.
- 529 *Ibid*, p. 15, para. 43.
- 530 *The Gambia v. Myanmar*, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 14, para. 30.
- 531 *Ibid*, p. 14, para. 30 (emphasis added); see also *Ukraine v. Russian Federation*, Provisional Measures, Order of 16 March 2022, p. 15, para. 43.
- 532 *The Gambia v. Myanmar*, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 14, para. 30 (emphasis added).

- 533 See Section III. Facts, E. Recognition of Israel's genocidal intent against Palestinians in Gaza, *supra*.
- 534 Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Croatia v. Serbia), Judgment, I.C.J. Reports 2015, p. 70, para. 161.
- 535 *Ibid*, citing ICTY, Trial Chamber II, Prosecutor v. Brđanin, Case No. IT-99-36-T, Judgment (1 September 2004), para. 691 and Prosecutor v. Stakić, Case No. IT-97-24-T, Judgment (31 July 2003), paras. 517-518.
- 536 ICTY, Appeals Chamber, Prosecutor v. Zdravko Tolimir, Case No. IT-05-88/2-A, Judgment (8 April 2015), p. 327, para. 740.
- 537 Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Serbia and Montenegro), Judgment, I.C.J. Reports 2007, p. 123, para. 190 ('Bosnia v. Serbia, Judgment').
- 538 The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 14, para. 31.
- 539 Bosnia v. Serbia, Judgment, p. 221, para. 430.
- 540 *Ibid*, p. 43 para. 431.
- 541 The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 18, para. 43; and Ukraine v. Russian Federation, Provisional Measures, Order of 16 March 2022, p. 223, para. 50.
- 542 *Ibid*.
- 543 The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 18, para. 43; and Application of the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (Qatar v. United Arab Emirates), Provisional Measures, Order of 23 July 2018, I.C.J. Reports 2018, p. 422, para. 43 (hereafter 'Qatar v. United Arab Emirates, Provisional Measures, Order of 23 July 2018).
- 544 Questions relating to the Obligation to Prosecute or Extradite (Belgium v. Senegal), Provisional Measures, Order of 28 May 2009, I.C.J. Reports 2009, p. 152, para. 60 (emphasis added).
- 545 Bosnia v. Serbia, Judgment, pp. 113-114, paras. 165-169.
- 546 The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 18, para. 44, citing Qatar v. United Arab Emirates, Provisional Measures, Order of 23 July 2018, p. 422, para. 44.
- 547 The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 17, para. 41, quoting its Advisory Opinion on Reservations to the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, Advisory Opinion of 28 May 1951, I.C.J. Reports 1951, p. 23 (hereafter 'Advisory Opinion of 28 May 1951').
- 548 *Ibid*.
- 549 *Ibid*.
- 550 *Ibid*, applying *mutatis mutandis* Questions relating to the Obligation to Prosecute or Extradite (Belgium v. Senegal), Judgment, I.C.J. Reports 2012, p. 449, para. 68.

- 551 Ibid.
- 552 Advisory Opinion of 28 May 1951, p. 23.
- 553 *The Gambia v. Myanmar*, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 18, para. 43.
- 554 Ibid.
- 555 See *Bosnia v. Serbia*, Judgment, p. 120, para. 182: “State responsibility can arise under the Convention for genocide and complicity, without an individual being convicted of the crime or an associated one”. As explained by the Court: “Any other interpretation could entail that there would be no legal recourse available under the Convention in some readily conceivable circumstances: genocide has allegedly been committed within a State by its leaders but they have not been brought to trial because, for instance, they are still very much in control of the powers of the State including the police, prosecution services and the courts and there is no international penal tribunal able to exercise jurisdiction over the alleged crimes”: *ibid.*, pp. 119-120, para. 182.
- 556 See section III. Facts, E. Recognition of Israel’s genocidal intent against Palestinians in Gaza, *supra*.
- 557 *The Gambia v. Myanmar*, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 24, para. 64; and *Ukraine v. Russian Federation*, Provisional Measures, Order of 16 March 2022, p. 226, para. 65, both citing *Alleged Violations of the 1955 Treaty of Amity, Economic Relations, and Consular Rights (Islamic Republic of Iran v. United States of America)*, Provisional Measures, Order of 3 October 2018, I.C.J. Reports 2018, p. 645, para. 77.
- 558 *The Gambia v. Myanmar*, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 24, para. 65; see also *Ukraine v. Russian Federation*, Provisional Measures, Order of 16 March 2022, p. 226, para. 66.
- 559 *The Gambia v. Myanmar*, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 24, para. 65; and *Ukraine v. Russian Federation*, Provisional Measures, Order of 16 March 2022, pp. 226-227, para. 66.
- 560 *The Gambia v. Myanmar*, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, pp. 24-25, para. 66.
- 561 *Ukraine v. Russian Federation*, Provisional Measures, Order of 16 March 2022, p. 227, para. 67.
- 562 *Bosnia v. Serbia*, Provisional Measures, Order of 8 April 1993, I.C.J. Reports 1993, p. 22, para. 44.
- 563 *Ukraine v. Russian Federation*, Provisional Measures, Order of 16 March 2022, p. 228, para. 75.
- 564 Ibid.
- 565 Ibid; see also *The Gambia v. Myanmar*, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 27, para. 71; and *Request for Interpretation of the Judgment of 15 June 1962 in the Case concerning the Temple of Preah Vihear (Cambodia v. Thailand)*, Provisional Measures, Order of 18 July 2011, I.C.J. Reports 2011, p. 550, para. 53.



- 566 Ukraine v. Russian Federation, Provisional Measures, Order of 16 March 2022, pp. 228-229, para. 76.
- 567 The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 22, para. 55.
- 568 Ibid, pp. 27-28, para. 74, citing Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Yugoslavia), Preliminary Objections, Judgment, I.C.J. Reports 1996, p. 615, para. 31.
- 569 Ibid, p. 27, para. 74. The conflict raised as being in issue in that case was an internal armed conflict.
- 570 Ibid, p. 28, para. 74.
- 571 Immunities and Criminal Proceedings (Equatorial Guinea v. France), Provisional Measures, Order of 7 December 2016, I.C.J. Reports 2016, p. 1169, para. 89.
- 572 See Application of the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (Georgia v. Russian Federation), Provisional Measures, Order of 15 October 2008, I.C.J. Reports 2008, p. 396, para. 143.
- 573 Statement by Israeli Prime Minister to Likud Party, 25 December 2023: Jeremy Sharon, "After rare visit to Gaza, Netanyahu says war 'not close to being over'", The Times of Israel (25 December 2023), [https://www.timesofisrael.com/liveblog\\_entry/after-gaza-visit-netanyahu-says-war-not-close-to-being-over/](https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/after-gaza-visit-netanyahu-says-war-not-close-to-being-over/) (emphasis added).
- 574 The Gambia v. Myanmar, Provisional Measures, Order of 23 January 2020, p. 18, para. 44.